

Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen

Ergebnisbericht einer qualitativen Studie



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Ausgangslage: Empirische Daten und Forschungsfragen	8
Frauen in der sächsischen (Kommunal-)Politik und Zivilgesellschaft	9
Zugangsbarrieren für Frauen	16
Demokratievertrauen und politisches Klima	20
2. Forschungsdesign	25
Zielgruppen und Methodik	25
Feldzugang	28
Stichprobenzusammensetzung in der Studie	29
3. Motivation, Zugangswege und Unterstützungsfaktoren	37
Motivation bzw. Impuls für politisches Engagement	37
Zugangswege	42
Unterstützungsfaktoren	50
Ambition für zukünftige Mandate	62
4. Barrieren und Hemmnisse	66
Gesellschaftliche Barrieren	67
Vereinbarkeit mit Beruf und Privatleben	70
Rahmenbedingungen (Zeit, Ort, Aufwandsentschädigung etc.)	77
Organisation der Ratsarbeit	85
Parteien und Umgang mit Listen	90
Sexismus: Abwertung und Ausgrenzung	93
5. Unterstützungsbedarfe	99
Stärkung und Vernetzung	99
Verbesserung der Rahmenbedingungen	101
Unterstützung der Ratsarbeit	104
Parteien und Parität	107
Politische Bildung und Beteiligung	107
6. Schwerpunkt: Unterschiede in Stadt und Land	110
Ambivalent: Anonymität und Gemeinschaft	110
Unterschiedliche Herausforderungen	113
Mobilität und Anfahrtswege	115

7. Schwerpunkt: Politisches und gesellschaftliches Klima	116
Im Rat: Der Ton wird rauer	117
Bedrohungen im Umfeld	118
Antifeminismus: Einschüchterung als Strategie	120
Auswirkungen auf Motivation und Beteiligung	121
Stärkende Faktoren: Resilienz, Ressourcen und Netzwerke	123
Alle sind gefordert: Bedarf an Unterstützung und Schutz	124
Jetzt erst recht! Anstoß zum Engagement	127
Vor Ort engagiert für Demokratie und Vielfalt	128
8. Schwerpunkt: Die Bedeutung von Frauen	132
Gleichberechtigte Repräsentation	132
Perspektivenvielfalt und Themen	134
Verbesserung der Kommunikation und Umgangsformen	136
9. Handlungsempfehlungen	138
Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen	138
Ehrenamtliches Engagement fördern	140
Gleichstellungsstrukturen stärken	141
Frauen ermutigen und vernetzen	142
Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten	144
Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern	145
Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten	147
Intersektionale Perspektiven einbeziehen	148
Ansätze miteinander verknüpfen	148
10. Fazit und Ausblick	150
Literatur- und Abbildungsverzeichnis	154
Autorinnen der EAF Berlin	160

Einleitung

Die Kommunalpolitik gilt zu Recht als Basis der Demokratie. Die Entscheidungen, die dort gefällt werden, betreffen unmittelbar Alltag und Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Die Einbeziehung der Erfahrungen, Sichtweisen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen kann wesentlich dazu beitragen, die Qualität der politischen Entscheidungen zu verbessern und deren Akzeptanz zu erhöhen.

Zugleich bietet Kommunalpolitik einen vergleichsweise niedrigschwelligen Zugang zur politischen Teilhabe und ermöglicht Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit. Doch gerade in der Kommunalpolitik halten sich Zugangsbarrieren hartnäckig: Ein Indikator dafür ist die deutliche Unterrepräsentanz von Frauen sowie weiteren Bevölkerungsgruppen, wie u. a. jungen Menschen, queeren Personen¹, Menschen mit Migrationsbiografien, mit Behinderungen, mit zu betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen sowie aus bildungsfernen und aus weniger ressourcenstarken Bevölkerungsschichten. Kommunale Politik läuft damit Gefahr, entsprechende Themen oder Anliegen zu wenig in den Blick zu nehmen, was sich wiederum nachteilig auf das Interesse und die Partizipationsbereitschaft der genannten Bevölkerungsgruppen und somit auf die Repräsentativität und die Stabilität der Demokratie auswirken kann.²

Wie also mehr Frauen – die über die Hälfte der Bevölkerung bilden und in allen sozialen Gruppen und Schichten vertreten sind – für die Kommunalpolitik gewonnen werden können, ist damit nicht nur eine gleichstellungs-, sondern auch eine zentrale demokratiepolitische Fragestellung. Wie kann Attraktivität und Zukunftsfähigkeit dieses für das Gemeinwesen und das Zusammenleben vor Ort so wichtigen Engagements erhöht bzw. gesichert werden?

Diese Fragen standen im Zentrum der Arbeit der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern, welche das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) im Mai 2021 ins Leben gerufen hat. Im Juni 2022 stellte die Fachkommission Maßnahmenvorschläge

¹ Unter dem Begriff „queer“ werden alle Personen zusammengefasst, die zur Gruppe der LSBTIQ* gehören. Die Abkürzung steht für vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten: lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und weitere queere Personen. Nachfolgend wird die Bezeichnung queer als übergreifender Begriff für alle LSBTIQ* verwendet.

² In einer exemplarischen Untersuchung der EAF Berlin in fünf Städten in NRW aus dem Jahr 2023 gibt nahezu die Hälfte der befragten Kommunalpolitikerinnen an, die in den Räten behandelten Themen würden eher die Lebensrealität von Männern widerspiegeln. Lukoschat/Lohaus/ Hempte 2023.

vor. Zu diesen gehörte die Erstellung einer Studie zur Situation politisch aktiver und (noch) nicht aktiver Frauen in Sachsen. Diese Studie wurde 2023 vom SMJusDEG in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse werden in diesem Bericht vorgestellt.

Mit der Durchführung der Studie wurde die EAF Berlin beauftragt. Die EAF Berlin ist eine unabhängige und gemeinnützige Beratungs- und Forschungsorganisation, die ausgewiesene wissenschaftliche Expertise zur (kommunal-)politischen Partizipation von Frauen besitzt und zugleich langjährige Erfahrung in der Konzeption von Praxisprojekten aufweist.

Die qualitative Studie hat zum Ziel, das Wissen über Hinderungsgründe, Erwartungen, Rahmenbedingungen und Bedarfe kommunalpolitisch aktiver und nicht aktiver Frauen bezüglich der Ausführung eines kommunalpolitischen Mandats in Sachsen zu erweitern. Zu diesem Zweck wurden politisch und zivilgesellschaftlich aktive Frauen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen befragt. Der Fokus lag auf folgenden Gruppen:

1. Amts-/Mandatsträgerinnen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2. Weibliche Parteimitglieder ohne kommunalpolitisches Mandat
3. Zivilgesellschaftlich engagierte Frauen aus den Bereichen Bildung und Soziales sowie Sport, Freizeit und Kultur ohne kommunalpolitisches Mandat.

Für die Studie wurden zwischen Oktober 2023 und März 2024 Einzelinterviews und Fokusgruppendifkussionen durchgeführt. Bei der Zusammensetzung der Stichprobe wurden neben den formellen und geografischen Kriterien weitere lebensweltliche, biografische und andere Vielfaltsaspekte angestrebt.

Wenngleich die Parteizugehörigkeit für das kommunalpolitische Engagement und Mandat eine etwas geringere Rolle spielt als auf der Landes- und Bundesebene und sie insgesamt, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, mit geringerem und schrumpfendem Vertrauen in der Bevölkerung konfrontiert sind, war es dennoch auch unser Ziel, die verschiedenen politischen Parteien in der Stichprobe abzubilden. Dies ist überwiegend gelungen. Aus unterschiedlichen Gründen (s. Kapitel 2) umfasst die Studie keine Stimmen von Mitgliedern der AfD, sodass zu diesen Perspektiven auf die behandelten Themen keine Aussagen getroffen werden können.

Der vorliegende Ergebnisbericht gibt zunächst im **Kapitel 1** einen kurzen Überblick über die einschlägigen Studien und liefert damit die Folie, vor der das Forschungsdesign entwickelt wurde. Im Anschluss daran beschreibt **Kapitel 2** das methodische Vorgehen und die Stichprobenszusammensetzung im Detail.

Den Kern der Studie – die Ansatzpunkte zur Förderung der Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik – nehmen wir aus zwei Perspektiven in den Blick: Zum einen haben wir die aktiven Kommunalpolitikerinnen befragt, worin ihre Motivation zum Engagement begründet liegt, wie sie letztlich Zugang zur Kommunalpolitik gefunden haben und was wesentliche Unterstützungsfaktoren für ihr Engagement sind. Die engagierten Frauen aus den Parteien und aus der Zivilgesellschaft ohne kommunalpolitisches Mandat haben wir ebenfalls gefragt, woraus sich ihre Motivation zum Engagement speist. Die Ergebnisse dieser Analyse umfasst **Kapitel 3**. Zum anderen haben wir die Kommunalpolitikerinnen gefragt, welche Hemmnisse sie selbst bewältigen müssen, um ihr Engagement ausüben zu können, und welche Hinderungsgründe sie insbesondere bei Frauen wahrnehmen, die sie für die Kommunalpolitik begeistern möchten. Zusätzlich haben wir die weiblichen Parteimitglieder und die zivilgesellschaftlich engagierten Frauen gefragt, was sie bisher davon abhält, sich um ein kommunalpolitisches Mandat zu bewerben. Die Analyse dieser Barrieren und Hemmnisse ist Gegenstand des **4. Kapitels**. Den Bedarf an Unterstützung, den die Befragten vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen und Bedenken geschildert haben, stellen wir in **Kapitel 5** vor.

Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung gehen wir in den folgenden **Kapiteln 6 bis 8** auf drei Schwerpunkte vertieft ein: Das sind zunächst die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen, die sich auch in sehr unterschiedlichen Zahlen hinsichtlich des Anteils von Frauen in der Politik ausdrücken. Zum anderen ist dies die politische und gesellschaftliche Stimmung in Sachsen, die aktuell für enorm herausfordernde Rahmenbedingungen bei kommunalpolitischem Engagement sorgt und sich derzeit als sehr starke Barriere für die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik erweist. Der dritte Schwerpunkt richtet sich auf die Bedeutung der Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik: Was ändert sich durch mehr oder eben auch weniger Frauen? Warum profitiert Kommunalpolitik von einem höheren Anteil von Frauen? Dazu hatten unsere Interviewpartnerinnen sehr viel zu sagen.

Auf der Grundlage dieser Analysen haben wir in **Kapitel 9** Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese richten sich an staatliche Akteure auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, an Parteien, Verbände und Stiftungen, an Ausbildungsstätten und Akteure der politischen Bildung, an Ratsmitglieder sowie an weitere relevante

Multiplikatorinnen wie zum Beispiel Kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Im **Kapitel 10** ziehen wir ein abschließendes Fazit und geben einen Ausblick auf die Herausforderungen und Potenziale, die sich mit Blick auf die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen zeigen.

Da es sich um eine qualitative Studie handelt, liegt der größte Erkenntnisgewinn unserer Befragung in den persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen, welche die interviewten Frauen mit uns geteilt haben. Wir haben diese O-Töne an vielen Stellen in den Bericht einfließen lassen, um auch den Leserinnen und Lesern die Chance zu geben, an diesen Eindrücken unmittelbar teilzuhaben.

Entsprechend der Vorgaben der Handreichung zur geschlechtergerechten Sprache in der Verwaltung des SMJusDEG wurde im Bericht auf inklusive Sprache verzichtet und stattdessen auf geschlechterneutrale oder binäre Formulierungen zurückgegriffen.³ Geschlechterbinäre Begriffe haben wir teilweise alternierend verwendet und möchten damit jeweils alle geschlechtlichen Identitäten einschließen.

Diese Studie wäre ohne unterstützende Personen und Netzwerke nicht zustande gekommen. Wir danken sehr herzlich dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung für die Begleitung, Susanne Köhler und Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah als Vertreterinnen der Fachkommission sowie Prof. Dr. Anja Besand, Prof. Dr. Raj Kollmorgen und Dr. Elke Wiechmann für die kritische Diskussion der Studienergebnisse sowie den Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und vielen weiteren Multiplikatorinnen, die die Einladung zur Studie geteilt und uns bei der Gewinnung der Interviewpartnerinnen unterstützt haben.

Darüber hinaus danken wir den Kolleginnen in der EAF Berlin herzlich für ihre Unterstützung: Louisa Zegler für die gewissenhafte und engagierte Organisation der Datenerhebung, ihre Beteiligung an der Auswertung der Interviews sowie die redaktionelle Mitarbeit am Bericht, Julika Hülsemann und Katharina Gebhard für die organisatorische bzw. redaktionelle Unterstützung während der Datenerhebung und der Berichterstellung sowie Nina Prehm und Stefanie Lohaus für ihre Expertise in der Veröffentlichung der Studie.

Die Autorinnen der EAF Berlin im September 2024

Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Lisa Hempe, Dr. Helga Lukoschat

³ Dies bedeutet, dass gegebenenfalls nicht alle geschlechtlichen Identitäten sprachlich sichtbar sind.

1. Ausgangslage: Empirische Daten und Forschungsfragen

Die Kommunalpolitik ist zwar ein etabliertes Forschungsfeld in Deutschland, doch wurde sie erst in jüngster Zeit auch unter Aspekten geschlechtsspezifischer Partizipation betrachtet. Als Ursache der Unterrepräsentanz von Frauen wurde vorwiegend ein geringeres politisches Interesse von Frauen unterstellt und die dahinterliegenden soziostrukturellen Faktoren tendenziell überwiegend ausgeblendet.⁴ Die Studien aus der Frauen- und Geschlechterforschung nahmen seit den 1990er Jahren zwar die theoretischen Konzepte und die historisch bedingten Ausschlussmechanismen für Frauen aus der Politik kritisch in den Blick, diese Untersuchungen basierten in der Regel jedoch nicht auf empirischen Datenerhebungen.

In den jüngeren Untersuchungen der letzten zwei Dekaden wird vor allem das Zusammenwirken von kulturellen, strukturellen und institutionellen Faktoren als Zugangsbarriere genannt – u. a. Normen und Rollenbilder, die gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie die institutionellen Rahmenbedingungen des kommunalpolitischen Engagements, die Nominierungsprozesse in den Parteien und die Wahlsysteme (u. a. Holtkamp/Wiechmann 2024; Holtkamp/Wiechmann 2023b; Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023; Weidhofer et al. 2023; Obinger/Bonk 2022; Lukoschat/Köcher 2021; Lukoschat/Belschner 2019; Holtkamp/Schnittke 2010; Holtkamp et al. 2009). In jüngster Zeit beschäftigen sich mehrere Untersuchungen mit Formen und Auswirkungen von Hass und Hetze in den sozialen Medien sowie Anfeindungen, Bedrohungen oder Übergriffen auf Politikerinnen und Politiker, auch auf kommunaler Ebene (u. a. Blätte et al. 2023; Klewes et al. 2022; Körber Stiftung 2021; Mahler Walther/Lukoschat 2020).

Bis heute stellt die Datenlage insgesamt ein Problem dar: ein länderübergreifendes, kontinuierliches und systematisches Monitoring der politischen Partizipation von Frauen auf kommunaler Ebene steht weiterhin aus. Die Zahlen werden in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich und zum Teil gar nicht erfasst. Hier gehört das Land Sachsen zu den wenigen Ländern, die über das Statistische Landesamt umfangreiche Daten öffentlich zur Verfügung stellen.

Forschungsbedarf besteht u. a. auch hinsichtlich einer intersektionalen Perspektive, in der zusätzlich zum Geschlecht auch sich überkreuzende und verstärkende Faktoren von Benachteiligungen in den Blick genommen werden. Einen ersten Beitrag hierzu leisten die Vielfaltsstudien der Fernuniversität Hagen (Holtkamp et al. 2023a) und

⁴ Einen guten Überblick zu den Entwicklungen des Forschungsstands gibt Kletzing 2017.

der Heinrich-Böll-Stiftung (Blätze et al. 2022/2023), deren Ergebnisse auch für die vorliegende Studie eine hohe Relevanz haben.

Im Folgenden stellen wir zunächst die aktuell verfügbaren, empirischen Daten für Sachsen bezüglich des kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Engagements vor und ordnen diese in den bundesdeutschen Kontext ein.

Anschließend stellen wir aktuelle, einschlägige Studien und Forschungsergebnisse vor, auf die wir bei der Entwicklung der Fragestellung, des Forschungsdesigns sowie der Interpretation der Ergebnisse in unserer Befragung Bezug genommen haben. Hier handelt es sich um Untersuchungen zu den Zugangsbarrieren für Frauen, in denen vor allem auf Rollenbilder, Zeitbudgets und Vereinbarkeit sowie institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen der kommunalpolitischen Tätigkeit abgehoben wird. Darüber hinaus haben wir auf aktuelle Untersuchungen zum Phänomen des (alltäglichen) Sexismus in der Politik und in Parteien Bezug genommen.

Für das Verständnis der Situation in Sachsen erwies sich zudem als relevant, Untersuchungen zum politischen Klima in den ostdeutschen Bundesländern und spezifisch in Sachsen heranzuziehen, wobei hier ein Schwerpunkt auf der Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen sowie antifeministischer Strömungen liegt. Diese Phänomene müssen gleichfalls als ernstzunehmende Barriere bei kommunalpolitischem Engagement von Frauen in Betracht gezogen werden.

Frauen in der sächsischen (Kommunal-)Politik und Zivilgesellschaft

Sachsen gehört im bundesweiten Vergleich zu den Schlusslichtern, wenn es um die Repräsentation von Frauen in der Politik geht: Im Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil in der aktuellen 8. Legislaturperiode nach der Wahl im September 2024 bei 27,5 Prozent und ist damit etwas niedriger als in der vorherigen Wahlperiode, als er 27,7 Prozent betrug. Der Frauenanteil in den Landtagen beträgt im Durchschnitt aller Bundesländer 33,2 Prozent. Nur in Bayern ist der Anteil mit 24,6 Prozent noch niedriger als in Sachsen.

Der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen Sachsens lag in der letzten Wahlperiode 2019 bis 2024 mit ca. 20 Prozent lediglich bei einem Fünftel aller Sitze und damit noch deutlicher unter dem bundesweiten Durchschnitt von 30 Prozent. Mit der Kommunalwahl 2024 ist der Frauenanteil zwar leicht gestiegen auf 22 Prozent (s. Abb. 1/2), dennoch gehört Sachsen auch hier weiterhin zu den Schlusslichtern und hat gemeinsam mit Sachsen-Anhalt den niedrigsten Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik (BMFSFJ 2023).

Nachfolgend werden in Abb. 1 und Abb. 2 die Anteile von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen differenziert aufgefächert. Die Zahlen zeigen einen deutlichen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Abb. 1 Frauenanteile in der Kommunalpolitik in Sachsen nach der Kommunalwahl 2019 (Angaben in Prozent)

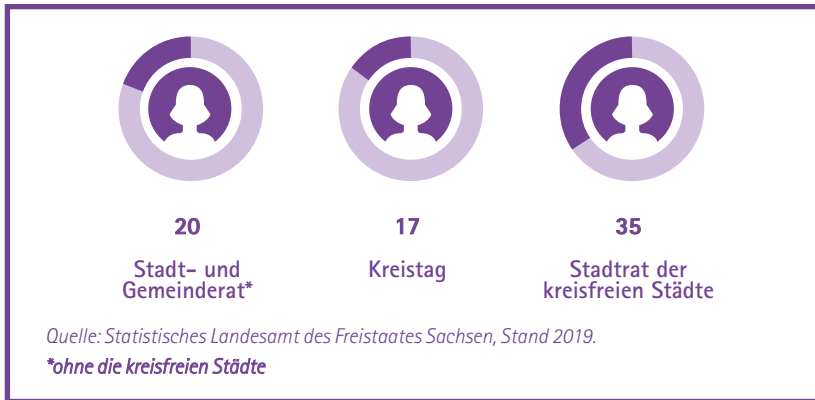
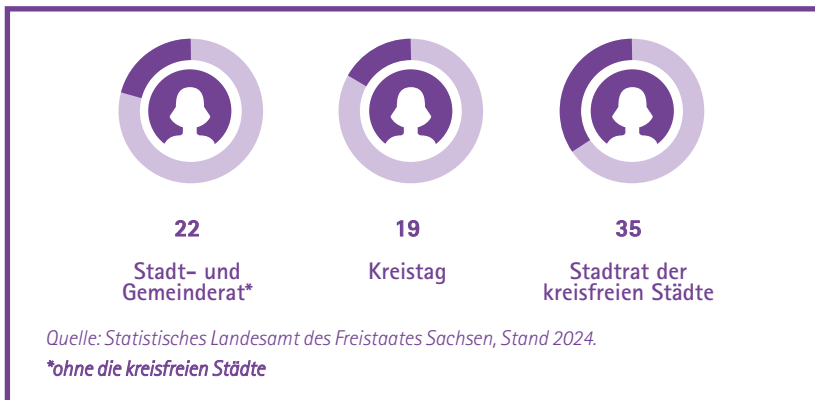


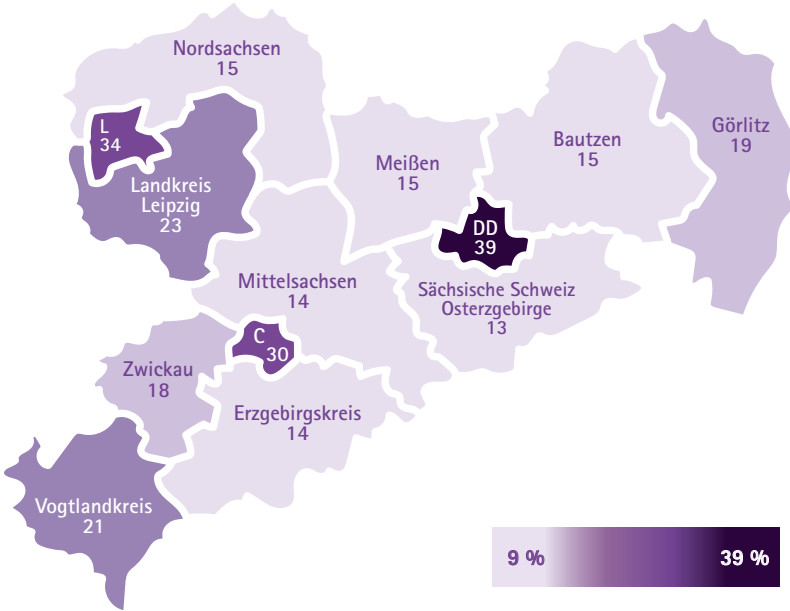
Abb. 2 Frauenanteile in der Kommunalpolitik in Sachsen nach der Kommunalwahl 2024 (Angaben in Prozent)



Der Unterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen wird in Abb. 3 und Abb. 4 ausdifferenziert und für alle zehn Landkreise sowie die drei kreisfreien Städte dargestellt. Hier zeigen sich 2024 Unterschiede von bis zu 14 Prozent zwischen den Landkreisen. Schlusslicht ist der Erzgebirgskreis mit 9 Prozent, den höchsten Wert weist der Landkreis Meißen mit 23 Prozent auf.

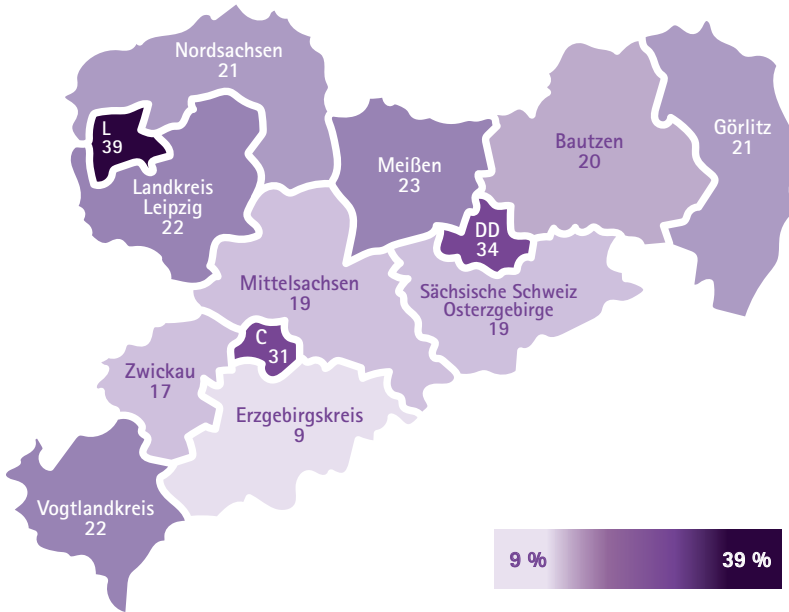
Der Vergleich zwischen den Wahlergebnissen 2019 (Abb. 3) und 2024 (Abb. 4) zeigt auf, dass der Frauenanteil mit der Kommunalwahl 2024 in sieben Landkreisen und zwei Großstädten zugenommen hat und in drei Landkreisen und zwei Großstädten rückläufig ist. Auffällig ist der Rückgang im Erzgebirgskreis um 5 Prozentpunkte auf unter 10 Prozent. Insgesamt kann aber eine positive Entwicklung konstatiert werden. Auf der Ebene der Stadt- und Gemeinderäte und der Kreistage hat der Frauenanteil leicht zugenommen (s. Abb. 5).

Abb. 3 Frauenanteile in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte 2019 in Sachsen (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 2019.

Abb. 4 Frauenanteile in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte 2024 in Sachsen (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 2024.

Ergänzend dazu gibt die folgende Tabelle (Abb. 5) einen Überblick über den Anteil von Frauen unter den Kandidierenden bei den Kommunalwahlen 2019 und 2024. Dabei fällt auf, dass sowohl 2019 als auch 2024 der Frauenanteil unter den Kandidierenden in der Mehrheit der Landkreise über dem Anteil der tatsächlich gewählten Frauen lag. Grundsätzlich stünden also in vielen Fällen mehr interessierte Frauen für ein kommunalpolitisches Engagement zur Verfügung, als tatsächlich zum Zuge kommen.

Zudem zeigt sich, dass der Frauenanteil auf den unterschiedlichen kommunalen Ebenen Differenzen aufweist: auf der niedrigsten Ebene der Ortschaftsräte ist der Anteil am höchsten, verglichen mit den Stadt- und Gemeinderäten und den Landkreisen, wo er jeweils niedriger wird.

Für 2024 zeigt sich, dass auf der Ebene der Gemeinde- und Stadträte der Frauenanteil unter den Kandidierenden mindestens ebenso hoch, häufig aber um mindestens zwei bis drei Prozentpunkte höher lag als 2019. Mit Ausnahme des Erzgebirgskreises, welcher mit Blick auf den Frauenanteil im Kreistag das Schlusslicht in Sachsen darstellt (s. Abb. 4), trifft dies auch auf alle Kreistage zu. Daraus kann geschlossen werden, dass die vielfältigen Initiativen zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik in Sachsen erfolgreich dazu geführt haben, dass sich mehr Frauen zu einer Kandidatur entschlossen haben.

Abb. 5 Frauenanteile unter den Kandidierenden und Mandatsträgern nach Landkreisen/ kreisfreien Städten 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

	Ortschaftsrat				Gemeinderat/Stadtrat				Kreistag			
	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024*	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024
Insgesamt	26	24	28	?	24	21	26	22	22	17	25	19
Erzgebirgskreis	23	22	25	?	23	20	24	21	24	14	18	9
Mittelsachsen	29	26	27	?	24	21	27	23	24	14	27	19
Vogtlandkreis	26	25	26	?	23	19	25	22	22	21	24	22
Zwickau	22	24	27	?	25	22	26	23	23	18	27	17
Bautzen	19	23	25	?	22	20	22	19	14	15	21	20
Görlitz	25	23	29	?	22	19	24	21	23	19	26	21
Meißen	28	27	26	?	26	21	27	22	23	15	27	23
Sächs. Schweiz	20	19	25	?	23	18	25	22	22	13	25	19
Leipzig	22	22	26	?	22	21	25	25	22	23	24	22
Nordsachsen	28	26	30	?	24	21	27	22	25	15	28	21
Chemnitz, Stadt	23	21	19	?	28	30	28	31	-	-	-	-
Dresden, Stadt	32	32	34	?	34	39	35	34	-	-	-	-
Leipzig, Stadt	30	25	28	?	35	34	36	39	-	-	-	-

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019 bzw. 2024. Abgerufen im September 2024. Eigene Berechnungen. Die Zahlen für 2024 waren zum Zeitpunkt des Drucks der Broschüre noch nicht vollständig vorhanden.

***Angaben zu 410 von 418 Gemeinden/Städten**

Mit Blick auf die Parteien und Wählervereinigungen zeigt sich ebenfalls, dass der Anteil von Frauen unter den Kandidierenden und späteren Abgeordneten in der Kommunalwahl 2024 im Vergleich zu 2019 überwiegend leicht angestiegen ist (Abb. 6). Fast alle Parteien und Wählervereinigungen haben mehr Frauen nominiert als zuvor. Jedoch unterscheiden sich die Parteien sehr stark hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen unter den Kandidierenden: Während diese bei der FDP und der AfD unter 20 Prozent liegt, ist sie bei der CDU, den Wählervereinigungen und dem BSW mit bis zu 29 Prozent etwas höher sowie bei der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke am höchsten mit bis zu 42 Prozent. Doch auch bei den letztgenannten Parteien liegt der Anteil von Frauen trotz Quotenregelungen unter 50 Prozent. Eine umfangreiche Studie zu Parteikulturen verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass tatsächliche Chancengleichheit neben formalen Maßnahmen tiefgreifende kulturelle Veränderungen innerhalb der Parteien erfordert (vgl. Lukoschat/Köcher 2023).

Im Vergleich zeigt sich aber bereits die Wirkung jahrelanger Gleichstellungsbemühungen und Quotenregelungen in den zuletzt genannten Parteien, die Frauen mehr Chancen der Partizipation eröffnen und auch zu einem höheren Anteil von Frauen unter den Mitgliedern geführt haben (vgl. Statista 2024). Die in ostdeutschen verglichen mit westdeutschen Bundesländern durchgängig niedrigeren Anteile von Frauen in der Kommunalpolitik sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland die genannten Parteien seltener gewählt werden (s. dazu auch Holtkamp/Wiechmann 2023a).

Abb. 6 Frauenanteile unter den Kandidierenden und Mandatsträgern nach ausgewählten Parteien 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

	Ortschaftsrat				Gemeinderat/Stadtrat				Kreistag			
	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024*	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024
Insgesamt	26	24	28	?	24	21	26	22	22	17	25	19
Wählervereinigung	25	24	27	?	23	21	25	22	20	16	23	18
CDU	22	20	25	?	21	18	24	21	19	11	21	15
AfD	11	13	19	?	14	12	19	17	13	12	16	15
Die Linke	38	44	42	?	37	39	41	43	33	35	35	42
SPD	32	30	39	?	30	27	34	31	27	24	34	20
B'90/Die Grünen	41	46	42	?	41	39	41	31	34	30	34	45
FDP	19	16	17	?	22	14	20	14	19	8	19	17
BSW	-	-	29	?	-	-	26	29	-	-	26	27

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019 bzw. 2024. Abgerufen im September 2024. Die Zahlen für 2024 waren zum Zeitpunkt des Drucks der Broschüre noch nicht vollständig vorhanden.

***ohne kreisfreie Städte, Angaben zu 410 von 418 Gemeinden/Städten**

In den kommunalen Führungspositionen ist der Anteil von Frauen noch geringer als unter den Ratsmitgliedern. Nur 12 Prozent der Rathäuser in Sachsen werden von einer Frau geleitet – das sind 50 der insgesamt 418 Bürgermeisterämter⁵. Auch hier zeigt sich die gleiche Tendenz wie in den Volksvertretungen – je höher die kommunale Ebene, desto geringer ist der Anteil von Frauen. Mit 13 Prozent liegt der Frauenanteil unter den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen etwas höher als unter den hauptamtlichen mit 11 Prozent. Sachsen befindet sich mit dem Durchschnittswert von 12 Prozent zwar leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 9 Prozent; jedoch wird kein einziges

⁵ Stand Juli 2024.

kommunales Spitzenamt von einer Frau ausgeführt: Die Spitzen der Landkreise und kreisfreien Städte sind allesamt männlich besetzt – damit steht Sachsen im Vergleich aller Bundesländer als Schlusslicht da (BMFSFJ 2024).

Zivilgesellschaft als Einstieg

Den Ausgangspunkt für kommunalpolitisches Engagement von Frauen bildet häufig zivilgesellschaftliches Engagement in Verbänden, Vereinen und Initiativen. So zeigte eine repräsentative Befragung von Stadt- und Gemeinderätinnen in Deutschland, dass 86 Prozent der Frauen schon vor der Übernahme eines kommunalpolitischen Mandates in Vereinen, Verbänden oder Parteien ehrenamtlich engagiert waren (Kletzing/Lukoschat 2010). Für viele entwickelt sich hier zum einen ein inhaltlicher Zugang zu den Themen der Kommunalpolitik. Zum anderen bietet das Engagement auch eine Bühne für den Auftritt in einem gewissen öffentlichen Rahmen und die damit verbundene Sichtbarkeit und Bekanntheit, die für Kandidatur und Wahl ein wichtiger Erfolgsfaktor sind. Wer sichtbar ist, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit auf eine mögliche Kandidatur angesprochen – ein wichtiger Zugang zur Kommunalpolitik. 62 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen der o. g. Befragung bekamen den Anstoß für die Kommunalpolitik von außen (Kletzing/Lukoschat 2010).

In Sachsen ist, wie eine Erhebung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung zeigt, eine vielgestaltige Engagement-Landschaft vorhanden, wobei die Bereiche Katastrophenschutz, Sport, Kultur und Bildung die Vereinslandschaft dominieren. Der Frauenanteil unter den in Vereinen engagierten Personen lag nach den Daten des ZiviZSurvey 2017 (Zivilgesellschaft in Zahlen) in Sachsen mit 28 Prozent etwas niedriger als im bundesweiten Durchschnitt von 32 Prozent (Priemer et. al. 2021, S. 30 ff.) und ist deutlich entfernt von einer ausbalancierten Teilhabe von Frauen und Männern in zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen.

In Sachsen findet zivilgesellschaftliches Engagement überwiegend in kleinen Vereinen statt. Die Vereinsdichte ist im Pro-Kopf-Vergleich ähnlich hoch wie im bundesweiten Durchschnitt, jedoch sind im Vergleich weniger Menschen in Engagementstrukturen eingebunden: Im Median⁶ haben mitgliedschaftsbasierte Organisationen in Sachsen lediglich 37 Mitglieder, im bundesweiten Vergleich sind es 68 Mitglieder. Entsprechend niedrig ist auch die Zahl freiwillig Engagierter, also der Personen, die regelmäßig und unentgeltlich Aufgaben und Ämter übernehmen. Als besonders herausfordernd wird die Gewinnung neuer Mitglieder in der Altersgruppe unter 30 Jahren beschrieben und die Gewinnung von Mitgliedern für dauerhaftes freiwilliges Engagement, insbesondere in Leitungspositionen (Schubert et al. 2023).

⁶ Der Median beziffert die Teilung der Grundgesamtheit in zwei gleichgroße Einheiten: 50 Prozent der Organisationen liegen unterhalb des Medians, 50 Prozent liegen oberhalb.

Der Anteil von Organisationen mit mindestens einer hauptamtlichen Person liegt mit 31 Prozent wiederum etwas höher als im bundesweiten Vergleich von 27 Prozent und hat sich nach den Daten des ZiviZSurvey zwischen 2017 und 2023 verdoppelt (Schubert et al. 2023). Das deutet darauf hin, dass die gesellschaftlichen Debatten über die Notwendigkeit der Förderung von Engagemtstrukturen tatsächlich zu stärkeren Ressourcen in den Organisationen geführt haben. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Entwicklung verstetigt.

Über formale Strukturen in mitgliedschaftsbasierten Organisationen hinaus bewegt sich Engagement auch im wachsenden Bereich der informellen, häufig temporären Zusammenhänge. Teilweise sind diese Strukturen miteinander vernetzt und befinden sich in einem fließenden Übergang, teilweise existieren sie nebeneinander her, wie die Studie ENKOR über Engagement in ländlichen Räumen herausarbeitet. Die vergleichende Analyse ost- und westdeutscher Spezifika zeigt neben vielen Gemeinsamkeiten auch deutliche Herausforderungen für Engagement in Ostdeutschland auf und weist insbesondere auf geringere Möglichkeiten finanzieller Unterstützung durch kommunale Haushalte oder private und privatwirtschaftliche Fördernde sowie fehlende religiöse Gemeinschaften als Räume für Begegnung und Engagement hin (Eckert et al. 2024).

Die Ergebnisse des Freiwilligensurvey 2019 zeigen, dass geschlechterübergreifend der Anteil engagierter Menschen in Ostdeutschland in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist und mit 37 Prozent nur noch leicht unter dem westdeutschen Durchschnitt von 40,4 Prozent liegt. Frauen sind insgesamt in ähnlich starkem Maße wie Männer engagiert – 39 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer geben an, gesellschaftlich engagiert zu sein (Simonson et al. 2021, S. 16 ff). Setzt man diese Zahlen in Verbindung mit den Ergebnissen des ZiviZSurvey, so liegt die Vermutung nahe, dass Frauen stärker in informellen Zusammenhängen engagiert sind als in formalen Engagemtstrukturen.

Zugangsbarrieren für Frauen

Traditionelle Rollenbilder und ungleiche Zeitbudgets

Aufgrund der gesellschaftlich verankerten Rollenbilder und der häufig damit verbundenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfügen Frauen über weniger materielle und zeitliche Ressourcen. Sie verrichten im bundesdeutschen Durchschnitt wöchentlich 9 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer (Statistisches Bundesamt 2024), in Ostdeutschland ist der Unterschied zwar etwas geringer, aber immer noch sehr hoch (Schäper 2023). Die Vereinbarung des kommunalpolitischen Engagements mit Sorgearbeit und Berufstätigkeit führt daher insbesondere bei Frauen zu einem „Spagat hoch drei“ (Lukoschat/Belschner 2019). Aber auch männliche Politiker sehen die zeitlichen Anforderungen zunehmend

problematisch. Den Zeitaufwand zu reduzieren, wird daher als eine der wichtigsten Stellschrauben für die attraktivere Gestaltung des Mandats angesehen (Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023; Lukoschat/Köcher 2021).

In Bezug auf Ostdeutschland ist hier zusätzlich in Betracht zu ziehen, dass Frauen mit 73,9 Prozent eine etwas höhere Erwerbstätigenquote als in Westdeutschland (71,6 Prozent) aufweisen. Während in Westdeutschland Dreiviertel der Paare mit Kindern das sogenannte Zuverdienermodell praktizieren, in welchem der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet, trifft das in Ostdeutschland nur auf knapp die Hälfte der Paare zu. Häufiger ist hier das Modell, in welchem beide Elternteile Vollzeit arbeiten und gemeinsam für das Familieneinkommen zuständig sind. Entsprechend liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen mit 33,6 Stunden/Woche um knapp 4 Stunden höher als im Durchschnitt berufstätiger Frauen in Westdeutschland (Hobler et al. 2020).

Als eine der wenigen Untersuchungen über politisch engagierte Frauen im Ost-West-Vergleich arbeitet die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung heraus, dass in den ostdeutschen Ländern weiterhin das Narrativ des emanzipatorischen Vorsprungs präsent sei und dort insgesamt weniger Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern artikuliert würden (Haag/Kollmorgen 2020). Tatsächlich sind die Unterschiede in den bundesweit breit diskutierten Gender-Gaps kleiner: Sowohl beim Pay Gap, dem Pension Gap als auch dem Care Gap sind die Unterschiede in Ostdeutschland teilweise erheblich geringer als in Westdeutschland.

Für die Förderung der Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik lägen also im Prinzip bessere Voraussetzungen vor. Dennoch liegt der Frauenanteil in den ostdeutschen Bundesländern durchgängig unter dem bundesweiten Durchschnitt. Eine Erklärung dafür liegt im Wahlverhalten in den ostdeutschen Bundesländern, das konservative Parteien mit einem geringen Anteil von Frauen unter den Mitgliedern und den Nominierten bevorzugt (s.o.), die zudem weiterhin von einer männlich geprägten politischen Kultur imprägniert sind. Darüber hinaus ist der ‚emanzipatorische Vorsprung‘ auf eine historisch-kulturelle Prägung zurückzuführen, welche stark auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben gerichtet war und weniger auf die Präsenz von Frauen in gesellschaftlichen und politischen Führungspositionen. Wie oben ausgeführt, besteht auch in Ostdeutschland ein Ungleichgewicht in der Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, sodass die Frauen hier durchschnittlich noch weniger Zeit für politisches oder zivilgesellschaftliches Ehrenamt haben.

(Alltäglicher) Sexismus in der Politik

Trotz positiver Veränderungen mit einer wachsenden Anzahl politisch tätiger Frauen bleibt Politik ein kulturell von Männern geprägter und dominierter Bereich und wird auch als solcher wahrgenommen. Dies gilt insbesondere für die Parteipolitik. Frauen

sind in allen Parteien in der Minderzahl und müssen sich in ihrem politischen Engagement sowohl innerhalb der Partei als auch in politischen Positionen häufig gegen geschlechtsspezifische Vorurteile, gegen gewachsene Männernetzwerke sowie offene oder subtile Abwertungen und Ausschlüsse behaupten.

Als wesentliche Barriere für das politische Engagement von Frauen wird daher in den einschlägigen Studien Sexismus⁷ benannt. Relevant für den Bereich der Kommunalpolitik sind vor allem Geschlechterstereotype, welche Frauen den privaten/häuslichen Bereich der reproduktiven Sorgearbeit zuschreiben, während Männer im öffentlichen Bereich, in gesellschaftlichen Funktionen und Entscheidungspositionen verortet werden. Sexismus ist nicht mit sexueller Belästigung gleichzusetzen, stellt jedoch die Basis dafür dar. Beides – Sexismus und sexuelle Belästigung – begegnet Frauen in der Politik.

Erst kürzlich haben im Mai 2024 die Recherchen von Correctiv und Stern zu Machtmissbrauch und sexueller Belästigung im EU-Parlament für Aufsehen gesorgt (Joeres/Keller 2024). Es handelt sich dabei um ein Dauerthema, das immer wieder in den Debatten erscheint, jedoch selten mit nachhaltigen Konzepten eingedämmt wurde.

Jüngst sind vor allem auch Kommunikations- und Umgangsformen innerhalb der Parteien in den Fokus gerückt. Erfahrungen eines „alltäglichen Sexismus“ (vgl. Becker 2014, S. 29 ff) sind häufig: über die Hälfte der Politikerinnen berichtet in einer repräsentativen Befragung der EAF Berlin und des Instituts für Demoskopie Allensbach, dass sie oft unterbrochen oder ihre Redebeiträge weniger ernst genommen werden. Ein Drittel der befragten Frauen ist der Ansicht, dass Frauen bei Nominierungen für Wahlkreise und der Vergabe von Listenplätzen benachteiligt werden. Mehr als die Hälfte (60 Prozent) gibt an, Erfahrungen mit sexueller Belästigung zu haben. Politikerinnen sehen sich weiterhin mit anderen Erwartungen hinsichtlich ihres Auftretens, ihrer Leistungen und ihrer äußeren Erscheinung konfrontiert (Lukoschat/Köcher 2021).

Die Form der politischen Auseinandersetzung, der teilweise raue Umgangston und die oben genannten Sexismus-Erfahrungen stellen eine Barriere für die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik dar. Zwei Drittel der Frauen und die Hälfte der Männer sind der Ansicht, dass die Art der politischen

⁷ Der Begriff Sexismus bezeichnet die ungleiche Bewertung und Behandlung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts in Kontexten, in denen ihr Geschlecht keine Rolle spielt. Sexismus beruht auf der Annahme, dass Frauen und Männer spezifische Eigenschaften und Fähigkeiten haben, welche eine hierarchische Struktur des Geschlechterverhältnisses begründen. Dabei werden dem männlichen Geschlecht überlegene bzw. gesellschaftlich privilegierte Rollen zugeschrieben (Lohaus 2023). Vgl. weiterführend auch Infokasten in Kapitel 4.

Diskussion und Auseinandersetzung viele Frauen abschreckt (Lukoschat/Köcher 2023, S. 38). Dazu gehört, dass Frauen häufig ein dominantes Redeverhalten von Männern wahrnehmen: In einer Befragung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in fünf Städten in Nordrhein-Westfalen gaben 79 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer an, dass sie bei Männern ein dominantes Redeverhalten wahrnehmen (Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023, S. 23). Interessant sind hier auch die Unterschiede in der Wahrnehmung der Geschlechter: Als Betroffene nehmen Frauen Benachteiligungen deutlich stärker wahr als Männer. Das zeigt sich auch in ihrer generellen Bewertung von Chancengleichheit: 69 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer sind der Ansicht, dass Männer bessere Chancen in der Kommunalpolitik haben (Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023, S. 31).

Nicht nur die Rats- und Ausschusssitzungen selbst werden teilweise als ausschließlich wahrgenommen. Häufig kommt es zu Situationen, in denen wichtige Absprachen zur Vorbereitung von Entscheidungen außerhalb der Sitzungen getroffen werden. 77 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer sagen, dass sie zu diesen Absprachen keinen Zugang haben (Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023, S. 23), was als alarmierendes Zeichen für mangelnde Transparenz und Zugänglichkeit in der Kommunalpolitik selbst verstanden werden kann.

Eine Untersuchung für das Land Brandenburg bestätigt diese Befunde auf qualitativer Basis (Obinger/Bonk 2022). Eine weitere Untersuchung, in der mehrere Bundesländer aus Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der politischen Kultur in zwei Parteien analysiert wurden, bewertet diese Verhaltensweisen als Strategien der dominierenden Gruppe zur Sicherung von Macht, Einfluss und Positionen (Haag/Kollmorgen 2020). Aufgrund dessen fehlt es weiterhin an Vorbildern für Frauen in politischen und gesellschaftlichen Führungsrollen, was sich nachteilig auf die Selbstwahrnehmung und Motivation von Frauen auswirkt. Die einschlägigen Untersuchungen zeigen, dass bis heute mehr Frauen als Männer Bedenken bzw. Selbstzweifel äußern, in die Kommunalpolitik zu gehen (u. a. Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023, Obinger/Bonk 2022).

Institutionelle Rahmenbedingungen

Einen zunehmend größeren Raum im Diskurs nehmen die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements ein. Dazu gehören Sitzungszeiten, die in den Abendstunden liegen und teilweise bis tief in die Nacht gehen. Hinzu kommen gerade in ländlichen Regionen häufig noch lange Fahrtzeiten und mangelnde finanzielle Kompensation zusätzlich nötiger Kinderbetreuung. In der o. g. Befragung der EAF Berlin und des Instituts für Demoskopie Allensbach sehen 75 Prozent der befragten Politikerinnen und 61 Prozent der Politiker darin die größte Barriere für mehr Frauen in der Politik (Lukoschat/Köcher 2023, S. 38). Der Wunsch nach stärkerer ideeller wie materieller Anerkennung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements ist ein weiteres Thema, das sich

durch viele der genannten Studien zieht. Dazu gehört zum einen die öffentliche Wertschätzung durch Sichtbarkeit, z. B. in den Medien oder auch im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Verwaltungen. Zum anderen betrifft dies die materiellen Rahmenbedingungen des Engagements; dazu zählt die Freistellung von Beschäftigten ebenso wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie mit Blick in die Zukunft die Anrechnung von Rentenpunkten für den zeitlichen Einsatz im ehrenamtlichen und kommunalpolitischen Engagement (Lukoschat/Lohaus/Hempe 2023).

Demokratievertrauen und politisches Klima

Eine Vielzahl von Studien hat im wiedervereinigten Deutschland die politischen Einstellungen und das Demokratievertrauen in der Bevölkerung untersucht. Sie zeigen teilweise von Beginn an Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auf und konstatieren in den letzten Jahren eine stärker werdende Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie wachsende rechtsextreme Einstellungen besonders in Ostdeutschland und auch in Sachsen.

Den Ergebnissen einer repräsentativen Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig (Decker et al. 2023) in den ostdeutschen Bundesländern zufolge, ist das Vertrauen in die „Demokratie als Idee“ mit über 90 Prozent der Bevölkerung in Sachsen zwar hoch, jedoch ist nicht einmal die Hälfte mit der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“ zufrieden (45,7 Prozent). Pluralismus als Leitbild der Demokratie, welche Freiheit und Gleichheit garantiert und die Rechte von Minderheiten sichert, ist für mehr als die Hälfte der sächsischen Bevölkerung nicht die erstrebenswerte Staatsform. 53 Prozent stimmen manifest oder latent der Aussage zu „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (Decker et al. 2022, S. 7).

Passend dazu zeigt der Sachsen-Monitor, eine Studie des Instituts für Markt- und Politikforschung dimap im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen, das zuletzt gestiegen war, seit 2021/22 deutlich abgenommen hat. Am stärksten ist der Vertrauensrückgang gegenüber dem Bundestag, und zwar um 20 Prozent auf lediglich 23 Prozent. Auf der Landesebene liegt es mit 44 Prozent höher und mit 49 Prozent ist das Vertrauen in die kommunalen Parlamente am höchsten – jedoch ist es gleichfalls gesunken, und zwar um 11 Prozent (Schlinkert et al. 2024, S. 30). Demnach vertraut nicht einmal die Hälfte der sächsischen Bevölkerung den politischen Institutionen der Demokratie in Deutschland.

Noch geringer ist das Vertrauen in die Personen, die sich in der Politik engagieren: Der Sachsen-Monitor zeigt, dass nur ein knappes Viertel der sächsischen Bevölkerung das Gefühl hat, dass sich „die meisten Politiker um das Gemeinwohl kümmern“, nur 19 Prozent stimmen zu, dass sich die meisten Politiker „um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen“ (Schlinkert et al. 2024, S.24). Dieses Gefühl der Distanz zur Politik spiegelt sich auch in der Einschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit wider: 80,9 Prozent der Befragten in der Studie des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts sind überzeugt, sie „haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und 65,5 Prozent halten „es für sinnlos, sich politisch zu engagieren“ (Decker et al. 2023).

Ein Viertel der Befragten des Sachsen-Monitors gibt an, sich grundsätzlich vorstellen zu können, „sich für ein Amt oder Mandat“ z. B. in der eigenen Gemeinde zu bewerben oder dies bereits getan zu haben. Die Bereitschaft, in einer politischen Partei mitzuarbeiten, ist mit 23 Prozent etwas niedriger ausgeprägt. Deutlich höher ist dagegen die Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband bzw. Verein mitzuarbeiten – knapp die Hälfte (46 Prozent) kann sich das vorstellen (Schlinkert et al. 2024, S. 25). Ein Großteil der Befragten möchte zumindest punktuell eingebunden sein und wünscht sich mehr Möglichkeiten der Beteiligung an politischen Entscheidungen: 87 Prozent stimmen der Aussage „Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen“ zu (Schlinkert et al. 2024, S. 27).

Menschenfeindliche und nationalchauvinistische Einstellungen haben zugenommen und sind in Teilen der Bevölkerung Sachsens deutlich ausgeprägt. Die Studie des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts zeigt starke Ressentiments in der Bevölkerung insbesondere in den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit mit 32,7 Prozent manifester Zustimmung (inkl. der latenten Zustimmung gehen die Werte hier bis zu 70 Prozent) und Nationalchauvinismus mit 14,1 Prozent (inklusive der latenten Zustimmung gehen die Werte hier bis knapp 65 Prozent) (Decker et al. 2023). Die Autorenschaft verweist darauf, dass diese antidemokratischen Ressentiments auf dem autoritären Syndrom fußen, dessen Element der autoritären Aggressionen mit 36,6 Prozent in Sachsen besonders hoch ausgeprägt ist. „Die Identifikation mit der Macht einer Autorität“, so schreiben die Autorinnen, dient u. a. „der Legitimation von Gewalt gegen ‚Andere‘“ (Decker et al. (2023) S. 21). Passend dazu zeigen die Ergebnisse des Sachsen-Monitors, dass die Bereitschaft, für die eigenen Ziele notfalls auch mit Gewalt zu kämpfen, gewachsen ist und bei 14 Prozent liegt, unter den jüngeren Befragten trifft dies sogar auf jede fünfte Person zu (Schlinkert et al. 2024, S. 25f).

Anfeindungen und Bedrohungen

Die Bereitschaft, mit verbaler oder körperlicher Gewalt gegen Andersdenkende vorzugehen, spüren Politikerinnen und Politiker inzwischen vermehrt. Verschiedene Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die Wertschätzung gegenüber der Arbeit von Politikern in der Bevölkerung zurückgegangen ist und dass diese in zunehmendem Maße mit Einschüchterungsversuchen wie Beleidigungen, Hetze, Bedrohungen und Gewalt konfrontiert sind (Mahler Walther/Lukoschat (2020); Körber Stiftung (2021); Klewes/Rauh et al. (2022); Blätte et al. (2022)). In Sachsen hat im Europawahlkampf 2024 der tätliche Angriff auf den Kandidaten für das Europaparlament Matthias Ecke vielfach Erschütterung ausgelöst. Darüber hinaus gab es in jüngster Zeit in Sachsen diverse prominente Fälle der Bedrohung von Politikern insbesondere in unmittelbarer Nähe zu ihrem Wohnsitz. Die Zahlen des Landeskriminalamtes Sachsen zeigen, dass Angriffe auf Amts- und Mandatsträgerinnen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben, ihre Anzahl hat sich mit 379 gemeldeten Angriffen zwischen 2020 und 2023 fast verdoppelt (MDR 7.5.2024). In seiner Jahresstatistik 2023 spricht der Verein RAA Sachsen von einer „zunehmend gewalttätigen rechten Raumnahme“ und zeigt auf, dass rechtsmotivierte Angriffe im Vergleich zum Vorjahr um 21 Prozent zugenommen haben. Mit Blick auf die Kommunal- und Landtagswahlen in 2024 warnt die RAA deshalb vor einem Erstarken rechtsmotivierter Gewalt gegen Menschen, die sich „gegen Rechts und für Demokratie“ einsetzen (RAA 2024).

Mehrere Studien der letzten Jahre befassen sich mit dem Phänomen von Anfeindungen und Aggressionen gegenüber Kommunalpolitikerinnen und Bürgermeistern. Das aktuelle Ranking deutscher Großstädte zeigt, dass 60 Prozent der befragten Kommunalpolitikerinnen Anfeindungen und Aggressionen erlebt haben.⁸ Die Zahlen aus Sachsen sind mit 81 Prozent im Vergleich der Bundesländer besonders hoch, zwei sächsische Städte (Dresden und Leipzig) sind deutschlandweit unter den zehn Städten mit den höchsten Werten (Blätte et al. 2022).

Eine Studie des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg belegt am Beispiel des Bundeslandes, dass die Werte im Hinblick auf absolute Anteile und auf Häufigkeit ein Stadt-Land-Gefälle aufweisen: Die Kommunalpolitiker in den Städten sind stärker betroffen als ihre Kolleginnen im ländlichen Raum. Zudem zeigen sich die Inhalte der Anfeindungen bei Frauen überdurchschnittlich häufig, zu etwa 50 Prozent, im Zusammenhang mit Sexismus (Klewes/Rauh et al. 2022). Mit Bezug auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zeigt eine repräsentative Studie der EAF Berlin, dass Frauen in höherem Maße

⁸ Die Quote von betroffenen Männern und Frauen unterscheidet sich kaum, jedoch ist sie bei nicht-binären Personen mit knapp 80 Prozent deutlich höher; zu beachten ist bei letzteren die kleine Fallzahl.

Beleidigungen und Bedrohungen (76 Prozent/67 Prozent) bis hin zu sexueller Belästigung (13 Prozent) ausgesetzt sind (Mahler Walther/Lukoschat 2020).

Antifeminismus: Gezielte Abwertung und Verdrängung

Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde im Grundgesetz mit Artikel 3 Abs.2 die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verankert. Nach der Wiedervereinigung wurde Artikel 3 Abs. 2 zudem um einen aktiven Gleichstellungsauftrag ergänzt, mit dem der Staat verpflichtet wird, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern. Mit der zunehmenden Unabhängigkeit und Eigenständigkeit weiblicher Lebensentwürfe, der Liberalisierung traditioneller Geschlechterrollen bis hin zur geschlechtlichen Selbstbestimmung geht eine gesellschaftliche Modernisierung einher, die in einigen Teilen der Gesellschaft Verunsicherung und Abwehrreaktionen auslöst. Damit entsteht eine Anschlussmöglichkeit u. a. für antidemokratische, extrem rechte Bewegungen, deren Kernelement Ungleichheits- und Ungleichwertigkeitsideologien darstellen. Geschlechterhierarchien sind fester Bestandteil rechter Ideologien, die darauf abzielen, geschlechteremanzipatorische Fortschritte zu bekämpfen und rückgängig zu machen. Diese gezielte Strategie gegen die Emanzipation und Gleichstellung der Geschlechter wird als Antifeminismus bezeichnet (vgl. Rahner et al. 2020).

Die Leipziger Autoritarismus Studie zeigt die Verbindung zwischen antifeministischen Einstellungen und rechter Ideologie sowie autoritären Einstellungen auf. Im Zeitraum von zwei Jahren hat die Studie zwischen 2020 und 2022 eine Zunahme antifeministischer Einstellungen um 7 Prozentpunkte festgestellt. 2022 haben ein Viertel der Deutschen ein geschlossen antifeministisches Weltbild, darunter ein Drittel aller Männer (33 Prozent) und ein Fünftel aller Frauen (19 Prozent) (Kalkstein et al. 2022, S. 253). Antifeminismus hat den Ergebnissen der Studie zufolge eine hohe Relevanz für rechtsautoritäres Denken und stellt zugleich eine „Brückenideologie“ in andere Teile der Bevölkerung dar: „Ausgeprägter Sexismus kann dann in Antifeminismus umschlagen, wenn die traditionellen Geschlechterrollen durch ‚den Feminismus‘ bedroht werden“ schlussfolgert die Autorenschaft (Kalkstein et al. 2022, S. 264).

Antifeminismus richtet sich grundsätzlich gegen die Errungenschaften der Frauenbewegungen und damit u. a. gegen politische Maßnahmen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung von Sexismus und Frauenfeindlichkeit zum Ziel haben. Teil des Antifeminismus als Ideologie der Ungleichwertigkeit ist die Umdeutung von emanzipatorischen Entwicklungen: die Freiheit, Lebensentwürfe geschlechtsrollenunabhängig zu verwirklichen, wird deklariert als Zwang zur Umerziehung, inklusive Sprache wird bekämpft und zu einem regelrechten „Triggerpunkt“ (vgl. Mau 2023) hochstilisiert mit der Folge, dass inzwischen in einzelnen Bundesländern eine inklusive Sprache, welche die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten einschließt, in Behörden verboten ist. Auch

systematische Einschüchterung von Menschen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen, gehört zur antifeministischen Strategie. Menschen sollen „durch Angst vor Gewalt oder weiteren Angriffen zum Schweigen gebracht“ und „feministische Positionen durch konstante Diffamierung geschwächt werden“ (Rahner et al. 2020, S. 11).

Auswirkungen auf die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik

Mehrere Studien haben in jüngster Zeit untersucht, welche Auswirkungen die zunehmenden Anfeindungen auf das Verhalten von Frauen haben. Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen überdurchschnittlich stark davon belastet sind (Körper Stiftung 2021) sowie deutlich häufiger als Männer aufgrund dessen ihr Verhalten anpassen und dabei hinsichtlich der Einbringung emanzipatorischer Perspektiven zurückhaltender werden. So haben knapp ein Drittel der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in deutschen Großstädten, die Anfeindungen und Aggressionen erlebt haben, in Reaktion darauf ihr Verhalten geändert. Auch ein Viertel der Amts- und Mandatsträgerinnen ohne persönliche Erfahrungen mit Anfeindungen und Aggressionen verändern ihr Verhalten aufgrund von Sorge vor diesen (Blätle/Dinnebier et al. 2022). In weniger urbanen Regionen trifft dies möglicherweise sogar auf mehr Abgeordnete zu. Eine Studie über Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Kleinstädten in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen legt diese Vermutung nahe. Den Ergebnissen zufolge verändern 41 Prozent der männlichen Befragten und 64 Prozent der weiblichen Befragten ihr Verhalten aufgrund der Sorge vor Angriffen, nahezu 9 Prozent der Frauen denken daran, nicht erneut zu kandidieren (Holtkamp 2023a).

Die Studie zeigt auch, dass der Effekt der Verhaltensänderung besonders häufig bei Frauen, Personen mit Migrationsbiografie sowie Personen aus der Unterschicht, der Arbeiterschicht oder der unteren Mittelschicht auftaucht. Dabei ist themenbezogene Zurückhaltung die häufigste Verhaltensänderung. Die Autorenschaft warnt deshalb davor, dass durch die wachsende Bedrohungslage gerade die Stimmen von Vertretenden der Gruppen, die in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind, leiser werden und an Präsenz verlieren. Es sind zwar (noch) keine signifikanten Effekte auf die deskriptive Repräsentation von Vielfalt in der Kommunalpolitik erkennbar, doch weist die Studie deutliche Effekte auf die substanzielle Repräsentation von Vielfalt in der Kommunalpolitik nach (Blätle/Dinnebier et al. 2022). Hier besteht erhebliche Gefahr, dass gerade die Perspektiven weniger repräsentierter und vulnerabler Bevölkerungsgruppen in der Kommunalpolitik noch seltener eingebracht und aufgenommen werden und ein Defizit in der demokratischen Repräsentation und Legitimation entsteht, was wiederum zu (weiter) schwindendem Vertrauen in die Politik führen kann.

2. Forschungsdesign

Zielgruppen und Methodik

Befragte Zielgruppen

Um einen möglichst umfassenden Blick auf Motive und Treiber, Barrieren und Bedarfe im Zusammenhang mit einem kommunalpolitischen Mandat werfen zu können und auch diejenigen zu erreichen, die sich bisher noch nicht engagiert haben, haben wir Frauen aus folgenden Zielgruppen befragt:

1. Kommunalpolitische Amt- und Mandatsträgerinnen
2. Weibliche Parteimitglieder ohne kommunalpolitisches Mandat
3. Zivilgesellschaftlich engagierte Frauen aus den Bereichen Bildung und Soziales sowie Sport, Freizeit und Kultur ohne kommunalpolitisches Mandat

Zwischen Zielgruppe 2 und 3 gibt es hierbei teils Überschneidungen, da viele parteipolitisch Engagierte auch andere Ehrenämter im zivilgesellschaftlichen Bereich ausüben.

Zielgruppenzusammensetzung

Bei der Rekrutierung der Befragten wurden zunächst und primär das Alter und der Wohn- bzw. Tätigkeitsort (bei Kommunalpolitikerinnen) berücksichtigt. Es wurden prinzipiell Personen ab 18 Jahren befragt und eine breite Altersverteilung angestrebt, um die Perspektiven unterschiedlicher Lebens- und Berufsphasen einbeziehen zu können. Eine Altersgrenze nach oben wurde nicht festgelegt. Es wurden Personen aus allen zehn Landkreisen und den drei kreisfreien Städten Sachsens befragt und bei allen Zielgruppen auf eine ausgewogene Verteilung der Stichprobe hinsichtlich städtisch und ländlich lebenden Befragten geachtet.

Ferner wurden Merkmale berücksichtigt und im Rahmen des Vorhandenseins entsprechender Personen in die Studie einbezogen, die sich u. a. auf die private und berufliche Situation und Stellung, Bildungsverläufe, Lebensverläufe, den Familienstand bzw. das Partnerschaftsverhältnis und das (nicht) Vorhandensein von Kindern beziehen. Zudem wurde auf die Einbeziehung von Personen mit folgenden Vielfaltmerkmalen geachtet: Migrationsgeschichte, Behinderung und Zugehörigkeit zu LSBTIQ*⁹.

⁹ Die Abkürzung steht für eine Gruppe von Menschen mit vielfältigen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten: lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und weitere queere Personen.

Bei der Zielgruppe 1 – den Kommunalpolitikerinnen – hing die Auswahl neben der Erreichbarkeit und Verfügbarkeit der potenziellen Teilnehmerinnen von der im Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt jeweils vertretenen Partei-Fraktion sowie des Mandats der befragten Person ab und wurde von uns in Summe so angesteuert, dass unterschiedliche Perspektiven und Werdegänge einbezogen werden konnten. Alle weiteren Zielgruppen-Merkmale (wie oben beschrieben) wurden – wo möglich – über die Stichprobe hinweg gut durchmischt.

Die Zielgruppe 2 – die Frauen ohne Mandat mit einer Parteimitgliedschaft – wurden nach Parteien getrennt befragt, um eine offene, vertrauensvolle Diskussion zu ermöglichen. Daraus ergaben sich sechs Fokusgruppen mit je einer Gruppe CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und Freie Wähler. Aufgrund der Einstufung des sächsischen AfD-Landesverbandes als gesichert rechtsextremistische Bestrebung wurde auf dessen aktive Ansprache und Einbeziehung verzichtet. Auf die öffentliche Ausschreibung hin gab es keine Einträge von Mitgliedern der AfD in der Teilnehmerinnen-Datenbank. Folglich sind keine Stimmen von Frauen aus der AfD in die Studie eingeflossen und zu ihrer Perspektive auf die behandelten Themen kann keine Aussage getroffen werden. Die Fokusgruppen sind bezüglich des Alters, des Wohnorts und weiterer Aspekte gemischt zusammengestellt, wobei je nach Partei bestimmte Aspekte unterschiedlich vertreten waren.

Die Zielgruppe 3 – die Frauen ohne Mandat, die zivilgesellschaftlich engagiert sind – wurde in vier Fokusgruppen befragt. Zum einen wurden diese vier Gruppen grob nach dem Engagementfeld unterteilt, um eine gewisse inhaltliche Nähe der Teilnehmenden zueinander herstellen zu können. Zum anderen wurden die Gruppen nach städtisch und ländlich unterteilt, da davon ausgegangen wurde, dass sich Realitäten und Perspektiven dahingehend deutlich unterscheiden (vgl. Eckert et al. 2024; Priemer et.al. 2021). Diese lebensweltliche Nähe der Befragten innerhalb der Gruppen sollte ebenfalls einen vertrauensvollen Austausch untereinander sicherstellen.

Befragungsmethoden im Detail

Es wurde für die Studie mit einer Kombination unterschiedlicher qualitativer empirischer Methoden gearbeitet, die besonders gut geeignet waren, um die jeweiligen Zielgruppen passend zu erreichen und zu befragen. Sowohl für die Vorbereitung der Interviews und Fokusgruppen als auch um die individuellen Merkmale und (Lebens-)Situationen in der Stichprobe zu erfassen, wurden im Rahmen der Teilnahmeregistrierung vorab von allen Teilnehmenden standardisierte Kurzfragebögen online ausgefüllt.

Für die Zielgruppe 1 – Frauen mit kommunalpolitischem Amt oder Mandat – wurde mit qualitativen Einzelinterviews im Umfang von etwa 60 Minuten gearbeitet, die online als Video-Interview durchgeführt wurden. Einzelinterviews erlauben eine umfassende individuelle Beantwortung der Fragen sowie einen detaillierten Blick auf die jeweilige Situation. Davon ausgehend, dass sich je nach Rolle, Landkreis, Partei und persönlichen Lebensumständen auch die Erfahrungswelten der Amt- und Mandatsträgerinnen deutlich unterscheiden, wurde mit Einzelbefragungen gearbeitet. Um die angestrebte Stichprobe von n=30 zu erreichen, wurden aus den Landkreisen und kreisfreien Städten je 2-3 Frauen einbezogen, die unterschiedlichen Altersgruppen sowie Parteien angehörten. Auch auf eine ausgewogene Mischung der unterschiedlichen Amts- und Mandatsformen wurde geachtet.

Für die Zielgruppen 2 und 3 – Frauen ohne kommunalpolitisches Amt oder Mandat, die entweder parteipolitisch und/oder zivilgesellschaftlich engagiert sind – wurde mit Fokusgruppen von jeweils ca. 3-8 Personen und einer Länge von etwa 90 Minuten gearbeitet, die ebenfalls online als Video-Gruppe umgesetzt wurden. Insgesamt wurden n=10 Fokusgruppen durchgeführt, davon sechs mit parteiangehörigen und vier mit zivilgesellschaftlich engagierten Frauen. In Fokusgruppen kann der Austausch und die gegenseitige inhaltliche Befruchtung der Teilnehmenden erfolgen. Im Hinblick auf die Forschungsfragen war dies für die Zielgruppen 2 und 3 ein relevanter Vorteil, da davon auszugehen war, dass zentrale Aspekte im Austausch mit anderen besser reflektiert werden können.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass es sich bei qualitativen Forschungsmethoden um verstehende Methoden handelt, die basierend auf einer sorgfältig ausgewählten Stichprobe valide und fundierte Hinweise auf das ‚Warum‘ zu einer Fragestellung geben können. Eine qualitative Stichprobe kann jedoch nicht Mengen- und Häufigkeitsangaben oder statistische Werte bereitstellen.

Verwendung und Kennzeichnung von Zitaten

Der vorliegende Bericht zur qualitativen Studie arbeitet umfassend mit der Verwendung von Zitaten, um die Vielfalt der befragten Stimmen in eigenen Worten sichtbar zu machen und den Lesenden dadurch zu ermöglichen, die Interpretation der Daten durch die Forscherinnen nachzuvollziehen und zu bewerten. Die verwendeten Zitate belegen hierbei in vielen Fällen Aspekte, die von mehreren Teilnehmerinnen genannt wurden und sind beispielhaft ausgewählt.

Da in qualitativen Studien eine Nennung von absoluten Häufigkeiten weder relevant noch üblich ist, wird im vorliegenden Bericht in drei Abstufungen die ungefähre Häufigkeit aufgeführter Aspekte gekennzeichnet, um die Lesenden bei der Einordnung des Geschriebenen zu unterstützen. Während bestimmte Aussagen oder Zusammenhänge von einzelnen bzw. wenigen Personen thematisiert wurden und mit „vereinzelt“ oder „einzelne“ gekennzeichnet werden, sind andere Nennungen von mehreren Teilnehmerinnen gemacht worden, bilden aber nicht die Mehrheit der Stichprobe ab und sind daher mit „teils“ oder „ein Teil der Befragten“ gekennzeichnet. Kamen Aspekte bei vielen oder fast allen Teilnehmenden auf, wird dies entsprechend mit „häufig“, „mehrheitlich“ oder „überwiegend“ gekennzeichnet.

Die Zitate wurden sprachlich geglättet und hinsichtlich Dopplungen gekürzt, um eine bessere Lesbarkeit zu ermöglichen. Inhaltliche Auslassungen sind entsprechend gekennzeichnet. Hinweise auf konkrete Orte oder andere nachvollziehbare Kontexte wurden gelöscht, um die Anonymität der Befragten zu gewährleisten. Diesem Ziel folgt auch die Kennzeichnung der jeweils interviewten Person, weshalb bspw. bei den Bürgermeisterinnen keine Altersangaben gemacht werden sowie bei allen Befragten keine konkreten Landkreise oder Städte genannt werden.

Bei der Interpretation der zahlreichen Antworten und Ausführungen unserer Interviewpartnerinnen wurde deutlich, dass sich die Teilnehmerinnen angesichts der teils komplexen und belastenden Themen teilweise schwergetan haben, die Dinge auszusprechen und in Worte zu fassen. Auch wurden immer wieder Aspekte, die sich aus dem Kontext lesen ließen, erst auf Nachfrage verbalisiert. In der Auswertung wurde versucht, auch diese Ebene und die enthaltenen Zwischentöne durch entsprechende Rahmung der Zitate in ihrem Kontext lesbar zu machen und auch diesen Eindrücken Ausdruck zu verleihen.

Feldzugang

Die Rekrutierung der Teilnehmerinnen für die Studie erfolgte in einem offenen Prozess, in den Netzwerke und Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit sowohl des SMJusDEG als auch der EAF Berlin eingeflossen sind. Um die Teilnehmerinnen für die Studie zu gewinnen, wurde mit einer Mischung verschiedener Maßnahmen gearbeitet.

Alle an der Teilnahme Interessierten konnten sich online in eine Datenbank eintragen, in der Personendaten, Informationen in Bezug auf die drei Zielgruppen sowie Kontaktdaten abgefragt wurden. Die Eintragung in die Datenbank war von August 2023 bis Februar 2024 geöffnet.

Zunächst wurde im August 2023 durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung eine Pressemitteilung mit dem Aufruf zur Studienteilnahme veröffentlicht und auf unterschiedlichen digitalen Plattformen inklusive seiner Social-Media-Kanäle verbreitet. Ebenfalls durch das Ministerium wurden die Mitglieder des Sächsischen Gleichstellungsbeirates, des Landeselternbeirats, des Landesbeirats Familie sowie die Sprecherinnen der LAG der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kontaktiert und um Verteilung in ihre Netzwerke gebeten.

Die EAF Berlin veröffentlichte die Ausschreibung zur Studienteilnahme ebenfalls auf ihrer Webseite, in ihrem Newsletter und teilte diese auf ihren Accounts in den sozialen Netzwerken Instagram, Facebook, X und LinkedIn. Auf diese Weise wurde der Aufruf von anderen Akteuren aufgegriffen und weiterverbreitet. Zusätzlich wurden gezielt Organisationen und Personen kontaktiert und gebeten, den Aufruf weiterzuleiten. Hierzu gehören unter anderem die sechs in der Studie berücksichtigten Parteien. Auch wurden zahlreiche Akteurinnen im Bereich der Zivilgesellschaft kontaktiert, inklusive der landesweit agierenden zentralen Anlaufstellen zum Thema Ehrenamt.¹⁰

Insgesamt haben sich im Verlauf der Studie fast 300 Personen für eine Studienteilnahme registriert, aus denen die 89 Teilnehmenden entlang der o. g. Kriterien ausgewählt werden konnten.

Stichprobenszusammensetzung in der Studie

Zielgruppe 1: Amts- und Mandatsträgerinnen

Die in der Studie befragten 30 Amts- und Mandatsträgerinnen setzen sich aus Frauen zusammen, die aus allen zehn Landkreisen und den drei kreisfreien Städten kommen. In jedem Landkreis bzw. den kreisfreien Städten wurden zwei bis drei Frauen befragt. Das Alter der Befragten liegt zwischen 31 und 67 Jahren, wobei die Mehrheit der Frauen zwischen 40 und 59 Jahre alt ist. Während junge Frauen unter 40 nur sehr vereinzelt in der Studie abgebildet sind, finden sich entsprechend mehr Frauen zwischen 40 und 50 und am meisten Frauen zwischen 50 und 60 unter den Befragten.¹¹

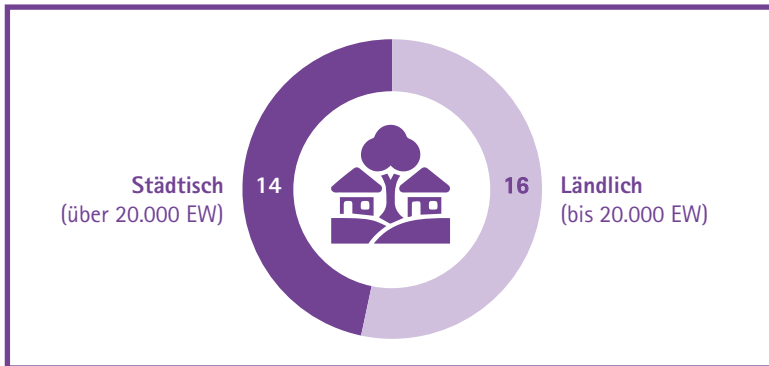
Bei der Verteilung der Stichprobe wurde darauf geachtet, je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt möglichst Frauen unterschiedlichen Alters, Amts bzw. Mandats und

¹⁰ Engagement-Stiftung Sachsen, Ehrenamtsagentur Sachsen.

¹¹ Dies spiegelt die aktuelle Situation der Altersverteilung in den kommunalen Gremien wider, in denen jüngere Frauen unterrepräsentiert sind. Vgl. hierzu z. B. Blätke et al. 2023. Den Gründen geht die Studie im Folgenden vertieft nach.

verschiedener Parteien zu befragen sowie auf eine gute Mischung im Hinblick auf städtische und ländliche Perspektiven zu achten (s. Abb. 7). Dies konnte weitgehend erreicht werden.

Abb. 7 Aufteilung der befragten Kommunalpolitikerinnen auf Stadt/Land



Die befragten Kommunalpolitikerinnen sind zum Großteil in Ostdeutschland aufgewachsen, zwei Personen kommen aus Westdeutschland. Zwei befragte Personen haben eine eigene Migrationserfahrung, zwei weitere eine Migrationsgeschichte in der Familie.

Zwei Drittel der befragten Frauen haben einen akademischen Abschluss, neun Personen haben andere Schul- und Ausbildungsabschlüsse. Die Hälfte der aktiven Kommunalpolitikerinnen in der Studie sind im öffentlichen Dienst tätig, die andere Hälfte verteilt sich etwa gleich auf Berufe in der Sozial- oder Privatwirtschaft. In den meisten Fällen sind die Frauen angestellt, jedoch sind auch vereinzelt Selbstständige unter den Befragten.

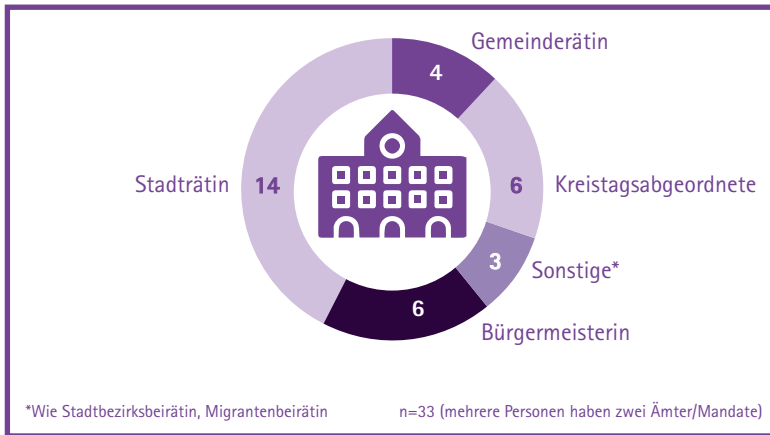
Der Großteil der teilnehmenden Kommunalpolitikerinnen hat Sorgeverantwortung für ein oder mehrere Kinder. Frauen ohne Kinder sind in der Stichprobe vereinzelt vertreten. Ebenfalls haben einige Teilnehmerinnen Pflegeverantwortung für Angehörige.

Mit Blick auf weitere Vielfaltsmerkmale konnten in die Studie auch vereinzelt Perspektiven von folgenden Personengruppen einfließen: eine Person dieser Zielgruppe hat eine Behinderung, zwei Personen sind queer¹², eine Person gibt ihr Geschlecht als nicht-binär an.

¹² Eine Person identifiziert sich als lesbisch, eine als Bi+ (der Begriff Bi+ wird von Menschen für unterschiedliche nicht-monosexuelle Identitäten genutzt, wie bisexuell oder pansexuell).

Die Zusammensetzung der befragten Frauen hinsichtlich ihrer Mandate und Ämter zeigt die folgende Abb. 8.

Abb. 8 Amts- und Mandatsform der befragten Kommunalpolitikerinnen

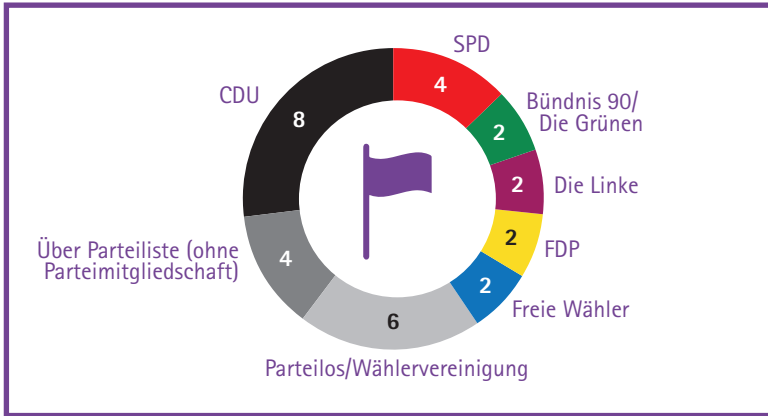


Spezifische Auswertungen nach den unterschiedlichen Amts- und Mandatsformen sind aufgrund der Fallzahl und aus Gründen der Anonymität nicht möglich. Mit Blick auf die erhobenen Daten zeigt sich zudem, dass Motivation, Treiber, Barrieren und Bedarfe vielfach über die unterschiedlichen kommunalpolitischen Tätigkeiten hinweg sehr ähnlich ausfallen. Die Teilgruppe der befragten Bürgermeisterinnen nimmt dennoch eine gewisse Sonderrolle ein, da diese Personen hauptamtlich tätig sind und sich somit zumindest im Hinblick auf einige Aspekte von den ehrenamtlichen Mandats-trägerinnen unterscheiden.

Die Teilnehmerinnen der Studie verteilen sich auf alle befragten Parteien¹³ (Abb. 9), die Häufigkeit der jeweiligen Parteien in der Stichprobe spiegelt dabei nicht zwingend die aktuellen Mehrheitsverhältnisse wider. Auffällig ist hierbei, dass mit 12 der 30 Frauen ein hoher Anteil keine Parteizugehörigkeit aufweist, wengleich die befragten Kommunalpolitikerinnen teilweise über Parteilisten ihr Mandat erlangt haben.

¹³ Hierzu werden in der Studie auch die Freien Wähler gezählt, wengleich diese keine Partei im klassischen Sinne darstellen.

Abb. 9 Parteizugehörigkeit der befragten Kommunalpolitikerinnen

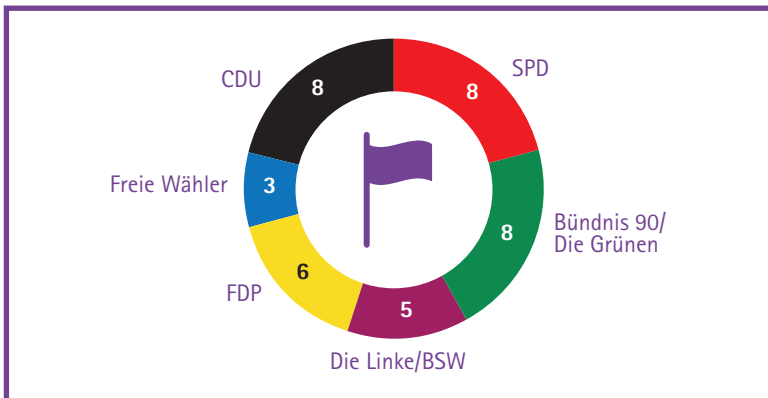


Zielgruppe 2: Parteimitglieder

Die 38 Befragten der Zielgruppe 2, die nach Parteien getrennt befragt wurden, kommen insgesamt ebenfalls aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens und haben eine Altersspanne von 18 bis 69 Jahren, mehrheitlich sind sie zwischen 30 und 49 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt liegt bei 43 Jahren.

Die folgende Abb. 10 zeigt die Verteilung der Befragten auf die Parteien bzw. Freien Wähler¹⁴:

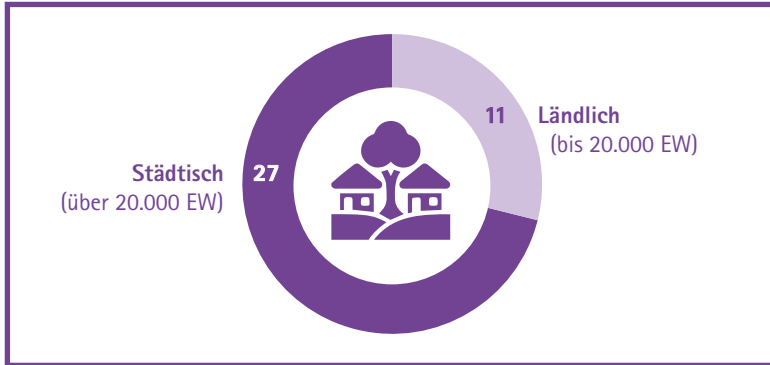
Abb. 10 Parteizugehörigkeit der befragten Parteimitglieder ohne Mandat



¹⁴ In der Fokusgruppe mit Mitgliedern der Partei Die Linke wurde eine kürzlich ausgetretene Person aus dem BSW involviert. Hinweis: Die Fokusgruppe fand im Januar 2024 statt.

Bei der Verteilung der Teilnehmenden in den Partei-Fokusgruppen spiegelt sich die geringe Präsenz der Parteien in ländlichen Räumen wider, wie Abb. 11 zeigt. Der Großteil der Teilnehmerinnen aus den Parteien kommt aus städtischen Bereichen.

Abb. 11 Aufteilung der befragten Parteimitglieder auf Stadt/Land



Die befragten Parteimitglieder sind mehrheitlich in Ostdeutschland aufgewachsen, etwa ein Viertel der Befragten in Westdeutschland. Lediglich eine Person hat eine Migrationsgeschichte in der Familie.

Drei Viertel der befragten Frauen in dieser Zielgruppe haben einen akademischen Abschluss, neun Personen haben andere Schul- und Ausbildungsabschlüsse. Der Großteil der befragten weiblichen Parteimitglieder übt unterschiedliche Berufe aus (einige davon als Selbstständige), zwei der Befragten sind im Ruhestand, eine Person befindet sich in der Schulausbildung.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten dieser Zielgruppe hat Sorgeverantwortung für ein oder mehrere Kinder. Einige Teilnehmerinnen haben Pflegeverantwortung für Angehörige.

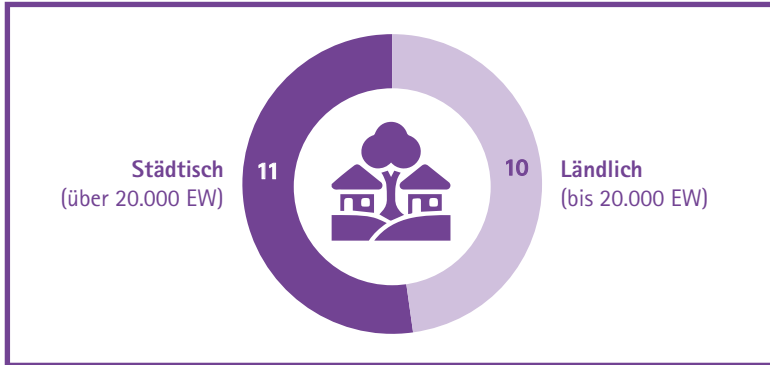
Im Hinblick auf weitere Vielfaltsmerkmale konnten in die Studie auch folgende Perspektiven einfließen: vier Personen dieser Zielgruppe haben eine Behinderung oder chronische Erkrankung, fünf Personen sind queer, darunter befindet sich eine Transfrau.

Zielgruppe 3: Zivilgesellschaftlich Engagierte

Die 21 befragten Personen in der dritten Zielgruppe wurden in grob gruppierten Themenfeldern ihres zivilgesellschaftlichen Engagements befragt, um beim Austausch eine lebensweltliche Nähe herstellen zu können. Die Unterteilung fasst einerseits Personen zusammen, die im Bereich Bildung und Soziales aktiv sind und andererseits solche, die sich im Bereich Kultur, Freizeit und Sport einbringen. Vereinzelt sind

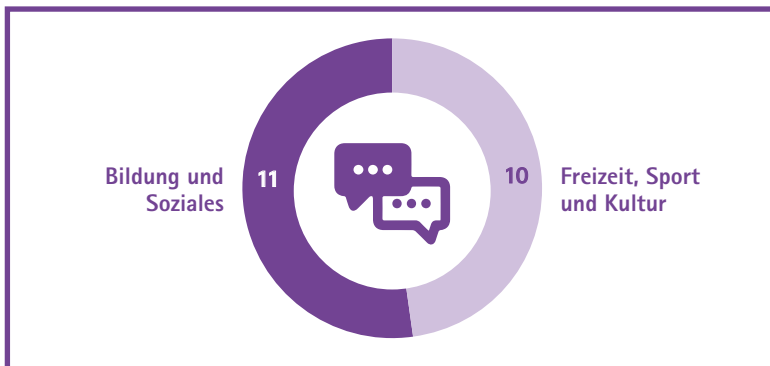
Personen enthalten, deren Engagement in weiteren Themenfeldern angesiedelt ist. Diese wurden bestmöglich zugeordnet.

Abb. 12 Aufteilung der befragten zivilgesellschaftlich Engagierten auf die Themenfelder



Außerdem wurden die Befragten dieser Zielgruppe getrennt nach Stadt und Land befragt. Sie kommen aus unterschiedlichen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens (Abb. 13) und haben eine Altersspanne von 25 bis 66 Jahren, mehrheitlich liegen sie zwischen Mitte 30 und Mitte 40. Der Altersdurchschnitt beträgt 44 Jahre. In allen vier Fokusgruppen waren jüngere und ältere Personen repräsentiert. Fast alle Studienteilnehmerinnen dieser Zielgruppe sind in Ostdeutschland aufgewachsen, zwei Personen in Westdeutschland. Eine Person hat eine eigene Migrationserfahrung.

Abb. 13 Aufteilung der befragten zivilgesellschaftlich Engagierten auf Stadt/Land



Drei Viertel der befragten Frauen in dieser Zielgruppe haben einen akademischen Abschluss, ein Viertel hat andere Schul- und Ausbildungsabschlüsse. Viele der in dieser Zielgruppe Befragten sind in unterschiedlichen Berufen (teils auch selbstständig) erwerbstätig, drei der Befragten sind im Ruhestand, eine Person ist arbeitsuchend. Fast alle Befragten dieser Zielgruppe haben Sorgeverantwortung für ein oder mehrere Kinder. Einige Teilnehmerinnen haben Pflegeverantwortung für Angehörige.

Der Blick auf weitere Vielfaltsmerkmale in dieser Zielgruppe zeigt: zwei Personen haben eine Behinderung oder chronische Erkrankung. Es ist keine queere Person bekannt.

Übergreifende Hinweise zur Stichprobe

Die Zusammensetzung der Befragten ist in vielfacher Hinsicht sehr breit und deckt unterschiedliche Perspektiven umfassend ab. Gleichzeitig gibt es bestimmte Verzerrungseffekte, auf die an dieser Stelle hingewiesen werden soll.

Zum einen betreffen diese Verzerrungen die Nähe der Befragten zum politischen und vopolitischen Raum. Insbesondere bei den befragten Frauen ohne Mandat ist vielfach eine große Nähe zum Thema Kommunalpolitik festzustellen, die in dieser Form nicht der weiblichen Gesamtbevölkerung Sachsens und auch nicht der Gesamtheit aller Parteimitglieder und zivilgesellschaftlich engagierter Frauen entspricht. Es kann basierend auf der Studie keine Aussage dazu getroffen werden, was Hinderungsgründe für politikferne Frauen sind und wie diese grundsätzlich erreicht und motiviert werden können. Die Studie gibt vielmehr Hinweise zu Treibern und Hemmnissen bei denjenigen, die bereits einen Bezug – sei er auch unterschiedlicher Natur und Nähe – zur Kommunalpolitik sowie politischem und gesellschaftlichen Engagement haben. Wir haben uns für diese Zielgruppe entschieden, da das zivilgesellschaftliche Engagement vielfach die Ausgangsbasis für ein weiterführendes kommunalpolitisches Engagement darstellt und deshalb von besonders hoher Relevanz bezüglich des Potenzials für eine stärkere Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik ist (s. Kapitel 1).

Des Weiteren zeigen die Profile der befragten Frauen, dass eine zum Großteil privilegierte Gruppe von mehrheitlich weißen¹⁵, Cis-geschlechtlichen¹⁶ und heterosexuellen Frauen mit zumeist akademischer Bildung und gesichertem Einkommen in der Studie abgebildet ist, was basierend auf den Aussagen der Studienteilnehmerinnen weitestgehend die Realität in den sächsischen kommunalen Vertretungen und in den Parteien widerspiegelt.¹⁷ Selten vertreten sind alleinerziehende Frauen und Personen mit Migrationserfahrung und damit verbundener nichtdeutscher Erstsprache. Gar nicht vertreten sind Personen nichtchristlicher Religionszugehörigkeit.

15 *Geht es um Zugehörigkeit, Teilhabe und Rassismus, ist regelmäßig von Weißen die Rede. Häufig wird dies so verstanden, als ginge es dabei um eine Hautfarbe. Tatsächlich meint weiß in diesem Kontext eine gesellschaftliche Norm und Machtposition und wird deshalb in wissenschaftlichen Texten oft klein und kursiv geschrieben. Der Begriff wird als Gegensatz zu BIPOC [Black, Indigenous, People of Color] und Schwarz verwendet, welche wiederum großgeschrieben werden. Vgl. NdM (2024).*

16 *Unter Cis-geschlechtlich werden Menschen verstanden, deren geschlechtliche Identität mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Dies ist nicht der Fall bei transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen oder nicht-binären Personen.*

17 *Vgl. hierzu Blätke et al. 2023.*

3. Motivation, Zugangswege und Unterstützungsfaktoren

Der Blick auf die Motivation, die Zugangswege und die Unterstützungsstrukturen von Kommunalpolitikerinnen zeigt auf, was Frauen in das kommunalpolitische Engagement führt, was sie dort hält und wie sich ihre Situation verbessern lässt. Es wird im folgenden Kapitel daher zunächst der Frage nachgegangen, welche Motivlagen und Impulse dazu führen, ein Engagement in Erwägung zu ziehen und anschließend werden die Einflussfaktoren auf die erfolgreiche Mandats- oder Amtsausübung beleuchtet.

Wenngleich positiv wirkende Faktoren bei den Amts- und Mandatsträgerinnen insgesamt stärker ins Gewicht fallen als bei den Frauen, die (noch) nicht oder aus bewusster Entscheidung heraus nicht (mehr) in einem Amt oder Mandat sind, belegt die Studie, dass die Motivation, Zugangswege und Unterstützungsfaktoren zielgruppenübergreifend ähnlich sind. Dies gilt auch für Frauen unterschiedlicher Altersgruppen und Parteizugehörigkeit¹⁸. Wo individuell und biografisch Motive abweichen können, zeigt sich ein übergreifendes Bild dessen, was Frauen zu einem Engagement und politischer Arbeit bringt und sie antreibt. Nachfolgend werden daher unterschiedliche Aspekte entsprechend thematisch und für alle Zielgruppen zusammenfassend dargelegt. Vorhandene Unterschiede zwischen den befragten Zielgruppen werden kenntlich gemacht.

Motivation bzw. Impuls für politisches Engagement

Die Studie zeigt, dass das Engagement von einer grundsätzlicheren Prägung, die bereits durch das Elternhaus oder das Umfeld entstanden sein kann, getragen wird. Dazu kommt häufig ein Schlüsselmoment oder Impuls: Eine bestimmte politische Situation, ein konkreter Missstand vor Ort oder auch ein übergreifendes, moralisches Anliegen kann dann entscheidend dafür sein, dass sich Menschen tatsächlich engagieren und Zeit und Kraft in ehrenamtliches und politisches Engagement stecken.

Zunächst soll auf unterschiedliche motivierende Faktoren geblickt werden, die (potenzielle) Amts- und Mandatsträgerinnen prinzipiell antreiben, sich zu engagieren. Hierzu gehören Engagement für die eigene Heimat bzw. Gegend, Engagement gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie oder konkrete politische Entwicklungen oder Ereignisse.

¹⁸ Über Perspektiven und Erfahrungen der Frauen in der AfD kann keine Aussage getroffen werden, da diese nicht Teil der Stichprobe sind. Vgl. hierzu Kapitel 2.

Sich vor Ort einbringen

Sowohl in den Interviews mit aktiven Kommunalpolitikerinnen als auch in den Fokusgruppen mit Parteimitgliedern und mit zivilgesellschaftlich Engagierten ohne kommunalpolitisches Mandat wird zur Frage nach der Motivation für das Engagement häufig davon gesprochen, etwas in der eigenen Gegend bzw. Heimat zu bewegen und konkrete positive Veränderungen anstoßen und gestalten zu wollen. Dabei besteht mit Blick auf die Kommunalpolitik vielfach der Eindruck, dass dies die passende Ebene sei, um konkrete Dinge zu verbessern, "also im ganz lokalen Bereich auch Sachen verändern und mitgestalten" zu können (Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen). Es zeigt sich immer wieder, dass den Befragten ihre Heimat am Herzen liegt und sie gern dort leben und bleiben wollen. Es wird auch davon berichtet, eine Weile weggezogen und dann zurückgekehrt zu sein und sich nun bewusst vor Ort einbringen zu wollen.

"Mir liegt diese Stadt extrem am Herzen und ich möchte einfach, dass sich die Bürger, die hier wohnen, auf Augenhöhe begegnen, mit Respekt, und sich wirklich wohlfühlen in ihrer Heimat. Und meine Herzensanliegen sind natürlich, dass die Kinder die Möglichkeiten haben, sich in dieser Stadt ordentlich zu entfalten. Wir hatten da jetzt zum Beispiel ein größeres Jugendprojekt, dass die Betreuung der Kinder halt nicht nur stur im Kindergarten, Schule oder sonst wo erfolgt, sondern dass es auch weitere Möglichkeiten gibt. [...] Dasselbe gilt aber auch für die Betreuung älterer Menschen."

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Die lebensweltliche Nähe wirkt hier also zusätzlich motivierend. Themen, die vor Ort beschäftigen, sind zum Beispiel der Mangel an Ärztinnen und Lehrern und andere Bildungsthemen, Kitaplätze, Infrastruktur, Versorgung von Geflüchteten, Bevölkerungsrückgang/Überalterung oder fehlende kulturelle oder soziale Angebote, um nur einige zu nennen.

Der Wunsch, etwas in der eigenen Heimat zu verbessern, kann unmittelbar mit dem Bedürfnis einhergehen, der nächsten Generation (meist den eigenen Kindern und Enkeln) etwas mitgeben bzw. hinterlassen zu wollen. Wie folgendes Zitat zeigt, kann es aber auch die generelle Sorge um die künftige Entwicklung sein.

"Vielleicht ist es doch die größere politische Lage, die wir im Moment haben. Also ein bisschen die Sorge um die Zukunft. Wie entwickelt sich das Land? In welche Richtung geht es? Und vielleicht auch die Sorge der Frau um Kind und Enkelkinder. Also das ist schon auch etwas, was mich umtreibt und manchmal doch beunruhigt. Welche Zukunft haben, nicht mal unbedingt meine Kinder, auch die sicherlich, aber auch meine Enkelkinder? Was passiert in den nächsten zehn, zwanzig Jahren? Wo landen die, wenn das weltpolitisch so krass weitergeht?"

(Interview: Stadträtin, ländlich, Sorgeverantwortung, 65 Jahre)

Der Übergang zur nächsten häufig genannten Motivation für ein Engagement ist hier fließend und wirkt mit der Sorge um die Heimat und die nächste Generation unmittelbar zusammen.

Politische Entwicklungen und Ereignisse

Mehrfach werden konkrete politische Ereignisse genannt, die den Impuls zu einem Engagement geben – sei es zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch. Internationale Krisen und Kriege gehören ebenso dazu wie die hohe Fluchtzuwanderung 2015 und 2022 oder die Corona-Krise ab 2020. Da all diese Ereignisse zur Verstärkung rechter und extrem rechter politischer Kräfte beigetragen haben bzw. mit dieser Hand in Hand gegangen sind, sorgten diese bei einem Teil der befragten Frauen gleichzeitig für ein erhöhtes Engagement gegen diese Entwicklung.

Etwas weiter zurückliegende Ereignisse, die als Auslöser für politisches oder zivilgesellschaftliches Engagement beschrieben werden, sind die Einführung der Hartz 4-Gesetze 2002 und der Irak-Krieg 2003. Auch die Friedliche Revolution bzw. die Zeit des Umbruchs 1989/1990 werden vereinzelt als Startzeitpunkt für politisches Engagement genannt. Mehrfach werden in der Studie das Erstarken von Pegida seit 2014 und die sogenannten Montagspaziergänge genannt, die Anlass für ein politisches Engagement waren:

„Und dann wurde hier im Osten aber Pegida stark [...] und ich habe gedacht, irgendwie ist es jetzt an der Zeit, ein Zeichen zu setzen.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Je nach Kontext schlossen sich die Frauen dann zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Initiativen an, um z. B. geflüchtete Menschen zu unterstützen oder sich für Demokratie, Frieden oder Vielfalt einzusetzen.

„Aufgrund eigentlich der beruflichen Neuorientierung meines Mannes bin ich mit jungen Geflüchteten in Kontakt gekommen. Ich habe mich dann seit 2016 ehrenamtlich sehr stark in der Nachhilfe, in der Betreuung und so weiter engagiert. Auslöser war aber tatsächlich zu sehen, dass die staatlichen Strukturen wirklich überfordert sind. Und dass den jungen Menschen im Prinzip überhaupt nicht so geholfen werden kann oder begegnet werden kann, wie das vielleicht förderlich wäre. Und ich hatte Kapazitäten und habe angefangen mich zu engagieren.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Für andere waren die Ereignisse ab 2014/2015 mit Montagspaziergängen und der Präsenz von Pegida ein Grund, in eine politische Partei einzutreten.

„Also ich bin 2015 Mitglied geworden in der SPD. Ich war in meiner zweiten Elternzeit zu Hause, und diese Montagsspaziergänge, die haben mich irgendwie umgetrieben. Ich wusste aber auch, ich kann nicht mit zwei kleinen Kindern zu Gegendemonstrationen gehen. Da habe ich gesagt, wenn ich jetzt nicht aktiv vor Ort was machen kann, dann [...] versuche ich, das anders zu unterstützen.“

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Auch die Corona-Krise war für einige Frauen ein Moment, in dem neue Themen relevant wurden und ihr eigenes Engagement angestoßen haben, wie eine Teilnehmerin berichtet. Aufgrund der mangelnden Reaktion der Politik auf die Bedarfe berufstätiger, alleinerziehender Mütter entschied sie, sich selbst politisch einzubringen und Dinge zu verändern:

“Es ging los in der Pandemie und alles wurde geschlossen. Und ich hatte tatsächlich sehr Angst, weil ich gar nicht wusste, was das alles bedeutet. Und die ersten paar Male dachte ich noch, es ist nachvollziehbar und ich kann das einordnen. Aber die sächsische Landespolitik hat immer am Donnerstag bis zum Freitagnachmittag entschieden, wie die kommende Woche wird. Ich habe damals schon gearbeitet. Und danach konnte ja immer erst die Kita entscheiden, wie sie das politische Konzept umsetzen wird oder überhaupt kann, und hat es erst am Samstag frühestens, manchmal erst Sonntag, bekannt gegeben. [...] Da war ich echt frustriert (...). Okay, [der Politik] ist es eigentlich total bums, wie wir das hier machen, wir funktionieren sowieso immer als Mütter. Also müssen wir jetzt selber laut werden. (...) Weil wohin sonst mit meinem Frust? Also ich muss es ja irgendwie konstruktiv verarbeiten, sonst bringt es ja nichts.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Eine aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklung, die zum Engagement führt, ist das Erstarken antidemokratischer, extrem rechter Bewegungen und Parteien. Dem bewusst etwas entgegensetzen zu wollen, spielte vor allem mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 eine wesentliche Rolle und motivierte auch Frauen, für die es vorher nicht denkbar gewesen wäre, sich für Mandate aufstellen zu lassen. Auffällig ist, dass dieses Motiv nicht nur sehr häufig genannt wird, sondern auch stark ins Gewicht fällt. Diesem zentralen Themenbereich widmet sich daher eigens das Kapitel 7.

Die hier beschriebenen politischen Ereignisse führen meist zu einer, zuvor bei den Personen nicht in gleichem Maße ausgeprägten Politisierung, die zumindest bei den in der Studie Befragten zu einem kontinuierlichen (politischen) Engagement führt. Über punktuell aufflammendes und nach einer gewissen Zeit wieder abklingendes Engagement im Zusammenhang mit größeren politischen Ereignissen kann die vorliegende Studie aufgrund der befragten Zielgruppen und Stichprobenbeschaffenheit hingegen keine Aussage treffen.

Politische Sozialisation und Bildung

Ein Teil der Befragten schildert, dass die eigene politische Sozialisation dazu beigetragen hat, dass sie sich im Erwachsenenalter selbst in der Politik engagieren. Die Prägung in der DDR und der Umgang mit dem damaligen politischen System werden von einigen Studienteilnehmerinnen als ausschlaggebender Faktor für das eigene Engagement benannt. Dies können entweder positive Einstellungen oder schlechte Erfahrungen bzw. eine kritische Einordnung des politischen Systems der DDR sein. Bei einzelnen mündete dies in der aktiven Partizipation an der Friedlichen Revolution.

„Im Studium war ich schon Mitsprecherin von allem Möglichen. In der Friedlichen Revolution bin ich einfach mit auf die Straße und dann haben wir gesagt, na ja, wenn wir sagen, wir wollen es anders, dann müssen wir auch mittun. Und da sind wir zusammen in den Stadtrat.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 63 Jahre)

Die eigene Familie spielt im Kontext der politischen Sozialisation für einen Teil der Befragten eine prägende Rolle. Es wird berichtet, dass ein oder beide Elternteile selbst politisch interessiert bzw. aktiv waren und ihre Kinder zur Auseinandersetzung mit politischen Themen angeregt haben:

„Auch zu DDR-Zeiten schon, [haben uns] meine Eltern, wir sind fünf Kinder, immer angehalten, zumindest sich Gedanken zu machen über die politischen Systeme und das alles. Insofern war ich schon immer politisch interessiert.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Auch schwierige Erfahrungen in der Nachwendezeit können in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen und politisches Engagement hervorrufen oder stärken. Eine Chemnitzer Stadträtin berichtet von ihrer familiären Prägung bspw. wie folgt:

„Also, ich bin so aufgewachsen: Meine Mutter hat nach der Wende schwer Fuß gefasst, also eine typische Osterfahrg. Die Wende mit ABM¹⁹ und all den Sachen, die dazugehört haben, wie Softeis verkaufen [...], waren ein Teil meines Lebens. Mein Vater hat durchgängig gearbeitet. Also, ich bin schon die Erste, die studieren konnte. Das zieht sich durch die Familiengeschichte. [...] Und ich bin auch sozialdemokratisch geprägt, ich habe mich immer engagiert.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 42)

¹⁹ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Bei einigen Befragten zählt auch das Studium oder das Feld der beruflichen Tätigkeit auf das spätere politische Engagement ein. So finden sich mehrere Stimmen in der Studie, die angeben, ihr Engagement sei durch die eigene Tätigkeit im sozialen Bereich verstärkt bzw. getragen:

„Ich war jahrelang Erzieherin. Und vielleicht kommt einfach daraus diese soziale Grundeinstellung, einfach mitarbeiten zu wollen. Ich bin nicht jemand, der sagt, och nein, lass mal das die anderen machen. Sofern ich das einschätzen kann, das ist auch deine Sache, dann bringe ich mich da auch gerne ein.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 65 Jahre)

Zugangswege

Zivilgesellschaftliches Engagement

Für viele der befragten Frauen ist ein zivilgesellschaftliches Engagement der Startpunkt in die politische Arbeit. Themen aus der eigenen Lebenswelt dienen dabei oft als Aufhänger und als Initialzündung für die persönliche Politisierung. Die Bereiche, in denen sich Frauen engagieren, sind daher vor allem die, wo sich strukturelle Benachteiligung und Hürden auf Frauen besonders stark auswirken, wie im Bereich Familie und Kinder. Hier engagieren sich die Frauen bspw. im Elternbeirat der Kita und Schule oder dem Stillverein. Jedoch auch in anderen Feldern, im gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, sportlichen oder kirchlichen Bereich, sind die Studienteilnehmerinnen engagiert.

Das Engagement beginnt zuweilen schon in jungem Alter, wie von dieser Teilnehmerin beschrieben, die sich während ihres Studiums erstmalig engagierte:

“Also, ich habe sehr früh angefangen, schon im Studium, mich gesellschaftlich zu engagieren, weil ich das Gefühl habe, man ist ja auch als angehender Akademiker in einer privilegierten Situation in der Gesellschaft und hat irgendwie auch den Drang, da etwas zurückzugeben.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht selten ist es das zivilgesellschaftliche Engagement, das den konkreten Anstoß für eine kommunalpolitische Tätigkeit gibt. Dadurch ergeben sich nicht nur inhaltliche Anknüpfungspunkte und wertvolle Kontakte, sondern es fördert auch Erfahrungen der Selbstwirksamkeit. Nach erfolgreichem Erlangen und Ausüben von Funktionen oder Wahlämtern im zivilgesellschaftlichen Bereich fühlt sich manche Frau bestärkt, auch ein politisches Mandat aufzunehmen:

„Also ich habe dann Wahlfunktionen eingenommen als Personalrat, dann Hauptpersonalratsvorsitzende [...]. Ich bin da eigentlich reingewachsen und habe gespürt, dass ich mit Leuten reden kann, dass ich Kompromisse finden kann, dass ich auch Leute überzeugen kann. [...] Also, das hat mich schon bestärkt in der Position [...], dass ich gesagt habe, du kannst das bewältigen, du schaffst das, und du kannst diese politische Position übernehmen, weil du in der Lage bist, erst einmal auch zuzuhören, Kompromisse zu schließen und auch Leute zu überzeugen.“

(Interview, Kreisrätin, kreisfreie Stadt, 68 Jahre)

In einigen Fällen wurden Parteien auf die zivilgesellschaftlich engagierten Frauen aufmerksam und sprachen diese gezielt an, ob sie sich eine Kandidatur auf der Parteiliste vorstellen könnten. Das zivilgesellschaftliche Engagement führt somit zur Sichtbarkeit der betreffenden Frauen, welche den Zugang zu politischer Arbeit begünstigt.

„Ich bin von den Grünen angesprochen worden im Stadtteil, weil ich einfach aktiv war und viel organisiert und gemacht habe. Und ich bin angesprochen worden, um in den Stadtbezirksbeirat, also diese Ebene unter dem Stadtrat, dort mit reinzugehen.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 55 Jahre)

Viele der befragten kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen üben weiterhin zivilgesellschaftliche Ehrenämter aus, teilweise engagieren sie sich zusätzlich in der Parteiarbeit. Die Überschneidung zwischen politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement ist also groß²⁰. Zu hören ist in der Studie besonders häufig von Engagement im Kontext Bildung und Schule. Die Ehrenämter in Elternvertretungen oder Schulfördervereinen können zum Sammeln erster Erfahrungen führen, auf die die Kommunalpolitikerinnen später potenziell zurückgreifen können. Gleichzeitig wird insbesondere von Bürgermeisterinnen berichtet, dass die Wahrung von Neutralität wichtig sei:

„Ja, man muss sich ein Stück weit zurücknehmen. Klar, wird man von allen Vereinen angesprochen [...]. Und da habe ich aber die klare Aussage getroffen: Ich bin für alle Vereine da, unterstütze die, wenn irgendwas ist. [...] Aber ich habe mich dagegen entschieden, jetzt in einen Verein einzutreten. [...] Das gibt immer böses Blut. Das heißt dann so, na ja, du bevorteilst vielleicht den Verein oder irgendwas, sodass ich die klare Linie gezogen habe. Solange ich Bürgermeisterin bin, trete ich in keinen Verein ein, damit eben sowas nicht passiert.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

20 Vgl. Lukoschat et al. 2023.

Von den befragten Bürgermeisterinnen wird außerdem von einer vollumfänglichen Auslastung bzw. Überauslastung berichtet, sodass vormalige Ehrenämter operativ vermutlich deutlich zurückgefahren werden müssen.

Mandatsträgerinnen mit anderen Berufen oder Tätigkeiten üben dagegen ihr zivilgesellschaftliches und auch parteipolitisches Engagement meist weiterhin aus, wenngleich mit gegebenenfalls verändertem zeitlichem Aufwand, vor allem dann, wenn zugleich noch Sorgearbeit zu leisten ist. Dabei wirkt das zivilgesellschaftliche Engagement zuweilen sogar als Ausgleich zur politischen Arbeit:

„Und das brauche ich einfach neben dem politischen Engagement, wo manchmal die Hoffnung ein bisschen schwindet und man auch mit sehr vielen nicht so höflichen Menschen Kontakt haben muss.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis90/Die Grünen)

Der Blick auf die befragten Frauen ohne Mandat zeigt, dass diese nicht nur im vorpolitischen Raum im engeren Sinn aktiv sind, sondern mehrfach ihr Ehrenamt grundsätzlich als etwas Politisches verstehen. Dies zeigen z. B. die Ausführungen dieser Mutter, die sich in dem scheinbar ‚unpolitischen‘ Bereich der Stillberatung engagiert.

„Ich habe erst mit der Zeit verstanden, warum diese Arbeit gerade in der Stillberatung so wichtig ist. (...) Dieses Thema Körper und Geburt und was danach alles passiert, und jetzt müssen wir dieses Kind stillen und dann gibt es diese tausend Anforderungen an die Mutterschaft, an die Elternschaft und natürlich auch an die Väter. Und was mich nicht loslässt und mich auch immer wieder wütend macht, und das ist Teil meiner Motivation, dass wir so vereinzelt sind und eigentlich nicht vereinzelt sein sollten, sondern in Gruppen unsere Kinder großziehen sollten. Und wir sind dazu verurteilt, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Erwerbsarbeit so viel Raum und Zeit bekommt und das, was eigentlich wichtig ist, nämlich Kinder großzuziehen [...], das hat überhaupt keinen Raum. Ich möchte dieses Thema einfach großhalten weiterhin. Und ich empfinde das als politische Arbeit, es geht um Mutterschaft, Politik, das Gesundheitssystem.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Rolle der direkten Ansprache

Fast durchgängig wird davon berichtet, dass die direkte Ansprache ein wichtiger Anstoß war für die Kandidatur. Aufgrund verinnerlichter Barrieren – zu denen weiter unten noch genauer zu lesen ist – trauen sich viele Frauen ohne die Bekräftigung von außen das Mandat bzw. Amt nicht zu. Ansprache und Motivation durch Dritte können daher ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidungsfindung sein. Die Ansprache erfolgt durch unterschiedliche Personen: Neben den Parteien, deren wichtige Rolle für die Ansprache im folgenden Abschnitt näher beschrieben wird, sind es

aktive Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen oder auch Personen aus dem persönlichen Umfeld der Frauen, die eine wichtige Rolle bei der Ansprache spielen.

Einige Frauen berichten davon, im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements angesprochen worden zu sein, wie bspw. diese Mutter, bei der sich der Kontakt aus der Arbeit in Elternräten ergab. Sie wurde zunächst für eine Mitarbeit in einer Partei angesprochen, aus der sich später das Stadtratsmandat ergab.

„Dann kamen erst mal die Kinder. Der Mann kam vorher auch noch. Mit den Kindern ist man dann natürlich wieder eingestiegen, indem man in den Elternräten aktiv war, im Kindergarten, weitergehend dann in der Schule. Dadurch kannten einen dann doch viele Menschen. Und aufgrund dessen gab es immer mal wieder dann Anfragen: ‚hast du nicht Lust, bei uns mitzuarbeiten.‘“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 50 Jahre, Sorgeverantwortung)

Diese Stadtratskandidatin berichtet, dass die damalige Ansprache durch die Bürgermeisterin für sie den Anstoß gegeben hat und einige Jahre später in einer gezielten Kandidatur mündete:

„Ich wurde bereits vor fünf Jahren von der Bürgermeisterin angesprochen, weil sie sich das gut vorstellen konnte bei mir und wir einen absoluten Frauenmangel im Stadtrat haben. Da war es allerdings schon zu spät. Da hätte ich nur noch als Einzelkandidatin kandidieren können. Das wäre nicht machbar gewesen von den Stimmzahlen her. Ich bin jetzt vor der Stadtratswahl, die jetzt im Juni stattfindet, schon Anfang letzten Jahres auf die Stadträte zugegangen, habe mit allen Listen und Parteien gesprochen und habe mir dann das Beste herausgepickt.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, ländlich)

Neben der Ansprache durch Parteien sowie Politikerinnen und Politiker spielt nicht selten auch die Ermutigung durch den Partner und andere Familienmitglieder sowie durch Bekannte und Freundeskreis aus dem privaten Umfeld eine Rolle, wie diese Bürgermeisterin berichtet:

„Das waren alles Bekannte. Das waren Frauen, die ich kannte, die sich im Privaten auch an politischen Diskussionen beteiligt haben, die also einen Blick darauf hatten, was Politik und dann eben auch die Kommunalpolitik bedeutet.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Und da die Kommunalpolitikerinnen selbst die Wichtigkeit der persönlichen Ansprache aus eigener Erfahrung kennen, haben es sich viele der Befragten zur Aufgabe gemacht, nun ebenfalls aktiv Frauen anzusprechen:

„Bei jeder Gelegenheit nutze ich das, Frauen anzusprechen und zu fragen: ‚Habt ihr Lust mitzumachen?‘ Ich habe im vergangenen Herbst hier an einer Podiumsdiskussion teilgenommen: Frauen in die Kommunalpolitik. Ich durfte dort auch als Speakerin mit dabei sein. Man versucht das an jeder Stelle irgendwie.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Dass es bei der Ansprache nicht nur um erwachsene bzw. ältere Frauen, sondern auch um junge Menschen geht, schildert bspw. diese Kommunalpolitikerin mit mehreren Mandaten, die gezielt Jugendliche und junge Frauen zu politischer Arbeit ermutigt.

„Ich mache das eigentlich relativ oft. Zum Beispiel, wenn ich in Jugendclubs oder so unterwegs bin, spreche ich immer die Mädels an [...] und sage immer, ihr müsst in die Politik, weil sonst entscheiden die Alten über Euch. Und versuche dann junge Leute, und hauptsächlich junge Frauen, zu interessieren. [...] Aber ich werde niemanden überreden, wenn er es nicht selber will. Also jemanden in ein Amt reinquatschen, bringt es nicht. Ich spreche immer gern mit Leuten, die schon mal Interesse daran gezeigt haben, vielleicht könnte ich mir das vorstellen. Dann erkläre ich gerne, was man tun muss, wie man es tun kann und sage immer, dass ich natürlich bereit bin, immer zu helfen.“

(Interview: Kreisrätin/Gemeinderätin, ländlich)

Teilweise gehen die Bemühungen um weiblichen Nachwuchs noch einen Schritt weiter und schaffen für Kommunalpolitikerinnen den Rahmen für Vernetzung und Austausch. Die folgende Schilderung einer Bürgermeisterin aus dem ländlichen Raum zeigt, was machbar ist, und welche Formate und Angebote zum Erfolg führen können:

*„Ich habe ein Veranstaltungsformat gemacht. Dazu habe ich frei eingeladen und habe aber auch die mir bekannten Frauen aus anderen Kontexten direkt angesprochen und angeschrieben. Da haben wir uns erst mal zum Brunchen getroffen, um uns kennenzulernen. Dann haben wir mal einen gemeinsamen Film angeschaut und dazu diskutiert. Dann habe ich [...] erfahrene Kommunalpolitiker*innen eingeladen. Wir haben gesprochen und haben dabei auch einen Cocktail getrunken. Dann hatten wir einen Rhetorik-Workshop, wo ich mir Frauen eingeladen habe, die Verantwortung in Gesellschaft oder in Vereinen haben, wo ich gesagt habe, es tut uns allen mal gut, so ein kleiner Tipp, am Samstagvormittag. Also, dieses Veranstaltungsformat hat dann auch dazu geführt, dass die Frauenliste zusammenkam. [...] Das war ja mein Ziel, dass ich gesagt habe, Familiendenke in den Rat mit hineinbringen. Das wird nicht von alten weißen Männern automatisch mitgedacht. Das muss man selber vertreten.“²¹*

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

21 Der Anteil von Frauen im beschriebenen Stadtrat beträgt 20%.

Und auch für die Erhöhung der Repräsentanz von Frauen unterschiedlicher Profile kann die persönliche Ansprache ein wichtiges Mittel der Aktivierung sein, wie diese queere Kommunalpolitikerin mit Migrationsgeschichte schildert.

„Als ich den Zugang fand, war das auch aufgrund einer gezielten Anfrage eines Parteimitglieds. ‚Ja hast du jetzt nicht Interesse?‘ Das heißt, eine queere Frau hat mich angesprochen. Also die Suche und sicher auch das Bewusstsein ist da. Auch die Parteistruktur der Grünen ermöglicht es auf unterschiedlicher Ebene, dass die Frauen mehr Möglichkeit haben zu partizipieren.“

(Interview: Kommunalpolitikerin, städtisch, mit Migrationsgeschichte, 48 Jahre)

Doch Frauen sind teilweise auch zögerlich in der Ansprache weiterer Frauen. Im folgenden Zitat einer Stadträtin spiegelt sich neben den verinnerlichten Zuschreibungen vor allem eines wider: die umfassende Mehrfachbelastung, mit der Frauen häufig zu kämpfen haben und von der im folgenden Verlauf der Studie noch genauer zu lesen sein wird:

„Ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin da in einer richtigen Zwickmühle. Auf der einen Seite möchte ich gerne viele Frauen ansprechen, aber ich erlebe bei meinen Fraktionskolleginnen auch, dass die Frauen oft diejenigen sind, die dann nicht können, die krank sind, die andere Dinge machen. Also das verstehe ich auch. Wir Frauen sind oft im sozialen Leben noch eingespannter als Männer. [...] Und ich irgendwo in meinem Kopf hinten auch so einen Ticker laufen habe: Was bringt mir die dann hinterher? Also ich habe sie auf meiner Liste, sie zieht mir vielleicht Stimmen, aber ist die auch da, wenn ich sie brauche? Arbeitet die auch mit? [...] Ich muss Sicherheit haben, dass die Ausschüsse besetzt sind, dass da jemand da ist und dass derjenige dann auch hinterher mir als Fraktionsvorsitzende widerspiegeln kann, was in dem Ausschuss besprochen wurde. Und das sind so Sachen, dass ich einfach denke: sehr gerne Frauen, aber sie müssen verlässlich sein.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Eine andere Stadträtin beschreibt, dass sie häufig Überzeugungsarbeit leisten muss, damit die Frauen ein Mandat in Erwägung ziehen; sie betont im Unterschied zur oben zitierten Stadträtin jedoch, dass es nicht immer 100 Prozent Leistung sein müssen, da die Frauen oft Befürchtungen haben, das Mandat nicht mit ihrem Alltag und insbesondere der Sorgearbeit vereinbaren zu können.

„Ein Großteil hat das erste Mal so eine erschrockene, ablehnende Haltung. Man muss wirklich immer überzeugen und überzeugend argumentieren. Es ist kaum eine Frau, die sofort sagt: ‚Das würde ich machen, habe ich Lust drauf.‘ Das ist sehr selten. In der Regel kommt ja die Frage nach dem Arbeitsumfang: Wie viel Zeit muss ich mitbringen? Oder die Reaktion: ‚Schaffe ich gerade nicht, mein Kind ist noch zu klein.‘ Und das muss man dann ausargumentieren. Also, ich bin dann ehrlich, ich sage dann: ‚Ja, du brauchst Zeit, aber es ist auch nicht schlimm, wenn du nicht kannst. Wir kriegen das schon hin. Und wenn mal die Stelle nicht besetzt ist, dann ist das eben so. Davon geht die Welt nicht unter.‘ Wenn, dann wollen die meisten Frauen 100 Prozent geben.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 42 Jahre)

Ähnliche Berichte werden von anderen Kommunalpolitikerinnen in der Studie geteilt – zurückhaltende Reaktionen auf die persönliche Ansprache scheinen keine Seltenheit zu sein. Die Gründe sind häufig im Bereich der Vereinbarkeit mit Familie und Beruf zu finden und werden im folgenden Kapitel bei den Hemmnissen und Barrieren noch umfassender besprochen.

Die Berichte der befragten Frauen zeigen, dass es teilweise intensiver Überzeugungsarbeit und auch darüberhinausgehender Ideen und Anreize bedarf, sich diese am Ende aber lohnen können.

Rolle der Parteien bei Ansprache und Gewinnung

Für einen Teil der befragten Frauen führt der Weg in ein kommunalpolitisches Mandat oder Amt über eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in einer politischen Partei, häufig ohne dass sie dabei ein Amt oder Mandat als Zielstellung im Hinterkopf hätten. Frauen, die sich politisch einbringen oder bei einem bestimmten Thema etwas ändern wollen, suchen zunächst Zugang zu einer Partei, bei der sie sich thematisch gut aufgehoben fühlen.

„Ich bin über ein Praktikum bei der Landtagsabgeordneten zur SPD gekommen. Die wiederum habe ich kennengelernt im Rahmen des Landeschülerrates, weil mich die Bildungspolitik in Sachsen sehr gestört hat, und dann dachte ich, eintreten ist besser, als von der Außenlinie zu gucken und das war dann mein Weg.“

(Fokusgruppen Parteien: SPD)

Dort sind sie entweder weitestgehend stille Mitglieder oder bringen sich punktuell oder auch kontinuierlich in parteiinternen Gremien, Arbeitsgruppen oder bei Aktionen ein. Die aktuelle politische Stimmung und die antidemokratischen Entwicklungen sind hierbei einer der Treiber dafür, sich verstärkt in der Partei zu engagieren. Jedoch auch andere Themen, die den Frauen am Herzen liegen, spielen eine Rolle. Der Weg in kommunalpolitische Mandate führt teils über parteipolitische Funktionen, wie innerparteiliche Orts-, Kreis- oder Bezirksvorstände oder auch Arbeitsgruppen und andere inhaltlich arbeitende Gremien. Hierbei kann sich das

Interesse an Mitgestaltung und Mitentscheidung festigen und die Frauen werden auch mit Blick auf kommunalpolitische Tätigkeiten und Listenplätze sichtbarer.

„Bei den Grünen kümmere ich mich momentan vor allem um Bildungsthemen. Ich bin in der LAG Bildung und leite hier vor Ort auch die AG Bildung. Und sitze auch in der Funktion zum Beispiel auch mit als Vertretung für die Stadträtin im Bildungsbeirat der Stadt“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Häufig berichten die befragten Frauen mit Parteimitgliedschaft (mit und ohne Mandat) davon, dass sie innerhalb der Partei angesprochen wurden, ob sie sich ein Mandat vorstellen können oder sich auf die Liste setzen lassen wollen. Im folgenden Bericht waren es vor allem andere Frauen, die sich stark dafür einsetzen, dass sich der Anteil von Frauen in den Gremien erhöht.

„Also die SPD Dresden ist ziemlich jung insgesamt vom Durchschnittsalter, von den Leuten, die dort Verantwortung tragen, und bin dann ziemlich hartnäckig von den entsprechenden FLINTA-Personen²² auch dazu rekrutiert worden, zu kandidieren, durch so Bildungsangebote, Kommunalpolitik, Rhetorik, solche Sachen.“*

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, städtisch, 32 Jahre, SPD)

Und auch durch andere Personen werden Frauen innerhalb der Parteien angesprochen, wie bspw. ein Mitglied der FDP zu ihrer Kreistagskandidatur berichtet und betont, dass durch die Partei insbesondere jüngere Frauen verstärkt in den Blick genommen werden.

In der Studie berichten auch viele der aktiven Kommunalpolitikerinnen, früher selbst angesprochen worden zu sein. Die Parteien sind dabei regelmäßig auf der Suche nach Frauen für ihre Listen – auch ohne Parteimitgliedschaft:

„Ich glaube, die CDU war einfach auf der Suche nach Personen für ihre Liste, die man in der Stadt kennt. Also keine so ganz unbekanntes Gesichter sind. Und tatsächlich glaube ich auch, auf der Suche nach Frauen explizit.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Dabei werden auch Frauen, die nicht Mitglied in Parteien sind, von den Parteien gezielt für kommunalpolitische Kandidaturen angesprochen, wie mehrere Kommunalpolitikerinnen berichten. Diese zogen ohne Parteimitgliedschaft, jedoch auf der Liste einer Partei, in den Rat ein. Häufig sind es auch in diesen Fällen Frauen, die zivilgesellschaftlich vor Ort durch ihr Engagement bereits sichtbar bzw. bekannt sind.

²² Das Akronym FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Transgeschlechtliche und Agender Personen und für alle patriarchal Benachteiligten.

„Das ist eigentlich ganz unproblematisch gelaufen und auch innerhalb der Fraktion auf ziemlich guter Augenhöhe. Innerhalb des Ortes hatte ich, vielleicht auch bedingt durch meine Arbeit als Erzieherin und auch durch diese sportliche Tätigkeit, die ich wahrgenommen habe als Übungsleiter, auch einen bestimmten Bekanntheitsgrad.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 65 Jahre)

Im Fall dieser Bürgermeisterin führte das Zusammenspiel fehlender männlicher Kandidaten in der Partei mit den politischen Aktivitäten der Kandidatin dazu, dass sie – angesprochen durch die CDU – am Ende als Bürgermeisterin für ihren Ort ins Amt gewählt werden konnte:

„Aber, wie es so war, der CDU sind die männlichen Kandidaten ausgegangen. Und da kamen sie dann zu mir und haben eben gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Und ja, ich hatte ja schon den Fuß in die Richtung gesetzt. Insofern habe ich das bestätigt und bin dann für die CDU gestartet, die auch, das muss ich jetzt wirklich sagen, meine politische Heimat ist. So bin ich zu meinem Amt gekommen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Unterstützungsfaktoren

Wirksamkeit

Ein weiterer Treiber, der in der Studie immer wieder sichtbar wurde, ist das Gefühl von Wirksamkeit. Mit der eigenen Arbeit in der Kommunalpolitik etwas zu bewegen oder zum Positiven zu verändern, motiviert die Frauen und gibt ihnen Antrieb für die zuweilen zähe oder aus vielerlei Gründen fordernde Arbeit. Die Wirksamkeit besteht dabei auch darin, dass sich im Kommunalen an konkreten Missständen oder Problemen etwas ändern lässt und die Ergebnisse, im Unterschied zur Landes- oder Bundespolitik, oft unmittelbar sichtbar werden.

In der Studie erzählen mehrere Kommunalpolitikerinnen beispielsweise von der Erhaltung oder Neugestaltung von Institutionen, die für die grundsätzliche Versorgung der Bevölkerung vor Ort wichtig sind, wie Krankenhäuser oder Schulen.

„Aber wenn man dann das Krankenhaus retten kann, nur weil man da ist, das ist schon eine coole Aktion gewesen. Da waren die Insolvenzverwalter da und so weiter, und das haben wir in einer Sitzung kippen können.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Eine andere Kommunalpolitikerin berichtet von ihrer Zufriedenheit mit der Initiierung zahlreicher Projekte, zum Beispiel dem Ausbau einer Grundschule:

„Also ich bin zufrieden damit, dass wir wirklich viele, viele Projekte auf den Weg gebracht und auch abgeschlossen haben. Also ganz aktuell gerade eben, dass wir so ein schönes historisches Gebäude als Grundschule ausbauen, damit bin ich schon sehr zufrieden.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Dass in diese Wirksamkeit auch viel Energie und Wille fließen und es nicht alleine geht, verdeutlicht diese Bürgermeisterin:

„Zum einen die falsche Vorstellung, dass man sowieso nichts ändern kann. Also ich bin schon der Meinung, dass man ganz, ganz viel ändern kann, vor allen Dingen auch gemeinsam ganz viel ändern kann. Das haben wir ja gerade in der Corona-Zeit gemerkt, wenn man eben nicht zusammenkommen kann, dass dann ganz viele Dinge auf der Strecke bleiben und die leben jetzt einfach wieder auf. Und das ist das Tolle. Ja, man muss ganz viel Energie reinstecken und das mache ich auch.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Erfolgreich auf den Weg gebrachte oder abgeschlossene Projekte und Erfolgserlebnisse sind für die aktiven Kommunalpolitikerinnen also ein wichtiger Treiber für ihr Engagement. Und auch die Frauen ohne Mandat berichten in der Studie, dass der Wunsch nach Wirksamkeit ein Faktor ist, der für kommunalpolitisches Engagement motivierend sein kann.

Persönlichkeitsprofil

Die Studie zeigt auch: Frauen mit bestimmten Eigenschaften bzw. Ressourcen haben es in der Kommunalpolitik einfacher. Starkes Selbstbewusstsein, Pragmatismus, Resilienz und „eine dicke Haut“ scheinen Eigenschaften zu sein, die eine längerfristige Tätigkeit unter den aktuellen Rahmenbedingungen oft überhaupt erst möglich machen. Die Frauen berichten davon, dass nur Personen mit starken Ressourcen den aktuellen Umgangs- und Kommunikationsformen bzw. dem rauen politischen Klima²³ gewachsen seien. Besonders der Aspekt Selbstbewusstsein wird von vielen Frauen in der Studie angesprochen.

„Wenn ich mich selber betrachte, mein Selbstbewusstsein ist ja auch immer erst mit Jahr zu Jahr stärker geworden. Es gab natürlich auch Zeiten, vor 20 Jahren noch, da war ich deutlich zurückhaltender. [...] Inzwischen habe ich damit kein Problem mehr. Ich sage auch meine Meinung. Wenn ich im Stadtrat sitze, treffe ich auch mal Entscheidungen, die vielleicht dem einen oder anderen wehtun, so dass man im Nachgang immer damit rechnen muss: Es kommt mal eine Mail, es kommt ein Anruf, man wird auf der Straße angesprochen. Und wenn man da nicht auch über ein gewisses Selbstbewusstsein verfügt, dann kann man da ganz schön schnell

23 Beide Aspekte werden in den Kapiteln 4 bzw. 7 detaillierter beleuchtet.

nervlich an Grenzen kommen. [...] Ich denke schon, dass es für manche Frauen ein Problem ist.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Auch Aspekte wie der Wunsch bzw. Wille, etwas zu bewegen und zu verändern oder andere zu überzeugen, ggf. auch anzuleiten und dabei Brücken zu bauen, werden mehrfach als hilfreich benannt:

„Ich war irgendwie voll dabei. Und habe schon immer gerne so ein bisschen angeführt. Also das lag mir schon immer. [...] Und ja, ich möchte auch ein klein wenig was verändern. Also ich lasse die Dinge ungern so stehen, so nach dem Motto: Es ist, wie es ist und lässt sich nicht ändern. [...]“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Nicht zuletzt müssen die Frauen im politischen Umfeld eine gewisse Resilienz im Umgang mit schweren und problembelasteten Themen mitbringen, um Ämter und Mandate dauerhaft ausfüllen und auch bewältigen zu können.

„Entweder kann man das also rein mental, dass man sagt, ich fokussiere mich darauf, ist egal, was die Leute zu mir sagen. Es gibt ja so Menschen, die das nicht berührt (...) Dann ist es okay. Das sollte man sich vorher überlegen. Ob man dieser Kontakthäufigkeit und dieser Problemlastigkeit in der Größenordnung, in der es einen trifft, gewachsen ist.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Dass die kommunalpolitische Arbeit angesichts der zahlreichen Hürden und Herausforderungen letztlich auch mit Mut zu tun hat, bringt diese Befragte ohne Mandat mit ihrem Bericht zum Ausdruck:

*„Frauen in der Kommunalpolitik haben meine größte Hochachtung. Und durch meine frühere Tätigkeit im Landesfrauenrat, wo Vertreterinnen verschiedener Parteien ja dabei sind als Beisitzer*innen und die Vorgängerinnen oder auch jetzigen Beisitzerinnen, die kenne ich und deswegen weiß ich, dass das schon viel Mut braucht.“*

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Hingegen scheint es für feinsinnige, gefühlsorientierte oder introvertierte Personen oder gar für solche mit neurologischen Erkrankungen oder Traumaerfahrungen sehr schwer bis unmöglich, sich in den aktuellen Rahmenbedingungen kommunalpolitisch einzubringen. Dies hat wiederum fehlende Perspektiven zur Folge.

Unterstützendes privates und berufliches Umfeld

Ein unterstützendes Umfeld spielt häufig eine entscheidende Rolle bei der Frage, ob ein Amt oder Mandat überhaupt erfolgreich ausgeübt werden kann. Dies ist zunächst vielfach der Partner oder die Partnerin. Aber auch andere stärkende Menschen im privaten Umfeld, Fürsprecherinnen in der Partei, Mentoren aus dem politischen Bereich oder unterstützende Arbeitgebende können eine wichtige Stütze für Amts- und Mandatsträgerinnen sein:

„Also erst einmal die Familie als klarer Rückhalt und natürlich auch unter den Kollegen und in der Bürgerschaft.“

(Interview: Kreisrätin, kreisfreie Stadt, 68 Jahre)

Viele der befragten Frauen mit kommunalpolitischem Mandat haben eine feste und klassische Partnerschaft und beschreiben, wie wichtig die konkrete Unterstützung ihres Partners für die Ausübung ihres Mandates oder Amtes ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn auch Sorgearbeit für Kinder geleistet wird. Die Unterstützung besteht dabei nicht nur darin, Teile der Sorgearbeit zu übernehmen und der Frau somit den Rücken freizuhalten, sondern auch in der moralischen Unterstützung und Bestärkung der Kommunalpolitikerinnen. Beispielhaft verdeutlicht eine Stadträtin, dass Frauen ohne Partner und alleinerziehende Frauen es mit zusätzlichen Hemmnissen zu tun haben, die ein Mandat oder Amt erschweren oder nahezu unmöglich machen:

“Ich habe das mit meiner Familie besprochen. Und [...] da hat mein Kind erst mal angefangen zu weinen, weil der dachte, ich muss wegziehen. [...] Aber dann habe ich das noch mal erklärt und gesagt, ich bin dann trotzdem zu Hause. [...] Ja, und mein Mann hat gesagt, mach das doch. Ich unterstütze dich. Und das macht er auch. Das war jetzt keine Floskel. Also ohne die Unterstützung durch meinen Mann könnte ich es nicht machen. Also ich frage mich manchmal, ob das gehen könnte, wenn man alleinerziehend ist.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 51 Jahre, Sorgeverantwortung)

Auch für die meisten der befragten Bürgermeisterinnen ist der Rückhalt durch den Partner entscheidend, wie die folgende Schilderung eindrücklich belegt:

“Das ist kein 40-Stunden-Job oder 60-Stunden-Job. Ich habe eine rollende Woche. Von Montag bis Sonntag bin ich Bürgermeisterin. Und selbst wenn es in der Nacht klingelt, ist das so, dass man da dasteht. Da braucht man auch ein Familien-Hinterfeld, die das akzeptieren und tolerieren, dass das so ist. Ja klar, ich habe auch die Möglichkeit, über den Tag Dinge zu organisieren für die Familie, die man vielleicht am Fließband nicht machen könnte. [...] Und für das Wochenende habe ich mit meinem Mann vereinbart, ganz viele Termine zusammen zu machen. Also wenn ich am Wochenende eingeladen bin zu einer Veranstaltung, dann melde ich uns zu zweit an und das muss man auch akzeptieren, dass ich da eben nicht alleine komme. Und das hat

eben den Vorteil, dass man doch Zeit auch miteinander verbringen kann. Und mein Mann interessiert sich zum Glück für Politik und findet das absolut spannend, das mal von der anderen Seite jetzt zu sehen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich, Sorgeverantwortung)

Auch andere Personen aus dem persönlichen Umfeld spielen bei einem Teil der befragten Frauen mit Blick auf Unterstützung und Ermutigung eine Rolle. Seien es Eltern oder andere Verwandte, wie erwachsene Kinder oder Vertraute aus dem privaten Umfeld, die positiven Zuspruch, Entlastung bei der Kinderbetreuung oder Rückhalt im Privaten bieten. Die Entlastung im Privat- und Familienleben ermöglicht das Mandat oftmals erst, wie diese Stadträtin berichtet:

„Da mein Mann beruflich stark eingebunden ist, [...] war ich sehr dankbar, dass meine Eltern, die damals schon in Rente waren, mitgekommen sind. Wir haben jetzt dort einen Familienwohnsitz, wo wir in drei Generationen unter einem Dach leben. Als unsere Tochter noch kleiner war, habe ich natürlich noch mehr Unterstützung von meinen Eltern erfahren, um meinen Beruf ausüben zu können. Jetzt sind meine Eltern beide über 80. Jetzt verkehrt es sich so ein bisschen ins Gegenteil. Es ist für alle Beteiligten ein Gewinn.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 53 Jahre, Sorgeverantwortung)

Auch die Unterstützung durch die Bürgerschaft kann nicht nur motivieren und stärken, sondern auch inhaltlich impulsgebend sein:

„Was mich motiviert hat und immer noch motiviert, das sind die Menschen und die Aktiven in dieser Stadt. Und ich habe da auch viel Unterstützung bekommen. Ich bin fasziniert, wie viele wunderbare, aktive Menschen es gibt in dieser Stadt. Und vor allem, was für geniale, interessante Ideen entstehen.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Neben der Unterstützung im privaten Umfeld und durch die Bürgerschaft kann auch diejenige durch Arbeitgeber eine wichtige Stütze sein und ein kommunalpolitisches Mandat damit unmittelbar fördern.

„Ich habe das große Glück, dass mein Chef, also, unsere Vorstände, sehr tolerant sind. Wir haben eine Kernarbeitszeit, alles andere ist Gleitzeit. Können wir uns einteilen. Ich habe einen mobilen Arbeitsplatz. Mache also demzufolge auch einmal in der Woche Homeoffice. [...] Wir müssen es uns einfach bloß in unserem beruflichen Kalender blocken, privater Termin. Und dann geht das schon mal. Entscheidend ist für meinen Chef, dass ich meine Arbeit schaffe, dass ich das abliefern, was er von mir erwartet. Und das funktioniert.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Dass die Vereinbarkeit eines Mandats mit dem Beruf hierbei nicht nur vom guten Willen der Vorgesetzten, sondern auch von strukturellen Rahmenbedingungen abhängig ist, zeigt das vorangegangene Zitat ebenfalls. Der Aspekt wird im weiteren Verlauf unten sowie im Zusammenhang mit den Barrieren in Kapitel 4 noch weiter vertieft.

Unterstützendes politisches Umfeld

Darüber hinaus wirken Mitstreitende aus der Partei, Vorgängerinnen im Amt oder amtierende Kommunalpolitiker unterstützend für die Kommunalpolitikerinnen. Mehrfach ist bei Ratsmitgliedern oder angehenden Bürgermeisterinnen von der Unterstützung durch amtierende Bürgermeister zu hören. Auch Landräte spielen vereinzelt als Unterstützer eine Rolle.

„Als Bürgermeisterin hat mir die CDU sehr geholfen. Also der Landtagsabgeordnete damals, der hat sich ganz stark dafür eingesetzt, dass ich eines meiner Ziele erreiche. [...] Und der damalige Landrat.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Mehrfach wird in der Studie in diesem Zusammenhang artikuliert, dass es nicht zuletzt Männer sind, die als Unterstützer eine wichtige Rolle für Frauen im männerdominierten Politikumfeld spielen. Von deren Netzwerken können die Frauen profitieren, wenn die männlichen Mitstreiter sie aktiv fördern und ihnen Zugänge ermöglichen.

Auch das eigene politische Netzwerk wird von einigen als stärkender Faktor genannt. Dies wird vor allem von Frauen beschrieben, die schon eine Weile kommunalpolitisch tätig sind und rückblickend von ihren eigenen Erfahrungen aus der am Anfang teils herausfordernden Einarbeitung sowie dem mit der Zeit aufgebauten Netzwerk profitieren:

„Was mir hilft, ist tatsächlich mein Netzwerk. Das hat vorher schon existiert, ist jetzt natürlich größer geworden. Ich schreibe nicht so gerne Nachrichten, sondern ich telefoniere lieber kurz. [...] Ich rufe irgendwo an oder werde angerufen, dann geht es drei, vier Minuten und dann sprechen wir uns ab. Oder ich werde was gefragt oder auf was hingewiesen. Und das gefällt mir, das unterstützt mich. Dass ich weiß, wenn ich jetzt eine Frage habe [...], dann rufe ich halt die Person an und sage: Du hast es mir schon zweimal erklärt. Kannst du es mir bitte das dritte Mal noch erklären? Ich habe es schon wieder vergessen. Und das funktioniert gut.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 51 Jahre)

Des Weiteren zählen zum unterstützenden Umfeld auch übergreifende Netzwerke, Angebote und Programme zur Bestärkung von Frauen im politischen Bereich. Dies können zum Beispiel Mentoring- oder Empowerment-Programme sein, die bspw. durch Parteien bzw. Wählervereinigungen oder in öffentlich geförderten Projekten angeboten werden. Diese zivilgesellschaftlich engagierte Frau mit der Ambition, in Zukunft kommunalpolitisch aktiv zu werden, berichtet zum Unterstützungswert solcher Programme Folgendes:

„Ich bin jetzt auf der Unabhängigen-Liste, und die Stadträte, die dort bereits vertreten sind, die nehmen mich jetzt schon mit an die Hand, also ein Mentoring-Programm sozusagen durch die Stadträte. Wir sprechen das ab, was jetzt schon alles im Stadtrat besprochen wird und wo ich darauf achten kann und meine Meinung schon mal mit äußern kann. Das passiert alles schon im Vorfeld, vor der eigentlichen Stadtratssitzung. Zusätzlich bin ich noch in einem mit Bundesmitteln geförderten Programm drin. Das heißt Frauen in die Kommunalpolitik. Das ist auch eine sehr gute Vorbereitung für das, was da auf mich zukommt. Ich gehe ungern unvorbereitet in Dinge hinein, und das möchte ich in dem Fall eben auch nicht tun.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, ländlich)

Die positive Wirksamkeit von Frauennetzwerken beschreibt auch dieses Parteimitglied von Bündnis 90/Die Grünen und betont, dass für das Aufbrechen der männlichen Dominanz Austausch und gegenseitige Unterstützung entscheidend sein können.

„Ich glaube, dass bei den Grünen auch Wert gelegt wird auf Parität, auf gleichwertige Redeanteile und so weiter. Aber wir merken ja auch alle in der Praxis, dass wenn man Runden hat, vielleicht auch Arbeitsgruppen, die auch eher männlich dominiert sind, dass dann diese Verhaltensgrundsätze zum Teil natürlich schwer durchzusetzen sind. In meinem Arbeitsumfeld zum Beispiel bin ich häufig in großen Runden die einzige Frau oder unter sehr wenigen Frauen. Und da bekommt man sehr gut mit, wie Kommunikation funktioniert und wie Netzwerke-Förderungen funktionieren in männlich dominierten Firmen. Und uns in [...] hat der Frauenstammtisch sehr geholfen, uns untereinander zu vernetzen, uns darüber auszutauschen, wie wir auch in solchen Situationen kommunizieren und wie man das vielleicht aufbrechen kann.“

(Fokusgruppe Parteien, B90/Die Grünen)

Unterstützung durch Parteien und Listen

Ein zentraler Unterstützungsfaktor, sowohl für aktive Kommunalpolitikerinnen als auch für potenzielle Mandatsträgerinnen, können die Parteien sein – in Abhängigkeit davon, wie sie jeweils mit dem Thema Frauenförderung und Frauen auf Wahllisten umgehen.

In Sachsen gibt es vergleichsweise viele Kommunalpolitikerinnen, die nicht Mitglied einer Partei sind und entweder über Wahllisten oder ohne Parteimitgliedschaft für eine Partei im Rat sitzen. Dies spiegelt auch die Stichprobe der Befragten in der Studie wider: von den aktiven Kommunalpolitikerinnen sind ein Drittel nicht Mitglied in einer Partei. Und auch insgesamt sind in Sachsen bzw. in Ostdeutschland weniger Menschen Mitglied in Parteien als in Westdeutschland. Die politische Sozialisation und die historischen Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung tragen zu einer geringen Parteibindung und einer Distanz zu traditionellen Parteien bei (s. Kapitel 1).²⁴

Dennoch erkennen einige Befragte trotz anfänglicher Vorbehalte die Notwendigkeit, sich parteipolitisch zu engagieren. Eine Teilnehmerin erklärt:

„Aus meiner DDR-Vergangenheit habe ich gesagt, niemals Partei. Aber als ich dann nach Sachsen gekommen bin, habe ich die Erfahrung gemacht, dass man hier nicht einfach auf dem Zuschauerrang sitzen kann und guckt, wie es läuft, sondern man muss irgendetwas tun. Und da bin ich dann eingetreten.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Die Mitgliedschaft in einer Partei bietet dabei für die kommunalpolitisch aktiven Frauen zahlreiche Vorteile, die von einem Teil der Befragten in der Studie entsprechend benannt werden. Mitglieder haben Zugang zu internen Informationen und Netzwerken, was ihre politische Wirksamkeit und ihren Erfolg auf verschiedenen Ebenen fördert. Sie können sich an Diskussionen und Entscheidungen beteiligen und erhalten Zugang zu Ressourcen wie Grundsatzprogrammen und Leitfäden, die ihre politische Arbeit unterstützen. Und sie können auf Expertise und Netzwerke zurückgreifen, wie bspw. diese Befragte betont:

„Was ich als absoluten Vorteil einer Parteizugehörigkeit wahrnehme, ist, dass man auf Expertenwissen sehr einfach zurückgreifen kann. Ich brauche bloß im Wahlkreisbüro anrufen und fragen: ‚Wen haben wir denn zum Thema ÖPNV, wer ist denn dort der Zuständige?‘ Oder zu Photovoltaik habe ich auch angerufen: ‚Welches Ministerium kümmert sich denn da drum? Wer ist dort mein Ansprechpartner? Ich komme dort nicht weiter.‘ Parteiintern konnte ich das Netzwerk nutzen.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Dies ermöglicht Kommunalpolitikerinnen mit Parteimitgliedschaft, effizienter zu arbeiten und besser informiert zu bleiben. Und auch bei der Vorbereitung und Ausübung des Mandats unterstützen die Parteien: mit Informationen, Schulungen, Ansprechpersonen und anderen Ressourcen, auf die Parteilose nicht im gleichen Umfang zugreifen können.

²⁴ Vgl. Holtmann/Jaeck 2022.

„Die Kontakte, die man geknüpft hat zu Landtagsabgeordneten, auch zu Bundestagsabgeordneten, der Austausch, der hilft ungemein [...] Das macht es mit einer Partei viel einfacher. Wir kriegen natürlich auch viele Hilfsmittel an die Hand. Wir kriegen ja trotzdem auch Grundsatzprogramme. Wir kriegen Leitfäden. Und daran können wir uns halten. Vor Ort kann man das dann noch mal anders auslegen. Und in so einem kleinen Stadtrat zählt ja nicht unbedingt, welche Partei man hat. Aber wir merken schon im Gegensatz zu den anderen, gerade Freien Wählern, dass wir da sehr viel besser vorbereitet sind.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Vorteile dieser Art führen dann auch parteilose Politikerinnen zu der Überlegung, in eine Partei einzutreten:

„Ich bin jetzt gerade dabei, mir intensiv zu überlegen, ob ich tatsächlich in die Partei eintrete. Weil, wenn man nicht Parteimitglied ist, fehlt einem natürlich ein Stück Basis. Und es gibt da bestimmte Dinge in der Partei, die besprochen werden, die man dann eben automatisch nicht mitbekommt. [...] Dieses Netzwerken parteiintern darf man nicht unterschätzen. Den Informationsfluss, die Kommunikation. Und da bin ich natürlich dadurch, dass ich kein Parteimitglied bin, raus.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Die Parteien spielen auch bei der aktiven Förderung und Unterstützung von Frauen für Listenplätze und Kandidatur eine wesentliche Rolle. Die sehr unterschiedlichen innerparteilichen Ansätze und die unterschiedliche Priorisierung der Frauenförderung spiegeln sich nicht zuletzt in den Frauenanteilen auf den Wahllisten und unter den Gewählten je Partei wider.²⁵ Bei der Aufstellung von Wahllisten kommen die Frauen in den Parteien vor allem dann ins Spiel, wenn die Partei interne Frauenquoten, paritätische Listen oder andere Listenplatzregelungen hat, durch die Frauen gezielt gefördert werden. Denn nicht selten stehen vor Ort nur wenige parteipolitisch engagierte Frauen zur Verfügung. Dies lässt sich auf die zahlreichen Barrieren zurückführen, die den Frauen nicht nur die Ausübung eines Amtes oder Mandats erschweren, sondern die auch schon den Zugang zu und das Engagement in aktiven Rollen in Parteien erschweren können.²⁶ Für die in den Parteien anwesenden Frauen bedeutet dies jedoch nicht selten, dass sie sehr gezielt angesprochen und ermutigt werden, sich auf Listen aufstellen zu lassen und ein Mandat anzustreben.

²⁵ Vgl. hierzu auch Abb. 3 in Kapitel 1.

²⁶ Die Hemmnisse und Barrieren werden im Kapitel 4 vertieft dargelegt.

Quotenregelungen der Parteien in Sachsen

CDU

Bei der CDU Sachsen findet zur Gleichstellung von Männern und Frauen das Bundesstatut der CDU Anwendung, das der Aufstellung von Listen für Kommunal- und Landtagswahlen vorsieht, dass das vorschlagsberechtigte Gremium unter drei aufeinander folgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlägt.

(Vgl. CDU 2019: Statutenbroschüre der CDU Deutschlands)

Bündnis 90/Die Grünen

Bei Wahlen in Sachsen findet das Bundesfrauenstatut von Bündnis 90/Die Grünen Anwendung, das eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent für alle Mandate, Ämter und Listenplätze vorschreibt. Bei Listenwahlen bzw. Wahlvorschlägen sind Frauen die ungeraden Plätze vorbehalten.

(Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesverband (2022): Grüne Regeln)

Die Linke

Grundsätzlich sollen Ämter, Mandate sowie Plätze auf Wahllisten zu 50 Prozent von Frauen belegt werden. Auf Wahlvorschlagslisten sind einer der ersten beiden Plätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze für Frauen vorbehalten.

(Vgl. Die Linke (2020): Bundessatzung der Partei)

SPD

Alle Funktionen und Mandate der Partei sollen in Sachsen zu mindestens 40 Prozent von Frauen belegt sein. Die Aufstellung der Listen erfolgt nach dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin alternierend, also nach dem Geschlecht abwechselnd.

(Vgl. SPD-Landesverband Sachsen (2023): Statut des SPD-Landesverbandes Sachsen)

FDP

Die FDP verfolgt sowohl auf der Bundesebene als auch in Sachsen keine Quotenregelungen.

(Vgl. Drewes, Sabine (2022): Die Frauenquote in der Kommunalpolitik in Deutschland)

AfD

Quotenregelungen bei Wahlen zu innerparteilichen Ämtern oder der Aufstellung von Kandidatinnen oder Kandidaten zu Wahlen sind laut der Satzung der AfD ausnahmslos unzulässig. Die Gründung einer Vereinigung von Frauen innerhalb der AfD ist ebenfalls nicht zulässig

(Bundessatzung Alternative für Deutschland §5 und §17). (Vgl. AfD (2024): Bundessatzung)

Dies ermöglicht Frauen in den Parteien teilweise, sich recht einfach kommunalpolitisch einbringen zu können – zumindest dann, wenn nicht andere Barrieren zu stark ins Gewicht fallen.

„Ich bin von den Grünen angesprochen worden [...], um in den Stadtbezirksbeirat, also diese Ebene unter dem Stadtrat, mit reinzugehen. Und ich hätte das nicht getan, wenn es nicht die quotierte Liste bei den Grünen gegeben hätte.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 55 Jahre)

Gleichzeitig ist so manche Frau mit dem Gefühl, eine ‚Quotenfrau‘ zu sein, unzufrieden. Es finden sich zum Thema paritätische Listen auch unter den befragten Frauen unterschiedliche Positionen. Insgesamt entsteht in der Studie jedoch überwiegend der Eindruck, dass es ganz ohne Quoten aktuell nicht funktioniert, wie diese Befragte zum Ausdruck bringt:

„Ich war früher immer eine Gegnerin der Frauenquote, weil ich gedacht habe: also ich möchte nicht die Quotenfrau sein. Auf gar keinen Fall. Aber jetzt, so nach den vielen Jahren glaube ich, dass das die einzige Lösung wäre. Es gibt halt kein funktionierendes Unternehmen, und es gibt genauso keinen funktionierenden Verein, wenn (nicht) eine gewisse Anzahl [...] an Frauen dort vertreten ist, um einfach gewisse Werte, Ansichten und so weiter einbringen zu können. Es müsste eine Regelung geben, dass es halt pari-pari ist.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, städtisch)

Und auch innerhalb der Parteien spielt die Vernetzung der Frauen eine wichtige Rolle und kann zu deren Stärkung entscheidend beitragen. So beschreibt es zum Beispiel diese Frau, die Mitglied in der CDU und bei der Frauen-Union ist:

„Ich habe mit meiner Frauen-Unions-Arbeit eben diese Bestärkung: ‚Du schaffst das, du musst hier keine Hemmungen haben‘. Das fand ich ganz wichtig. Und ich glaube, das war eben in diesem geschlossenen Frauenkreis einfacher möglich als in gemischtgeschlechtlichen Teams. Dieses Bestärken, du brauchst hier keine Hemmungen zu haben, das schaffst du.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Privilegierte Ausgangssituation

Ein selten von den Frauen selbst artikulierter, aber dennoch klar zu beobachtender Zusammenhang besteht darin, dass ein kommunalpolitisches Mandat unter den aktuellen Rahmenbedingungen von Frauen mit bestimmten Ausgangsbedingungen einfacher und von anderen sehr viel schwerer, wenn überhaupt, ausgeübt werden kann. Vielfach sind aktuell vor allem hoch gebildete Frauen mit entsprechendem Einkommen sowie aus entsprechenden sozialen Schichten in der Lage, sich ein Mandat zu leisten. Bestimmte Berufe und Arbeitsbedingungen (z. B. bei Tätigkeiten

im öffentlichen Dienst) begünstigen Mandate bzw. sind mit diesen besonders gut vereinbar.

Auch Frauen mit akademischem Abschluss (oder gar Promotion) haben aus unterschiedlichen Gründen Vorteile, sich kommunalpolitisch einzubringen. Neben den strukturellen Vorteilen, die damit einhergehen können und die meist ein stabiles bzw. höheres Einkommen beinhalten, ist es auch die damit verbundene gesellschaftliche Anerkennung, die die tägliche Arbeit erleichtert und auch eine Schutzfunktion haben kann:

„Ich bin ja Professorin und habe einen Dokortitel. Und ich glaube, dass mich das tatsächlich auch ein bisschen schützt. Der Professorentitel, den nutze ich nicht in meiner politischen Tätigkeit. Aber ich habe den ja nun mal. [...] Ich weiß nicht, wie das wäre, wenn ich den Titel nicht hätte, ob ich dann schneller Mal im Fokus stünde.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 51 Jahre)

Frauen aus bestimmten sozialen Schichten und nichtakademischen Berufen sowie Alleinerziehende sind jedoch vielfach de facto ausgeschlossen, da ihnen eine Amts- oder Mandatsausübung in ihrer Lebensrealität kaum bis gar nicht möglich ist. Diese Perspektiven fehlen dann in den politischen Entscheidungsgremien.

„Die Expertise, die die Menschen als aktive Stadträte mitbringen, ist ja vor allen Dingen ihr beruflicher und ihr persönlicher Hintergrund. [...] Also, wenn wir keine Verkäuferin, keine Friseurin, keine alleinerziehenden Eltern dabei haben, dann kann man, glaube ich, die Lebenssituation weniger gut mitdenken, als wenn man selber in so einer Situation ist. [...] Ich bin verheiratet, ich wohne in einem Einfamilienhaus, ich habe ein gutes Einkommen. [...] Ich war ja auch mal eine alleinerziehende Studentin zum Beispiel. Und hatte nicht ausreichend Geld. Also ich kann das tatsächlich noch nachvollziehen. [...] Aber ich glaube, es können sich viele nicht vorstellen, wie das ist, wenn man sechs Wochen auf eine finanzielle Unterstützung wartet, die einem zusteht. Und das mitzudenken, das fällt hinten runter, wenn ich eben nicht die Menschen dabei habe im Stadtrat.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 51 Jahre)

Potenziert wird dieser Effekt noch, wenn weitere intersektionale Merkmale hinzukommen und die Frauen bspw. eine Behinderung oder eine Migrationsgeschichte haben oder queer und somit potenziell mehrfachdiskriminiert sind. Für diese Gruppen fehlen nicht nur Zugänge zu Ämtern und Mandaten, sondern diese sind in den Räten und Gremien nicht ausreichend sicher und geschützt²⁷. Diese Perspektiven fehlen dann ebenfalls bei den politischen Entscheidungen.

27 Vgl. z. B. Blätke et al. 2022.

Ambition für zukünftige Mandate

Die Mehrheit der aktiven Kommunalpolitikerinnen, die in der Studie befragt wurden, hat vor, in Zukunft wieder zu kandidieren oder war zum Zeitpunkt der Befragung bereits wieder aufgestellt. In einzelnen Fällen ließen sie dies für sich noch offen. Ein kleiner Teil der Frauen hat angegeben, aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr kandidierten zu wollen.

Für die befragten Frauen, die eine erneute Kandidatur wieder in Betracht ziehen, sind es häufig ähnliche Gründe, wie im aktuellen Kapitel bereits beschrieben, die den Ausschlag geben. Vor allem die Entwicklung der aktuellen politischen Lage ist Antrieb, sich weiterhin einzubringen und somit etwas dazu beizutragen, das Feld nicht extrem rechten Kräften zu überlassen. Auch die Fortsetzung begonnener Arbeit ist ein Motiv für die Weiterführung von Ämtern und Mandaten.

Werden die Amts- und Mandatsträgerinnen, die in Zukunft weiter kommunalpolitisch tätig sein wollen, gefragt, welche politische Ebene sie anstreben, zeigen sich zwei typische Antworten. Zum einen gibt es diejenigen, die mit der politischen Ebene ihres aktuellen Amtes bzw. Mandats zufrieden sind und sich genau dort wohl und wirksam fühlen und zum anderen jene, die sich politisch weiterentwickeln und auf Landes- oder Bundesebene wirken wollen. Die erstere Gruppe von Frauen äußert bspw., dass die kommunalpolitische Ebene für sie der richtige Ort ist, konkrete Dinge anzustoßen, zu verbessern und die Resultate der Bemühungen zeitnah sehen zu können. Auch das Bedürfnis, Begonnenes fortzusetzen und die Bürgerschaft vor Ort mit den kommunalen Themen nicht im Stich zu lassen, kann ein Treiber sein.

„Und wenn ich sehe, wie die Politiker auf der Landesebene ticken, die vorher mal Bürgermeister waren, denke ich, irgendwie haben die vergessen, wo sie herkommen. Die haben so komplett den Bezug zum kommunalen Leben verloren. [...] Die Politiker, die auf der Landesebene sind und für unseren Wahlkreis auch zuständig sind, die sehe ich nur in der Wahlzeit und danach nicht mehr. Also das wäre nichts für mich. Also Landespolitik wäre kein Weg. Bundespolitik? Ja, ich bin da noch ganz frei, wo die Reise mal hingehen kann danach. Vielleicht sage ich ja auch, ich mache noch eine Amtsperiode, mal schauen, [...] ich bin eigentlich auch ein von Grund auf optimistischer Mensch und mir macht es schon Spaß, das kann man schon sagen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Auch eine generelle Zufriedenheit mit der Arbeit an genau der Stelle, wo die Frauen aktuell sind, wird artikuliert, eine Kandidatur auf anderer Ebene in der Zukunft jedoch nicht ausgeschlossen, wie zum Beispiel bei dieser Bürgermeisterin, der inhaltlich auch die Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik ein Anliegen ist:

„Also ich bin Kreisrätin nach wie vor, und es treten sehr viele an mich heran, ob ich mir nicht vorstellen könnte, Landrätin zu werden. Und ich habe das bisher immer ganz vehement verneint, weil ich mich genau dort wohlfühle, wo ich jetzt bin. Und ich denke, das ist auch was, was nicht jeder genießen kann, dass er genau das tut, was er gerne machen will. Mittlerweile habe ich für mich entschieden, ich werde es jetzt gar nicht kommentieren mehr, sondern lasse das einfach im Raum stehen und was weiß ich, was in fünf Jahren ist? Vielleicht hat man sich selber auch so weit entwickelt, dass man einfach was Anderes machen will. Also ich werde der Kommunalpolitik treu bleiben und habe mir ja selber die Thematik, Frauen in Kommunalpolitik zu bringen, auf die Fahne geschrieben.“

(Interview: Bürgermeisterin/Kreisrätin, ländlich)

Auch organisatorische Gründe bzw. bestimmte Rahmenbedingungen sind teilweise Grund dafür, dass keine höheren politischen Ebenen angestrebt werden. Das kann begrenzte Zeit, Kraft, Motivation oder auch das fortgeschrittene Alter der Frauen sein. Zu den Hemmnissen ist im Kapitel 4 noch detaillierter zu lesen. Zum anderen gibt es Frauen, die sich gern auf höherer Ebene, z. B. in der Landespolitik, einbringen wollen und für die die kommunale Ebene eine Art Startpunkt darstellt.

„Wenn ich noch mal kommunalpolitisch antreten sollte, dann würde ich mir wahrscheinlich auch nochmals überlegen, für den Landtag zu kandidieren. Ich habe das schon mal fünf Jahre gemacht. Wir haben keinerlei Vertretung mehr hier in der Region. Dementsprechend könnte ich mir das durchaus vorstellen. Aber das hängt alles an dem Faden, wohin sich meine Partei entwickelt.“

(Interview: Kreisrätin/Gemeinderätin, ländlich, 40 Jahre)

In der Gruppe der Frauen in unserer Befragung, die bereits in Parteien oder zivilgesellschaftlich engagiert sind, finden sich nicht wenige, die künftig eine kommunalpolitische Tätigkeit in Erwägung ziehen. Viele der Befragten, vor allem in den Fokusgruppen mit den Parteimitgliedern, waren für die letzte Kommunalwahl auf Listen aufgestellt, ebenso einige der zivilgesellschaftlich engagierten Frauen. Nicht jede dieser Frauen strebte dabei ein Mandat an, einige unterstützen mit ihrer Platzierung auf einem hinteren Listenplatz übergreifend die Partei oder das Ziel, mehr Frauen auf den Listen zu haben.

„Genau [...] ich wurde gefragt, in meinem Stadtteil auf dem zweiten Listenplatz zu kandidieren, aber das war ohne große Ambitionen, eher ging es um das Thema ‚Listen füllen.‘“

(Fokusgruppe Parteien: FDP)

Über den tatsächlichen Anteil der Frauen, die innerhalb dieser beiden Zielgruppen offen für ein Amt oder Mandat wären, kann diese qualitative Studie keine Aussage treffen.²⁸ Wie oben bereits dargelegt, zeigt sich jedoch deutlich, dass der Startpunkt in kommunalpolitische Aufgaben wesentlich über das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen funktioniert. Konkrete Zugänge werden dann wieder über die Parteien eröffnet, wo Frauen sich weiter politisieren, Zugänge für sie entstehen, sie sich vernetzen und sie teilweise direkt angesprochen werden.

Kapitelzusammenfassung

In der Zusammenschau zeigt sich erneut, dass sich kommunalpolitisches Engagement in ein Kontinuum einer grundsätzlich vorhandenen Bereitschaft für Engagement einordnet. Auch die von uns befragten Kommunalpolitikerinnen haben sich zu einem Großteil bereits vor Kandidatur und Mandat in zivilgesellschaftlichen Bereichen engagiert. Viele davon verstehen auch dieses Engagement als politisches im weiteren Sinne.

Was aber sind letztlich die Auslöser, sich für eine Kandidatur und ein Mandat zu entscheiden? Hier möchten wir zwei Faktoren herausheben:

Zum einen haben viele Frauen bereits im Ehrenamt eine gewisse Leitungsfunktion eingenommen, auch entsprechende berufliche Erfahrungen sind hilfreich, damit Frauen zu der Überzeugung gelangen, dass sie das Mandat erfolgreich ausüben können. Auch betonen die Interviewpartnerinnen, wie wichtig es ist, über bestimmte Fähigkeiten zu verfügen, zum Beispiel andere motivieren und überzeugen zu können und etwas gemeinsam anzupacken. Auf diese Weise können Selbstzweifel, die auch bei einigen der befragten Politikerinnen anfangs vorhanden waren, überwunden und das notwendige Selbstbewusstsein erworben werden.

Der zweite Faktor ist die persönliche Ansprache, um eine zivilgesellschaftlich oder auch bereits in einer Partei engagierte Frau für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Neben Ermutigung und moralischem Beistand durch das persönliche Umfeld, sind hier die Parteien die entscheidenden Akteure. Vielfach wird berichtet, mit welchen Inhalten und Methoden Frauen selbst überzeugt wurden und nun ihrerseits Frauen ansprechen. Hieraus ließe sich ein ganzer Katalog an guten Rekrutierungspraktiken für die Parteien ableiten.

28 Eine methodische Verzerrung kann an dieser Stelle nicht ausgeschlossen werden. Es kann vermutet werden, dass Frauen mit hoher Motivation zukünftig kommunalpolitisch tätig zu sein, auch ein größeres Interesse an der Studienteilnahme gezeigt haben. Die Antworten zur Frage nach den Ambitionen für ein Amt/Mandat in der Zukunft sind vor diesem Hintergrund zu bewerten und können vor allem etwas über die Faktoren aussagen, die ein Engagement begünstigen oder verhindern, jedoch nicht darüber, wie häufig dies vorkommt (was außerdem nicht Ziel der qualitativen Methodik ist).

Als wichtiges Moment zeigt sich, dass die Parteien offen für Frauen sind, die keine Mitgliedschaft haben und ihnen durchaus auch aussichtsreiche Listenplätze oder Funktionen ermöglichen, wie bei einigen Interviewpartnerinnen geschehen. Aufschlussreich ist, dass sich einige der Befragten dann doch für eine Mitgliedschaft entscheiden, weil es dann erkennbare Vorteile für die Amts- oder Mandatsübung, z. B. in Form von Informationen, Netzwerken und Qualifizierungsangeboten gibt.

Doch auch parteiübergreifende, aus unterschiedlichen Mitteln geförderte Unterstützungsprogramme, die von Organisationen wie dem Landesfrauenrat oder anderen Akteuren angeboten werden, entfalten Wirkung, wie unsere Befragung nahelegt. Über Mentoring, Austausch, Vernetzung oder Schnupperangebote für die kommunalpolitische Tätigkeit können sich Frauen ein besseres Bild der Erwartungen und Erfordernisse wie auch ihrer eigenen Fähigkeiten machen und erhalten so oftmals den letzten Anstoß für eine Kandidatur.

Dennoch bestehen weiterhin Hürden und Barrieren struktureller Art, die sich durch individuelles Empowerment nur teilweise überwinden lassen und daher auch Maßnahmen struktureller Natur erfordern. Darauf geht das folgende Kapitel 4 im Detail ein.

4. Barrieren und Hemmnisse

Das folgende Kapitel widmet sich den zahlreichen Barrieren und Hemmnissen, die in Bezug auf ein kommunalpolitisches Mandat oder Amt für Frauen in Sachsen aktuell bestehen. Wenngleich sich die Befragten der Studie auf Sachsen beschränken, bestätigt die aktuelle Studienlage, dass viele der Herausforderungen struktureller Natur und über Sachsen hinausgehend ähnlich gelagert sind (s. Kapitel 1).

Zunächst soll ein Blick auf die gesellschaftlichen Barrieren geworfen werden, die auf die Frauen einwirken, deren Zugang zu politischen Funktionen erschweren und aus denen sich einige der anschließend dargelegten praktischen Hürden bei den Rahmenbedingungen oder der Vereinbarkeit mit Berufs- und Privatleben unmittelbar ergeben. Anschließend werden Barrieren im Themenfeld Umgangsformen, Ausschlüsse und Sexismus thematisiert sowie spezifische Hemmnisse im ländlichen und städtischen Bereich dargestellt. An das Kapitel schließen unmittelbar im Kapitel 5 die konkreten Unterstützungsbedarfe an, welche die befragten Frauen geäußert haben.

Auch wenn die Barrieren und Hemmnisse für die aktiven Kommunalpolitikerinnen nicht auf die gleiche Weise ins Gewicht fallen wie für jene, die deshalb ein Mandat gar nicht in Erwägung ziehen oder sich bewusst dagegen entscheiden, werden nachfolgend die Befunde jedoch für alle befragten Zielgruppen zusammenfassend dargestellt, da sich die genannten Aspekte vielfach decken und von allen Zielgruppen ähnliche Themen angesprochen werden.

Vorhandene Unterschiede zwischen den Zielgruppen werden entsprechend kenntlich gemacht und, falls relevant, darauf hingewiesen, ob es sich um antizipierte oder erlebte Hemmnisse handelt. Auffällig ist, dass viele der zentralen Barrieren und Hemmnisse über die unterschiedlichen Zielgruppen hinweg ähnlich relevant sind und von Frauen unterschiedlicher Altersgruppen und Parteizugehörigkeit thematisiert werden²⁹. Eine Ausnahme sind sicherlich Barrieren rund um Vereinbarkeit, die sich aber vor allem hinsichtlich unterschiedlicher Lebensphasen und Familienkonstellationen unterscheiden. Die größten Unterschiede zeigen sich zwischen Frauen aus städtischen und ländlichen Räumen, weshalb diesen ein eigenes Kapitel 6 gewidmet ist.

²⁹ *Über Perspektiven und Erfahrungen der Frauen in der AfD kann keine Aussage getroffen werden, da diese nicht Teil der Stichprobe sind. Vgl. hierzu Kapitel 2.*

Gesellschaftliche Barrieren

Rollenbilder und damit verbundene Selbstzweifel

Die vorliegende Studie belegt, was auch aus anderen Zusammenhängen bereits bekannt ist: vorherrschende Rollenbilder und -verteilungen zwischen den Geschlechtern³⁰ wirken zum einen umfassend auf die Selbstwahrnehmung der Frauen zum einen und zum anderen auf die Förderung durch Dritte ein. Die vorhandenen Rollenbilder sowie die Erziehung und Sozialisation von Mädchen und Frauen hat bis heute einen starken Einfluss darauf, wie Frauen auf sich selbst blicken, was sie sich zutrauen und was sie anstreben. Vielfach führt dies dazu, dass sich die befragten Frauen stärker hinterfragen, sie sich weniger zutrauen und somit länger zögern, ob sie bspw. eine politische Funktion anstreben (s. Kapitel 1). Rollenbilder wirken vielfach unbewusst und werden daher lediglich von einem Teil der Befragten in der Studie als direkte Barriere angesprochen. Sie spiegeln sich jedoch in zahlreichen Äußerungen der meisten befragten Frauen wider.

Im Folgenden wird betrachtet, inwiefern die Rollenbilder die Frauen selbst bremsen, welchen Einfluss sie auf die Wahrnehmung der Frauen durch andere und auf ihre Handlungsspielräume haben. Dass dies bereits im Kindesalter und während der Erziehung beginnt, bestätigt diese Teilnehmerin:

„Frauen werden immer noch eher kleingehalten während der Erziehung und auf bestimmte Charaktere oder Merkmale reduziert, genauso wie Männer, (bei denen ist es) halt nur ins Außen gewendet, sie werden mehr gepusht.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Frauen werden hierbei zahlreiche Eigenschaften, thematische Interessen sowie Stärken und Schwächen zugesprochen, wie diese Bürgermeisterin beschreibt:

„Dann wird natürlich immer so eine Behauptung aufgestellt, dass wir das nicht rational tun, sondern immer nur unter Emotionen gesehen und so weiter.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Bedingt durch Sozialisation und in der Gesellschaft fest verankerte Rollenbilder trauen sich Frauen anspruchsvolle oder mit Macht verbundene Aufgaben und Positionen weniger zu; eine Interviewpartnerin bringt diese Selbstzweifel wie folgt zum Ausdruck.

³⁰ In der Studie ist vielfach von den zwei binären Geschlechtern, weiblich und männlich, die Rede. Erweiternd wird an dieser Stelle auf die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten hingewiesen. Weitere Informationen zum Thema Gender finden sich bspw. unter www.lsvd.de.

„Ich denke einfach, dass Männer sich das irgendwie eher zutrauen. Aber ich glaube, dass Frauen viel länger drüber nachdenken, was kann jetzt passieren, und dann können sie dich vielleicht nicht leiden. Also, ich denke, dass oft das nötige Selbstbewusstsein fehlt [...].“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Auch durch Dritte werden den Frauen bestimmte Rollen zugewiesen oder abgesprochen und damit auch ihr Engagement im kommunalpolitischen Bereich kommentiert und hinterfragt. Dies kann zum Beispiel im privaten Umfeld durch die Familie, den Freundeskreis oder den Partner der Fall sein, wie diese Frau schildert, die sich bei den Freien Wählern engagiert.

„Vielleicht ist es nicht jeder gewöhnt, dass man als Frau mit einem anderen Blick reingeht und sich aktiv einbringen will. Ich habe natürlich auch gehört: ‚Ja, was willst du denn eigentlich? Du bist ja mit der Arbeit beschäftigt, du hast deinen Enkel hier zu Hause und jetzt willst du auch noch Politik machen? [...] Du kannst dir doch jetzt nicht noch mal was aufhalsen.‘ Ich sehe das aber für mich ganz anders. Ich muss mich zum Teil auch familiär stark durchsetzen, dass das für mich Themen sind, die mir wichtig sind und mit denen ich mich weiterentwickle. Ich habe das Gefühl, dieses politische Engagement wird von meinem Bekannten- und Familienkreis oft gar nicht so anerkannt.“

(Fokusgruppe Parteien: Freie Wähler)

Eine Hürde, die sich daraus ergibt und die von mehreren Teilnehmerinnen in der Studie genannt wird, ist, sich selbst die politische Arbeit oder ein Mandat nicht zuzutrauen. Eine Stadträtin berichtet, wie sich der Aspekt Selbstzweifel auch bei der Ansprache von Frauen für eine mögliche Kandidatur auswirkt:

„Und es ist definitiv schwieriger, Frauen zu bekommen, weil die sich das auch einfach manchmal weniger zutrauen. Die Männer sind ja: Das mache ich, kann ich. Und die Frauen, die überlegen dann doch gewissenhafter: Traue ich mir das zu? Kann ich das alles vereinbaren? Und dann muss man auch manchmal ein bisschen die Angst nehmen.“

(Stadträtin, städtisch, 44 Jahre)

Und auch diese Frau, die aktuell kein Mandat ausübt, bestätigt, dass der Aspekt, sich selbst etwas nicht zuzutrauen, kein individueller, sondern ein gesellschaftlicher ist, dessen Auflösung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird:

„Es ist auch ein kulturelles Hemmnis. Ich glaube, viele Frauen trauen sich das halt nicht zu. [...] Man muss natürlich erst mal an den Punkt kommen, wo man grundsätzlich sagt, ich traue mir sowas zu. Und das betrifft jetzt vielleicht nicht uns hier in dem Kreis, die wir ohnehin schon aktiv sind, aber die, die halt da gar nicht erst hinkommen. Ich glaube, das ist schon noch ein Weg, dass mehr Frauen sich sowas überhaupt zutrauen.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Eine weitere Sorge, die durch den gesellschaftlichen Blick auf Frauen entsteht, z. B. in Bezug auf ihr Äußeres oder ihren Körper, wird durch diese Teilnehmerin beschrieben:

„Ich weiß nicht, ob Frauen manchmal auch Angst vor so Sachen wie Bodyshaming haben. Wenn so ein Plakat von einem überall in der Stadt hängt und man die Reaktionen auf Frau Lang [Parteivorsitzende von Bündnis 90 /Die Grünen] zum Beispiel erlebt hat, dass man vielleicht ähnliches für sich selbst befürchtet. (...) Man ist vielleicht nicht die Schönste im Lande, was Männer ja auch meistens nicht sind, die auf den Plakaten zu sehen sind. Aber Frauen haben hier - das ist jetzt Stereotyp, aber das glaube ich trotzdem - eine andere Schmerzschwelle.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Ob Frauen die mentalen Barrieren und Hindernisse überwinden können, die durch den gesellschaftlich geprägten Blick auf Frauen entstehen, sei letztlich auch eine ‚Typfrage‘, wie diese Befragte schildert:

„Ich würde mich also prinzipiell nicht als sehr konfrontativ oder konfliktfreudig einschätzen. Und das wäre so ein Wachstumsprozess. Das wäre wirklich dieser Punkt, ich entscheide mich bewusst, jetzt auch in die Konfrontation zu gehen und es auszuhalten und dafür einzustehen, was ich eigentlich denke und richtig finde.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Die Frauen bei der Überwindung dieser Barrieren zu unterstützen, ist nicht zuletzt eine politische Aufgabe. Den positiven Effekt von Mentoring-Programmen, Netzwerken und Empowerment-Projekten haben die Teilnehmerinnen in der Studie regelmäßig bestätigt.

Gender Care Gap

Die gesellschaftlichen Rollenbilder manifestieren sich unter anderem in einem höheren Anteil unbezahlter Care Arbeit und Verantwortungsübernahme im Familienleben (s. Kapitel 1) und haben somit unmittelbaren Einfluss darauf, ob und wie Mandate ausgeübt werden (können). Ebenso hat der damit verbundene Mental Load Einfluss auf die Möglichkeit, ein Amt oder Mandat zu übernehmen. Von den befragten Frauen nicht immer unter diesen Begriffen benannt, spiegeln sich beide Aspekte jedoch in zahlreichen Schilderungen wider und werden vor allem mit Blick auf die Barrieren im Themenfeld Vereinbarkeit und Aufwandsentschädigungen relevant, die weiter unten detaillierter ausgeführt werden. Beispielhaft verdeutlicht das folgende Zitat die zahlreichen Fragen, die in diesem Zusammenhang aufkommen können, in diesem Fall gestellt von einer Frau, die bisher nicht in einem kommunalpolitischen Wahlamt tätig ist:

„Wie ist die Rollenaufteilung in den Familien und wie gut funktioniert es gerade auch mit Kindern, mit kleineren Kindern? Als Frau ein Ehrenamt wahrzunehmen, abends Außentermine zu haben, weg zu sein, auch am Wochenende Sitzungen zu haben oder irgendwelche Events, die man besuchen sollte oder möchte. Wie gut ist das vereinbar in der Familie, auch mit dem Job des Partners? Inwieweit geben sich da beide den Freiraum? Oder gibt es vielleicht doch noch mehr Familien, wo das tatsächlich noch etwas unbalanciert ist die Aufteilung? Weil eben die Familienarbeit tatsächlich bei den Frauen ist, gerade auch mit jüngeren, aber dann auch mit schulpflichtigen Kindern – das ganze Mental Load, was dranhängt. Schulausflug, Kindergeburtstag, Geschenke kaufen, also auch um das muss sich ja alles gekümmert werden. Und wird das gleichmäßig in der Partnerschaft aufgeteilt?“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Und auch diese Frau, die sich aktuell zivilgesellschaftlich engagiert, beschreibt den Care Gap, der dazu führt, dass bestimmte Freiräume erst wieder vorhanden sind, wenn die Kinder aus dem Haus bzw. groß genug sind:

„Das eine ist, dass wir Frauen in der Regel eine viel größere Load an Dingen übernehmen und mehr Rollen intus haben, die mit Aufgaben verbunden sind, wo eben die freien Spitzen nicht ganz so groß sind. Ich bin jetzt in einer Situation, da kann ich mir das erlauben. Mein Kind ist jetzt aus dem Haus.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Schilderungen wie diese finden sich in der vorliegenden Studie häufig und erklären, warum viele der befragten Frauen, die ein kommunalpolitisches Mandat erwägen, schon etwas älter und ohne (kleine) Kinder im Haushalt sind.

Die klassische Rollenverteilung – der Gender Care Gap – spiegelt sich konkret in mehreren Aspekten im Bereich der Vereinbarkeit von Privatleben, Beruf und kommunalpolitischer Tätigkeit wider. Details dazu finden sich im weiteren Verlauf dieses Kapitels. Dort wird auch über konkrete Rahmenbedingungen gesprochen, die in diesem Zusammenhang bei aktiven Kommunalpolitikerinnen für Herausforderungen sorgen und bisher nicht politisch aktive Frauen regelmäßig von einem potenziellen Mandat abhalten.

Vereinbarkeit mit Beruf und Privatleben

Das Thema Vereinbarkeit beschäftigt die Gesellschaft an zahlreichen Stellen und zeigt auch im Kontext der Beteiligung von Frauen in der Politik eine große Relevanz. Die geringe Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik lässt sich nicht unwesentlich auf Ungleichheiten und herausfordernde Rahmenbedingungen in diesem Bereich zurückführen. Damit sind Frauen vor allem in bestimmten

Lebensphasen bzw. Altersgruppen in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert. Dies kann dazu führen, dass ihre Themen nicht ausreichend berücksichtigt werden und sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin eher an Männern ausrichtet.

Vereinbarkeit der kommunalpolitischen Tätigkeit mit unterschiedlichen Lebensbereichen (Privatleben, Familie, Beruf, Ehrenamt usw.) ist dabei als Gesamtes zu betrachten, da meist gerade die Kombination mehrerer Vereinbarkeitsaspekte zu Engpässen und Überlastungen führt. Für Frauen mit erwachsenen Kindern oder in Rente ist ein Engagement hingegen deutlich leichter zu realisieren. Ältere Mandatsträgerinnen sind daher in der Studie häufiger vertreten als Jüngere und bestätigen diesen Zusammenhang vielfach in den Interviews.

Vereinbarkeit mit dem Privat- und Familienleben

Die meisten der befragten Frauen haben ein Kind oder mehrere Kinder und vereinbaren somit Sorgearbeit mit allen anderen Aspekten in ihrem Leben. Die bereits beschriebene soziale Prägung und Rollenverteilung einerseits und auch die aktuellen Rahmenbedingungen bei der Versorgung von Kindern andererseits führen hier vielfach zu großen Herausforderungen und Engpässen. Und nicht nur Sorgearbeit für Kinder, sondern auch Pflege von Angehörigen ist beim Thema Vereinbarkeit ein wichtiger Faktor für einige der Befragten.

Eine Bürgermeisterin beschreibt die unterschiedlichen Anforderungen, die ihr durch pflegebedürftige Eltern, die Betreuung ihrer nach einem Unfall behinderten Schwester sowie ihren Großelternpflichten als ein aus ihrer Sicht fast nicht aufzulösendes Dilemma.

„Also man hat viele andere Themen ringsum und übt trotzdem so einen verantwortungsvollen Beruf aus. Das ist sehr schwierig. Aber ich kann Ihnen da auch keine Lösung sagen. Außer die, dass man eben alles abkoppelt und das geht nicht.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich, Sorge- und Pflegeverantwortung)

Oft ist in diesem Zusammenhang natürlich von den Sitzungszeiten, der Länge der Ratsitzungen sowie regelmäßig der fehlenden Möglichkeit zur hybriden/digitalen Teilnahme die Rede. Die Rahmenbedingungen spielen eine zentrale Rolle bei der Zugänglichkeit der Kommunalpolitik für Frauen und sind somit im Bereich der Barrieren eine relevante Stellschraube.³¹

31 Details zu diesen Rahmenbedingungen (Sitzungszeiten, -Dauer und -Orte) sind im weiteren Verlauf des Kapitels zu finden.

Die Vereinbarkeit mit dem Privatleben hat auch über das Familienleben hinaus eine Bedeutung für die Frauen und kann auch ausschlaggebend dafür sein, dass Mandatsträgerinnen nicht erneut antreten, wie im Fall dieser Stadträtin in einer kreisfreien Stadt, deren Mandat zeitlich den Umfang einer Teilzeitstelle hat:

„Ich möchte gerne mal wieder Zeit für meine Freundinnen und Freunde haben. Ich habe so viel geackert. Man hat so wenig Zeit. Weil wir ja meistens abends die Sitzungen haben. Also das war für mich wirklich auch ein Grund.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Und auch das zivilgesellschaftliche Engagement sollte beim Thema Vereinbarkeit in die Betrachtung mit einbezogen werden. Sowohl die befragten Mandatsträgerinnen als auch Parteimitglieder sind vielfach über ihr politisches Engagement hinaus zivilgesellschaftlich engagiert. Je nach Tätigkeit können diese Ehrenämter intensiv Raum und Zeit einnehmen und tragen vor Ort zur Aufrechterhaltung elementarer Angebote und Versorgung bei. Der Spagat zwischen beruflichem und privatem Leben, politischer Arbeit und der Weiterführung bzw. Ausübung anderer Ehrenämter benötigt seitens der Frauen andere Rahmenbedingungen und Unterstützung, sei es im Bereich der Aufwandsentschädigungen oder der Kinderbetreuung.

Vereinbarkeit mit dem Beruf

Je nach Beruf, der Art des Arbeitsalltags, der Anfahrtsstrecke und der Unterstützung durch die Arbeitgeber ist die Vereinbarkeit mit dem Beruf eine große Herausforderung für die Befragten und ist in bestimmten Berufen trotz gesetzlich vorgeschriebener, jedoch unbezahlter, Freistellung de facto kaum realisierbar. Besonders in bestimmten Berufsgruppen, bei Schichtarbeit und in Berufen der kritischen Infrastruktur³² ist die Vereinbarkeit mit anderen Tätigkeiten unter den aktuellen Rahmenbedingungen schwer möglich.

„Oder auch im Pflegebereich, also gerade Leute, die in Dienstleistungsberufen im sozialen Bereich sind. Die kriegst du eben schwer in so ein Ehrenamt.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 39 Jahre)

In der Studie wurde keine kommunalpolitisch aktive Frau befragt, die in einem solchen sozialen oder Dienstleistungsberuf tätig ist, sodass deren Stimmen durch die anderen Befragten indirekt eingebracht werden müssen. Und auch diese Stadträtin bestätigt die Problematik.

³² Dazu gehören Berufe in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Pflege, Öffentliche Sicherheit und Ordnung einschließlich nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, Öffentliche Infrastruktur oder Lebensmittelversorgung.

„Wenn ich irgendwo Verkäuferin wäre oder wie auch immer, wo man wirklich nach Schichtplänen arbeitet, dann würde das definitiv nicht funktionieren. [...] Wenn ich jetzt nur Stadtrat wäre, dann hätte ich ja eigentlich bloß einmal im Monat abends eine Sitzung plus Vorbereitung. Die kann ich mir einteilen. Aber wenn ich auch andere Termine habe, die auch tagsüber sind, dann ist das bei bestimmten Berufsbildern natürlich schwer kombinierbar.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Dem gegenüber stehen die Kommunalpolitikerinnen, die im öffentlichen Dienst, im Büro oder im Home-Office arbeiten und häufig Arbeits- und private Zeit flexibler einteilen können. Ebenso sind freiberuflich arbeitende Frauen flexibler, das Mandat mit dem Beruf zu vereinbaren.³³ Auch für jene bleibt die Herausforderung, alles unter einen Hut zu bekommen, es ist für sie organisatorisch jedoch eher möglich. Je nach Zeitumfang der kommunalpolitischen Tätigkeit ist es allerdings für die Amts- und Mandatsträgerinnen schwer möglich, diese neben einer Vollzeitstelle zu bewerkstelligen. In diesem Zusammenhang wird das Thema Aufwandsentschädigungen relevant. Wäre die finanzielle Entschädigung für das kommunalpolitische Ehrenamt in einem anderen Umfang gestaltet als es aktuell in vielen Kommunen der Fall ist und würde auch für einen Ausgleich der Rentenpunkte gesorgt, könnte durch Arbeitszeitreduktion eine Verbesserung des komplexen Vereinbarkeitsthemas hergestellt werden. Dieser Zusammenhang wird in der Studie vielfach von den Teilnehmerinnen angesprochen und entsprechende Anpassungen als Bedarf zum Ausdruck gebracht. Weiter unten finden sich detaillierte Befunde und O-Töne zum Thema der Aufwandsentschädigungen.

Ein spezifischer Aspekt, der im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit mit dem Beruf in der Studie auffällt ist, dass Frauen in ostdeutschen Bundesländern häufig in Vollzeit bzw. fast Vollzeit arbeiten (s. Kapitel 1) und ihnen in Verbindung mit dem Gender Care Gap weniger Zeit zur Verfügung steht als im Vergleich den ebenfalls in Vollzeit arbeitenden Männern.

„In Sachsen ist es ja so, dass hier viele voll arbeiten oder, wenn sie in Teilzeit gehen, dann auch am Rande der Vollerwerbstätigkeit sind. Viele machen 32 bis 35 Stunden. Bei uns in Sachsen ist das Thema Pendeln ja auch noch ein großes Thema. Und wenn die Frauen dann noch fahren, das ist bei vielen einfach schwierig. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, wir haben auch viele Männer, die deswegen nicht in die Politik gehen, weil einfach das eine Gemengelage ist aus Arbeit, Pendeln und anderen Ehrenämtern. Und die sagen dann einfach: ‚Das ist mir zu viel!‘ Und das kann ich auch verstehen.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 44 Jahre)

33 Die Stichprobe enthält mehrere Freiberuflerinnen.

Individuell betrachtet gestaltet sich die Vereinbarkeit mit dem Beruf bei den befragten Mandatsträgerinnen sehr unterschiedlich. Einige berichten von sehr flexiblen und großzügigen Arbeitgebern, andere sind aus unterschiedlichen Gründen bei ihrer Arbeit und Arbeitszeit nicht so flexibel, wie diese Erfahrung einer Stadträtin im Ruhestand belegt:

„Ich war Angestellte und ich musste mich dann erklären. Und bei manchen Sachen habe ich von vornherein dann eigentlich gleich gesagt, nein, tut mir leid, da kann ich nicht mit hin, weil da werde ich nicht freigestellt.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 65 Jahre, Ruhestand)

Ein Aspekt, der in der Studie mehrfach angesprochen wird, ist die Zerrissenheit, die durch die Vereinbarung des kommunalpolitischen Mandats mit dem Berufsleben zwischenmenschlich oder persönlich entstehen kann. Wenngleich die Kommunalpolitikerinnen von ihren Arbeitgebern rechtlich gesehen freigestellt werden müssen, heißt dies nicht, dass deren fehlende Arbeitszeit ausgeglichen oder anderweitig verteilt werden kann. Ein schlechtes Gewissen dem Team gegenüber und die Sorge, dass andere das eigene Fehlen ausbügeln müssen, werden in diesem Zusammenhang artikuliert, wie bspw. von dieser Stadträtin, welche im öffentlichen Dienst arbeitet:

„Ich habe dann ein schlechtes Gewissen gegenüber meinen Kollegen. Der Bürgermeister sagt immer: ‚Du kannst und mach!‘ Aber ich selektiere schon. So wichtig mir die Unternehmer sind, wenn es abends ist, dann gehe ich gerne, aber nicht am Vormittag.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 50 Jahre)

Im Fall von Frauen, die aktuell kein Mandat ausüben, ist die berufliche Tätigkeit teilweise so umfangreich, dass selbst eine kleine Reduktion der Arbeitszeit ohne eine gleichzeitige Aufgabenreduktion nicht möglich wäre und sie somit konkret von einer kommunalpolitischen Tätigkeit abhält, wie diese zivilgesellschaftlich Engagierte berichtet:

„Also so wie mein Tag aktuell aussieht, kann ich mir das gar nicht vorstellen. Wenn ich mir vorstelle, ich nehme dafür von meiner Arbeitszeit auch nur eine Stunde am Tag weg. Ich habe in meinem Referat zwei berufstätige Mütter, die auch nur halbtags da sind. Das würde gar nicht funktionieren.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, städtisch)

Auch die Unterbrechung oder Reduzierung der eigenen Karriere ist ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang mehrfach in der Studie zu hören ist. Ein zeitlich begrenztes Ehrenamt zu Ungunsten eines nächsten Karriereschritts auszuüben, lehnten einzelne Frauen in der Studie explizit ab, andere machen sich generell Gedanken dazu,

welchen Einfluss dies auf die eigene berufliche Entwicklung haben könnte. Das folgende Zitat einer parteipolitisch engagierten Frau verdeutlicht zudem, dass diese Abwägung sich ins größere Gesamtbild von Vereinbarkeitsfragen einfügt:

„Also gerade ein Stadtratsmandat, womit ich mich auch auseinandergesetzt habe, habe ich gar keine Vorstellung, wie man das mit einem Vollzeit-Job und einer Familie und vielleicht noch einem Rest an Privatleben vereinbaren kann, oder wie weit man seine Arbeitszeit reduzieren müsste. (...) Und was macht das dann mit der eigenen Rolle im Job? Also das wirkt ja auch wieder zurück. Ein Mandat ist begrenzt, Berufsjahre liegen noch ein paar vor uns.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Aspekt, der von einigen Frauen ohne aktuelle kommunalpolitische Tätigkeit angesprochen wird ist, dass ein Mandat mit dem Hauptberuf nicht vereinbar wäre, weil die beiden Rollen nicht zusammenpassten, was mehrfach von Befragten im öffentlichen Dienst als Hemmnis benannt wird. Der Konflikt kann dabei in der eigenen Rolle innerhalb einer Behörde oder auch in der Bekanntheit aus einem anderen Kontext bestehen.

„Bei mir ist es der berufliche Hintergrund, weil ich ja im öffentlichen Dienst bin. Und irgendwie ist es immer noch so eine Hemmschwelle. Ich möchte mich gern kommunalpolitisch engagieren, ich bin Landesbeamtin, aber trotzdem ist es so ein Dogma, was über einem drüber schwebt, dass man ja möglichst neutral sein sollte. Und dann meinen Namen irgendwo auf eine Liste zu sehen, wenn ich weiß, dass in dem Stadtteil dann vielleicht andere Menschen von mir von der Arbeit wohnen.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Und auch die Zugehörigkeit zu einer Partei durch ein kommunalpolitisches Engagement stärker offenlegen zu müssen, stellt im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit ein potenzielles Hemmnis dar, wie diese Befragte beschreibt:

„Ich arbeite im Ministerium und ich komme ein bisschen in einen inneren Konflikt mit meiner beruflichen Tätigkeit. Ich arbeite in einem Ministerium, was SPD-geführt ist. Und da wissen einige in meinem Umfeld, dass ich CDU-Mitglied bin, aber ich halte mich sehr bedeckt damit und möchte sozusagen auch nicht in so eine Interessenskollision kommen. Ich bin da schon etwas gebremst.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Die Vereinbarkeit mit dem Berufsleben ist also zusammenfassend ein (potenzielles) Hemmnis mit vielen Facetten, welches den aktiven Kommunalpolitikerinnen ihren Alltag erschwert und bisher nicht Aktive durchaus von einem zukünftigen Engagement abhält.

Abgrenzung der kommunalpolitischen Tätigkeit vom Privatleben

Die Abgrenzung von Amt bzw. Mandat und dem restlichen Leben ist in sehr unterschiedlichem Maße Thema, je nachdem, welche kommunalpolitische Tätigkeit ausgeübt wird, ob die Person auf dem Land oder in der Stadt lebt und wie nah am Mandat sie ggf. an anderen Stellen, z. B. beruflich oder im Ehrenamt, agiert. Die Abgrenzung und Balance zwischen kommunalpolitischer Tätigkeit und Privatleben fällt vor allem den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen zuweilen schwer, wie auch diese Bürgermeisterin berichtet, die sich teilweise zwischen den Bedürfnissen ihrer Familie und den Anforderungen des Amtes zerrissen fühlt:

„Es ist schwierig. Jeder erwartet, dass man als Bürgermeister auch am Wochenende immer für alle da ist. [...] Wenn man mal eine Familienfeier hat und es ist eine Auszeichnungsveranstaltung, dann geht die Auszeichnungsveranstaltung immer vor. Das ist für die Familie manchmal ein bisschen schwierig. Außer es ist wirklich ein runder Geburtstag [...] und es ist die allerengste Familie, dann hat die Vorrang. Aber ansonsten sagt man: ‚Also passt auf, ich habe jetzt noch die Veranstaltung, jetzt fahrt ihr drei schon mal alleine und ich komme nach‘. Und das ist dann der Frust, den man manchmal von der Familie abkriegt: ‚Du mit deinem Scheißjob‘. Aber das gehört einfach dazu.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich, Sorgearbeit)

In kleinen bzw. ländlichen Gemeinden kommt hier zusätzlich noch der Aspekt der fehlenden Anonymität hinzu, der im Kapitel 6 detailliert beschrieben wird. Während sich die einen diesem Umstand fügen und es als gegeben hinnehmen, berichtet diese Bürgermeisterin Folgendes:

„Das ist ja immer so dieser Kraftakt. Und deshalb habe ich mich bisher auch bewusst dafür entschieden, nicht hier wohnhaft zu werden. Weil ich könnte mich dann nicht mehr von meinem Amt abgrenzen. Ich wäre dann 24/7 die Amtsperson.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Aber auch für Stadt- oder Gemeinderätinnen kann das Thema Abgrenzung ein herausforderndes sein. Faktoren, die dabei eine Rolle spielen können, sind die Bekanntheit der Mandatsträgerin im Ort oder der Gemeinde und auch die politischen Rahmenbedingungen vor Ort.

Rahmenbedingungen (Zeit, Ort, Aufwandsentschädigung etc.)

Hemmnisse im Bereich der organisatorischen Rahmenbedingungen stehen mit den oben genannten Barrieren im Themenfeld Vereinbarkeit in unmittelbarer Wechselwirkung. So hängen die Themen Care Arbeit, Rollenbilder und Vereinbarkeit von Familie bzw. Privatleben, Beruf und Mandat mit den Themen Sitzungszeiten und –Dauer sowie Aufwandsentschädigungen eng zusammen. Während sich einzelne Hemmnisse meist noch ausgleichen lassen, kann aus der sich verstärkenden Wechselwirkung mehrerer Hemmnisse eine so hohe Hürde entstehen, dass Frauen, wie in der Studie vielfach berichtet, von einer Kandidatur abgehalten werden.

Gleichzeitig kann mit entsprechendem Willen und gesetzlichem Rahmen eine höhere Beteiligung von Frauen in kommunalpolitischen Wahlämtern gezielt und nachhaltig gefördert werden.

Sitzungszeiten und –dauer

Vielfach werden in der Studie die üblichen Sitzungszeiten kommunalpolitischer Gremien als schwer mit dem Privatleben vereinbar beschrieben. Die Uhrzeiten sowie die Dauer der Sitzungen orientieren sich an traditioneller Rollenverteilung und somit männlichen Tagesabläufen und sind für berufstätige Frauen mit kleineren Kindern kaum machbar, es sei denn, Betreuungsarbeit kann an den Partner abgegeben bzw. durch Dritte übernommen werden. Für alleinerziehende Frauen ist dies kaum bis gar nicht möglich.

Dabei geht es zunächst um deren Dauer. In der Studie wird mehrfach von sehr langen Ratssitzungen bis in die Nacht hinein berichtet, die teils bei fünf oder mehr Stunden liegen.

„Die Sitzung ist eigentlich angelegt auf drei Stunden. Ich habe noch nie eine Sitzung von drei Stunden gehabt. Wir sitzen normalerweise mindestens fünf. Das heißt, es geht auch bis in die späten Abendstunden rein. Wir fangen um 18:00 Uhr an, und das geht meistens bis um 22:30 Uhr oder 23:30 Uhr. Um 23:45 Uhr bin ich auch schon herausgekommen. Familienfreundlich ist das definitiv nicht.“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 32 Jahre)

Und diese langen Sitzungen seien nicht nur anstrengend, sondern aus Sicht dieser Stadträtin auch inhaltlich nicht zielführend:

„Stadtratssitzungen dauern fünf Stunden, manchmal sogar sechs Stunden. Und ich habe einen Arbeitstag von acht Stunden hinter mir. Ich finde es wirklich eine Zumutung, diese Länge der Sitzungen und ich finde es auch unverantwortlich, weil kein Mensch, der acht Stunden am Tag eine anstrengende Arbeit gehabt hat, abends um 21:00 Uhr ohne Pause noch fähig ist, tatsächlich verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Die langen Sitzungen sind nicht nur für die aktiven Kommunalpolitikerinnen herausfordernd, sondern werden auch von Frauen ohne Mandat teils als Hemmnis benannt:

„Von Männern für Männer gedacht. [...] 20:00 Uhr bis 23:00 Uhr, 24:00 Uhr und länger hinaus. Das kann man alles ein bisschen kompakter gestalten und vielleicht verkürzen und ja, damit für die Frauen noch zugänglicher machen.“

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Die Gründe für lange Sitzungen sind laut der Befragten unterschiedlich und nicht immer notwendig. Bspw. ist die vorhandene Sitzungskultur teilweise Grund dafür und hat einen erheblichen Einfluss auf die Sitzungslänge.

Zudem sind es auch die Uhrzeiten selbst, die zur Herausforderung werden. Uhrzeiten am Nachmittag sind wegen der Vereinbarkeit mit dem Beruf und auch im Zusammenhang mit Kita-Abholzeiten schwierig. Uhrzeiten am Abend fallen entweder in die Bettgezeit bei kleineren Kindern oder sind, wenn sie sich bis in die Nacht ziehen, schwer mit der Betreuung durch Dritte vereinbar. Kommen ungünstige Startzeiten und lange Sitzungsdauer zusammen, potenziert sich das Problem für die Frauen mit Kindern entsprechend und ist die Teilnahme an Sitzungen ohne Unterstützung anderer Elternteile oder Betreuungspersonen kaum realisierbar.

Dies führt dazu, dass die Frauen kommunalpolitische Tätigkeiten häufig erst in Erwägung ziehen, wenn die Kinder größer oder bereits aus dem Haus sind oder, sofern sie sich trotz ihrer Kinder für ein Mandat entscheiden, zwischen Mandat und den Bedürfnissen zu Hause zerrissen fühlen. Eindrücklich wird diese Zerrissenheit durch das folgende Zitat verdeutlicht:

„Für Frauen ist es eben genau die Zeit, wo man mit den Kindern zusammen sein muss. Und meine Kinder, das war nicht immer einfach. Und ich hatte gedacht, dass es für sie weniger schlimm ist. Aber meine Kleine hat mir jetzt irgendwann mal gesagt: ‚Mama, das war eigentlich ganz schön scheiße.‘“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre, Sorgeverantwortung)

An dieser Stelle seien daher Betreuungsangebote oder Kostenübernahme für Kinderbetreuung zu kurz gegriffen. In der Studie wird mehrfach betont, dass dies das Problem nicht auflöse und eine Fremdbetreuung und somit weitere Reduktion der Familienzeit nicht gewollt sei:

„Meine Kinder zum Beispiel wollten nicht in die Fremdbetreuung. Das hat ihnen auch keinen Spaß gemacht. Ich meine, die waren schon in der Krippe und im Kindergarten. Die wollten dann nicht auch noch nachmittags fremdbetreut werden.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre, Sorgeverantwortung)

Hierbei benötigt es ein generelles Umdenken, auf welche Weise Sitzungszeiten (und auch Sitzungsort) anders und familienfreundlicher gestaltet sein können. Den befragten Frauen ist dabei durchaus bewusst, dass dies eine komplexe Aufgabe ist, bei der auch andere Faktoren und Bedürfnisse, bspw. im Zusammenhang mit der Ausübung des Berufs oder der Ausübung anderer Ehrenämter, berücksichtigt werden müssen.

Die aktuelle Gestaltung der Sitzungszeiten ist für bestimmten Gruppen besser wahrnehmbar als für andere. Zeitflexible Bürotätigkeiten oder freiberufliche Arbeit lassen sich zeitlich besonders gut mit Sitzungszeiten und teilweise sehr langen Sitzungen vereinbaren. Für Menschen aus sozialen Berufen mit kurzfristiger Dienstplanung oder Schichtdiensten ist die politische Partizipation an dieser Stelle unter den aktuellen Rahmenbedingungen hingegen schwer möglich.

Gerade da, wo die aktuellen Rahmenbedingungen jedoch nicht maßgeblich umgestaltet werden können und Kinderbetreuung abgegeben werden muss, um überhaupt kommunalpolitisch partizipieren zu können, bedarf es daher auch finanzieller oder organisatorischer Unterstützung bei der Kinderbetreuung, wie mehrere Teilnehmerinnen in der Studie betonen (s. Kapitel 5).

Sitzungsort

Für unterschiedliche Befragte war der Sitzungsort und das Thema digitale bzw. hybride Sitzungen in der Studie ein Thema, wenn es um Barrieren und Verbesserungsmöglichkeiten geht. Neben Kommunalpolitikerinnen mit Kindern oder Angehörigen, die sie pflegen, würden auch Menschen mit körperlichen Barrieren, Personen mit weiten Anfahrtswegen oder solche mit langen Arbeitszeiten oder auswärtigen Dienstreisen davon profitieren. Und auch bei den Frauen ohne kommunalpolitische Tätigkeit wurde hervorgehoben, dass die mit dem Sitzungsort verbundenen Themen Vereinbarkeit mit Familien- und Berufsleben und die unter Umständen langen Pendelstrecken als potenzielle Barriere wahrgenommen werden.

Der Sitzungsort, der aktuell in der Regel vor Ort (und nicht digital) ist, stellt insbesondere in Kombination mit der Sitzungszeit/-Dauer für einen Teil der Befragten mit Kindern ein Hemmnis dar, da somit während der Sitzungszeit eine Kinderbetreuung nötig ist. Und auch für pflegende Angehörige kann die Präsenz-Durchführung für zusätzliche Herausforderungen sorgen, wie vereinzelt Mandatsträgerinnen beschreiben.

Diese Herausforderung wird in ländlichen Räumen³⁴ durch lange Anfahrtswege potenziert, die jedoch auch für Frauen ohne Sorge- oder Pflegearbeit ein Hemmnis darstellen können, wie diese Stadträtin beschreibt:

34 Die spezifischen Herausforderungen in ländlichen Räumen werden in Kapitel 6 vertiefend behandelt.

„Da würde ich mir wünschen, dass da noch mehr online ist. Weil wir immer, wenn man auf dem Land lebt, immer irgendwo hinfahren und im Auto sitzen müssen. Und das ist extrem anstrengend.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Die Fahrtzeiten sind dabei in Flächenlandkreisen teilweise mit Fahrtzeiten von deutlich über einer Stunde verbunden und die Orte der Ausschusssitzungen oder andere Termine sind außerdem oft nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Eine Anpassung des Sitzungsortes von Präsenz zu digital bzw. in hybride Formate wäre für einen Teil der Befragten also eine Maßnahme, die sowohl zur besseren Vereinbarkeit mit dem Privat- bzw. Familienleben als auch mit dem Berufsleben sorgen könnte, wie diese Kommunalpolitikerin ohne eigene Kinder anmerkt.

„Warum gibt es bei uns immer noch nicht die Möglichkeit [...] beispielsweise an der Ausschusssitzung digital teilzunehmen? Im Verwaltungsrat der [...] kann sich jeder entscheiden, möchte er digital teilnehmen oder will er die zwei Stunden fahren? Also warum sind wir noch nicht so weit, das zu machen? Dann kann ich auch mal sagen: gut, ich komme um sechs von der Arbeit, ich kann um sieben teilnehmen, muss aber nicht noch mal losfahren, sondern kann auch zu Hause bleiben und mein Kind ist versorgt.“

(Interview: Kreis- und Gemeinderätin, ländlich, 40 Jahre)

Gleichzeitig sehen nicht alle Frauen eine digitale Durchführung als vorteilhaft an. Es werden vereinzelt auch Nachteile dieser Sitzungsform angeführt bzw. betont, dass eine digitale Sitzung das Grundproblem der Vereinbarkeit nicht löse.

„Wenn ich abends vor dem Computer sitze und die Sitzung mache, dann bin ich ja trotzdem nicht greifbar für die Kinder. Ich fand das fast noch schwieriger, wenn die dann im Nachbarraum dann zu Bett gehen und wissen, die Mama sitzt im Nachbarzimmer. Da ist man ja trotzdem nicht erreichbar. Also, ich finde nicht, dass die Online-Sitzungen das verbessern, weil in dem Moment ist man in der Sitzung und hat trotzdem keine Zeit für das andere. Und wie gesagt, bei uns sind es jetzt keine langen Anfahrtswege.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 44 Jahre, Sorgeverantwortung)

Ein weiterer Aspekt wird in diesem Zusammenhang von den Befragten angesprochen: für eine gute Arbeit in hybriden oder digitalen Sitzungen ist nicht nur die Durchführung über ein Video-Meeting-Format entscheidend, sondern auch, dass die technische Infrastruktur sowie das technische Wissen der Beteiligten vorhanden sind.

„Eigentlich wäre dieser nächste Schritt ja das hybride Arbeiten. Aber wenn wir sehen, wie viele Probleme haben, überhaupt mit dem Laptop umzugehen, weiß ich, dass es noch ein langer Weg ist.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Mehrfach wird in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass es an der technischen Ausrüstung mangelt und/oder die Gemeindeverordnungen bzw. die gesetzliche Grundlage eine flexiblere Handhabung, z. B. für hybride Sitzungen, nicht hergeben würden.

Zeitaufwand

Der Zeitaufwand für kommunalpolitische Mandate und Ämter lässt sich nicht pauschal zusammenfassen und fällt sehr unterschiedlich aus, je nachdem welches Amt oder Mandat ausgeübt wird, wie groß die Gemeinde oder Stadt ist und auch wie das Selbstverständnis der Amts- und Mandatsträgerin in Bezug auf ihre kommunalpolitische Tätigkeit ist.

Am meisten Arbeitszeit fällt bei den Bürgermeisterinnen an, von denen in der Studie einige befragt wurden. Alle diese Befragten befinden sich im Hauptamt und sind dahingehend nicht mit den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen vergleichbar. Die befragten Bürgermeisterinnen schildern ihre Arbeit als Vollzeitjob, der teilweise auch kein Wochenende oder Freizeit kennt.

„Ich selber würde von mir immer behaupten, ich arbeite Vollzeit und gut. Wenn man meinen Partner befragt oder meinen Freundeskreis, meine Eltern, die würden sagen: ‚also das Pensum ist schon das Doppelte, wenn man noch die ganzen Nebentermine betrachtet‘. Auch wenn die manchmal nach Freizeit aussehen. Wenn man jetzt am Wochenende ins Theater eingeladen ist, dann ist das zwar schön und dann mache ich das gerne, aber es ist nie zu 100 Prozent Freizeit. Weil immer jemand da ist, der einen anspricht. Ach, Frau Bürgermeisterin, schön Sie zu sehen und erzählen Sie doch mal, wie läuft denn gerade das und das Projekt?“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Viele Frauen in der Studie können die Frage nach dem Zeitaufwand nicht unmittelbar beantworten und staunen nach einem spontanen Überschlagen der regelmäßig aufzuwendenden Arbeitszeit teils selbst über den großen Umfang ihres Ehrenamtes, der sich aus zahlreichen kleinen Arbeitspaketen zusammensetzen kann.

Die Spanne des Zeitaufwandes für die unterschiedlichen Mandate variiert dabei stark und ist zum Beispiel abhängig davon, wie groß die Gemeinde oder Stadt ist, in der die Mandatsträgerin lebt bzw. sich engagiert. Während es in kleinen Gemeinden häufig ein paar Stunden pro Woche sind – die natürlich ebenfalls aufgebracht werden müssen – kann ein Stadtratsmandat in größeren Städten je nach Rahmenbedingungen zwischen 10 und 20 Stunden pro Woche umfassen, was einer Teilzeitstelle gleichkommt.

Auch die jeweilige Sitzungskultur, die hinsichtlich der Länge und des Umgangs mit Diskussionen und Abstimmungen sehr unterschiedlich sein kann, hat potenziell einen Einfluss auf den Zeitaufwand.

„Was für mich nicht gut funktioniert, ist die Länge der Sitzungen. [...] Dieses ewige hin und her-diskutiere, ohne einen Punkt zu finden, das ist nicht gewinnbringend. Und ja, die Zeit ist kostbar.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Ebenso kann auch die Rolle, die die Mandatsträgerin in ihrer Fraktion hat, den Aufwand der Ratsarbeit wesentlich beeinflussen. Für eine Fraktionsvorsitzende fallen bspw. zusätzliche innerparteiliche Aufgaben, Abstimmungen und Termine an, die zu einer Zusatzbelastung werden können, wie diese Stadträtin berichtet:

„Das ist auch für mich ein Punkt, wo ich sage, da muss unbedingt abgespeckt werden. Das kann ich nicht mehr leisten. Ich bin tatsächlich am Überlegen, ob ich diesen Fraktionsvorsitz dann weiter übernehmen möchte oder ob es mir nicht reicht, einfach ganz normales Mitglied dieser Fraktion zu sein.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Und insgesamt gilt für alle Mandatsträgerinnen: Es sind nicht nur die Ratssitzungen selbst, die den Zeitaufwand für ein Mandat ausmachen, sondern es fallen zusätzlich Ausschusssitzungen, Vor- und Nachbereitung sowie Ansprechbarkeit für Fraktion, Bürgerschaft und andere an.

Der Zeitaufwand für das Mandat ist dabei nicht per se ein Hemmnis, sondern wird für die aktiven Kommunalpolitikerinnen oft erst in Verbindung mit unzureichenden Aufwandsentschädigungen oder mit den schwer mit Privat- und Berufsleben zu vereinbarenden Sitzungszeiten und Terminen zur Belastung bzw. für Frauen ohne Mandat zur Barriere.

Aufwandsentschädigung

Von den befragten aktiven Kommunalpolitikerinnen wird mehrfach betont, dass die finanzielle Aufwandsentschädigung keine oder eine geringe Rolle in der Motivation für das kommunalpolitische Engagement spiele. Auf den ersten Blick scheint die geringe Vergütung meist ein akzeptierter Faktor zu sein. Bei systemischer Betrachtung erweisen sich unzureichende Aufwandsentschädigungen als eines der zentralen Hemmnisse für Frauen im Bereich der Rahmenbedingungen. Denn wie oben bereits im Zusammenhang mit Themen rund um die Vereinbarkeit beschrieben, können es sich aktuell nur bestimmte Menschen leisten, kommunalpolitisch aktiv zu sein: Frauen aus schlechter bezahlten Berufen, Alleinerziehende oder von Diskriminierungen betroffene Personen sind strukturell benachteiligt, sich ehrenamtlich in die Kommunalpolitik einbringen zu können. Selbst für die Frauen mit Partner und festem Einkommen stellt sich die Frage, ob sie sich das Mandat leisten können, wie diese Stadtbezirksbeirätin, die selbst ein Kind hat, ausführt:

„Ich konnte das machen, weil mein Kind jetzt ein gewisses Alter hat. [...] Oder ich zum Teil jemanden bezahlen konnte, der das übernimmt. Geld ist einfach entscheidend, wenn es darum geht, Care Arbeit abzugeben, um etwas Berufliches zu ermöglichen. Das ist die Realität. Wer die Care Arbeit genau so sehr will wie das mit der Politik und das sind 80 % der Frauen, die kommunalpolitische Arbeit machen und Familie haben. Und die haben dann eine halbe Stelle, also 20 Stunden Arbeit, plus zwei Kinder plus Haushalt – und der große Verdiener ist immer der andere Partnerschaftsteil. Dann bleibt dir einfach so wenig Zeit übrig und dann überlegt man sich dann ganz konkret: Kann ich mir das finanziell leisten?“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 48 Jahre)

Gerade mit Blick auf die großen kreisfreien Städte in Sachsen werden in der Studie auch Stimmen hörbar, die infrage stellen, ob eine kommunalpolitische Tätigkeit in diesem Umfang überhaupt ein Ehrenamt sein sollte:

„Es kommt immer wieder die Frage, ob es wirklich möglich ist, eine Stadt mit über 600.000 Einwohnern mit einem ehrenamtlichen Parlament zu regieren.“

(Interview: Migrationsbeirätin, kreisfreie Stadt, 35 Jahre)

Dass die Regelungen zu den Aufwandsentschädigungen nicht einheitlich gestaltet sind und selbst in den großen kreisfreien Städten sehr große Unterschiede herrschen, wird von den Frauen ebenfalls ins Feld geführt. Aktuell besteht aus der Sicht einiger Befragter durch die unterschiedlichen Regelungen zur Aufwandsentschädigung in Sachsen eine Ungleichbehandlung zwischen den Mandatsträgerinnen, je nachdem wie zeitaufwändig das eigene Mandat ausfällt. Wie in anderen Kontexten auch, wirken sich derlei Ungleichheiten auf Frauen und andere strukturell benachteiligte Gruppen besonders stark aus.

Beim Thema Aufwandsentschädigungen geht es den befragten Frauen vielfach nicht darum, einen finanziellen Ausgleich für die kommunalpolitische Arbeit zu erhalten, sondern darum, die Zeit für das Ehrenamt aufbringen zu können und sich darüber hinaus auch für die ehrenamtliche und politische Arbeit wertgeschätzt zu fühlen, wie diese zivilgesellschaftlich Engagierte ausführt, die eine bezahlte Freistellung vorschlägt:

„Für mich wäre das auch nicht die Motivation, es wegen Geld zu machen, aber es wäre schön, mehr Zeit für das Ehrenamt zu haben oder dann auch für ein kommunales Amt. Vielleicht dann vom Arbeitgeber so und so viel Stunden in der Woche freigestellt zu sein, [...] auch im Sinne der Wertschätzung dieses ehrenamtlichen Engagements, und es nicht on top zu allem anderen zu machen.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, Stadt)

Eine bezahlte Freistellung für kommunalpolitische Mandate anstelle der aktuell in Sachsen üblichen unbezahlten Freistellung würde sich besonders auf einkommensschwache Frauen bzw. Frauen mit Sorgeverantwortung positiv auswirken:

„Das könnte man ja tatsächlich ermöglichen, bei der Arbeit freigestellt zu werden und eine finanzielle Aufwandsentschädigung zu kriegen. Also ich kann nur für mich sprechen. Jeden Tag, den ich nicht arbeiten gehe, merke ich finanziell sofort. Also ich bin froh, im Homeoffice zu sein. Wenn das Kind krank ist, kann ich meistens trotzdem arbeiten, muss kein Kind-Krank nehmen. Ich merke halt 10 Euro weniger sofort.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, Stadt)

Eine solche Freistellung würde nicht nur zur organisatorischen Entlastung bei der Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Mandat führen, sondern auch eventuelle Verdienstauffälle verhindern. Zudem wird, wie von dieser Interviewpartnerin, als weiterer Aspekt die Absicherung der Arbeitsstelle für die Dauer des kommunalpolitischen Mandats angesprochen. Das Zitat belegt auch, dass es für alleinerziehende Frauen unter den gegebenen Bedingungen fast unmöglich ist, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

„Wenn man sich politisch engagiert, kann man weniger Geld erwirtschaften und die Erwerbsarbeit leidet darunter. Aber ich als Alleinerziehende muss einfach jede Stunde, die ich arbeiten kann, auch arbeiten. [...] Es gibt kein Programm dafür, [...] ein Gesetz, dass der Arbeitgeber deine Arbeit für die nächsten vier Jahre irgendwie für dich aufbewahren muss. Das ist mir natürlich klar, dass das auch ganz schön verrückt ist. Aber ich kann nicht meine berufliche Karriere für vier Jahre politisches Amt vielleicht aufs Spiel setzen.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, Stadt)

Im Zusammenhang mit Aufwandsentschädigungen bzw. Zeitaufwand für das kommunalpolitische Ehrenamt wird in der Studie außerdem häufig das Thema Rentenpunkte thematisiert. Angesichts der ohnehin schon benachteiligten Situation, in der Frauen durch ihren höheren Anteil an der Care Arbeit und ihren häufig geringeren Verdienst sind, ist ein kommunalpolitisches Ehrenamt schwer zusätzlich möglich bzw. würde in vielen Fällen die Schieflage bei Einkommen und Rentenpunkten weiter verstärken, wie auch diese Frau ohne Mandat befürchtet:

„Aber das Problem ist ja, worüber man sich tatsächlich Gedanken machen muss, wenn man die berufliche Tätigkeit zurückfährt, was passiert mit den Rentenpunkten? Und da gibt es zum Beispiel eine Klasse Initiative des Landesfrauenbundes, um Ehrenamt mit Rentenpunkten abzugelten. Frauen schrauben meistens ihre Berufstätigkeit eh zurück, wenn kleine Kinder im Haus sind, dann sind sie im Elternbeirat und backen Kuchen und was auch immer alles. Und wenn man die begeistern will für Kommunalpolitik, ist der finanzielle Aspekt natürlich einer, über den man sich Gedanken macht und weswegen man es in dieser Lebensphase eher nicht macht.“

(Fokusgruppe Parteien: Die Linke)

Doch nicht alle befragten Frauen sehen es positiv, Aufwandsentschädigungen zu erhöhen und mehr finanzielle Unterstützung bzw. Anreize für eine kommunalpolitische Tätigkeit zu schaffen. Vereinzelt wird auch betont, dass es wichtig sei, den ehrenamtlichen Charakter der Kommunalpolitik beizubehalten:

„Das Thema Vergütung sehe ich kritisch. Thema Rentenpunkte sehe ich auch kritisch. Ich finde, es sollte schon diesen ehrenamtlichen Charakter behalten. Und ich finde es wichtig, dass man in der Gesellschaft nicht alles vergütet. Also, dass man ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement auch deswegen tut, weil es wichtig ist für den Zusammenhalt, für die Demokratie, für das Zusammenleben. Und das darf nicht immer gleichgesetzt werden mit Vergütung.“

(Interview, Stadträtin, städtisch, 53 Jahre)

Organisation der Ratsarbeit

Im folgenden Abschnitt wird der Fokus auf die Hemmnisse gelegt, die die organisatorischen Aspekte der Ratsarbeit betreffen. Diese umfasst sowohl die Strukturierung und Planung der Tätigkeiten und Abläufe als auch die inhaltliche und administrative Seite der Ratsarbeit. Dazu gehören administrative Aufgaben, die Einhaltung bürokratischer Vorschriften und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Kommunalpolitikerinnen müssen sich mit einer breiten Palette von Themen und Vorschriften auskennen und befassen, was einen erheblichen Zeitaufwand bedeuten kann. Die Befragten berichten von zusätzlichen Herausforderungen wie dem Mangel an Unterstützung, wenig Gestaltungsspielraum aufgrund fehlender Mittel und Bürokratie sowie der oft unzureichenden Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Der folgende Abschnitt geht auf diese Aspekte vertiefend ein.

Zu viele Themen, zu wenig Ressourcen

Bürgermeisterinnen sollten in allen Themen gut informiert und involviert sein, da sie eine zentrale Rolle in der Leitung und Verwaltung ihrer Gemeinde oder Stadt spielen. Sie tragen Verantwortung für eine Vielzahl von Themenbereichen, von der Infrastruktur über den Glasfaserausbau bis hin zum Hochwassermanagement.

„Wir hatten infolge der großen Hochwasserereignisse im Freistaat die Erstellung eines Hochwasserrisikomanagementplans. Also völlig neue Themen, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Auch in den letzten Jahren mit dem Glasfaserausbau Breitband. Das sind Herausforderungen, aber auch lösbar.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Die Doppelbelastung von Bürgermeisterinnen, die neben ihren Verwaltungsaufgaben fachlich in sämtliche Themenbereiche eingebunden sein müssen, wird ebenfalls als Herausforderung genannt. Auch Ratsmitglieder müssen gut informiert sein, um an der Entwicklung und Verabschiedung lokaler Gesetze und Verordnungen mitwirken zu können. Fehlende Einarbeitung kann dazu führen, dass sie sich nicht kompetent genug fühlen, komplexe Entscheidungen zu treffen. Eine Gemeinderätin beschreibt ihre Unsicherheit bei der Entscheidungsfindung:

„Eine PV [Photovoltaik]-Anlage will der dort bauen. Ich gebe ehrlich zu, dort die Entscheidung zu treffen, ob das jetzt was Gutes ist oder ob wir uns da ins Knie schießen, da tue ich mich schwer. Um eine gute Entscheidung zu treffen, müsste man sich damit auseinandersetzen. Man kann sich auf Experten verlassen, aber das kostet Zeit. Das ist gut, dass ich das alles nicht wusste am Anfang. Sonst hätte ich es wahrscheinlich nicht gemacht.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Um die Vielzahl an Themen, mit denen sich Ratsmitglieder auseinandersetzen müssen, adäquat zu bewältigen, wünschen sich viele mehr Unterstützung und Ressourcen in der Fraktion oder der Verwaltung:

„Auch Sachen zu verschriftlichen oder mal eine Recherche zu machen, wenn wir uns mit einem Thema beschäftigen, das schaffe ich wenig. Was wissenschaftliche Mitarbeiter in Fraktionen, die das bezahlen können (...), das müssen wir uns alles selber draufschaffen.“

(Interview: Migrationsbeirätin, kreisfreie Stadt, 35 Jahre)

Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Neben der Themenvielfalt und dem Mangel an diesbezüglicher Unterstützung sprechen mehrere Befragte in der Studie auch von der Herausforderung der oftmals unzureichenden Zuarbeit und schlechten Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Idealerweise sollte die Verwaltung die Ratsmitglieder unterstützen und vorbereiten, doch nicht immer verläuft dies reibungslos.

Eine Stadträtin aus dem städtischen Raum äußert den Wunsch nach mehr Unterstützung durch die Verwaltung und bemerkt kritisch, dass auch dort teils politische Interessen hintergründig mitschwingen:

„Wenn eine Vorlage kommt, wo ich einfach nicht so drin bin oder tiefer reingehen möchte, dann sage ich oft auch: ‚wir können eigentlich nicht den Job der Verwaltung machen‘. Manchmal arbeitet die Verwaltung ganz schlecht. Ich habe da schon meine Kontakte, die mir dann sagen: ‚guck mal dahin‘, weil der Bürgermeister hat halt nicht hingeguckt. Oder da gibt es noch die und die Sache, das steht aber nicht in der Vorlage. Also Hintergrundarbeit, die ich mache. Das macht es auch schwer, wenn noch nicht so das Vertrauen da ist in Verwaltung und Stadtführung. Oder man weiß: das ist jetzt sehr einseitig gelenkt aus politischen Interessen.“

(Interview, Stadträtin, städtisch, 39 Jahre)

Die Frustration über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wird auch von einer Kreisrätin beschrieben, die das Gefühl hat, dass die Verwaltung die Arbeit von sich wegschiebt und Anfragen nur unzureichend beantwortet:

„Als Kommunalpolitiker mit unserem Anfragerecht haben wir es sehr schwer, wirklich Zugang in den Kreistag zu finden. Dieses kooperative Zusammenarbeiten an Themen fühlt sich gerade nicht gut an. Wenn wir jetzt Anfragen stellen, werden die, wenn überhaupt, innerhalb dieser vier Wochen Frist beantwortet, eher noch später und dann auch nur so wie, weiß ich nicht. Man kann damit nicht arbeiten.“

(Interview: Kreisrätin, städtisch, 45 Jahre)

Eine weitere Kreisrätin aus dem ländlichen Raum drückt ihre Erfahrungen mit der Verwaltung besonders drastisch aus:

„Mit männlichen, verkorksten Verwaltungsmitarbeitern. Da ist dann manchmal dieses ‚erste Lektion Verwaltungsfachhochschule‘: Wenn wir einen Akt auf den Tisch bekommen, gucken wir erst mal, ob wir dafür eventuell nicht zuständig sind. Und wenn wir dafür zuständig sind, wer könnte es noch sein?“

(Interview: Kreisrätin ländlich, 65 Jahre)

Viele Befragte wünschen sich mehr Verständnis und Rücksicht von der Verwaltung und einen sensibleren Blick für die Bedarfe und die Bedingungen, unter denen die kommunalpolitisch Aktiven arbeiten. Eine Bürgermeisterin, die gleichzeitig auch Kreisrätin ist, sieht es als unverschämte an, eine umfangreiche Beschlussvorlage ohne ausreichende Zeit zur Bearbeitung zu erhalten:

„Meine letzte Sitzungsmappe für den Kreistag umfasste 1.400 Seiten. Ich habe diese nicht gelesen, weil das meine Zeit gar nicht hergibt und weil ich das auch eine Unverschämtheit finde. [...] Ein fairer Umgang mit dem Ehrenamt, mit der Zeit von den Abgeordneten wäre auch sehr ansprechend.“

(Interview: Bürgermeisterin/Kreisrätin, ländlich)

Die gleiche Kommunalpolitikerin beschreibt zudem, wie sie in ihrer Rolle als Bürgermeisterin in Ihrer Verwaltung für den Blickwinkel der Ratsmitglieder sensibilisiert und Beschlussvorlagen für den Stadtrat verständlicher gestalten lässt:

„Ich handhabe das so, dass ich die Beschlussvorlagen für die Stadtratssitzungen manchmal selbst umschreibe oder ich lasse sie noch mal zurückgehen. Ich sage immer: Nach dem zweiten Mal lesen [...] muss der Sachverhalt dargestellt sein und warum wir den Beschluss so vorschlagen als Verwaltung. Das dürfen keine Romane werden. [...] Wir müssen den Stadträten schon übersichtlich darstellen, warum sie wofür ihre Hand heben sollen.“

(Interview: Bürgermeisterin/Kreisrätin, ländlich)

Ein weiteres Beispiel für den Wunsch nach besserer Unterstützung durch die Verwaltung liefert eine Stadträtin, die sich für eine verständlichere und proaktivere Aufarbeitung von Themen für die Ratsmitglieder einsetzt. Gleichzeitig betont sie die Bedeutung von Fortbildungsmaßnahmen für beide Seiten:

„Ich habe tatsächlich das letzte Mal die Mitarbeiter darum gebeten, dass man für uns als Ehrenamtliche die Sachgebiete besser und verständlicher aufarbeitet und dass man nicht alles nur erfragen muss. [...] Das würde es erleichtern. Bei uns gibt es in Sachsen so ein Online-Angebot, dass man sich als Stadtrat weiter fortbilden kann. (...) Sowas finde ich zum Beispiel sehr gut.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Komplexe Strukturen, Abläufe und Zugang zu Informationen

Eine weitere Hürde bei der organisatorischen Arbeit ist das fehlende Wissen, insbesondere von Neueinsteigenden oder Menschen, die nicht aus dem Verwaltungs- oder Politikkontext in die Kommunalpolitik gekommen sind. Eine Gemeinderätin weist auf die Problematik hin, dass auch inhaltlich richtige Anträge an Formfehlern scheitern können:

„Erschreckend, wie wenig die Leute über diese Strukturen wissen, wie die laufen und wie die funktionieren. Auch, dass das wirklich an Formfehlern scheitern kann. Da kann ja inhaltlich alles richtig sein. Und da hast du bloß einen halben Tag zu spät irgendein Formular abgegeben und dann hast du Pech.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Das folgende Zitat verdeutlicht, dass es insbesondere für Personen, die nicht vertraut mit Verwaltung und den kommunal relevanten Themen sind, zusätzlicher Informationsbereitstellung und Befähigung bedarf.

„Ich muss aber dazu sagen, das ist sehr schwierig, dieses Ehrenamt durchzuführen, wenn man auch beruflich nicht im Thema steckt. Insgesamt würde es helfen, wenn die Menschen, die dafür kandidieren, besser im Blick haben, was die Arbeit bedeutet. Das war bei vielen gar nicht klar.“

(Interview: Migrationsbeirätin, kreisfreie Stadt, 35 Jahre)

Neben dem fehlenden Wissen zu Strukturen und Abläufen, ist aber auch die inhaltliche Komplexität ein Problem. Eine Stadträtin schildert ihre Schwierigkeiten, trotz beruflicher Fachkenntnisse den Haushalt zu verstehen:

„Man lernt die Strukturen und man lernt die Grenzen. Ich bin selber Buchhalterin und kann Bilanzen lesen, aber einen Haushalt von 320 Seiten, den verstehe ich nicht (...). Deswegen muss man sehr groß der Verwaltung vertrauen. (...) Das fand ich frustrierend, dass man die Vorlagen eigentlich nicht komplett verstehen kann. Wir sind einfach als Laien da völlig überfordert. Es hat sehr viel Zeitaufwand gekostet, sich gut darauf vorzubereiten, wenn man den Anspruch hat.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Die beschriebenen Themen wie fehlende Zeitressourcen, starre Strukturen und Bürokratie führen dazu, dass die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten als gering eingeschätzt werden. Eine Gemeinderätin aus dem ländlichen Raum berichtet von einem Jugendklub, für den weder finanzielle noch personelle Mittel vorhanden sind. Gleichzeitig fehlt den Ehrenamtlichen die Zeit, um sich um andere Fördermöglichkeiten zu bemühen:

„Die Gestaltungsmöglichkeiten sind so schwierig geworden. [...] Ich habe auch Bedenken, dass die jungen Leute schneller frustriert (sind) und merken, ich kann ja gar nicht so viel (machen). [...] Zeitgleich ist es eine Illusion, was ich jetzt schaffen wollte. Wir können nicht, weil einfach keine finanziellen Mittel da sind, aber auch keine personellen Mittel und so einen Jugendklub versuchen wir schon seit ein paar Jahren [umzusetzen]. Da müsste man jetzt viel mehr Kraft hineinstecken. [...] Dort könnte man einiges bewegen über Fördermittel und so. Aber das ist ein Riesenberg.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 54 Jahre)

Auch beschreiben einige Kommunalpolitikerinnen ihre Frustration über die administrativen Zwänge und die eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten und wünschen sich mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Den Eindruck, in der Kommunalpolitik könne man wenig bewegen, schildert auch diese Stadträtin, die aus der kommunalpolitisch interessierten Bevölkerung häufiger die folgende Rückmeldung erhält:

„Ihr werbt uns und gleichzeitig sagt ihr, dass wir so arm sind. Da kann man ja gar nichts machen. Das lohnt sich gar nicht in den Stadtrat zu gehen, weil, wir können ja gar nicht gestalten. Wir können ja nur den Mangel verwalten. Also das sind auch so Rückmeldungen, die dann eher von den Männern kommen.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 63 Jahre)

Eine Befragte, die die Verwaltung aus ihrer Arbeit als Bürgermeisterin kennt, schildert die Schwierigkeiten des Umbaus ihrer Verwaltung und wie sich die Anpassung schließlich gelohnt hat:

„Es war keine Verwaltung, wie ich Sie kannte. Ich kam aus der Kommunalverwaltung. Das umzubauen und das Verständnis dafür zu bekommen, das war schwierig. Das war Personal, was da schon 20 Jahre saß, praktisch nach oder ab der Wende. Die hatten ihren Stil. Aber das habe ich dann gut hinbekommen, weil das auch eingesehen wurde, dass man mit technischen Verbesserungen usw. mehr erreichen kann.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Auch diese Bürgermeisterin kritisiert die Strukturen und äußert den Wunsch nach klareren Vorgaben und einer stärkeren strukturellen Unterstützung der Verwaltung, insbesondere in Bezug auf zusätzliche Leitungsebenen, welche die Bürgermeisterinnen entlasten könnten.

„Das wäre eine Überlegung wert [...]. Ab so und so viel Einwohnern muss es eben einen Hauptamtsleiter geben oder einen Bauamtsleiter. Da hängen Finanzen hinten dran. Und die meisten, und so war es ja bei uns auch (...) hatten normale Mitarbeiter. Und da machen Sie sich tot. Sie können da nichts abgeben. Das ist einfach eine Frage der Struktur.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Zusammenfassend zeigt sich in der Studie, dass die Herausforderungen in der Organisation der Ratsarbeit vielfältig sind und es hier auch struktureller Veränderungen bedarf, um diese für die Kommunalpolitikerinnen besser zu gestalten.

Parteien und Umgang mit Listen

Parteien sollten idealerweise Orte sein, in denen sich Frauen und Männer gleichermaßen politisch beheimatet fühlen und gleiche Chancen vorfinden, um sich engagieren zu können. Da die Parteien trotz ihrer sinkenden Mitgliederzahlen nach wie vor zentrale Bedeutung für die Ansprache, Auswahl und Nominierung von Kandidatinnen haben, wie Kapitel 3 zeigt, spielt ihre interne Kultur eine wesentliche Rolle bei der Frage, ob und wie die Gewinnung und Förderung von Frauen nachhaltig gelingt.

Um unbewusste Vorurteile auszuhebeln und strukturelle Nachteile auszugleichen, gibt es bekanntermaßen in einigen Parteien interne (Quoten-)Regelungen für die Repräsentation von Frauen in Parteifunktionen und auf Wahllisten³⁵. Dies führt zu deutlich erhöhten Chancen für Frauen, in politische Ämter und Mandate zu gelangen, kann jedoch nicht all die Probleme lösen, welche mit gesellschaftlichen Rollenbildern und mit weiterhin männlich geprägten Parteikulturen verbunden sind. Dazu finden sich in der Studie zahlreiche Hinweise.

Fehlende Kultur der Gleichberechtigung

Selbst in den Parteien mit Quotenregelungen, so berichten einige Interviewpartnerinnen, müssen sich Frauen teilweise gegen Widerstand durchsetzen, indem beispielsweise ihre Kompetenz in Frage gestellt wird:

„Als Frau erlebt man da schon einiges. Wir haben jetzt die Landesliste aufgestellt von der [Partei]. Und es gibt ja jetzt diese Vorgabe, dass paritätisch besetzt werden soll, also, jeder zweite Platz eine Frau und dann ab Platz 14 jeder dritte Platz eine Frau. Und es sind nur Frauen angegriffen und in Frage gestellt worden von Männern auf diesem Landesvertreterparteitag, was sehr irritierend war.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 44 Jahre)

Eine andere Stadträtin, die bereits etwas länger in der Politik aktiv ist, hat bei Männern wiederum die Taktik beobachtet, eher ‚unkomplizierte‘ Frauen aufzustellen und sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren:

„Was ich auch gesehen habe über die Zeit, ist, dass die Herren es sehr gut beherrschen, dann dort, wenn es um paritätische Listen geht, sich dafür zu entscheiden, eher unkomplizierte Frauen auszuwählen. Um den Schein zu wahren, dem natürlich gerecht zu werden, weil der Druck der Gesellschaft wird ja schon höher. Und irgendwie ist es ja dann auch schick zu sagen, wir haben eine paritätische Liste.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 53 Jahre)

Die Ausschlüsse, die innerhalb von Parteien passieren können und sich auf bestimmte Gruppen und Personen besonders empfindlich auswirken, beschreibt diese Frau mit Migrationsgeschichte, die in ihrer Partei sowohl Diskriminierung als auch gläserne Decken erlebt hat, weshalb sie aus ihrer Partei austrat und ihr kommunalpolitisches Mandat aufgegeben hat.

35 Vgl. hierzu auch den Infokasten zu den Regelungen der Parteien in Sachsen in Kapitel 3.

„Es ist ein komplexer Mechanismus, der dir innerhalb der parteipolitischen Struktur Dinge ermöglicht, dich aber auch ausschließt. Ich hätte die Möglichkeit gehabt, mein kommunalpolitisches Mandat weiterzuführen. Das habe ich aber aus politischen Gründen für nicht richtig befunden.“

(Interview: ehemalige Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 48 Jahre)

Bei weitem nicht alle Parteien besetzen ihre Listen paritätisch. In mehreren Parteien bestehen keine oder wenig verbindliche Quotenregelungen und die Präsenz von Frauen hängt noch stärker von individuellem Engagement und Förderung durch Einzelpersonen ab.³⁶ Das Ergebnis fehlender Förderung bzw. der Dominanz parteiinterner Männernetzwerke beschreibt diese Interviewpartnerin:

„Da gibt es Frauen, aber die werden durch diese Männernetzwerke schon kleingehalten beziehungsweise werden dann eher aus statistischen Zwecken irgendwo auf der Liste mit versteckt. [...] vergangene Woche hat die CDU veröffentlicht, wie ihre Liste hier aussehen wird. Die haben 23 Kandidaten jetzt vorgeschlagen, davon sind drei Frauen drauf. Und die beste Frau auf Platz drei in der Liste.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Wie sich die oben bereits beschriebenen Rollenbilder und Geschlechterstereotype auch in der Parteiarbeit auf Frauen auswirken, beschreibt anschaulich diese Politikerin:

„Bei uns in der CDU ist es ja dieses Bild: viele alte, weiße Männer. Das ist einfach abschreckend und auch diese Haltung zu einer bestimmten Rolle von einer Frau. Das macht es nicht attraktiver. Ich weiß nicht, ob das auch bei anderen Parteien so extrem ist wie in der CDU. Ich [...] wurde gar nicht ernst genommen. Wenn man dann dort erlebt, so nach dem Motto ‚Lass sie mal reden!‘, als junge Frau zwischen all den alten Herren. Da habe ich gesagt: ‚das muss ich mir nicht antun in meiner Freizeit!‘“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Die Interviewpartnerinnen berichten in großer Mehrheit von mehr oder minder offenen oder subtilen Formen der Marginalisierung und Herabwürdigung aufgrund ihres Geschlechts im politischen Alltag, in den Parteien, in den Gremien oder in der medialen Berichterstattung. Diesen Erfahrungen gehen wir daher im folgenden Kapitel nach.

³⁶ Vgl. hierzu auch den Infokasten zu den Regelungen der Parteien in Sachsen in Kapitel 3.

Sexismus: Abwertung und Ausgrenzung

Fast alle befragten Politikerinnen berichten von Erfahrungen mit Sexismus – der ungleichen Behandlung und Bewertung, Benachteiligung oder Herabwürdigung aufgrund ihres Geschlechts – in der kommunalpolitischen Arbeit. Sexismus begegnet ihnen im Kontakt mit Parteikollegen, Ratsmitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern und den Medien. Teilweise wird er offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, teilweise untergründig und unbewusst. Sexistische Kommentare sind häufig und werden von allen Kommunalpolitikerinnen berichtet. Die Frauen werden als Person und ggf. als Mutter in Frage gestellt, aufgrund ihres Äußeren beurteilt, ihre Kompetenz wird angezweifelt, sie werden ausgeschlossen oder erleben sexualisierte Beleidigungen und Angriffe bis hin zu sexueller Belästigung. Der von ihnen erlebte Sexismus geht nicht immer, aber in den meisten Fällen von Männern aus.

Sexismus

Der Begriff Sexismus bezeichnet die ungleiche Bewertung und Behandlung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts in Kontexten, in denen ihr Geschlecht keine Rolle spielt. Sexismus ist ein tief verwurzelt gesellschaftliches Phänomen und umfasst jede Form der Diskriminierung, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts erfahren. Sexismus beruht auf der Annahme, dass Frauen und Männer spezifische Eigenschaften und Fähigkeiten haben, welche eine hierarchische Struktur des Geschlechterverhältnisses begründen und durchdringt dabei die Arbeitswelt, die Kultur- und Medienlandschaft sowie den öffentlichen und privaten Raum. Dem männlichen Geschlecht werden dabei überlegene bzw. gesellschaftlich privilegierte Rollen zugeschrieben. Sexismus kann verschiedene Formen annehmen, von alltäglichen Äußerungen bis hin zu vermeintlich „wohlwollendem Sexismus“, wie Kommentaren über das Aussehen oder sexistischen Witzen. Diese können auf den ersten Blick harmlos wirken, aber auch einschüchternd und verunsichernd sein.

Eine intersektionale Perspektive offenbart, dass Sexismus nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr zeigt sich für mehrfach marginalisierte Frauen eine besonders schwere Form der Diskriminierung, wenn sich Sexismus mit anderen Diskriminierungsformen, wie Rassismus oder Klassismus verschränkt.

Darüber hinaus betrifft Sexismus auch Menschen, die sich nicht in der binären Geschlechterordnung Frau und Mann wiederfinden. Also Menschen, die nichtbinär oder genderqueer sind, Menschen die sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren (transgeschlechtlich) oder Menschen die mit nicht eindeutig männlichen oder weiblichen Geschlechtsmerkmalen geboren sind (intergeschlechtlich).

Quelle: Lohaus, Stefanie (2023): GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS. Maßnahmen gegen Sexismus am Arbeitsplatz, in Kultur und Medien und im öffentlichen Raum, EAF Berlin. Online unter: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/materialien/#handreichung>

Entwertungen, Beleidigungen und Belästigungen

Eine Bürgermeisterin schildert die Situation ihrer Kandidatur, bei der sie gegen einen deutlich älteren Mann kandidiert hat und gewählt wurde. Der Gegenkandidat akzeptierte sie im Wahlkampf nicht als ebenbürtig und spricht sie bis heute als „Mädel“ an. Die Bürgermeisterin erfährt fortlaufend eine Abwertung ihrer Person und ihrer Kompetenzen. Ähnlich schildert eine weitere langjährige Bürgermeisterin ihre Erfahrungen:

„Was für mich viel schwieriger war und da stehe ich auch zu. [...] Es ist ganz schwer, sich als Frau in der Männerwelt zu behaupten. Und das fängt an, wenn man sich die Gremien anguckt, wie viele Frauen und wie viele Männer sitzen dort. Und der Gemeinderat damals – da waren enge Freunde des alten Bürgermeisters, der mit mir abgewählt wurde. Also das war ein schweres Leben, das muss ich so sagen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Von ähnlichen Erfahrungen berichten mehrere Politikerinnen, häufig zielen dabei Abwertungen zusätzlich zum Geschlecht auch auf das Alter ab. Viele sagen, dass sie sich erst „unter Beweis“ stellen und „behaupten“ mussten, und zwar teilweise gegen deutliche Widerstände.

„Am Anfang, [...] das war was, vor diesem Gremium zum Teil alter uninteressierter Männer zu sitzen, die dann eben immer das Mädchen da gesehen haben. Also das habe ich denen ja an der Nasenspitze angesehen, was die jetzt von mir halten oder die danach sagen: Ach, was du immer alles fragst. Wo ich dann sage, warum sitzen wir hier, wenn wir das nicht hinterfragen? Also ich habe mir da einen gewissen Stand erarbeitet, komme da auch weiter. Also es wird eigentlich nicht mehr gelacht, obwohl das am Anfang wirklich sehr unverhohlen der Fall war. Da war ich Ende 30, jetzt bin ich Ende 40.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 48 Jahre)

Die Kommunalpolitikerinnen erleben auch, dass sie auf bestimmte typisch weiblich geltende Themen festgelegt werden. Wenn man ihnen zuhört, dann im Themenfeld Soziales. Wenn sie zu eher männlich konnotierten Themen sprechen wollen oder entsprechende Ausschüsse besuchen wollen, wird es noch schwieriger, sich durchzusetzen.

„Es ist nach wie vor so, dass die Ausschussbesetzungen schon sichtbar weiblich/männlich sind - Sozialausschuss, Kulturausschuss ist nach wie vor mehr weiblich besetzt als Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität. Und ich vertrete natürlich trotzdem auch ab und an so einen Ausschuss. Und da ist es schon auch so, dass, da ein Spruch kommt, warum ich denn heute so emotional bin. [...] Aber du musst halt drüberstehen und darfst dich da nicht angreifbar oder willst dich dann auch nicht angreifbar machen.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 42 Jahre)

Der ohnehin schwierige Spagat der Vereinbarung kommunalpolitischen Engagements mit der Betreuung von Kindern wird zusätzlich erschwert durch stereotype Rollenzuschreibungen. Die Mütter sehen sich immer wieder damit konfrontiert, dass Ratskollegen sich anmaßen, ihr Vereinbarkeitsmodell in Frage zu stellen und an der Qualität ihrer Mutterschaft zu zweifeln.

„Und man muss ja auch immer wieder mit Vorwürfen leben, so wie: Wie machst du denn das? Kannst du dich nicht um deine Kinder kümmern? Was soll denn aus den Kindern werden? Du bist gar keine gute Mutter!“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre, Sorgeverantwortung)

In mehreren Interviews spielt das Thema Kleidung und Aussehen eine wichtige Rolle. Frauen werden in den Rats- und Ausschusssitzungen auf ihre Kleidung angesprochen, Äußerlichkeiten bis hin zur Figur werden kommentiert und sind Teil der Bewertung von Frauen. Von einigen Interviewpartnerinnen wird dies explizit als Hürde für das öffentliche Engagement von Frauen angesehen.

„Also damit müssen wir ganz anders umgehen, wie das vielleicht männliche Kollegen müssen. Weil, bei denen interessiert es keinen, was getragen wird. Schon aufgrund dessen, wie unsere Modebranche, Kosmetikindustrie und alles so geprägt ist, ist es eine sehr große Hürde für Frauen, sich so einer Öffentlichkeit zu stellen. Weil man Angst vor Bewertungen hat und Übergriffigkeit und Belästigung.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Die hier beschriebene Angst ist begründet. Neben Kommentierungen ihres Äußeren, gern als Komplimente verpackt, erleben die Frauen sexualisierte Beleidigungen bis hin zu sexueller Belästigung. Das kann sich zum einen im virtuellen Raum ereignen, wie im Fall einer Bürgermeisterin, der Videos geschickt wurden: „das war Bildmaterial, [...] was wirklich unterste Gürtellinie war“. Sie hat daraufhin Strafanzeige erstattet. Eine andere Politikerin erzählt, dass sie in ihrem Wahlkampf sexuelle Belästigung erlebt hat:

„Ich habe da auch zwei Strafanzeigen stellen müssen, weil es wirklich absolut unter der Gürtellinie war. Man wird einfach nur als Objekt gesehen. Und das schon, wenn man einfach lange offene Haare trägt, sich irgendwie seinem Stil entsprechend kleidet. Dann sorgt das schon dafür, dass Männer den Anspruch stellen, man darf mit ihnen flirten, man darf ständig Komplimente geben und man darf sie vor allem ständig an irgendeiner Stelle berühren und in den, ich nenne das gerne Tanzbereich kommen.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Viele Frauen setzen darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Sie bereiten sich auf die Ratssitzungen gut vor, erarbeiten sich die Themen. Sie entwickeln Strategien, unangemessene Kommentare zu kontern, klare

Grenzen zu ziehen. Das alles braucht viel Energie und stellt neben der Arena der inhaltlichen Auseinandersetzungen im Rat quasi eine zusätzliche Arena der Selbstbehauptung dar.

„Und zum anderen ist natürlich auch der gesamte raue Umgangston in der Politik, der vielleicht auch viele Frauen abhält, sich so einem Amt zu widmen oder sich für so ein Amt einzusetzen. Da ist ja im Moment auch ein sehr, sehr raues Klima in allen politischen Gremien. Dem muss man auch erst mal als Frau richtig gut gewachsen sein. Man muss das auch wegstecken können.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, städtisch)

Mit dem Erstarken antidemokratischer und extrem rechter Bewegungen und Parteien wird der Ton im Rat rauer und antifeministische Angriffe mehren sich, die sich mit hoher Aggressivität gezielt gegen die Stimmen von Frauen richten (s. Kapitel 7), wie eine Fraktionsvorsitzende aus einem Stadtrat berichtet:

„Und bei mir ist es dann oft so, wenn ich was sage, dass dann eben ein Stadtrat sich umdreht und dazwischen brüllt.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Netzwerke: Terrain der Männer

In mehreren Interviews berichten die Frauen, dass sie im Verlauf ihrer kommunalpolitischen Arbeit erlebt haben, dass unter den männlichen Gemeinde- oder Stadträten Netzwerke bestehen, die teilweise bis in die regionale Wirtschaft und Vereinslandschaft reichen und zu denen sie als Frau nur schwer Zugang haben. Dabei geht es zum einen um das klassische Bier, das im Falle eines Vorhandenseins gastronomischer Infrastruktur im Anschluss an die Ratssitzung gemeinsam getrunken wird.

„Ich weiß aber, dass es einen Männerstammtisch gibt, wo die FLINTA-Personen nicht gefragt werden, wo sich die Männer nach dem Stadtbezirksbeirat dann treffen und zusammen ein Bier trinken gehen.“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 32 Jahre)

Teilweise berichten Frauen auch, dass sie zwar durchaus hin und wieder eingeladen werden, aber aufgrund weiterer zeitlicher Verpflichtungen oder aufgrund der Hinterzimmer-Atmosphäre, der sie sich als Frau allein nicht aussetzen möchten, häufig ablehnen.

Zum anderen geht es aber auch um halb offizielle, halb inoffizielle Runden von Männern, in denen bereits Vorab-Absprachen über anstehende Themen und Beschlüsse getroffen werden und zu denen sie nicht eingeladen werden. So berichtet eine Fraktionsvorsitzende von einer solchen Runde, von der sie fortlaufend ausgeschlossen wird:

„Bevor ich in den Stadtrat gegangen bin, hatte ich dieses Bild: Die eigentlichen Entscheidungen werden nach der Sitzung getroffen. [...] Aber ich wusste nicht, dass es tatsächlich so stark ist. Also da bestehen wirklich im Stadtrat schon über Jahrzehnte Männerfreundschaften, auch über Fraktionen hinweg. Es werden immer konspirative Männertreffen gemacht, wo dann auch Dinge besprochen werden. Und ich als Fraktionsvorsitzende werde dazu nicht eingeladen, sondern mein Fraktionskollege, der schon seit Ewigkeiten im Stadtrat ist. [...] Bis dahin, dass selbst der Bürgermeister jetzt eine Männerrunde einberufen hat, wo ich finde, ich hätte da auch hingehört. Und er lädt mich aber nicht ein und ich bin dann in der Situation, nachfragen zu müssen.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Eine andere Stadträtin benennt gleichfalls die über lange Zeit gewachsenen Männernetzwerke als starke Barriere, die für Frauen kaum durchlässig ist.

„Ich muss jetzt mal so sagen in Blick auf das Bundesland Sachsen, das ist schon alles sehr tradiert, würde ich mal so sagen, seit 25 Jahren sehr verwachsen und strukturell, ich will mal sagen, gefestigt. Also, ein gefestigtes strukturelles Männernetzwerk. Die bleiben sehr gerne unter sich.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 53 Jahre)

Eine weitere Schwierigkeit, die eingangs bereits anklang, liegt in der unterschiedlich nach Geschlecht strukturierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Frauen sind häufig deutlich stärker in (familiäre) Sorgearbeit eingebunden – im bundesweiten Durchschnitt neun Stunden mehr pro Woche als Männer- und ihnen stehen deshalb weniger zeitliche Ressourcen für den Aufbau und die Pflege von Netzwerken rund um ihr politisches Engagement zur Verfügung (s. Kapitel 1).

„Eine der Schwierigkeiten ist auch, dass die zusätzliche Zeit fehlt für kleine Zwischendurch-Gespräche. Also mir ist aufgefallen, dass die Herren wesentlich besser verknüpft sind, wesentlich stabilere Beziehungen und Bindungen haben. Und dadurch, dass die Frauen zumindest jetzt hier in [...] alle mit Kindern und Familie voll sind, lassen sich ganz, ganz schwierig feste stabile Beziehungen finden.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Neben den zeitlichen Restriktionen sind es auch kulturelle Geschlechternormen und die damit verbundenen Erwartungen, die der aktiven Netzwerkarbeit von Frauen im Wege stehen können. Eine Bürgermeisterin beschreibt die Schwierigkeiten, die sich für sie als Frau auftun, folgendermaßen:

„Ein Mann hat es viel einfacher, wenn man mal was besprechen will. Oder wenn man Netzwerken will (...) Meistens sind es Männer, wo das Netzwerk stattfindet. Bürgermeisterkollegen, die sagen: Ach, ich gehe heute mal mit denen zum Abendbrot essen oder wir gehen mal ein Glas Bier irgendwohin trinken. Wenn ich das als Frau

mache und man sieht mich woanders sitzen, kriegt das einen ganz anderen Schlag. [...] Da haben es die Männer schon ein Stück einfacher mit Männernetzwerken. Das ist leider so und gerade hier im ländlichen Raum, in der Stadt ist es vielleicht noch mal was Anderes, wenn man Essen geht. Aber man ist ja hier bekannt wie ein bunter Hund.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

All diese Gründe führen dazu, dass Frauen weniger in die in der Politik oder im Ort gewachsenen Netzwerke eingebunden sind. Damit haben sie weniger Zugang zu relevanten Informationen, sie können in geringerem Maße ihre Perspektiven einbringen und andere für ihre Interessen gewinnen, sie werden weniger wahrgenommen und es fehlt ihnen an Unterstützung.

5. Unterstützungsbedarfe

Die interviewten Frauen sehen vielfältige Ansatzpunkte, um die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik zu fördern. Eine zentrale Rolle spielen aus der Sicht aller befragten Gruppen – sowohl Kommunalpolitikerinnen, als auch Parteimitglieder ohne Mandat sowie zivilgesellschaftlich engagierte Frauen – Maßnahmen zur Stärkung und Ermutigung von Frauen. Die aktiven Kommunalpolitikerinnen wünschen sich außerdem bessere Unterstützungsstrukturen für die kommunalpolitische Arbeit, insbesondere hinsichtlich Informationen über kommunalpolitische Themen sowie der Unterstützung personaler Kompetenzen. Für die Frauen aus Parteien und Zivilgesellschaft spielen dagegen die Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements eine große Rolle – sie sehen hohen Bedarf in der Veränderung von Sitzungszeiten, der Übernahme von Betreuungskosten und der finanziellen Aufwandsentschädigung.

Stärkung und Vernetzung

Der hohe Bedarf an Angeboten zum Empowerment für Frauen spiegelt sich in fast allen Interviews und Fokusgruppen wider. Die Dringlichkeit dieses Anliegens zeigt sich auch darin, dass einige Teilnehmerinnen explizit äußern, dass sie allein den Austausch in den Fokusgruppen im Rahmen der Studie schon als hilfreich, stärkend und unterstützend empfunden haben.

„So eine Fokusgruppe wie das jetzt ist. [...] dass man sich Unterstützung holt, dass man nicht immer so als Alleinkämpferin dasteht. [...] Und bei Frauen ist es so, es müsste mehr Unterstützung geben oder mehr Möglichkeiten, zusammen was zu tun.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, städtisch)

Strukturierten überparteilichen Programmen, insbesondere Mentoring-Programmen, wird in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert eingeräumt. Im Rahmen eines solchen Programmes erfahren die Frauen persönliche Unterstützung und werden zugleich an die konkrete kommunalpolitische Arbeit herangeführt.

„Ein Mentoring-Programm, das ist genau der richtige Weg, um Sachsen zu unterstützen. Dass man Mentoring-Programme etabliert, dass das normal wird. [...] Und dass die Frauen, die hier wirken, dass sie als gutes Vorbild sichtbar sind und man über sie berichtet in der Presse.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Der Sichtbarkeit von Politikerinnen als Rollenvorbildern wird hohe Wirkung zugeschrieben. Zu sehen, wie Frauen erfolgreich kommunalpolitisch aktiv sind, das inspiriert und motiviert weitere Frauen und zeigt ihnen, dass das möglich ist. Hier ist besonders die lokale Presse gefragt, aber auch andere Initiativen, die das Engagement von Kommunalpolitikerinnen zeigen und zu dessen Anerkennung beitragen können, z. B. durch Auszeichnungen. Sehr stark hervorgehoben wird auch die Bedeutung der persönlichen Ansprache, und zwar insbesondere durch Frauen.

„Also meine Erfahrung, ist, dass Frauen sich nur gewinnen lassen über die Ansprache von anderen Frauen. Und zwar von Frauen, mit denen sie sich gut verstehen und die sie auch vielleicht stützen könnten.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Sowohl die Unterstützung durch Netzwerke als auch die Ermutigung spielen aus Sicht der Befragten eine kaum zu überschätzende Rolle. Die Förderung unterstützender Strukturen vor Ort, in denen Frauen zusammenkommen und sich stärken können, wird mehrfach als unbedingt notwendig hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie überparteilicher Seminar- und Programmangebote, z. B. durch den Landesfrauenrat, unterstrichen. Ein Großteil der Kommunalpolitikerinnen berichtet von eigenem kontinuierlichem Engagement, Frauen anzusprechen und für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Dabei erleben sie immer wieder, dass Frauen sich bestimmte Rollen oder Ämter zunächst nicht zutrauen und erst durch die Ermutigung von außen den Schritt gehen. Dieses Thema wurde auch in den Fokusgruppen immer wieder benannt.

„Ich glaube, es ist immer noch so, dass wir das Imposter-Syndrom bei den jungen Frauen unterschätzen. Das mit der Extraeinladung und der Bestärkung: Ja, du kannst das. Das hat meiner Erfahrung nach immer einen Riesenunterschied gemacht für Frauen, die in irgendwelche Ämter gegangen sind, egal in welchen Vereinen. Aber sie brauchen noch mal die Extraeinladung und die Bestärkung, weil sie es sich erst mal selber nicht zutrauen.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Besonders bedeutsam wird dieser Punkt auch mit Blick auf die Repräsentation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Wie eingangs erwähnt, ist der Anteil von Menschen mit akademischer Ausbildung sehr hoch in der Politik. Dadurch kann eine einschüchternde Wirkung auf Frauen mit anderer Bildungsbiografie noch zusätzlich verstärkt werden. Gerade hier gilt es, besonders Augenmerk auf bisher noch unterrepräsentierte Gruppen von Frauen zu richten.

„Also, ich denke: Ermutigen. Zu sagen, also auch einer Verkäuferin, wenn sie sagt, ich habe doch nichts zu sagen. Nein, weil der Bauer hat auch was zu sagen. Und da sollte man sie ermutigen. Und das sind deine Themen und wir sind ja hier auf dem Dorf. Und braucht man jetzt nicht die bestimmte Rhetorik. Das lernt man ja mit alleine. Und ich finde, das macht es auch menschlicher.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 54 Jahre)

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Die Frage, wie ein kommunalpolitisches Engagement mit den vielfältigen Anforderungen des persönlichen Lebens, insbesondere mit der Betreuung kleiner Kinder, vereinbart werden kann, stellt vor allem für die Teilnehmerinnen der Fokusgruppen eine große Hürde dar. Kritisiert werden die Uhrzeiten der Stadtrats- und Ausschusssitzungen und mehrfach plädieren Teilnehmerinnen dafür, dass hier andere, vereinbarkeitsfreundliche Wege gefunden werden müssen, auch mit Blick auf Frauen, die keine anderen Familienmitglieder für eine Betreuung in Anspruch nehmen können:

„Dass solche Sitzungen dann am späten Nachmittag oder abends stattfinden, hat halt damit zu tun, dass eine berufliche Tätigkeit überhaupt möglich ist - weil es ja als Ehrenamt deklariert ist. Aber warum ist es denn zum Beispiel nicht möglich, gerade auch für Alleinerziehende oder für Leute, wo kein Partner da ist, eine Kinderbetreuung zu bezahlen oder zu organisieren? Jetzt muss man das selber immer noch vereinbaren können. [...] Warum gibt es nicht eine bezahlte Kinderbetreuung für diese Fälle?“

(Fokusgruppe Parteien: Die Linke)

Die Herausforderung der Vereinbarkeit hält nicht nur Frauen von einer Kandidatur ab, die aktuell kleine Kinder betreuen, sondern auch Teilnehmende, die antizipieren, dass das in der Zukunft, falls sie eine Familie gründen werden, zum Problem werden könnte.

Die Frage, wie kommunalpolitisch aktive Eltern besser bei der Betreuung der Kinder unterstützt werden können, treibt auch viele der befragten Kommunalpolitikerinnen um. Auch wenn sie für sich selbst jeweils Lösungen entwickelt haben, sind viele der Ansicht, dass es hier einen Unterstützungsbedarf gibt, auf den die Gemeinden reagieren müssten. Mehrfach wurde darauf verwiesen, dass private Betreuungskosten, die aufgrund der Ratsarbeit entstehen, übernommen werden sollten.

„Also ich habe mich schon mit vielen Frauen darüber unterhalten und da kommt immer: Kinderbetreuung ist ein Punkt. Es müsste eben Möglichkeiten geben, dass die Frauen, die ein kommunalpolitisches Mandat wahrnehmen, eine Möglichkeit haben, eine Kinderbetreuung sich für zu Hause zu organisieren, die bezahlt wird.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre, Sorgeverantwortung)

Neben der fehlenden Übernahme von Betreuungskosten werden mehrfach die Sitzungszeiten kritisiert und es gibt sowohl in den Fokusgruppen als auch unter den aktiven Kommunalpolitikerinnen den Wunsch, Sitzungszeiten mehr in den Tag zu legen – zum einen, um Vereinbarkeit mit Sorgetätigkeiten besser zu ermöglichen, zum anderen aber auch, um dem teilweise sehr hohen Zeitaufwand für kommunalpolitisches Engagement Rechnung zu tragen und nicht hochkomplexe Entscheidungen in wenige Stunden am Ende eines bereits arbeitsreichen Tages zu pressen. Um eine Verschiebung von Sitzungszeiten zu ermöglichen, wird auf die notwendige Sensibilisierung von Arbeitgebern verwiesen:

„Wie schaffe ich eine Struktur, die alle Lebenslagen irgendwie mitberücksichtigt? Gerade für die ehrenamtlich Tätigen braucht es bei den Arbeitgebern die Erkenntnis, hey, dieses Mandat ist wichtig. Das ist auch ein Standortfaktor für mein Unternehmen, dass Kommunalpolitik funktioniert. Deshalb muss ich erkennen, wenn mein Arbeitnehmer sich kommunalpolitisch engagiert, dass ich den vielleicht etwas mehr freistelle, dass er sein Mandat ausüben kann. Und dass die Sitzungen eben nicht in so späten Abendstunden liegen müssen.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Als denkbare Modell für den notwendigen finanziellen Ausgleich bei Freistellungen durch Arbeitgeber wird sowohl auf das Beispiel des Schöffenamtes als auch der Freiwilligen Feuerwehr verwiesen:

„Es wäre ja auch mal zu überlegen: Wenn unsere Feuerwehrleute ausrücken während der Arbeitszeit, dann müssen wir das ja als Kommune bezahlen, diesen Arbeitszeitausfall. Denkbar wäre ja auch ein ähnliches Modell, dass eben die Stadträte zu gewissen Zeiten ebenso einen Freiraum erhalten.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Der zeitliche Umfang des kommunalpolitischen Engagements changiert unter den Befragten. Als ehrenamtliche Bürgermeisterin oder als Stadträtin in einer kreisfreien Stadt liegt der Umfang bei bis zu 20 Stunden wöchentlich, teilweise sogar darüber. Gemeinderätinnen oder Kreisrätinnen dagegen sprechen oft von einem deutlich geringeren Umfang zwischen 8 und 15 Stunden im Monat. Letzteres lässt sich mit einer Berufstätigkeit in der Regel noch vereinbaren, ein deutlich höherer zeitlicher Einsatz erfordere aber eine Reduktion der Arbeitszeit, wie einige der Kommunalpolitikerinnen sagen. Um sich dies leisten zu können, bedürfte es jedoch einer entsprechenden finanziellen Kompensation des Verdienstaufschlusses.

„Das wäre der Punkt: die finanzielle Vergütung. Also nicht, dass man deshalb reich werden müsste, sondern weil es einem eine höhere Flexibilität verschaffen würde, was den Beruf angeht.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Die Aufwandsentschädigungen für die kommunalpolitische Arbeit ist in den Kommunen und Kreisen sehr unterschiedlich geregelt. Teilweise ist sie so gering, dass sie die Kosten für lange Fahrtwege kaum auffängt, geschweige denn, einen möglichen Verdienstausschlag. Es wird vereinzelt der Wunsch geäußert, eine einheitliche, transparente Regelung für das gesamte Bundesland zu schaffen, welche der unterschiedlichen Größe der Kommunen Rechnung trägt.

Neben ihrer aktuellen finanziellen Situation ist für die interviewten Frauen auch die Absicherung im Alter ein sehr wichtiger Punkt. Sowohl in den Fokusgruppen als auch unter den Kommunalpolitikerinnen wurde mehrfach angemerkt, dass kommunalpolitisches Engagement auf die Rentenpunkte angerechnet werden sollte, ähnlich wie familiäre Sorgearbeit aktuell in die Rentenberechnung einfließt.

„Und was noch eine Idee wäre, die ganze ehrenamtliche Tätigkeit, die ja im kommunalen Bereich da ist [...] zum Beispiel auch für die Rente anzurechnen, mit Rentenpunkten, dass man dort einen Ausgleich hat. Weil, viele nehmen tatsächlich dann doch ihre Arbeitszeit deswegen runter, und das fehlt dann am Ende bei der Rente.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Generell wird von den Frauen an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, dass die aktuellen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement auf eine bestimmte Personengruppe zugeschnitten sind, und das sind insbesondere Männer, die über gute finanzielle Ressourcen verfügen und keine Sorgearbeit leisten müssen.

„Damit eben auch Menschen, die nicht so viel eigenes Geld haben, die Möglichkeit haben, aktiv zu sein. Man braucht eben ein Telefon, man muss irgendwo mal hinfahren können. [...] Ein Hartz-IV-Empfänger oder jetzt Bürgergeld-Empfänger, eigentlich kann der es sich nicht leisten, im Stadtrat aktiv zu sein. Wenn man jetzt mal so die ganzen Fahrtkosten nimmt, die dann entstehen, oder das Papier, wenn man doch noch mal was ausdruckt.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 50 Jahre)

Um vielfältigere Perspektiven in der Kommunalarbeit zu beteiligen, müssten mehr finanzielle Mittel eingesetzt werden, wie das folgende Zitat aus einer Fokusgruppe unterstreicht:

„Ich will dafür bezahlt werden, dass ich für die Demokratie [...] politisch aktiv bin. Anders wird es nicht funktionieren. So werden sich die Strukturen nicht ändern, wenn immer nur Leute sich politisch engagieren, die Geld haben und Macht und Zeit, weil andere Leute für sie die Care Arbeit mitmachen. Davon bin ich überzeugt. Es braucht Geld, man muss Geld in die Hand nehmen dafür.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Ein weiteres sehr wichtiges Anliegen der befragten Frauen ist die bessere Zugänglichkeit von Ratssitzungen. Es besteht hoher Bedarf an hybriden Sitzungen, um flexibel in unterschiedlichen Situationen wie Dienstreisen oder Betreuungsanforderungen, Krankheit oder Schwangerschaft/Mutterschutz an Sitzungen teilnehmen und so auf dem Laufenden bleiben zu können. Dies würde auch dazu beitragen, von Fall zu Fall Wegezeiten zu reduzieren, die teilweise in ländlichen Regionen sehr hoch sind.

„Ich würde mir wünschen, dass man sich einwählen kann. Also, dass eigentlich, egal, wo ich bin, teilnehmen kann. Der Rest kann gerne präsent sein, aber dass man sich dazu wählen kann im Notfall. Das wäre schon eine große Hilfe.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre, Sorgeverantwortung)

Ideal wäre, wenn sich auch abwesende Abgeordnete an Abstimmungen beteiligen könnten. Hierfür schlägt eine Bürgermeisterin das Modell der Stimmbotschaft vor, welches sie aus ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied eines städtischen Unternehmens kennt:

„Wie entstehen Beschlussfähigkeiten, wie viele Stadträte müssen dann eigentlich am Ende da sein? Ist es eine Möglichkeit, dass man die Beschlussfähigkeit vielleicht mit Stimmbotschaften kleiner macht? Das ist ein Instrument, das haben wir im Aufsichtsrat. Ich kann vorher schon eine Stimmbotschaft abgeben [...], mich also inhaltlich mit dem Thema schon auseinandersetzen und muss dann in der Sitzung nicht anwesend sein.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Unterstützung der Ratsarbeit

Ein großer Teil der befragten Politikerinnen sieht hohen Bedarf in der Unterstützung im Aufbau von Kompetenzen für die Ratsarbeit. Zwar sind neue Ratsmitglieder häufig schon erfahren im ehrenamtlichen Engagement, jedoch in der Regel nicht vertraut mit Abläufen und Anforderungen der Arbeit in den kommunalen Vertretungen. Als neue Mandatsträgerinnen treffen sie auf erfahrene Personen und müssen sich in dieser Konstellation mit ihren Interessen und Fähigkeiten einbringen und sichtbar werden, nicht selten auch behaupten. Deshalb braucht es insbesondere zu Beginn einer ersten Ratstätigkeit eine Begrüßung und Einladung durch die Bürgermeisterin oder den Landrat sowie eine gute Einführung in die Aufgaben als Kommunalpolitikerin.

„Und dass man den Frauen, die schon eingezogen sind [in den Rat], unabhängig von ihrem Parteibuch, auch Schulungen anbietet, wo wirklich mal nur Frauen teilnehmen können. Einen kamerale Haushalt zu lesen, das war schwer für mich. Der doppische nicht so, aber der kamerale war schwer für mich. Ich habe es aber verstanden. Ich weiß aber jetzt, dass der Rest meiner Kollegen vom Gemeinderat bis heute noch keinen Haushalt versteht. [...] Die Frau, die jetzt noch bei mir im Gemeinderat ist, die lässt sich das ja auch immer mal von mir mit erklären. Wie man Anträge schreibt und alles. [...] Ich glaube, dass wir da vielen Frauen auch die Angst nehmen können.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 40 Jahre)

Einzelne Kommunalpolitikerinnen berichten, dass sie durch ein parteinahes Bildungswerk/Stiftung oder andere Anbieter zu Beginn ihrer Ratstätigkeit Schulungen erhalten haben. Viele sagen jedoch, dass sie sich – über die Jahre – selbst eingearbeitet haben und keine oder nur wenig Unterstützung, z. B. durch ihre Fraktion, erhalten haben.

„Also zum Beispiel diese ganzen Reden halten im Stadtrat. Das habe ich mir selber beigebracht. [...] Also es gibt natürlich talentierte Menschen, die das von sich aus haben, aber, wenn man zum Beispiel nicht Muttersprachler ist. Da ist auch das Problem, wann man das machen soll. [...] Ich denke, das ist auch eine Sache, die viele abschreckt. Also wie schreibe ich eine Rede, wie kann ich gut sprechen? Es ist Arbeit im Endeffekt.“

(Interview: Beiratsmitglied, städtisch, 35 Jahre, Migrationsgeschichte)

Neben Schulungen zu fachlichen und sozialen Kompetenzen, die die unmittelbare Ratsarbeit betreffen, sehen die befragten Politikerinnen auch die Notwendigkeit, Frauen darin zu stärken und zu schulen, sich gegen Sexismus zur Wehr zu setzen und gegen Angriffe vorzugehen.

„Das fällt Frauen tatsächlich ziemlich schwer, dem was dageganzusetzen. Man müsste wahrscheinlich Frauen besser schulen und mehr Selbstvertrauen geben und tatsächlich eine Art Schulung, wie man mit so was umgeht, was da Strategien sind. Ich glaube, das fehlt den Frauen.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 44 Jahre)

Die Gesprächskultur insgesamt im Rat ist mehrfach Thema in den Interviews und damit die Frage, wie diese Kultur verbessert werden könnte. Frauen darin zu stärken, sich zur Wehr zu setzen, wenn sie angegriffen oder beleidigt werden, ist das eine. Für eine faire und wertschätzende Gesprächskultur zu sorgen, ist das andere. Auch hier besteht der Wunsch nach Fortbildung für alle Ratsmitglieder.

*„Ich war eine der Mitinitiator*innen. Wir hatten eine Initiative gestartet für eine [...] wertschätzende, demokratische, gewaltfreie Kommunikation im Stadtrat. [...] Das finde ich ganz entscheidend, essenziell. Ich wünschte mir so sehr, dass alle in diesen Grundlagen von gewaltfreier Kommunikation ausgebildet werden.“*

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Über die Schulung der eigenen fachlichen Kompetenz hinaus benötigen die Kommunalpolitikerinnen Unterstützung in der Bewältigung der teils sehr komplexen Themen und Entscheidungen im Rat. Mehrfach wird hierfür Unterstützung durch die Verwaltung gewünscht: Die Politikerinnen benötigen besser aufbereitete Themen und Vorlagen.

„Ich habe tatsächlich das letzte Mal die Stadt bzw. die Mitarbeiter darum gebeten, dass man für uns als Ehrenamtliche Themen, Sachgebiete besser aufarbeitet, verständlicher aufarbeitet und dass man nicht alles nur erfragen muss. [...] Dass man das Verständnis auf Stadtseite hat, dass wir als Ehrenamtliche nicht in alles so einen Einblick haben können, wie es derjenige, der Sachbearbeiter ist, hat. Das ist verlorengegangen an der einen oder anderen Stelle. Das würde es erleichtern.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Nicht nur in Richtung Verwaltung geht der Wunsch nach Unterstützung, sondern er richtet sich auch an engagierte Bürgerinnen und Bürger, bspw. auch an Personen, die kandidiert haben, aber nicht gewählt wurden. Auch sie könnten die Ratsmitglieder unterstützen in Sachthemen und z. B. Informationen aufbereiten, sagt eine Stadträtin:

*„Menschen, die kandidieren oder überhaupt sich entscheiden, mitzumachen oder eben eine Unterstützung zu liefern. Sich vielleicht auch unabhängig von dem Mandat einzubringen, um Themen vorzubereiten, mal eine Vorlage zu lesen oder Sachen mit einzubringen oder sagen: ‚das ist mein Thema und da unterstütze ich die Partei oder die Fraktion! [...] Das wäre schön, so eine Art Unterstützer*innen- und Support-Group zu haben, die Aufgaben abnimmt oder mal etwas vorbereitet, einen Hinweis gibt. Das ist ein spannendes Thema da und dort, da könntet ihr das einbringen.“*

(Interview: Stadträtin, städtisch, 39 Jahre)

Der Wunsch nach Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und des teilweise hohen zeitlichen Einsatzes wird in vielen Interviews benannt. Dazu gehört auch eine vergleichsweise simple Maßnahme – der Wunsch nach Getränken, möglichst auch Verköstigungen auf langen, abendlichen Ratssitzungen. Wenn man bedenkt, dass die Sitzungen in ländlichen Gemeinden oft fernab von Einkaufsmöglichkeiten stattfinden, heißt dies in der Praxis, dass sich die Ratsmitglieder schon am Morgen, wenn sie ihr Haus zur Arbeit verlassen, für den gesamten Tag versorgen müssen.

„Wir bieten keine Verpflegung während solcher Mammutsitzungen an. Das machen die ganz großen Städte, die machen das auf Kosten der Städte. Aber wir haben nicht das Budget. Das kann man auch dem Bürger nicht vermitteln, dass man unseren Stadträten noch ein Abendessen anbietet. Aber auch das ist so ein wesentlicher Faktor, womit man solche Sitzungen und so ein Mandat auch erleichtern kann. Das ist was zu essen, was zu trinken gibt, also Grundbedürfnisse bewerkstelligt sind.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Parteien und Parität

Vielfach wird von den Teilnehmerinnen der Fokusgruppen und den Kommunalpolitikerinnen eine stärkere Unterstützung durch die Parteien gewünscht. Dazu gehört zum einen der Wunsch, aktiv willkommen geheißen zu werden und bspw. durch ein Buddy-System, eine Art niedrigschwelliges Mentoring-Angebot, in der Partei Fuß fassen und Verbindungen aufbauen zu können. Zum anderen wird mehrfach der Wunsch nach Quoten bei der Besetzung von Parteiämtern oder Wahllisten genannt. Eine Kommunalpolitikerin berichtet, dass sie mit Quotenregelungen in der Partei gute Erfahrungen gemacht hat und hält dies für einen wichtigen und nachhaltigen Weg:

Und wir haben seitdem einen Mechanismus, der die Partei dazu zwingt, dass alle erste Plätze für die Stadtratswahl paritätisch besetzt sind und dann zusätzlich natürlich auch noch unsere Listen paritätisch besetzt sind. Und das führt dazu, dass wir mehr oder weniger die Männer zwingen, Frauen den Vortritt zu lassen, auch in guten Wahlkreisen auf Platz 1. Und ich glaube, dass generell solche Mechanismen der Parität und dass man auch einfach gezwungen ist, Frauen aufzustellen, sehr dabei helfen können, dann auch Leute wiederum zu fördern und zu unterstützen und auf den Weg zu bringen.

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Eine Kommunalpolitikerin plädiert dafür, bisher unterrepräsentierte Perspektiven durch Beiräte oder andere beratende Gremien stärker in die Kommunalpolitik einzubinden und über Quoten in den Parteien hinaus zu denken:

„Es braucht verpflichtende Repräsentanz auch von verschiedenen Perspektiven in beratenden Gremien, die verpflichtend eingesetzt werden, unter anderem queere Perspektiven, aber eben auch BIPOC-Perspektiven.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 32 Jahre)

Politische Bildung und Beteiligung

In vielen Gesprächen wurde die Notwendigkeit der Förderung niedrigschwelliger Angebote politischer Bildung für Kinder und Jugendliche betont. Diese könnten Vertrautheit mit dem politischen System und Verständnis für die Funktionsmechanismen von Demokratie schaffen, respektvollen Umgang mit unterschiedlichen Meinungen lehren, aber auch das Gefühl von Selbstwirksamkeit stärken und dazu animieren, sich selbst zu engagieren. Eine Teilnehmerin der Fokusgruppen sagt dazu rückblickend in Bezug auf ihr eigenes Engagement:

„Auf jeden Fall [brauchen wir] mehr politische Bildung, mehr Angebote für Kinder, richtig niedrigschwellig. [...] Und es muss attraktiv gestaltet werden. Es müsste in die Schulen gebracht werden. Das kann ja auch für Eltern eine Entlastung sein, wenn die Kinder nachmittags in einem Verein sich engagieren. Und dann fangen ja schon die Kinder, auch wenn es zum Beispiel Arbeiterfamilien sind, schon an, Netzwerke aufzubauen. Die hat man ja dann eine Weile. Dann checkt man die Strukturen, wie funktioniert es, wie bringe ich meine Meinung ein. Da müsste auf jeden Fall auch Geld in die Hand genommen werden. Also ich bin Mitte 30, ich habe mit Anfang 30 angefangen, meine Meinung lauter zu sagen. Das ist viel zu spät.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Die Stimmen von Kindern und Jugendlichen zu stärken, ist ein Anliegen mehrerer Befragter. Es wird unter anderem für die verpflichtende Einführung von Kinder- und Jugendbeiräten plädiert. Wichtig ist allerdings, dass diese Beiräte dann tatsächlich auch eine Wirksamkeit ihres Engagements erfahren und es nicht bei der reinen Anhörung verbleibt. Ebenso wichtig ist es, den Blick explizit auf die Chancen von Mädchen zu richten, die in gängigen Freizeitangeboten wie Sportvereinen oder Freiwilliger Feuerwehr gerade in ländlichen Regionen nicht so stark beteiligt sind.

„Wo gibt es Orte, an denen du dich einbringen kannst, an denen du gefördert wirst, an denen du gesehen und gehört wirst? Also Beteiligungsformate. [...] Gerade in Sachsen, auf dem Land, überall. Welche Chancen habe ich auch als weibliche Jugendliche, wenn ich mich als solche sehe, mich einzubringen?“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Eine weitere Teilnehmerin weist darauf hin, dass zwar teilweise Angebote für Kinder und Jugendliche existieren, diese jedoch am Übergang zur Ausbildung/Erwachsenenbildung aufhören und es hier dringend Angebote bräuchte, die ansprechend sind.

*„Da geht der Faden irgendwann verloren und man verliert die Menschen. Die Menschen, für diese tolle Idee der Demokratie zu begeistern und die davon zu überzeugen, das ist was, wofür ich mich einsetze, weil ich merke immer, wir haben super coole Gespräche am Mittagstisch, mit verschiedenen Kolleg*innen und Kollegen, und ich sage immer, Mensch, bringt euch doch ein, macht es doch. Die machen das nicht. Also man ist informiert, man ist gebildet, man engagiert sich, man hat Ideen, man hat Themen. Es passen Sachen nicht, und die Idee zu verstehen, dass man sich da einbringen kann, noch aktiver, außer mit dem Gang zur Wahlurne, die ist nicht da.“*

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Ein Weg, den mehrere Teilnehmerinnen der Studie sehen, liegt in der Förderung unterschiedlicher Beteiligungsformate für Erwachsene. Dazu gehört zum einen die Transparenz von öffentlichen Ratssitzungen – auch hier würden hybride Sitzungen,

die online von der Bürgerschaft angesehen werden können, einen wichtigen Beitrag leisten. Darüber hinaus geht es um eine ansprechende Kommunikation und niedrigschwellige Einbindung.

„Die Offenheit allgemein, auch die Bürger mit einzubinden. Das ist oft noch sehr blockiert. Da muss man anders agieren. Eine offenere Kommunikation. Besser einladen, die Strukturen auch von so einer Sitzung besser machen. Pünktlich zu beginnen, einen festen Ort zu haben, der halbwegs attraktiv ist. [...] Auch so eine Präsentation, die der Bürger versteht, auch mal an die Wand zu werfen und nicht nur mit Floskeln hin und her zu werfen.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Darüber hinaus werden niedrigschwellige Freizeitangebote für wichtig gehalten, die Arbeit von Vereinen oder Feste, Vernetzungsveranstaltungen für Frauen, Filmabende und Gesprächsformate, in deren Rahmen auch Informationen über Kommunalpolitik vermittelt werden. Durch allgemeine, niedrigschwellige Angebote für Frauen werden auch politisch interessierte Frauen angesprochen, die nicht in Parteien organisiert sind und deshalb keinen Zugang zu einem kommunalpolitischen Engagement gesehen haben.

„Als parteilose Person, als Frau eine Ansprache zu finden an Frauen, ohne dass sie in eine Partei eintreten müssen oder das zu vermitteln. Das fängt mit politischer Bildung an, egal wo, dass man die Möglichkeit hat, im Stadtrat mitzumachen. Aber ich glaube, die Parteien sind manchmal für manche auch ein Hinderungsgrund, leider. Es ist so. Dann, als Parteilose im Stadtrat, kann man auch als parteiloses Mitglied Politik machen.“

(Interview, Stadträtin, kreisfreie Stadt, 42 Jahre, parteilos)

Es wird allgemein eine geringe Kenntnis politischer Strukturen wahrgenommen und die befragten Politikerinnen sehen sich häufig in der Situation, Prozesse und Abläufe bis hin zu Wahlverfahren erklären zu müssen. Um politisches Verständnis zu stärken, sind Angebote politischer Bildung für Erwachsene wichtig und auch das Signal, dass politisches Interesse wertgeschätzt und gefördert wird. Vorgeschlagen werden deshalb u. a. Demokratieurse, die sich an alle richten – an Menschen, die schon seit langem in Sachsen leben ebenso wie an Menschen, die in den letzten Jahren zugewandert sind. Eine weitere Möglichkeit sind Angebote der Volkshochschule, wie bspw. der Politikführerschein, der in einigen Volkshochschulen angeboten wird. Damit Menschen diese Angebote tatsächlich auch wahrnehmen können, wird vereinzelt die Notwendigkeit der Einführung von Bildungsurlaubstagen, wie sie in anderen Ländern seit Jahrzehnten selbstverständlich sind, angeführt.

6. Schwerpunkt: Unterschiede in Stadt und Land

Die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement in ländlichen und städtischen Gebieten unterscheiden sich, was zu unterschiedlichen Herausforderungen führt. In städtischen Gebieten herrschen Anonymität und dichte Infrastruktur vor, während ländliche Gebiete durch engere Gemeinschaften und stärkere persönliche Verflechtungen gekennzeichnet sind. Diese Unterschiede beeinflussen nicht nur die Arbeitsweise und Möglichkeiten politischer Akteure, sondern auch die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger.

Für Kommunalpolitikerinnen in städtischen Gebieten liegen die Herausforderungen oftmals darin, sich in einem anonymen Umfeld Gehör zu verschaffen und tragfähige Netzwerke aufzubauen. Die dichte Infrastruktur, z. B. in Bezug auf den öffentlichen Nahverkehr, auf Bildungs- und Kulturangebote, kann zwar mehr Ressourcen und Unterstützung bieten, jedoch erhöht sich mit Größe und Anzahl der Einwohnenden auch die Komplexität der politischen Arbeit und somit der Arbeitsaufwand. In ländlichen Gebieten hingegen können die engeren Gemeinschaften und stärkeren persönlichen Verflechtungen dazu führen, dass Politikerinnen ständig präsent sein müssen und sich einer intensiveren sozialen Kontrolle ausgesetzt sehen. Diese enge Verflechtung kann sowohl Unterstützung als auch Kritik verstärken und stellt eine Herausforderung für die Abgrenzung von Beruf und Privatleben dar. Zudem kann der Zeitaufwand für Fahrtwege die Vereinbarkeit mit familiären und beruflichen Verpflichtungen zusätzlich erschweren.

Die Rahmenbedingungen in ländlichen und städtischen Gebieten bauen somit unterschiedliche Hürden oder Barrieren auf und bringen spezifische, teils gegensätzliche Schwierigkeiten für kommunalpolitisches Engagement mit sich, die im Folgenden näher beleuchtet werden.

Ambivalent: Anonymität und Gemeinschaft

Ein Unterschied bei der kommunalpolitischen Arbeit liegt den Erfahrungen der Interviewpartnerinnen nach darin, dass in städtischen Gebieten die Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit eine größere Rolle spiele als in kleineren Gemeinden, wo es stärker auf die Person ankomme. Eine Stadträtin aus dem ländlichen Raum bestätigt:

„Und in so einem kleinen Stadtrat zählt ja nicht unbedingt, welche Partei man hat.“
(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Eine Politikerin aus einer größeren Stadt beklagt in diesem Zusammenhang, dass ihr oft das konstruktive Miteinander fehlt:

„So ein Stadtrat arbeitet nicht im Miteinander, das geht immer nur gegeneinander. [...] jede Fraktion arbeitet möglichst gegen jede. Das ist null konstruktiv. Da gibt es schon zwei, drei Ausnahmen aber am Ende, was mich wirklich deprimiert ist, dass jede Partei immer nur schaut, dass sie selbst etwas voranbringt, weil es um ihre Wählerstimmen geht. Und dieses Leben und leben lassen erlebe ich nicht. Und erst recht nicht gemeinsam leben und Dinge voranbringen, gemeinsam was zu einem guten Abschluss zu bringen.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Viele Befragte aus dem ländlichen Raum schätzen das Gemeinschaftsgefühl und die enge Verbindung zur Bürgerschaft.

„Hier auf dem Land ist es noch ein bisschen anders [...]. Man kennt sich deutlich besser und ist nicht so anonym wie in einer Großstadt. Ich kenne die Leute, die hier ringsherum wohnen, den einen besser, den anderen schlechter. Aber zumindest ist es nicht, dass du den noch nie gesehen hast. Das Miteinander ist schon noch ein Tick anders.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Oft wird von den Befragten hervorgehoben, dass die Gemeinschaft auch ein großes Identifikationspotenzial mitbringt und es auf kommunaler Ebene zahlreiche Einflussmöglichkeiten der Politik gibt, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar beeinflussen. Dies illustriert das folgende Zitat:

„Sie können den Lebensraum von Menschen ganz nah gestalten und später mal ihren Nachkommen zeigen. Schau mal, meine Entscheidung hat dafür gesorgt, dass es diesen wunderschönen Spielplatz gibt. [...] Wir begleiten Menschen von Geburt bis Tod. Wir sind die absolute Basis für den Bürger.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Diese Nähe zu den Bürgern und Bürgerinnen hat auch den Vorteil der direkten Interaktion, wie bspw. diese Bürgermeisterin aus dem ländlichen Raum beschreibt:

„Man macht seine Hunderunde, dann wird man da angesprochen. Warum habt ihr denn die Hundesteuer erhöht? Die Beteiligung der Bürger [...]. Das macht Freude und das bringt Kontakte und da führt man andere Dialoge.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlicher Raum, 54 Jahre)

Zu viel Nähe kann jedoch auch eine Belastung darstellen. Die Trennung von politischer Tätigkeit und Privatleben wird erschwert, da man Bürgerinnen und Bürgern auch in privaten Kontexten begegnet und dauerhaft als Politikerin wahrgenommen wird.

Besonders Bürgermeisterinnen berichten von dieser Herausforderung. Das folgende Zitat einer Rathauschefin aus dem ländlichen Raum zeigt, wie politische und persönliche Sphären oft verschwimmen und die Erwartungen an die Amtsträgerin rund um die Uhr bestehen, auch in der Freizeit oder während des Urlaubs:

„Momentan bin ich eher in so einer Phase, wo ich sage, wenn die Legislatur zu Ende ist, bin ich nicht mehr dabei. Auch der Erholungseffekt, den man meint, sich im Urlaub zu holen, auch das ist schwierig im ländlichen Raum. Wir haben ein Grundstück und ich müsste mich eigentlich in der Zeit, wenn ich Urlaub habe [dort] einschließen. [...] Sondern ich muss wirklich wegfahren und nur dann komme ich zum Abschalten.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich, Sorgeverantwortung)

Die Intensität der persönlichen Beziehungen und die ständige Präsenz kommunalpolitischer Themen, auch im privaten Umfeld, führen zu einer Anspannung, die sich auch auf die mentale Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden auswirken kann. Mehrfach berichten Interviewpartnerinnen entweder von Strategien, diese Präsenz zu reduzieren und sich selbst Ruhepausen zu verschaffen oder erwägen sogar den Rückzug aus der kommunalpolitischen Tätigkeit. Eine Interviewte schildert ihre Erfahrung wie folgt:

„Das wird ganz schnell persönlich. Das geht den Kollegen in den Städten nicht so. Das ist im ländlichen Raum wirklich eine Herausforderung. [...] Und das war was, wo ich dann Rückzugstendenzen entwickelt habe, weg von dem Tätigkeitsort. Das fängt an, dass man nicht mehr im Ort einkaufen geht und dass man nicht in die nächste Kreisstadt zum Einkaufen fährt, weil da erfahrungsgemäß auch Bürger hinfahren. Einfach, um aus dem Betroffenenkreis rauszukommen, um mal Ruhe zu haben. Da wurde jede Familienfeier, jede Feier bei Freunden [genutzt]... Für mich war das Hardcore, weil nach zehn Minuten freundschaftlichem Geplänkel dann irgendwelche Gemeindethemen auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Das konnte man auch nicht verhindern, dem konnte man sich nicht entziehen. Also wer das kann, alle Achtung. Ich konnte es nicht. Es ging nicht um die Gemeindearbeit. Das war eine schöne Arbeit. Es geht um das Ringsherum. Das ist schwer.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Da zahlreiche Begegnungen und Gespräche auch außerhalb der offiziellen Sitzungen stattfinden und die soziale Kontrolle als engmaschig erlebt wird, kann dies auch dazu führen, sich nur noch zurückhaltend zu äußern oder sogar mit der eigenen Meinung hinter dem Berg zu halten.

„Es gibt im ländlichen Raum diesen Mangel an Anonymität. Wenn einer, der gut angesehen im Dorf ist und auch Einfluss hat, der Meinung ist, das ist jetzt nicht weiß, sondern schwarz, und du sprichst ihn darauf an, dann sagt der hinter vorgehaltenen Hand: Natürlich ist das weiß, aber nach außen kann ich nichts Anderes sagen, weil sonst kann ich ja nicht mehr durchs Dorf gehen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Ist zudem das politische Klima vor Ort angespannt oder tendenziell polarisiert, so verstärkt sich der Eindruck, sich vorsichtig verhalten zu müssen. Dies illustriert das folgende Zitat einer Interviewpartnerin aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich zum Thema AfD:

„Das gibt es auch, gerade wenn es eben um dieses Thema AfD geht, dass du mitunter auch Angst hast. Es gibt gewisse Themen, wo du als Frau merkst, hier musst du dich zurückhalten. Jetzt sind wir alle noch in der Sitzung, aber was ist, wenn bei der nächsten Dorfveranstaltung, wo du weißt, dass der eh immer ein bisschen viel trinkt, was passiert dann mit dir? Bei uns sind wir 1.100 Menschen im Dorf, man kennt sich. Da ist es ein bisschen ein gefährlicher Aspekt, wo ich schon mit Respekt herangehe, genau zu formulieren, auch in meinem Vorstandsverein, weil da sind Ähnliche komischerweise wieder mit drin wie im Gemeinderat. Da überlegst du dir schon genau, was du sagst und wie du es formulierst.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport und Kultur, ländlich)

Für eine andere Interviewpartnerin, die auf Bundesebene ehrenamtlich engagiert ist, entstanden aus Sorge vor fehlender Anonymität und Angreifbarkeit tatsächlich die Bedenken gegenüber einem Engagement in der lokalen Politik:

„Auf Bundesebene, wo ich anonym bin... Ich bin natürlich nicht anonym, ich stehe mit meinem Namen dafür und oute mich und bin auf der ehrenamtlichen politischen Bühne aktiv, aber da fiel mir das nie schwer. Aber in der Kommunalpolitik hätte ich immer genau die Bedenken gehabt.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Der Themenkomplex eines tendenziell aggressiven politischen Klimas und die damit einhergehenden Bedrohungen, Anfeindungen und Ängste, nimmt in den Aussagen der Interviewpartnerinnen einen vergleichsweise großen Raum ein und wird im Schwerpunkt Kapitel zum politischen und gesellschaftlichen Klima daher vertieft beleuchtet.

Unterschiedliche Herausforderungen

Ein strukturelles Thema, das im ländlichen Raum zum Tragen kommt, ist die Bevölkerungsentwicklung. Mehrfach wird davon berichtet, dass insbesondere junge Menschen wegziehen. Der Wegzug junger, talentierter Menschen aus ländlichen Regionen wird dabei nicht nur als Thema des demografischen Wandels, sondern auch als ein Verlust an intellektueller Vielfalt in der Gemeinschaft wahrgenommen. Der Mangel an Vielfalt in Diskussionen und Entscheidungsprozessen beeinträchtigt die Fähigkeit der Gemeinschaften, ausgewogene und reflektierte Entscheidungen zu treffen. Zudem führe der Verlust an jungen, engagierten Menschen zu einer Schwächung des sozialen Gefüges.

Eine Interviewpartnerin beschreibt die Situation folgendermaßen:

„Wir haben hier ganze Jahrgänge von Abiturienten, von solchen klugen Leuten verloren. Wir haben nicht nur einen demografischen Wandel, dass wir älter und weniger werden. Wir haben auch eine intellektuelle Entmischung erlebt. Und wenn das Gleichgewicht nicht mehr besteht, wenn die klugen Menschen nicht mit ihren Argumenten ein Gleichgewicht halten können, dann schwappt es in die andere Richtung. Und dann hat man es wirklich manchmal schwer, weil sich Meinungen manifestieren in der Gesellschaft. Die sind offensichtlich falsch, offensichtlich dumm. Aber du stehst da vis-à-vis. Da kannst du geschult sein wie du willst, da fällt dir nichts mehr ein.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Eine weitere Perspektive wird von einer Stadträtin aus dem ländlichen Raum angesprochen, die mit der Notwendigkeit zum Pendeln zusammenhängt. Da Menschen im ländlichen Raum oft auswärts arbeiten, werde es neben Beruf und Familie noch schwerer, sich zusätzlich ehrenamtlich zu engagieren:

„Das ist natürlich schwer, auch in den Orten wie hier. Wahrscheinlich wie im Osten überall. Die jungen Leute, die Mittfünfziger, die fehlen uns so ein bisschen. Und die sind alle irgendwo auswärts arbeiten und durch den Beruf und die Familie lässt sich das wahrscheinlich schon schwerer vereinbaren. Engagiere ich mich da noch? Das schafft manchmal auch eher noch ein Mann.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 65 Jahre)

Die Frage der zeitlichen Ressourcen spielt aber auch in den größeren Städten bzw. in den Großstädten eine erhebliche Rolle, wenn auch aus anderen Gründen. Die größere Bevölkerungszahl erfordert umfangreichere und differenziertere politische Arbeit. Zudem sind die städtischen Strukturen und Probleme oft komplexer, was intensivere Auseinandersetzung und umfangreichere Lösungsansätze notwendig macht. Eine Stadträtin bringt auf den Punkt, dass es an dieser Stelle auch an gesetzlichen Rahmenbedingungen mangelt, die Aufwandsentschädigungen entsprechend des jeweiligen Aufwandes einheitlich zu regeln.

„Es ist im Freistaat Sachsen sehr unterschiedlich geregelt, was die finanziellen Aufwandsentschädigungen angeht. Und das kann auch nicht sein [...]. Ich weiß nicht, ob man jetzt in der Fläche, also im ländlichen Raum, genauso viel zu tun hat wie in der Stadt mit 250.000 Einwohnern. Trotzdem finde ich das nicht gut geregelt. Es müsste transparenter sein und es müsste einheitlicher sein.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 51 Jahre)

Mobilität und Anfahrtswege

Weitere spezifische Hindernisse im ländlichen Raum, die vielfach in der Studie sowohl von bereits aktiven Politikerinnen als auch von Frauen ohne Mandat genannt werden, sind die eingeschränkte Mobilität und die teilweise langen Anfahrtswege, insbesondere in Flächenlandkreisen, sowie der Zeitaufwand, der mit den Fahrtwegen einhergeht. Regelmäßig finden Versammlungen und Sitzungen in Nachbarorten oder abgelegenen Gasthöfen ohne gute Infrastruktur statt. Um dorthin zu gelangen, wird häufig ein Auto benötigt, was eine erhebliche Zeit- und Kostenbelastung darstellt.

Von den parteipolitisch und zivilgesellschaftlichen engagierten Interviewpartnerinnen ohne Mandat werden mehrfach die langen Fahrtzeiten und die dadurch entstehende zusätzliche zeitliche Belastung als ein Grund genannt, warum sich viele gegen die kommunalpolitische Tätigkeit entscheiden:

„Das Thema sind nicht nur Sitzungszeiten, sondern auch Fahrtwege, die man unter Umständen aufbringen muss. Gerade unser Landkreis Meißen ist sehr weitläufig. Wenn man von einer Ecke in die andere muss, da kann man ja schon mal eine Stunde unterwegs sein. Und das ist natürlich auch was, das mit reinspielt. Es gibt auch Termine, die man wahrnehmen muss, wo man vor Ort sein muss.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Die Anfahrtswege und die mangelnde Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel setzen zudem eine Fahrtüchtigkeit mit dem Auto voraus, was eine zusätzliche Barriere für junge Menschen, Menschen ohne Führerschein oder ältere Menschen darstellt. Dies wird durch die folgende Aussage deutlich gemacht:

„Unser Ortsverein hat [...] 30 Mitglieder, aber wenn zehn zur Ortsversammlung kommen, sind es viel. Dann kommen aber wirklich so treue Rentner, die ich zum Teil von zu Hause abhole, weil sie nicht mehr Auto fahren können, dass die wenigstens dann da sind.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 48 Jahre)

Die Abhängigkeit vom Auto, die langen Anfahrtswege, die vorausgesetzte Fahrtüchtigkeit und der damit einhergehende hohe Zeit- und Kostenaufwand verdeutlichen, wie entscheidend eine gute Verkehrsinfrastruktur und digitale Lösungen besonders im ländlichen Raum sind, um die politische Teilhabe und das Engagement zu fördern und zu erleichtern.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Bedingungen für kommunalpolitische Mandate in der Stadt teilweise besser zu sein scheinen, als in ländlichen Regionen und dass es hierfür auch organisatorischer und politischer Unterstützung der Frauen bedarf.

7. Schwerpunkt: Politisches und gesellschaftliches Klima

Die in der Ausgangslage distanzierte, skeptische Haltung vieler Menschen zur Demokratie, wie sie von einschlägigen Studien belegt wird, sowie die wachsende Bedrohungslage in Sachsen, spiegelt sich auch in den Berichten der befragten Kommunalpolitikerinnen wider. Der Grad an Besorgnis über die aktuelle politische Entwicklung ist zwar unterschiedlich stark ausgeprägt, insgesamt jedoch hoch und zielgruppenübergreifend deutlich spürbar. Das politische und gesellschaftliche Klima treibt die Politikerinnen um und fordert ihnen viel Kraft ab.

Die Analyse der Interviews und der Fokusgruppen zeigt, dass sich das Thema Anfeindungen und Bedrohungen immer mehr in den Vordergrund drängt und als starkes Hemmnis für die Förderung der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik gesehen werden muss. Nicht selten sprechen die Politikerinnen von Angst – um sich und ihre Familien. Männer sind zwar ebenfalls davon betroffen, doch die Art der Angriffe unterscheidet sich und zielt u. a. darauf ab, Frauen aufgrund ihres Geschlechts zu entwürdigen. Es wird von sexualisierten Beleidigungen und Bedrohungen berichtet, die über die Person hinaus auch in das familiäre Umfeld hineinwirken und weibliche Familienmitglieder einbeziehen. In den Interviews drängt sich vielfach der Eindruck auf, dass das politische und gesellschaftliche Klima und die damit einhergehenden Anfeindungen und Bedrohungen die oben beschriebenen strukturellen und personalen Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik zunehmend in den Schatten stellen.

„Ich weiß nicht, übergreifend, was soll man jetzt machen, wenn die Übergriffe immer mehr werden, tatsächlich mal irgendwann? Man kann ja nur schlecht dann sagen, den Frauen stellen wir einen Bodyguard an die Seite oder wie auch immer. Also, ich glaube, wir haben nicht das Problem, die Frauen zu motivieren. Ich glaube, wir haben das Problem eines regelrechten Werteverfalls in der Gesellschaft.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung, und vor dieser Folie findet das kommunal- und zivilgesellschaftliche Engagement statt, wird in den Interviews häufig als polarisiert beschrieben, teilweise als bedrohlich. Es ist zum Teil die Rede davon, dass Menschen auseinanderdriften, vorsichtig werden, wenig im Gespräch sind – auch aus Mangel an Möglichkeiten aufgrund fehlender Infrastruktur in ländlichen Räumen, wo es keine Gaststätte, keine Bäckerei, keinen Jugendklub, keinen Ort gibt, an dem Menschen aus unterschiedlichen Gruppen und Familien zusammenkommen können. Es braucht die Initiative der Menschen vor Ort, um dafür Räume zu schaffen. Doch selbst dann kann sich Begegnung schwierig gestalten, wie das folgende Zitat beschreibt:

„Die Stimmung bei uns in Sachsen ist nicht gut. Das ist einfach so. Wir haben ein einfaches Nachbartreffen gemacht, wo man merkte, die Leute gehen noch nicht mal mehr von Tisch zu Tisch. Man sitzt eher schweigend da, trinkt was und geht rechtzeitig. Irgendwie hat man Angst, Worte zu finden, vielleicht was Falsches zu sagen, sich zu äußern, dass man doch mehr politisch in eine andere Richtung denkt. Also man merkt das total. Selbst unsere unmittelbaren Nachbarn. Also da löst sich das langsam auf, so dieses Gemeinschaftliche.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 43 Jahre)

Im Rat: Der Ton wird rauer

In nahezu allen Interviews wird davon berichtet, dass die Umgangsformen in der kommunalen Vertretung rauer geworden sind und dass der Umgang im Rat nicht respektvoll sei. Die Bandbreite reicht von unsachlichen Zwischenrufen bis hin zu Pöbeleien und Beleidigungen. Eine Bürgermeisterin beschreibt die aktuelle Situation vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre so:

„Redezeit wurde nicht begrenzt, weil wir einfach zur Sache gesprochen haben. Das ist nie ausgeuffert. Wir haben in einem sehr schönen, sachlichen Ton im Stadtrat kommuniziert. Und das ist jetzt anders. [...] Der Spaß soll genommen werden.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Die Politikerinnen erleben, dass sie ihre Themen nicht einbringen können, dass ihnen das Wort genommen wird und sie zum Teil persönlich und sexistisch beleidigt werden. Mehrfach beschreiben sie ihr Unverständnis darüber, dass Pöbeleien und Beleidigungen im Rat zu wenig Einhalt geboten wird und diese dadurch eine gewisse Normalität erlangen, wie es das folgende Zitat zeigt:

„Diese Stimmung, die dadurch entsteht, wenn jemand im Stadtrat immer wieder ungestraft N-Wörter verwenden darf, wenn der über Leute redet, die im Park spielen. Und wenn ich dann noch den stellvertretenden Bürgermeister so halb nicken sehe, und man denkt, das kann jetzt nicht sein! [...] Oder, wenn der immer sagen kann, das System hier gehört abgeschafft. Er ist ja in dem System gewählt worden.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 48 Jahre)

Die befragten Kommunalpolitikerinnen berichten, dass ihnen ihr Engagement in diesem Klima sehr viel abverlangt. Es kostet Kraft, mit den teilweise persönlichen und/oder sexistischen und rassistischen Anfeindungen und sexualisierten Angriffen umzugehen. Diese werden zum Teil offen während der Sitzung ausgesprochen, zum Teil aber auch in informelleren Situationen, wie das folgende Zitat einer Stadträtin beschreibt:

„Nicht in der Sitzung, sondern danach. Bei der Sitzung gibt es eine Rüge. Aber dann auf dem Weg nach draußen, da kann man ja nicht mehr vom Amtsleiter gerügt werden. Das ist schon schlau gemacht.“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 32 Jahre)

Die Angst, die aufgrund dieser aufgeladenen, teilweise feindlichen Stimmung durch Beleidigungen und Anfeindungen entsteht, führt auch zu Schutzverhalten. So berichtet die queere Abgeordnete davon, dass sie sich absichtlich im Rat nicht outet:

„Also ich bin zum Beispiel im Stadtbezirksbeirat nicht geoutet, das ist ein Teil davon, dass ich mich dort einfach nicht sicher fühle. [...] Ich bin in allen anderen Aspekten meines Lebens – in der Partei, auf Arbeit und so weiter – überall geoutet, da aber nicht.“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt, 32 Jahre)

Auch wenn sich die interviewten Kommunalpolitikerinnen bislang nicht aus der Politik zurückgezogen haben, so berichten sie doch von Fällen in ihrem Umfeld, die mit Rückzug auf die wachsenden Anstrengungen und Auseinandersetzungen in der Kommunalpolitik reagieren, wie es eine Bürgermeisterin schildert:

„Das ist ja erklärtes Ziel der AfD, die Amtsinhaber einfach nur mübe zu machen. Also, einfach von dem wirklich schönen Geschäft abzuhalten und mit Sinnlos-Tätigkeiten zu überziehen, um sie mübe zu machen. Da sind auch viele der Kollegen (...), die hätten durchaus noch eine Amtszeit dranhängen können. Die dann sagen: Du, ich habe jetzt den Rat voll AfD. Das muss ich mir nicht mehr antun.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Da der Anteil von Frauen in den kommunalen Vertretungen im sächsischen Durchschnitt bei lediglich 22 Prozent liegt, ist die Arbeit im Rat generell von einer Dominanz von Männern geprägt. In der Fraktion der AfD, die in der Kommunalwahl 2024 in vielen Räten gewachsen ist, ist der Anteil von Frauen besonders gering. Damit wird die Gruppe von Frauen im Rat kleiner, zugleich wächst eine männlich dominante Gruppe, von der die oben beschriebenen Beleidigungen und Angriffe ausgehen. Damit hat sich die Situation für die Frauen vielerorts verschlechtert.

Bedrohungen im Umfeld

Über den Kontext der unmittelbaren Ratsarbeit hinausgehend, erleben die Kommunalpolitikerinnen häufig auch Beleidigungen und Bedrohungen im weiteren oder regionalen Umfeld. Es werden vor allem Gruppierungen wie die Freien Sachsen, die Reichsbürger sowie Mitglieder und Unterstützende der AfD als bedrohlich erlebt. Mehrfach wird positiv erwähnt, dass die Adresse der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen nicht mehr veröffentlicht wird, wie das bis zur Wahl 2019

noch der Fall war. Trotzdem steht man als Abgeordnete in der Öffentlichkeit und das erfordert Mut, sagt eine der befragten Stadträtinnen:

„Das ist nach wie vor ein Hinderungsgrund für manche Menschen und wahrscheinlich insbesondere für Frauen, in den Stadtrat zu gehen, auch wenn die Adresse jetzt nicht mehr öffentlich ist. [...] Also, man steht ja trotzdem in der Öffentlichkeit. Und das in einem Stadtrat, der zu einem Großteil von AfD und Freien Sachsen besetzt ist. [...] Da muss man auch sehr mutig sein, finde ich.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 42 Jahre)

Die Kommunalpolitikerinnen sprechen in den Interviews von bedrohlichen Situationen auf der Straße, von Beleidigungen, Verleumdungen und Bedrohungen in Briefen, E-Mails oder in den sozialen Medien bis hin zur Veröffentlichung von Fotos und Privatadressen in sozialen Medien. Eine Bürgermeisterin sagt dazu:

„Ich bekomme selbstverständlich auch Briefe, anonyme und selbst mit Unterschriften, die ich zur Anzeige bringe. Das passiert leider regelmäßig. Das macht auch was mit einem. [...] Ich habe einen Sicherheitskurs für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mitgemacht, weil die Drohbriefe einfach da sind. Und wenn du nach Hause kommst, du guckst dich dreimal um, ob jemand im Grundstück mit steht. Das hat in den letzten fünf Jahren schon was mit einem gemacht.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Ähnlich berichten mehrere Kommunalpolitikerinnen, dass sie sich teilweise nicht mehr sicher fühlen und ein Klima der Angst entsteht. Eine Stadträtin beschreibt es so:

„Ich muss sagen, dass ich es gesellschaftlich auch mittlerweile sehr, sehr schwierig finde und ich auch wirklich Angst habe. Das muss ich mal sagen. Ich habe immer Angst, dass meine Scheibe [...] eingeschlagen ist.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Kommunalpolitikerinnen aus ländlichen Räumen beschreiben diese Angst teilweise besonders eindrücklich. Die fehlende Anonymität, die auch ein Schutz sein und ein Sicherheitsgefühl vermitteln kann, wird hier zunehmend als bedrohlich wahrgenommen. Eine Politikerin beschreibt, dass sie teilweise Angst verspürt, wenn sie in ihrem Haus ist:

„Da denke ich schon manchmal, wenn jetzt hier irgendwas ist, wenn ich allein bin, okay, dann bin ich allein. Aber wenn ich jetzt Verantwortung für ein Kind habe, da denke ich doch manchmal darüber nach. Es ist noch nie was passiert. Ich habe gute Nachbarn. Aber man fängt an, darüber nachzudenken.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Eine Politikerin schildert ihre Überlegungen, Pfefferspray in ihrer Handtasche mitzuführen, um sich im Fall eines Angriffs wehren zu können. Schlussendlich hat sie sich für ein anderes Instrument zur Verteidigung entschieden. Ihr Zitat zeigt eindrücklich, welche Anspannung sie permanent begleitet:

„Ich habe mir eine Taschenlampe angeschafft, mit 10.000 Lumen. Das ist so hell, wenn ich da jemanden ins Gesicht leuchte, der mir zu nahekommt, dann sieht der ein paar Sekunden nicht. Und das gibt mir ein Gefühl der Sicherheit. Heißt aber Selbstdisziplin, ich muss die Taschenlampe immer in die Hand nehmen, wenn ich das Haus verlasse. Bis zum Auto und auch vom Rathaus bis zum Auto.“

(Interview Bürgermeisterin, ländlich)

Antifeminismus: Einschüchterung als Strategie

Aus den Berichten der Kommunalpolitikerinnen und der zivilgesellschaftlich engagierten Frauen wird deutlich, dass sich die beschriebenen Beleidigungen und Angriffe sehr häufig gegen Frauen aufgrund ihres Geschlechts und gegen Menschen mit zugeschriebener Migrationsbiografie richten und auf Herabwürdigung und Einschüchterung aus frauenfeindlichen oder rassistischen Motiven abzielen.

*„Also bei uns passiert das auch im Stadtrat häufig. Also tatsächlich auch in den Reden. Das letzte war eine Frau und die hat es öffentlich gemacht im Stadtrat. Also wirklich so ganz schlimm unter der Gürtellinie. Der gesagt hat dumme F*** sogar. Sie hatte um Ruhe gebeten. Und da dreht sich der eine um und sagt ihr: ‚Du hast gar nichts zu sagen.‘“*

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre).

Es ist das Ziel solcher aggressiven und respektlosen Äußerungen und Handlungen, Frauen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die Anfeindungen sollen Frauen im Innersten treffen und ihnen das Selbstvertrauen und den Mut nehmen. So erzählt eine zivilgesellschaftlich Engagierte von schockierenden Erfahrungen von Frauen aus ihrem Umfeld:

„Zum Beispiel eine Freundin, die ist in [...] im Stadtrat für Die Grünen und was die sich anhören muss... Die kriegt auch Nachrichten von Vergewaltigungsfantasien über ihre Baby-Tochter. Ich will nicht sagen, wir müssen das abkönnen, sondern eigentlich muss man genau das bekämpfen, aber ich glaube, dieses Fell muss man sich erst mal zulegen. Also, ich weiß nicht, ob ich jeden Tag oder ständig so ein Fell hätte. [...] Ich bin überzeugt davon, dass das Frauen noch mal viel stärker trifft als Männer.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, städtisch)

Zum Teil wird in den Interviews die Befürchtung geäußert, dass Frauen verdrängt werden, sich weniger äußern, Sichtbarkeit vermeiden, sich sukzessive aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und damit die Errungenschaften der Emanzipation und der Frauenbewegung zunichtegemacht werden.

„Ich sehe, was es für Entwicklungen gibt im Land, also unter anderem auch das Thema ‚Frauen zurück an den Herd‘. Da hole ich ganz tief Luft, weil diese Strömung gibt es auch. Und ich hoffe einfach, dass sich das nicht durchsetzt, weil ich auch ein Stück weit das Gefühl habe, dass das Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung schon nach der Wende eine Rolle rückwärts gemacht hat. [...] Ich bin nicht so DDR-lastig, aber zumindest war das Thema dieser Gleichberechtigung selbstverständlich, und ich hoffe, dass wir da irgendwann hinkommen. Wir sind in vielen, vielen Bereichen schon dort, aber insgesamt habe ich gerade das Gefühl, dass es eher so Strömungen gibt, die wieder in eine andere Richtung galoppieren. Und da müssen wir unheimlich aufpassen, dass das nicht passiert.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Auswirkungen auf Motivation und Beteiligung

Fast keine der befragten Politikerinnen beabsichtigt, sich aufgrund der Bedrohungen aus der Politik zurückzuziehen oder nicht wieder zu kandidieren – teilweise wirkt das politische und gesellschaftliche Klima sogar als Ansporn. Jedoch wird beschrieben, dass die Einschüchterungsversuche durchaus zu Verhaltensänderungen führen. Die Politikerinnen überlegen bspw. genau, wie sie ihr Engagement gestalten und zu welchen Themen sie sich äußern. In der Forschung wird dieser Mechanismus als Silencing bezeichnet – jemanden zur Ruhe bringen und mundtot machen.³⁷ Beispiele dafür finden sich auch in den Interviews für die vorliegende Studie, wie das folgende Zitat einer Stadträtin:

„Das sehe ich hier, dass man die einfach gewähren lässt und dass da eben keiner von Amts wegen einschreitet, wenn wir im Rathaus tagen und dann die Freien Sachsen davor demonstrieren und unser aller Namen verlesen. [...] am liebsten noch mit Adresse. Das halte ich für brandgefährlich. Erstens mal, um Menschen für Engagement zu finden und auch für mich jetzt persönlich. [...] Wie weit mache ich hier meinen Mund auf? Also ich arbeite in der Sache und stehe in der Sache dahinter, aber ich schwinde mich jetzt nicht auf, um da groß bei Facebook durch den Kakao gezogen zu werden. Also, das ist einfach reiner Selbstschutz.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 48 Jahre)

³⁷ Vgl. Hartmann/Rahner 2023.

Mehrfach wird die Sorge geäußert, dass andere Personen, insbesondere Frauen, sich aufgrund des politischen und gesellschaftlichen Klimas und der geschilderten Bedrohungslage gegen eine Kandidatur für die Kommunalpolitik entscheiden könnten. In folgendem Zitat einer Stadträtin wird dabei auf die besondere Situation im ländlichen Raum hingewiesen.

„Dass die Leute auch resignieren, auch die, die sich engagieren. Ich bin da eher nicht so entmutigt, aber kann das auch verstehen, wenn Leute sagen, das ist mir zu viel oder habe ich auch Angst vor Anfeindungen. Oder jetzt in verschiedenen kleineren Dörfern und Ortschaften ist das ja auch noch mal was anderes.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 29 Jahre)

Die Ergebnisse der Fokusgruppen bestätigen diese Sorge: Tatsächlich führen die Teilnehmerinnen die Angst vor Bedrohungen, die gegen sie selbst oder gegen ihre Familienmitglieder gerichtet sind, häufig als Grund bzw. als einen der wichtigsten Gründe an, warum sie sich gegen eine Kandidatur für die Kommunalpolitik entschieden haben. Eine Teilnehmerin einer Fokusgruppe von Parteimitgliedern beschreibt es so:

„Ich will aber gerne noch einen anderen Aspekt einbringen, der mich die ganze Zeit tatsächlich sehr davon abgehalten hat. Wir sind ja hier durchaus in einem politischen Umfeld, wo wir nicht nur ein gelebtes Feindbild für viele sind, sondern tatsächlich auch vor Angriffen uns fürchten müssen. Also ganz tätliche Art. Und sich da auch mit dem Namen zu exponieren, sich an den Wahlkampfstand zu stellen, sich auch körperlichen Angriffen auszusetzen, vielleicht auch damit zu rechnen, dass man aufgesucht wird im Wohnumfeld. Das war für mich schon lange ein Bedrohungsszenario, wo man auch mit kleinen Kindern im Haushalt sich überlegt, ob man das auf sich nimmt.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Eine weitere Teilnehmerin bringt es so auf den Punkt:

„Social Media Hetze – wenn es das nicht mehr gäbe, das würde mich total motivieren!“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Stärkende Faktoren: Resilienz, Ressourcen und Netzwerke

Der Umgang mit den geschilderten Entwicklungen erfordert starke Ressourcen zur emotionalen Stressbewältigung. Stress ist hier zu verstehen als emotionaler Druck, der mit bedrohlichen Situationen einhergeht. Die Politikerinnen entwickeln im Umgang damit unterschiedliche Strategien und nutzen die Bandbreite der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Teilweise gelingt es ihnen, sich in eine innere Distanz zu Angriffen und Beleidigungen zu versetzen, indem sie bspw. zwischen ihrer Rolle als Politikerin und ihrer Persönlichkeit klar unterscheiden.

„Das ist was, was man total lernen muss. [...] Ich habe mir selber so eine Teflon-Schicht übergezogen. Also ich bin in der Rolle der Bürgermeisterin unterwegs. Wenn ich am Abend in den sozialen Medien unterwegs bin, bin ich immer die Bürgermeisterin. Und egal, was man dort schreibt, das kommt nicht an mich ran. [...] Das ist eine Rolle, die ich jetzt letztendlich auch spiele, nur das hält mich gesund. Die gehen nicht gegen mich vor, die gehen gegen die Bürgermeisterin vor. Und ja, die trifft auch mal Entscheidungen, die gefallen nicht allen. Und da hört sie sich auch Kritik an und die ist manchmal auch unter der Gürtellinie.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Eine wichtige Bedeutung haben soziale Ressourcen, auf welche die Politikerinnen im nächsten und umliegenden Umfeld zurückgreifen können. Häufig wird auf die stärkende Rolle des Partners/der Partnerin verwiesen und auf persönliche Netzwerke, auch Frauennetzwerke. In diesem Zusammenhang erzählt eine Bürgermeisterin von starker Unterstützung, die sie in einer spezifischen, besonders schwierigen politischen Situation erhalten hat:

„Also erst einmal wieder die Familie als klarer Rückhalt auch und natürlich auch unter den Kollegen und auch in der Bürgerschaft. Also es gab mehr Unterstützung als die, die mich bedroht haben.“

(Interview: ehemalige Bürgermeisterin, städtisch, 68 Jahre)

Die Frauen bauen sich ihre eigenen Netzwerke auf, teilweise wird hier von überfraktioneller Zusammenarbeit von Frauen im Rat berichtet, teilweise von der Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen. Darüber hinaus finden die Frauen Stärkung in Angeboten, welche durch Gleichstellungsstrukturen auf kommunaler sowie Landes- oder Bundesebene ermöglicht werden. Dazu gehören überparteiliche Mentoring-Programme sowie Veranstaltungen im Rahmen der Programme des Landesfrauenrates.

„Ja, das war wirklich eine schöne Erfahrung. Und das hat mir gezeigt, wie bestärkend es ist, mit anderen Frauen in Kontakt zu sein, die in der Kommunalpolitik oder überhaupt in der Politik sind. [...] Das hat mir persönlich einen richtigen Schub und auch wieder Motivation gegeben. Also für mich persönlich ist so eine Struktur sehr wichtig.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Das Auftanken, das Gewinnen von Kraft ist ein Teil der Strategie im Umgang mit Beleidigungen und Bedrohungen. Der andere Teil ist Prävention und Gegenwehr. Die Politikerinnen wappnen sich, informieren sich gezielt über Möglichkeiten, sich zu schützen und greifen dabei auf Informationsangebote wie bspw. eine Schulung für Bürgermeisterinnen zum Umgang mit Bedrohungen durch das Land Sachsen zurück. Teilweise prüfen sie die strafrechtliche Relevanz von Vorfällen und bringen diese zur Anzeige.

„Man muss sich gegen alles wehren, man muss alles zur Anzeige bringen. Da bin ich auch überhaupt nicht mehr tolerant, sondern wer meint, dass er mich oder die Person der Bürgermeisterin da bedrohen muss, der muss damit rechnen, dass ich dagegen vorgehe.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Alle sind gefordert: Bedarf an Unterstützung und Schutz

Die Kommunalpolitikerinnen wünschen sich mehr Rückenstärkung in ihrem politischen Engagement zunächst von den Bürgerinnen und Bürgern:

„Also es ist die Wertschätzung. Aber ich glaube, da sind wir auch selber allemal ein Stück weit in der Verantwortung, dass man einfach nicht immer sagt: Die auf dem Rathaus. Bei uns gibt es so einen Spruch ‚Die auf dem Rathaus‘. Da sind die Leute, die im Stadtrat sind, mit gemeint. Und dass wir sagen, also das sind nicht die auf dem Rathaus. [Unser Ort], da gehören wir alle zusammen.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 63 Jahre)

Es geht ihnen nicht darum, dass ihre politischen Haltungen und Entscheidungen die einzig richtigen wären und sie Probleme mit anderen Meinungen hätten. Es geht darum, wie diese Meinungen geäußert werden, wie politische Diskussionen und Auseinandersetzungen gestaltet werden, damit eine gemeinsame Meinungs- und Willensbildung überhaupt möglich ist:

„Also, wir sollten an vielen Ecken wieder mehr anfangen, mehr Respekt, mehr das Gegenüber zu schätzen, zu lernen, wie man ordentlich miteinander diskutiert und sich auch mal unterhalten kann oder diskutieren kann, ohne dass es immer gleich in einem persönlichen Angriff endet oder mit persönlichen Befindlichkeiten. Das große gemeinsame Wir-denken.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Eine Kommunalpolitikerin merkt an, dass Politikerinnen im Fall von öffentlichen Beleidigungen oder Angriffen Solidarität brauchen, und zwar neben persönlicher Bestärkung auch aktive Unterstützung:

„Da hat einer unter irgendwas daruntergeschrieben: Macht, dass die wegkommt. [...] Und dann hat der Vorstand des Sportvereins zu mir gesagt: ‚Ach, da brauchst du dir nichts daraus zu machen: Es wäre trotzdem schön gewesen, wenn jemand daruntergeschrieben hätte: Hör auf, solches Zeug zu schreiben. Oder: Überlege, schalte dein Hirn ein, bevor du so was schreibst. Auf der anderen Seite habe ich das auch noch nie bei der [...] gemacht. [...] Hätte ich genauso mal darunterschreiben können. Lest es bitte noch mal durch und überlegt genau, was da rauskommt. Da wünsche ich mir schon ein bisschen mehr Solidarität.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Eine wichtige Rolle spielen auch die Medien. Nicht selten geben diese veraltete Rollenklischees weiter und tragen zur Normalisierung einer Kultur aggressiver verbaler Angriffe bis hin zu Bedrohungen bei. Eine Politikerin wünscht sich in der medialen Berichterstattung eine deutlichere Positionierung gegen Beleidigungen und Bedrohungen:

„Wenn es in dem Mandat in irgendeiner Art und Weise zu Beeinträchtigungen, Bedrohungslagen und so weiter, kommt, dass das ganz klar gesellschaftlich eigentlich nicht geduldet wird. Dass man damit umgeht. Und dass da nicht die Medien noch mehr mit draufspringen und das toll finden, dass das passiert ist. Sondern ganz klar das vermitteln, dass das überhaupt nicht geht.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

In der unmittelbaren Ratsarbeit fühlen sich die Kommunalpolitikerinnen teilweise durch die Versammlungsleitung zu wenig unterstützt (s. o.). Geschildert wurde auch ein Fall, in dem zwei weibliche Abgeordnete von einem Ratskollegen mit Videonachrichten belästigt wurden. Dieser Fall wurde zur Anzeige gebracht und dem Bürgermeister bekanntgegeben. Dieser hatte zwar mit dem betreffenden Abgeordneten gesprochen, doch die Frauen erhielten nie eine Entschuldigung, und die Vorfälle wurde nicht in der Ratssitzung zum Thema gemacht. Letztlich fühlten sich die betroffenen Frauen damit sowohl im Konkreten als auch in Bezug auf zukünftige Fälle nicht ausreichend unterstützt. Der Fall wurde nicht genutzt, um derartiges Verhalten im Rat für die Zukunft zu unterbinden und den Frauen, aber auch allen anderen Abgeordneten, damit eine Sicherheit zu geben, auf die sie sich im Zweifelsfall beziehen können.

Darüber hinaus wird vereinzelt Unverständnis geäußert, dass in öffentlichen Räumen Willensbekundungen geduldet und Symbole gezeigt werden, ohne dass hier die Polizei oder die Behörden einschreiten. Es entsteht dadurch zum einen ein

bedrohliches Klima. Menschen trauen sich nicht mehr auf die Straße, meiden bestimmte Gegenden. Zum anderen wird der aggressiven Willensbekundung kein Einhalt geboten und damit eine Normalisierung dieser bedrohlichen Stimmung erreicht. Hier wird teilweise ein Aufgeben, ein gewisser Fatalismus seitens der Versammlungsbehörde (dem Landkreis) und der Ordnungskräfte der Polizei wahrgenommen. Eine Kommunalpolitikerin unterstreicht, dass sie sich im Umgang mit Reichsbürgern „von den übergeordneten Behörden ein Stück weit alleingelassen fühlt“.

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Das Land Sachsen bietet Beratung im Fall von Bedrohungen an, das wird in mehreren Interviews von Kommunalpolitikerinnen positiv hervorgehoben. Eine Kommunalpolitikerin wünscht sich zusätzlich eine Anlaufstelle mit psychologischer Begleitung. Ein darüberhinausgehender Schutz im Alltag erscheint zwar wünschenswert, praktisch allerdings kaum umsetzbar, wie das folgende Zitat illustriert:

„Da gibt es eine Informationsbroschüre vom Sächsischen Justizministerium, wo man sich hinwenden kann. Wie gehe ich mit solchen Situationen um? An wen kann ich mich wenden? Also da, wo ich es für erforderlich gehalten habe, habe ich die Polizei auch eingeschaltet. Ja, ich weiß nicht, was richtig sein könnte. Dann bräuchten Sie tatsächlich einen Wachschutz vor dem Haus. Aber was bewirkt das? Dann bin ich doch keine Bürgermeisterin, wenn ich mir hier den Wachschutz vor das Haus stelle.“
(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Teilweise schildern die Kommunalpolitikerinnen auch starke Unterstützung, die sie gerade aufgrund ihres Engagements gegen extrem rechte Kräfte erhalten und die ihnen viel Kraft gibt und ihre Resilienz im Umgang mit Anfeindungen stärkt. Eine Bürgermeisterin schildert diese Situation – Bedrohungen auf der einen, Unterstützung auf der anderen Seite – im Rückblick auf die Zeit im Jahr 2015 folgendermaßen.

„Also ich habe viel erleben müssen, was jetzt Bedrohung und sowas betrifft, was jetzt wieder diskutiert wird [...] vor allen Dingen 2015, als es mit der Flüchtlingspolitik losging, wo ich ja auch vertreten habe, klar, es ist schwierig, so viele Personen unterzubringen. Aber wir haben diese Aufgabe, und die Leute müssen menschenwürdig untergebracht werden. Und da habe ich schon viel, viel auch Bedrohungen erlebt, aber eben auch viel, viel Zuspruch und viel Unterstützung. Und der Zuspruch und die Unterstützung waren eigentlich immer dominanter als der Ärger und auch die Angst, die ich doch schon teilweise hatte.“

(Interview: Ehemalige Bürgermeisterin, städtisch, 68 Jahre)

Jetzt erst recht! Anstoß zum Engagement

Für mehrere Kommunalpolitikerinnen war bzw. ist das Erstarken antidemokratischer Kräfte, der zunehmende Populismus in politischen Debatten und Forderungen ebenso wie die wachsende Bedrohungslage ein starker Antrieb, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren und für ein Mandat zu kandidieren. Mehrere Kommunalpolitikerinnen schildern dies als Initialmoment für ihre Kandidatur für die Kommunalpolitik.

„Die Stadtpolitik droht zunehmend von rechten Kräften übernommen zu werden. [...] Es ist einer meiner Hauptantriebe gewesen, in die Stadtpolitik zu gehen, um dem etwas entgegenzusetzen. Weil ich finde, dass diese Stadt in erster Linie, schlussendlich auch die Region, das nicht verdient, dass man diesen Kräften das Zepter überlässt. Und dass man dagegen was tun muss und sich dagegen stemmen muss im Rahmen seiner kleinen, bescheidenen Kräfte.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Für andere, langjährig kommunalpolitisch engagierte Interviewpartnerinnen wirkt die aktuelle politische und gesellschaftliche Stimmung als Motivator, trotz vieler Herausforderungen erneut zu kandidieren. So schildert eine Gemeinderätin, dass sie sich eigentlich gegen eine erneute Kandidatur entschieden hatte, schlussendlich aber aus den genannten Gründen erneut zur Wahl antritt:

„Also ich hatte jetzt im letzten Jahr gesagt: Gestalten ist nicht mehr, nur noch verwalten. Ich war sehr enttäuscht und habe gedacht, in anderen Initiativen kann man vielleicht mehr bewegen. Aber aufgrund der Situation und dann die Überlegung. Ein anderer sagt dann, ja, wenn du auch nicht mehr kandidierst, sind ja doch einige Stimmen. Und du bist ja schon länger drin. Das schaffst du auch noch die fünf Jahre. Und gerade aufgrund der Situation der aktuellen Lage habe ich mich dazu überwunden. Also habe ich gesagt, das mache ich jetzt noch mal auf jeden Fall.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 54 Jahre)

Die gesellschaftliche Entwicklung führt bei den aktiven Kommunalpolitikerinnen zum Teil auch dazu, sich verstärkt um die Gewinnung demokratisch engagierter Frauen und Männer für die Kommunalpolitik zu bemühen. Die Sorge vor den Folgen des Erstarkens extrem rechter Bewegungen und Parteien motiviert die Menschen, sich für den Erhalt der Demokratie zu engagieren:

„Ich habe viele Parteilose gefragt vor dem Hintergrund: Ihr wisst, was auf dem Spiel steht. Wir müssen einfach viele demokratische Kräfte sammeln. Und daraufhin haben wir, ich glaube, von den 90 haben wir, schon 20 Parteilose dabei.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 42 Jahre)

Im folgenden Zitat ist aufschlussreich dargestellt, wie sich der Aufruf zum Engagement für demokratische Werte mit dem Wunsch verbindet, die besonderen Chancen und Möglichkeiten, welche das eigene Bundesland aus der Sicht der Interviewpartnerin bietet, sichtbar zu machen und das zu oft einseitig gezeichnete Bild zu korrigieren.

„Es gibt auch in [...] und hier überall Menschen, die ganz andere Werte vertreten. Und das Ziel ist natürlich, dass auch die laut werden, und dass ganz Deutschland und von mir aus auch alle anderen sehen: Sachsen ist eben nicht nur blau und es gibt ganz, ganz viele, die was dagegen tun. Und da auch wütend darüber sind, dass unsere schöne Region, die so lebenswert ist und die so viele wunderbare Möglichkeiten hat. Weil hier eben Dinge schneller losgetreten werden können und weil man hier eben auch noch Möglichkeiten hat, was zu initiieren. [...] Und weil viele Dinge auch noch nicht vorhanden sind, die man hier auch schaffen kann. Umso wichtiger finde ich es, dass man wirklich sagt, ich rege mich darüber nicht nur auf, weil dann passiert nichts. Sondern ich gucke, was kann ich machen im Rahmen meiner Möglichkeiten. Und ja, je mehr man da dann reinkommt, umso mehr lernt man Menschen kennen, die das auch wollen und merkt ja, da geht was! Und das macht Spaß und dann macht man weiter. Das ist so. Also dieses eigentlich zeigen es gibt viel, viel mehr als das, was leider auch medial manchmal subjektiv dargestellt wird.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Vor Ort engagiert für Demokratie und Vielfalt

Die Frage, was man vor Ort, in den Kommunen selbst, tun kann, um der beschriebenen Polarisierung und dem Erstarken antidemokratischer Tendenzen und extrem rechter Bewegungen und Parteien etwas entgegenzusetzen, treibt viele der befragten Personen um. Viele engagieren sich in einer der zahlreichen Initiativen und Bündnisse, die in den letzten Jahren gewachsen sind und für Offenheit, Toleranz und ein solidarisches Miteinander eintreten.

„Ja, also tatsächlich bin ich noch Mitinitiatorin der Initiative ‚[Ort] gemeinsam‘. Die hat sich damals gegründet während dieser Corona-Protteste, die aus der Querdenker-Szene kamen. [...] Wir haben uns damals zusammengeschlossen und haben gesagt: Nein, also da müssen wir auch eine Stimme dagegensetzen. Und da hat sich diese Initiative gegründet, und wir sind weiterhin hier tätig.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Darüber hinaus wird in der Studie von einer Vielzahl von Initiativen berichtet, die zum Ziel haben, Menschen zu verbinden und durch gemeinsame Vorhaben insbesondere in ländlichen Regionen Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Dies können bspw. der Erhalt eines Freibades oder die Schaffung eines Kulturortes sowie vielfältige Angebote politischer Bildung und Gesprächsformate für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sein.

„Die Leute sagen, wenn es [den Verein] nicht gäbe, wir hätten nicht so viel Mut, wenn ihr nicht da wärt. Da ist ganz viel Mut und dann trauen sie sich. Wenn was da ist, dann kommt immer mehr. Wenn nichts da ist, dann kommt nichts mehr. Das ist das Problem. [...] Dann kommt die Unzufriedenheit und dann der Hass und der hat dann gutes Futter.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Im Falle dieser Initiative handelt es sich um einen Verein, der schon seit vielen Jahren vor Ort engagiert und gut verankert ist. Durch langfristiges Engagement konnte Vertrauen und Zusammenhalt aufgebaut werden.

Räume der Begegnung und Möglichkeiten des Gesprächs zu schaffen, ist nach Einschätzung vieler Befragter ein wirkungsvolles Mittel, um Polarisierung und antidemokratischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Eine Kommunalpolitikerin berichtet davon, dass sie sich als Rentnerin viel mehr Zeit nehmen kann, um informell das persönliche Gespräch zu suchen, sich jedoch auch ein institutionelles Format dafür wünscht:

„Also was wir gemerkt haben, was ganz viel hilft, was eben aber auch ein Zeitfaktor ist, ist diese persönliche Ansprache. Das merke ich jetzt schon, wenn ich über den Markt gehe, (...) das sind so Orte der Begegnung, wo man einfach mal mit den Leuten reden kann. Und sowas muss uns irgendwie durch ein Format gelingen, dass wir an die Menschen rankommen. [...] Aber wir haben schon ein paar Mal überlegt, wir haben kein Format, wie uns das gelingen könnte.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 63 Jahre)

Eine Bürgermeisterin hat für ihren Ort wiederum ein Format gefunden, das sich für sie bewährt hat. Sie hat einen Bürgerdialog entwickelt und lädt regelmäßig ins Rathaus ein:

„Ich für mich selber habe einen Weg gefunden, wie ich mit der aktuellen Lage klar- komme, indem ich Bürgerdialoge anbiete und die Leute von der Straße zu mir reinhole. [...] Also ich versuche immer am Anfang zu erklären, dass es heute nicht darum geht, jemanden von meiner Meinung zu überzeugen und dass ich erwarte, dass niemand auf die Idee kommt, mich von seiner Meinung zu überzeugen. Aber was mir wichtig ist, durch dessen Brille einfach mal zu gucken.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Sie nutzt dieses Format auch, um Menschen zu weiterführenden Gesprächen über die Wirkungsweise von Kommunalpolitik zu informieren und schätzt ihre Wirksamkeit durch die persönlichen Einladungen hoch ein:

„Ich habe immer wöchentlich zum Kaffee eingeladen, wo mindestens immer eine Person da war, immer mit dem Ziel, lasst euch in der nächsten Kommunalwahl für 2024 aufstellen. Ich wollte das eigentlich für Frauen machen, aber der Bedarf auch bei den unerfahrenen Männern ist genauso groß. Und dann habe ich mir gesagt, gut, Hauptsache es sind engagierte Leute, die sich aufstellen lassen. Und die Erfahrung, wenn ich die gezielt anspreche, kommen die sogar, egal welche Fraktion ihr Herz berührt. Aber ich sage mir jetzt nach dieser Runde, es hat sich gelohnt. Und auch, wo ich sehe, was die anderen für Personen auf ihren Listen stehen haben. Sowohl Frauen als auch Männer, die alle durch dieses Gespräch irgendwie durchgegangen sind. Also für mich ist das ein totaler Erfolg.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

In einer Kommune ist es gelungen, noch aus der Zeit der Friedlichen Revolution Teilnehmungsformate wie Runde Tische aufrechtzuerhalten. Diese werden regelmäßig durchgeführt und geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Teilnehmung. Auf die Teilnehmung im Ort habe das sehr positive Wirkung, so die Bürgermeisterin:

„Wir haben einen Runden Tisch der Sozialverbände, einen Runden Tisch der Kulturschaffenden, wir haben ein Sozialforum, ein Bildungsforum, wir haben ganz viele Vernetzungstammtische. Also so nach der Wendezeit, da gab es immer die Runden Tische, die haben wir uns alle erhalten hier. [...] Das ist das, was wir geschafft haben, dass dieses Mitmachen noch erhalten ist, diese Motivation, rauszugehen und mitzumachen und sich nicht in Isolation verkriechen. Wenn ich was erreicht habe, dann das – diese Ermutigung, dass die Leute rausgehen bis zum hohen Alter.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Zeichen zu setzen, sich klar abzugrenzen und damit offene Räume zu schaffen, dafür sind viele der Befragten im Einsatz. Eine Kommunalpolitikerin beschreibt, wie sie sich persönlich auf einem Fest positioniert hat:

„Oder jetzt beim kleinen Dorffest. Als ich gefragt wurde, was ich gerne mache. Da habe ich auch gleich gesagt, bestimmte T-Shirts möchte ich nicht sehen. Oder bestimmte Fahnen, die ja jetzt nicht verfassungswidrig sind. Aber auf jeden Fall in die Richtung gehen. Was vielleicht nicht alle so im Dorf wissen. Da habe ich ein Problem damit. Und ich würde sofort dann aufhören. Das ist für die also ganz okay, wenn man das ganz offen sagt. Weil man ja irgendwo sich beteiligt.“

(Interview: Gemeinderätin, ländlich, 54 Jahre)

In der Führung der Ratssitzungen kommt den Bürgermeisterinnen und den Landräten eine Schlüsselrolle zu, um dem oben beschriebenen rauen, destruktiven Umgangston Einhalt zu gebieten. Eine der befragten Bürgermeisterinnen beschreibt ihr Vorgehen folgendermaßen:

„Ich lasse keine Quatschrunden zu, ich schreite da ein und ich habe einen extremen Wertekompass. Wenn ich das Gefühl habe, dass der in irgendeiner Form gerade angegriffen wird, dann frage ich nach, ob ich das jetzt richtig verstanden habe und stelle da ganz klar meinen Standpunkt hin, dass bei mir im Rathaus so nicht gesprochen wird.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Positive Erfahrungen mit einer guten Versammlungsführung werden vereinzelt auch von den Kommunalpolitikerinnen beschrieben. Diese Stimmen spiegelt das folgende Zitat einer Stadträtin wider, das zum Abschluss dieses Kapitels auch einen ermutigenden Ausblick gibt:

„Im Moment ist es eigentlich die pure Freude. Ich habe einen sehr, sehr guten Stadtrat, einen fantastischen Bürgermeister. Und wir leben hier ganz schöne, pragmatische, zukunftsgerichtete, konsensorientierte Politik. [...] Es ist eine sehr gute Diskussionskultur. Jeder kann jederzeit zu Wort kommen, wenn er was zu sagen hat. Jeder kann sich entsprechend seiner Fähigkeiten und seiner Berufung einbringen.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 57 Jahre)

8. Schwerpunkt: Die Bedeutung von Frauen

In der Studie wurde auch danach gefragt, welche Gründe aus Sicht der Interviewpartnerinnen für mehr Frauen in der Kommunalpolitik sprechen und ob und wie sich das politische Geschehen über die Präsenz von Frauen verändert. So unterschiedlich die politischen Haltungen und Einstellungen, wie bspw. zu Quoten auch sein mögen, so sind sich die Interviewpartnerinnen doch in der großen Mehrheit darin einig, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen kein nice to have, sondern eine demokratische Notwendigkeit darstellt.

„Für mich ist es tatsächlich eine Frage der Repräsentation und der Demokratie. Diejenigen, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollen sie auch beeinflussen können.“

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

In den Interviews und Fokusgruppen werden neben der Repräsentation von Frauen immer wieder auch die fehlenden Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. nicht-weißen Menschen oder Menschen mit geringem Einkommen genannt. Ebenso werden von unterschiedlichen Studienteilnehmerinnen Defizite in der Repräsentation von Menschen nicht-binärer Gender, queerer Menschen oder Menschen mit Behinderung betont.

Auch der positive Einfluss von Frauen auf die Kommunikation und Umgangsformen, also letztlich auf die gute Zusammenarbeit im Rat und in anderen Gremien, wird in der Studie mehrfach thematisiert.

Gleichberechtigte Repräsentation

Vielfach wird in der Studie die Notwendigkeit der Vielfalt von Perspektiven und Erfahrungen hervorgehoben.

„Wenn eine Kultur entsteht, in der nur eine bestimmte, in sich homogene Gruppe Entscheidungen trifft, werden die Entscheidungen schlechter. [...] Das ist schlicht die Frage, ob Entscheidungen gut genug sind, wenn man die Hälfte der Leute oder mehr als die Hälfte der Leute nicht mitdenkt und nicht repräsentiert ist?“

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Wenn es um gleichberechtigte Repräsentation von Frauen geht, spricht sich ein Teil der Befragten nicht nur allgemein dafür aus, dass diese erstrebenswert sei, sondern sieht konkret auch die paritätische Besetzung als Ziel.

„Also ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass Frauen in der Kommunalpolitik vertreten sind. Sowohl in den Parteien in der Programmarbeit als auch in den Mandatsgremien der Stadt und der Kommunalpolitik. Und das tatsächlich paritätisch.“

(Fokusgruppe Parteien: Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ziel der Parität findet sich dabei durchaus auch bei Frauen aus dem konservativen Spektrum.

„Die Rolle ist, 50 Prozent der Gesellschaft da abzubilden, wo gestaltet wird, wo was gesagt wird und Entscheidungen getroffen werden. So verstehe ich das, dass wir nicht nur Beiwerk sind oder auch mitmachen dürfen, sondern genau die 50 Prozent abbilden, die wir in der Gesellschaft ausmachen.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Und selbst die Stimmen, die bezüglich Quoten und paritätischer Besetzung zurückhaltender sind, räumen die Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik ein.

„Je mehr eigene role models irgendwo sitzen oder Entscheidungen mit treffen, umso mehr fühlt man sich vertreten. [...] Wenn es die weibliche Perspektive nicht gibt, werden auch keine Entscheidungen für uns getroffen. Und vor dem Hintergrund macht es auf jeden Fall Sinn, die Notwendigkeit ist da.“

(Fokusgruppe Parteien: FDP)

Eine Frau aus der SPD betont, dass die Beteiligung von Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen ein großes Potenzial zur Veränderung mit sich bringt, an benachteiligenden Verhältnissen tatsächlich etwas zu verändern.

„Ich habe das Gefühl, dass Menschen mit sehr vielen Privilegien eher einen Hang dazu haben, den Status quo zu verteidigen [...] und dass Menschen, die nicht so viele Privilegien haben, natürlich in Abstufung, stärker einen Leidensdruck verspüren, an gesellschaftlichen Verhältnissen was ändern zu müssen. Und dadurch entsteht natürlich noch mal ein ganz anderes Engagement, ein ganz anderes Involvement, also eine ganz andere Aktivierung für Veränderungen.“

(Fokusgruppe Parteien: SPD)

Perspektivenvielfalt und Themen

Perspektiven von Frauen wie auch von anderen, bisher unterrepräsentierten Gruppen in der Politik stärker einzubinden, ist für viele der befragten Frauen aus unterschiedlichen Gründen wichtig.

Mit dem auch aus der Wirtschaft bekannten Argument, dass gemischte Teams erfolgreicher seien, wird auf die unzureichende Beteiligung von weiteren Gruppen hingewiesen, wie sich in diesem (selbst-)kritischen Kommentar einer Befragten der CDU zeigt:

„Ich halte schon immer sehr viel von heterogenen Teams in der Zusammensetzung, so wie Alt und Jung, divers. Das sind die Teams, die am erfolgreichsten sind. Gerade auch in der Politik ist es wirklich wichtig, dass wir alle Bereiche der Gesellschaft abbilden und eben nicht nur eine männliche, homogene Gruppe, die sich leider sehr häufig gerade bei den konservativen Parteien, wie der CDU, wiederfindet.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 53 Jahre, CDU)

Vielen der Interviewpartnerinnen ist die Vielfalt der Perspektiven wichtig und sie nehmen die Zusammensetzung vieler kommunalpolitischer Gremien als einseitig und somit unzureichend wahr:

„Das Thema Diversität oder auch Lebenswelten, das versuche ich auch immer als Argument zu nutzen, dass eben die Leute, die da sitzen, zu alt sind und zu wenig Schnittmengen haben mit verschiedenen Lebenswelten oder denken, sie hätten Ahnung von Jugendlichen, bloß weil sie vielleicht selber auch Kinder oder Enkel haben. Na klar, Repräsentation aber eben auch Erfahrung auf die Sicht auf verschiedene Themen.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 39 Jahre)

Vor allem bei Themen, die sich nicht nur, aber auch wegen bestehender Rollenbilder, in den Lebenswelten von Frauen und Männern unterschiedlich auswirken, sei es wichtig Frauen einzubeziehen. Da die Sorgearbeit mehrheitlich aktuell nach wie vor bei den Frauen liegt, betonen die Befragten in der Studie mehrfach, dass diese Themen dann auch durch die Frauen selbst eingebracht werden sollten, weil dies einen unmittelbaren Einfluss auf die Tragfähigkeit der politischen Lösungen im Themenfeld habe.

„Gerade im kommunalen Bereich geht es um Kinderbetreuung, um Verkehrswege und solche Sachen, von denen Frauen oftmals noch viel stärker betroffen sind in ihrem Alltag, wenn es darum geht, wo ist die nächste Kita, wie kommt mein Kind alleine in die Schule? Und wenn wir das alles den Männern überlassen, kann das nie so besonders schlau sein.“

(Fokusgruppe Parteien: Die Linke)

Perspektivenvielfalt äußert sich in unterschiedlicher Hinsicht und bedeutet, dass bei Themen, die klassischerweise nicht den Frauen zugeschrieben werden, die aber Frauen dennoch anders betreffen als Männer, wertvolle Impulse einfließen können, so wie im folgend erwähnten Beispiel zum Thema Stadtplanung. Gleichzeitig verdeutlicht es auch die teils abweichende Art und Weise zu entscheiden, die Frauen im Vergleich mit Männern laut der Befragten unterscheidet.

„Da nehme ich gerne ein Beispiel, weil ich aus dem Bereich Stadtplanung komme. Städte sind für Männer gebaut. Weil die aus männlichen Perspektiven heraus gebaut worden sind. Sie sind insbesondere für Autos in Deutschland gebaut. Weil das unser Industrieland ist und unser Fortbewegungsmittel Nummer eins. Aber sie berücksichtigen überhaupt nicht andere Interessen, die im Alltag noch eine Rolle spielen können. Und das sehen Sie auch daran, wie Aufenthaltsqualität gestaltet wird. Und wenn Sie Frauen einen öffentlichen Ort planen lassen, wird der auf jeden Fall anders aussehen. [...] Wir betrachten Räume einfach anders. [...] Und wenn es um weitere kommunalpolitische Entscheidungen geht, ist es natürlich immer wichtig, dass noch mal mit aus der Perspektive zu sehen. Weil Männer oftmals dazu neigen, vorschnelle Entscheidungen zu treffen.“

(Interview: Bürgermeisterin, städtisch)

Mehrfach wird in den Interviews hervorgehoben, dass Frauen in der Politik zuweilen ein besseres Feingefühl für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger hätten. Eine sachverständige Bürgerin hat beobachtet, dass sich die Frauen häufiger darauf beziehen, was sie aus Gesprächen mit der Bürgerschaft mitnehmen und diese Perspektiven in die Gremienarbeit einfließen lassen.

Einem Teil der befragten Frauen ist bei der Diskussion um sogenannte Frauenthemen jedoch auch wichtig, damit keine klischeehaften Themenzuschreibungen zu verfestigen. Sie betonen, dass es per se keine ‚Frauenthemen‘ oder ‚Männertemen‘ gibt, sondern alle Themen auch von Frauen besetzt werden können.

„Also ich denke, dass es jetzt nicht unbedingt thematisch so abgrenzbar ist. Weil, es wird immer so in Schubladen gedacht, dass Frauen besser sich um soziale Themen kümmern können. Es gibt ja durchaus auch Frauen, die zum Beispiel gut mit Finanzen umgehen können oder sich da in dem Bereich Kenntnisse aufgebaut haben. Also würde ich das nicht an den Themen festmachen.“

(Fokusgruppe Parteien: CDU)

Verbesserung der Kommunikation und Umgangsformen

Ein weiterer Aspekt, den die befragten Kommunalpolitikerinnen für relevant halten, ist der Einfluss auf die Umgangsformen und die Diskussionskultur, der mehrheitlich als positiv beschrieben wird. Die Diskussionskultur und das Miteinander sei insbesondere in Frauenrunden anders, sagt zum Beispiel diese Mandatsträgerin:

„Aber eben auch der Umgang. Also merke ich ja auch, wenn ich in Frauenrunden bin, das Miteinander ist da ein anderes. Also quasi auch die Diskussionskultur oder Gesprächskultur.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 39 Jahre)

Aber auch in gemischten Runden wirke sich die Anwesenheit von Frauen bzw. die Mischung positiv aus:

„Also der erste Punkt ist schon mal die Gesprächskultur. Es ist ein ganz anderes miteinander sprechen, wenn eine Mischung ist und nicht bloß eine reine Männerrunde.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Das liegt laut den Befragten unter anderem daran, dass Frauen in ihrer Kommunikation empathischer seien, nach Kompromissen und mehrheitsfähigen Lösungen suchten und dabei auch zwischen Positionen zu vermitteln versuchen, um einen Konsens zu finden. Die positive Wirkung von Frauen auf die Ratsarbeit bestätigen dabei nicht nur die befragten Kommunalpolitikerinnen, sondern auch die zivilgesellschaftlich und in Parteien engagierten Frauen berufen sich auf diese Erfahrungen.

„Dann würde ich noch ergänzen zu meiner Anmerkung von vorhin, was die Vielfalt angeht, dass ich glaube, dass Frauen auch anders debattieren. Also wenn es um strittige Themen geht, findet der Diskurs in einer anderen Weise statt. Ich glaube, dass Frauen gerade auch in den politischen Themen transparenter und mitteilbarer sind im Schnitt. Man (kann) das alles nicht verallgemeinern, aber das ist meine Wahrnehmung, dass da mehr Gesprächsbedarf und mehr Gesprächsbereitschaft ist.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Freizeit, Sport & Kultur, ländlich)

Auch an dieser Stelle bleibt es wichtig, Rollenklischees zu den unterschiedlichen Geschlechtern nicht zu verfestigen, sondern differenziert darauf zu blicken, wenn gleich die aktuell typisch weiblich konnotierten Stärken in der Studie vielfach betont werden.

„Und dann sage ich jetzt wieder nicht alle Frauen, aber sozusagen mehrheitlich die Frauen, haben tendenziell einen anderen Blick, teilweise. Und eine andere Art der Kommunikation wie Männer. Deswegen [sind sie] unendlich wichtig.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Dass Frauen in der Politik so manches Mal entgegen dem Klischee die Sachlicheren sind, berichtet bspw. diese Stadträtin:

„Was mir immer wieder auffällt, dass wir Frauen auf einer ganz anderen Ebene uns unterhalten und begegnen. Also, man hätte eigentlich denken können, dass die Frauen emotionaler sind. Ich erlebe es eher umgekehrt, sodass wir da vielleicht eher die Bedachten und Ruhigen sind. Und das heißt nicht, dass Frauen nicht auch energisch sein können.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Auch von denjenigen, die nicht in der Kommunalpolitik aktiv sind, wird der positive Aspekt der Partizipation von Frauen gesehen. Eine zivilgesellschaftlich engagierte Frau betont:

„Auch, wenn ich nicht in der Kommunalpolitik tätig bin, bin ich der Meinung, dass Frauen auch zu einem ausgewogeneren Klima beitragen können. Gerade in der rauen politischen Auseinandersetzung wäre es gut, das Korrektiv, ich sage jetzt mal, weiblicher Sprechweise oder weiblichem Verhandlungsgeschick, man kann da immer definieren, was ist das, aber das wäre vielleicht auch mal für das politische Klima besser.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, städtisch)

Um sich erfolgreich in der Politik zu behaupten, benötigen Politikerinnen ein breites Spektrum an Verhaltensweisen, zu denen auch einmal konfrontative Kommunikationsformen gehören. Ohne Frauen auf bestimmte Verhaltensweisen festzulegen, die zudem häufig als gesellschaftliche Erwartungshaltung an sie herangetragen werden, wie zahlreiche Studien zeigen³⁸, lässt sich dennoch sagen, dass viele der befragten Frauen sich darüber einig sind, dass die Anwesenheit von mehr Frauen einen positiven Einfluss auf das Klima und das Miteinander in den Räten und der politischen Arbeit hat. Dies ist nicht zuletzt angesichts der politischen Gesamtlage ein nicht zu unterschätzender Faktor.

³⁸ Vgl. Lukoschat/Köcher 2021 und Lukoschat/Belschner 2015.

8. Handlungsempfehlungen

Was sollte getan werden, um Geschlechtergerechtigkeit in der Politik zu fördern und vorhandene Hürden weiter abzubauen? Wo liegen Hebel, wo sind die Stellschrauben? Eine zentrale Fragestellung der Studie war, welche Instrumente und Maßnahmen aus Sicht der befragten Frauen geeignet sind, um die Situation zu verbessern (s. Kapitel 4). Sie haben uns eine Vielzahl von Empfehlungen mitgegeben. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung der in der Ausgangslage dargestellten Forschungen und unserer Untersuchungsergebnisse haben wir zentrale Handlungsfelder identifiziert. Sie werden im Folgenden vorgestellt.

Die Empfehlungen richten sich an verschiedene Akteursgruppen: An die Landesregierung und die kommunalen Verwaltungen, an Parteien und Wählergemeinschaften, an Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Fraueninitiativen (wie der Landesfrauenrat Sachsen e.V., der Sächsische Landfrauenverband e.V., Frauenserviceclubs etc.) und an weitere Akteursgruppen wie den Sächsischen Städte- und Gemeindetag, den Sächsischen Landkreistag, politische Stiftungen und Einrichtungen der politischen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, an Ausbildungsinstitutionen und nicht zuletzt an die Bundesregierung. Sie alle können einen Beitrag zur geschlechtergerechten, vielfältigen Repräsentanz der Bevölkerung in der Kommunalpolitik und damit zur Stärkung der pluralistischen Demokratie leisten.

Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen

Ein breites Angebot an politischer Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene bildet die Grundlage, um das Verständnis für das Wesen und die Stärken der demokratischen Grundordnung zu fördern und ein Bewusstsein für die Möglichkeiten eigenen politischen Mitwirkens zu entwickeln. Dabei gilt es, Prozesse und Abläufe sowie Entscheidungen auf den unterschiedlichen Ebenen ebenso wie komplexe Einflussfaktoren einerseits verstehbar und andererseits erfahrbar zu machen. Denn Demokratieverständnis und Vertrauen in ihre Institutionen wächst durch die Erfahrung von Anerkennung und Teilhabe.

Eine wichtige Zielgruppe sind zunächst Kinder und Jugendliche. Bildungseinrichtungen sind gefordert, echte, reale Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung zu fördern. Kinder- und Jugendbeiräte sollten in den Kommunen einberufen werden, um die junge Generation zeitig an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds zu beteiligen. Aktuell sind solche Beiräte nach der Sächsischen Gemeindeordnung nur in einer Soll-Vorschrift vorgesehen, kein Muss, und viele Gemeinden haben diese bisher tatsächlich nicht umgesetzt. In der Studie wurde von einer Gemeinde

berichtet, die seit vielen Jahren gute Erfahrungen mit einem Demokratie-Projekt an der Schule macht und ein Jugendparlament installiert hat. Orte der Begegnung für Kinder- und Jugendliche jenseits ideologisch geprägter Angebote zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe, vor allem in ländlichen Regionen. In vielen Orten klafft hier eine Leerstelle, die nicht selten von rechtsextrem verankerten Akteuren und Gruppierungen gefüllt wird (vgl. Hanneforth/Nattke 2020; Dietrich/Schumacher 2022). Auch die Verknüpfung vorhandener Strukturen, wie bspw. Sportvereine oder Katastrophenschutz, mit politischer Bildung wäre ein geeigneter Weg, um Kinder und Jugendliche besser zu erreichen.

Denkbar wäre darüber hinaus, politische Bildung in Verbindung mit der Durchführung konkreter Mikroprojekte sowohl in der Kommunalpolitik als auch in Ausbildungs- und Studiengängen zu integrieren und dafür entsprechende Anerkennung im Rahmen der Ausbildungs- bzw. Studienordnung z. B. in Form von Credits zu geben.

Auch Erwachsene sind eine wichtige Zielgruppe politischer Bildung und Beteiligung, jedoch ungleich schwerer zu erreichen. In der Studie wurde bspw. von guten Erfahrungen mit dem Angebot eines Politikführerscheins durch die Volkshochschulen berichtet. Amts- und Mandatsträgerinnen sind gefordert, niedrigschwellige Gesprächsangebote zu entwickeln, um unterschiedliche Personengruppen zu erreichen. Eine Bürgermeisterin sprach bspw. davon, dass sie regelmäßig kleine Gruppen von Menschen ins Rathaus einlädt und mit ihnen in den Dialog tritt – um ihre Anliegen und Perspektiven besser zu verstehen und ihnen zugleich Wissen über die Entscheidungsbereiche und Abläufe in der Kommunalpolitik zu vermitteln. Das ist zusätzlicher zeitlicher Aufwand, der sich lohnt, um vielfältige Menschen jenseits der vorhanden formalen Strukturen von Vereinen und Verbänden vor Ort zu erreichen. Hilfreich wäre hierfür eine Struktur bzw. ein Programm, das unbürokratisch mit geringfügigen Mitteln unterstützt, damit im Rahmen solcher Einladungen bspw. in gewissem Umfang Bewirtung angeboten werden kann. Dies ist einerseits aus Gründen der Versorgung für bestimmte Formate notwendig und stellt darüber hinaus ein Zeichen der Wertschätzung dar.

Dialog und Informationsvermittlung können das Interesse an Beteiligung wecken und stärken. Dieses kann mit einer Vielzahl möglicher Formate aufgegriffen werden. Die Perspektiven des Stadtrats werden in dieser Form um die Perspektiven und Erfahrungen thematischer Beiräte wie Gleichstellungs- oder Integrationsbeiräte erweitert und eröffnen Möglichkeiten für eine breitere Beteiligung der Bürgerschaft – gerade auch mit Blick auf den Mangel an vielfältigen Perspektiven in der Kommunalpolitik. Die Stimmen jüngerer oder queerer Menschen, von Menschen mit Rassismuserfahrung, die Stimmen sozial schwächerer oder körperlich eingeschränkter Personen können auf diese Weise stärker in die Arbeit der kommunalen Vertretung einfließen. Ein Ort in der Studie hat bspw. sehr gute Erfahrungen mit Runden Tischen gemacht. In mehreren Kommunen wurden auch sehr gute Erfahrungen mit anlassbezogenen Formaten der

Bürgerbeteiligung gemacht, wie z. B. einem Projekt zur Gestaltung des Marktplatzes. Immer war dabei eine gute Zusammenarbeit bzw. Verzahnung mit dem Stadt- und Gemeinderat ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Formate der Beteiligung zu stärken, empfiehlt auch der Soziologe Steffen Mau. In seinem aktuellen Buch Ungleich vereint empfiehlt er vor dem Hintergrund des niedrigen Institutionenvertrauens in ostdeutschen Bundesländern die Entwicklung von Formaten, welche die aktuellen Möglichkeiten politischer Mitbestimmung flankierend erweitern und spricht sich für die Einrichtung von Bürgerräten mit weitgehenden Beratungsfunktionen aus (vgl. Mau 2024).

Mit der Einrichtung der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung, dem Sächsischen Beteiligungspreis und der begleitenden Initiative für den regelmäßigen, länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zu Beteiligungsformaten hat der Freistaat Sachsen wegweisende Anstrengungen unternommen, um über Wege der Beteiligung zu informieren, erfolgreiche Beispiele sichtbar zu machen und nicht zuletzt durch finanzielle Förderung die kommunalen Verwaltungen zu ermutigen, Formate der Bürgerbeteiligung vor Ort zu stärken. Dieser Weg sollte fortgesetzt und ausgebaut werden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Eine starke Zivilgesellschaft mit vielfältigen Initiativen und Vereinen und einer hohen Beteiligung von Frauen ist die Voraussetzung dafür, dass der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik wachsen kann. Der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements als Ausgangspunkt für kommunalpolitisches Engagement kommt vor diesem Hintergrund eine hohe Bedeutung zu. Dies kann durchaus bspw. durch niedrigschwellig und breit angelegte Förderangebote, wie den simul+Mitmachfonds gelingen.

Insbesondere in ländlichen Regionen fehlt es an Strukturen bzw. Angeboten, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten. Hinzu kommt, dass es für Vereine in ländlichen Räumen, u. a. aufgrund ihrer stärkeren Ausrichtung auf geselligkeitsorientierte Bereiche, im Vergleich mit Organisationen in städtischen Regionen, die stärker im Bildungsbereich angesiedelt sind, häufig schwieriger ist, Fördermittel zu erhalten. Denn kleinere Vereine verfügen selten über die personellen Ressourcen für eine aufwändige Mittelbeantragung und -abrechnung (vgl. Schubert et al. 2023). Öffentliche Mittel sind aber gerade in ostdeutschen Bundesländern in hohem Maße nötig, um die Zivilgesellschaft zu stärken, da diese im Vergleich zu Westdeutschland über weniger private Fördermittel und Ressourcen verfügt (vgl. Eckert et al. 2024).

Engagierte und Interessierte benötigen Rahmenbedingungen, die Engagement so einfach und so ansprechend wie möglich machen, insbesondere dann, wenn neue Initiativen entwickelt und Engagement-Strukturen aufgebaut werden sollen. Hier gilt es, den Blick nicht nur auf etablierte Vereine und Verbände zu richten, sondern gerade auch auf Initiativen, die jenseits formaler Strukturen anlassbezogen und temporär aktiv werden, denn hier sind besonders häufig junge Menschen und Frauen engagiert. Hilfreich ist eine Ansprechperson für Engagierte in der kommunalen Verwaltung, an die Initiativen Anfragen stellen können, z. B. zur kostenfreien Nutzung von Räumlichkeiten für Treffen oder Veranstaltungen oder wo sie weiterführende Informationen über Unterstützungsangebote auf Kreis- oder Landesebene erhalten. Teilweise gibt es Kommunen, die hier bereits Strukturen entwickelt haben. Jedoch sind diese häufig nicht transparent und werden daher nur von Personen in formalen Engagement-Strukturen genutzt, während neue bzw. informelle Initiativen keinen Zugang haben. Hier braucht es Transparenz und aktive Kommunikation, mindestens über die Webseite der Kommune.

Mit der Einrichtung der Ehrenamtsagentur, der Stärkung der Engagement-Stiftung Sachsen, den Förderprogrammen Wir für Sachsen, Soziale Orte und Orte der Demokratie sowie dem Programm Neulandgewinner vom Thünen-Institut für Regionalentwicklung und diversen weiteren Maßnahmen hat der Freistaat Sachsen die Rahmenbedingungen für Engagement in den letzten Jahren deutlich verbessert. Um nachhaltige Wirkung zu erzielen, wird die Fortführung und Weiterentwicklung der diesbezüglichen Strukturen und Programme nachdrücklich empfohlen.

Gleichstellungsstrukturen stärken

Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kommt vor Ort hohe Bedeutung zu: Sie initiieren Veranstaltungen und bringen Frauen und Unterstützer der Gleichstellung zusammen, sie bauen Netzwerke auf und stärken Fraueninitiativen, und sie tragen Gleichstellungsthemen der Region in die kommunalen Gremien. Vor allem kennen die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten die interessierten und engagierten Frauen in der Region und können diese über die so wichtige persönliche Ansprache motivieren und stärken. Alles in allem haben sie damit eine Schlüsselrolle inne. Aufgrund unzureichender Ressourcen können sie diese oft genug nur sehr begrenzt ausüben. Viele Kommunale Gleichstellungsbeauftragte arbeiten bis dato vielfach ehrenamtlich

oder mit sehr begrenzter Stundenzahl³⁹; sie verfügen nicht oder nur in sehr geringem Maße über ein eigenes Budget und erfahren oft genug keine oder mangelnde Wertschätzung durch Verwaltung und Gremien.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte benötigen zum einen ein ausreichendes zeitliches Budget, um diesen wichtigen Aufgaben nachkommen zu können. Die gesetzlichen Regelungen bieten hierzu zwar eine Orientierung, enthalten aber keine verbindlichen Regelungen für Kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Sie benötigen darüber hinaus eine übergreifende Unterstützungsstruktur, die neben vorhandenen Anlaufstellen wie dem Genderkompetenzzentrum Sachsen oder dem Landesfrauenrat auch temporäre und themenbezogene projektformige Unterstützung leistet. Ebenso benötigen sie niedrigschwellige Zugang zu Fördermitteln, welche bedarfsorientiert für die Unterstützung kleinerer, regionaler Initiativen von Frauen eingesetzt werden können, um bspw. Grundversorgung mit Verpflegung oder eine externe Referentin für eine Veranstaltung zu bezahlen oder Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Vor allem in ländlichen Regionen, wo es keine oder nur wenig Angebote für Frauen gibt, kommt den genannten Maßnahmen eine hohe Bedeutung zu.

Frauen ermutigen und vernetzen

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen bzw. -angeboten, die sich gezielt an Frauen richten, ist weiterhin hoch. Dazu gehören zunächst grundsätzliche Möglichkeiten der Vernetzung, des Austauschs und der Entwicklung gemeinsamer Initiativen. Angesichts der Minderheitensituation, in der sich Frauen im politischen Engagement befinden, ist dies eine überaus wichtige Ressource.

Überparteiliche Vernetzungs- und Informationsveranstaltungen sowie Seminarangebote, wie sie im Vorfeld der Kommunalwahlen 2024 u. a. durch den Landesfrauenrat Sachsen e.V. vielfach initiiert wurden, sind wirksam, auch über den Kreis der unmittelbar Teilnehmenden hinaus, wie unsere Studie zeigt. Besonders hilfreich und stärkend für die kommunalpolitisch interessierten Teilnehmerinnen ist der Austausch mit weiblichen Role Models, weil sie die Möglichkeiten kommunalpolitischen

³⁹ Die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten arbeiten auf der Grundlage von § 64 Abs. 2 Sächsische Gemeindeordnung bzw. § 60 Abs. 2 Sächsische Landkreisordeung. Im Rahmen der Gesetzgebung zum Sächsischen Gleichstellungsgesetz wurde der gesetzliche Auftrag der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten präzisiert, indem die Bereiche Familie, Beruf und Gesellschaft ausdrücklich in den Blick genommen werden. Die Regelung der Rahmenbedingungen bleibt weiterhin den Hauptsatzungen der Kommunen überlassen. Die Grenze der Einwohnerzahl, ab der die Aufgabe der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten hauptamtlich erfüllt werden soll, wird auf 17.000 reduziert. Hiermit wird der demografischen Entwicklung in den ländlichen Gebieten Rechnung getragen.

Engagements auf einer persönlichen Ebene erfahrbar machen. Diese Verknüpfung von Austausch, Information und Gespräch rückt kommunalpolitisches Engagement in den Bereich des Vorstellbaren, dessen, was man sich selbst zutraut und eröffnet Gelegenheiten, Frauen persönlich anzusprechen – wovon eine große Kraft ausgeht.

Frauen suchen den Austausch mit anderen, insbesondere mit Frauen, um Ausgrenzungserfahrungen zu verarbeiten und Resilienzstrategien zu entwickeln. Wirkungsvoll sind in diesem Kontext auch parteiübergreifende Angebote der Vernetzung mit anderen Amts- und Mandatsträgerinnen. Sie sind neben dem eigenen Familien- und Freundeskreis die wichtigste soziale Ressource von Kommunalpolitikerinnen (vgl. Blätte 2022). Längerfristig angelegte Angebote, wie vor allem Mentoring-Programme, in denen eine erfahrene Person (Mentorin oder Mentor) eine weniger erfahrene Frau (Mentee) über einen längeren Zeitraum begleitet, in Netzwerke einführt, Fragen beantwortet usw. erweisen sich als besonders hilfreich. Und zwar nicht nur im Vorfeld einer Wahl, wenn es darum geht, Frauen zu motivieren und zu gewinnen, sondern auch in der Begleitung des kommunalpolitischen Mandats (vgl. Lukoschat/Lohaus/Hempe 2022). Das ist in Sachsen gerade jetzt von hoher Bedeutung, da mit der Kommunalwahl 2024 viele neu gewählte Kommunalpolitikerinnen in die Räte einziehen. Sie brauchen Unterstützung, Stärkung ihrer Kompetenzen und sozialen Ressourcen, um dabei zu bleiben und sich einzubringen. Parteiübergreifenden Programmen und Strukturen, wie z. B. ein Stiftungsmodell⁴⁰, kommen angesichts der vergleichsweise geringen Relevanz von Parteien eine besondere Bedeutung zu.

Mit der Einrichtung der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern, der Förderung der vorliegenden Studie sowie weiterer Maßnahmen, u. a. der Förderung des Programms Bürgermeisterinnen im Fokus des Vereins Frauen aufs Podium e.V., geht das SMJusDEG sinnvolle Schritte, um die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu stärken. Darüber hinaus gilt es, Angebote für 2024 (neu) gewählte Kommunalpolitikerinnen zu schaffen bzw. auszubauen, um diese in ihrer Mandatsausübung zu stärken. Dazu zählen Mentoring-Programme, Veranstaltungsreihen und Seminare sowie die Förderung einer öffentlichen Anerkennungskultur, bspw. durch Informationsangebote an lokale Medien oder die Verleihung eines Preises an herausragende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich für Demokratie und Gleichstellung einsetzen.

⁴⁰ Ein Stiftungsmodell böte die Möglichkeit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik in Sachsen und könnte die Gleichstellungsarbeit darüber hinaus sowohl professionalisieren als auch verstetigen.

Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten

Parteien haben in Sachsen unter einem enormen Bedeutungs- und Vertrauensverlust zu leiden. Nach den Ergebnissen des Sachsen-Monitors vertrauen ihnen nur noch 10 Prozent der Bevölkerung. Ihrer verfassungsmäßig verbrieften Funktion als Akteurinnen der politischen Meinungsbildung, ihrer Aufgabe zur Erfassung und Bündelung von gesellschaftlichen Interessen und Strömungen und zur Vermittlung und Einübung von demokratischen Werten und Verfahren vermögen Parteien immer weniger nachzukommen. Erschwerend kommt hinzu, dass die demokratischen Parteien in Ostdeutschland schwächer sind und weniger Mitglieder als in Westdeutschland haben.

Parteien müssen sich aktiv um neue Perspektiven und neue Mitglieder bemühen, sie müssen mehr Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ansprechen – mehr Frauen, mehr junge Menschen, mehr Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe Rassismus erfahren haben sowie Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten.

Das heißt auch, Parteien müssen mehr Möglichkeiten entwickeln, Menschen punktuell in Aktionen einzubinden und mehr Möglichkeiten zum temporären Engagement anbieten. Mit Blick auf die Kommunalpolitik bedeutet dies in erster Linie, dass Parteien aktiv Menschen ansprechen und einladen sollten, auf der Liste ihrer Partei zu kandidieren oder ihre Fraktion als sachkundige Bürgerin zu unterstützen. Wichtig für die Parteien ist auch die direkte Ansprache von Frauen. Vielfach geschieht dies bereits und führt im späteren Verlauf teilweise dazu, dass Frauen sich entschließen, in die Partei einzutreten.

Die Förderung einer Willkommenskultur, die aktive Ansprache und Einbindung neuer Mitglieder sind wichtige Schritte, damit Menschen sich in der Partei wohl fühlen und engagiert einbringen wollen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Frauen und Angehörige weiterer unterrepräsentierter Gruppen: Wer in der Minderheit ist, fasst schwerer Fuß. Die Einbindung stellt sich nicht beiläufig her, sondern muss aktiv betrieben werden. Ein Buddy-System oder ein parteiinternes Mentoring-Programm kann eine gute Unterstützung auf dem Weg zu einem parteipolitischen Engagement sein.

Parteien sind außerdem gefordert, männerbündische Strukturen aufzubrechen und sich mit Stereotypen und Vorurteilen auseinanderzusetzen. Hierzu sollten Schulungen zur Sensibilisierung und Neugestaltung von Prozessen und Formaten stattfinden. Wichtig sind interne Regelwerke und eine klare Kommunikation, dass keine Diskriminierung innerhalb der Partei und ihrer Gremien geduldet wird. Es sollten Beratungs- und Beschwerdestellen ebenso wie Awareness-Teams, die Veranstaltungen begleiten und dort als Ansprechpersonen fungieren, eingerichtet werden. Schließlich

ist die Einführung und konsequente Umsetzung von Quotenregelungen zu nennen, mit dem Ziel, Geschlechterparität zu erreichen – sowohl hinsichtlich von Parteifunktionen als auch hinsichtlich der Listenplätze für Wahlen. Soll der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit Erfolg haben, so bedarf es Kontinuität und Glaubwürdigkeit.

Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern

Sitzungen hybrid gestalten

Angesichts vielfältiger Herausforderungen (wie kurzfristige Betreuungs- und Pflegeaufgaben, Krankheiten und Dienstreisen), die eine persönliche Teilnahme an der Ratssitzung vereiteln können, ist mehr Flexibilität erforderlich. Die Sächsische Gemeindeordnung und die Sächsische Landkreisordnung sollten daher den rechtlichen Rahmen für die Durchführung hybrider Sitzungen und für die Übertragung des Stimmrechts schaffen. Städte und Gemeinden sollten bei der Anschaffung und beim Betrieb der technischen Ausstattung beraten und finanziell unterstützt werden. Die digitale Übertragung der Ratssitzungen würde zugleich die Transparenz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern fördern und einen Beitrag zur politischen Bildung und Beteiligung leisten.

Wertschätzende Kommunikation ermöglichen

Sitzungszeiten bedürfen einer klaren zeitlichen Begrenzung und einer stringenten Sitzungsleitung, die sowohl für einen effizienten Verlauf als auch für wertschätzende Kommunikation sorgt sowie diskriminierendes und einschüchterndes Verhalten unterbindet. Bürgermeisterinnen und Landräte sollten durch Schulungen in Moderationstechniken und Coaching unterstützt werden, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Darüber hinaus sind konkrete Empfehlungen und Vorlagen hilfreich, wie z. B. der Hinweis auf die Einführung einer App zur Redezeitbegrenzung oder eine Vorlage zur Gestaltung von Unterstützung von Abgeordneten im Fall von betreuungsbedürftigen Angehörigen. Die Kommunen sollten auf die Einführung eines Code of Conduct (Grundregeln des Umgangs und der Kommunikation, auf die alle Ratsmitglieder sich einigen) hingewiesen werden; das SMJusDEG stellt hierfür bereits eine Vorlage zur Verfügung, die weitere Verbreitung erfahren sollte.⁴¹

Kommunalpolitisches Engagement aufwerten

Kommunalpolitisches Engagement erfordert aktuell hohe zeitliche und teilweise materielle Ressourcen, die sich bei Weitem nicht alle Menschen leisten können. Um den kommunalpolitischen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen teilweise

⁴¹ Handreichung zur familienfreundlichen und geschlechtergerechten Gremienarbeit (SMJusDEG 2023)

Abstriche am beruflichen Engagement gemacht werden, die zu Einkommenseinbußen führen können. Hier braucht es zum einen das Verständnis des Arbeitgebers, zum anderen aber auch bessere finanzielle Entschädigung. Diese könnte sich an aktuellen Regelungen z. B. für den Einsatz als Schöffe oder bei der Freiwilligen Feuerwehr orientieren.

Neben dem beruflichen unterliegt auch das familiäre Engagement von Kommunalpolitikerinnen Einschränkungen. Wenn kleine Kinder oder eine pflegebedürftige Person im Haushalt leben und keine andere Betreuungsperson zur Verfügung steht, müssen Betreuungskosten durch die Gemeinde oder die Stadt kompensiert werden, wobei das Abrechnungsverfahren so einfach wie möglich gestaltet werden sollte. Um die Suche nach geeigneten Betreuungspersonen zu erleichtern, könnte die Gemeinde eine Liste zur Verfügung stellen.

Elternzeiten sind aktuell in der Kommunalpolitik nicht vorgesehen. Hier bedarf es unbedingt klarer Regelungen für eine Vertretung in der Zeit der Elternzeit – sowohl für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als auch für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Der Aufwand für die Wahrnehmung der kommunalpolitischen Aufgaben ist für die Ratsmitglieder in jeder Hinsicht hoch. Dieser Aufwand sollte auch durch eine angemessene Aufwandsentschädigung wertgeschätzt werden, die in bestimmten Fällen zusätzlich auch Entfernungs- bzw. Fahrtkostenpauschalen enthält. Aktuell unterscheiden sich die Aufwandsentschädigungen sehr stark, da diese nach der Sächsischen Gemeindeordnung durch jede Gemeinde selbst in ihrer Satzung geregelt werden. Für diese Aufwandsentschädigungen wäre die Einführung einer landesweit einheitlichen Regelung wünschenswert. Als Vorbild kann hier Nordrhein-Westfalen dienen, wo seit 2023 eine Rechtsverordnung zur Gemeindeordnung konkrete Sätze nach Einwohnerzahl festlegt.

Auch mit Blick in die Zukunft der ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträgerinnen wird eine Aufwertung des kommunalpolitischen Engagements empfohlen. Aufgrund ihres wesentlichen Beitrags zur Funktionsfähigkeit und Zukunftssicherung der Gemeinden und Städte wird vielfach gefordert, dieses Engagement durch Rentenpunkte zu honorieren. Weil berufliches Engagement neben einem kommunalpolitischen Engagement nur begrenzt möglich ist, sollten diese Einschränkungen nicht zu Nachteilen in der Zukunft führen. Ziel wäre es, auf Bundesebene eine Regelung zu entwickeln, wie ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement durch Rentenpunkte anerkannt werden kann.

Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten

Kommunalpolitikerinnen und ihre Familien müssen einerseits besser vor Angriffen geschützt und andererseits nach entsprechenden Vorfällen angemessen unterstützt werden. Dies zeigt unsere Studie in aller Deutlichkeit. In der Ratsarbeit gilt es, Beleidigungen und persönliche, sexistische oder rassistische verbale Angriffe zu verbieten und ggf. mit Disziplinarmaßnahmen zu ahnden. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen darin geschult und gestärkt werden, diese Rolle wahrzunehmen. Sie müssen auch dafür sensibilisiert werden, unterstützend aktiv zu werden, wenn Ratsmitglieder außerhalb der unmittelbaren Ratsarbeit durch andere Ratsmitglieder oder durch Bürgerinnen und Bürger angegriffen werden.

Jeweils auf Kreisebene sollte es vertrauensvolle Ansprechpersonen geben, die unterstützen, wenn sich Ratsmitglieder oder andere in der Kommune aktive Personen bedroht fühlen. Sie könnten erste Anlaufstellen sein und an unabhängige Beratungsstellen, an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft vermitteln.

Der Freistaat Sachsen hat bereits wichtige Schritte unternommen, um den Schutz von politisch engagierten Menschen zu verbessern. Für die Kommunalwahl 2024 wurde die Regelung abgeschafft, dass die Adressen von Kandidatinnen und Kandidaten veröffentlicht werden. Seit 2024 gibt es bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft direkte Ansprechpersonen im Fall von Bedrohungen. Im Juli 2024 hat das SMJusDEG im Bundesrat einen Gesetzesentwurf zum Schutz vor politischem Stalking eingebracht und damit ein wichtiges Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung eines neuen Straftatbestands der Beeinflussung und Einschüchterung von Amts- und Mandatsträgern auf den Weg gebracht.

Unabhängige Melde- und Beratungsstellen für Betroffene von Beleidigungen und Bedrohungen sollten rund um die Uhr zur Verfügung stehen und durch dauerhafte Ansprechbarkeit den Menschen ein sicheres Hilfsangebot bieten. Sie sollten durch direkte Verbindung mit der Polizei ein schnelles Handeln im Falle physischer Bedrohungen ermöglichen. Insbesondere Angehörige marginalisierter Personengruppen erleben teilweise, dass ihre Erfahrungen von Polizei und Behörden nicht ernst genommen und Bedrohungsszenarien durch extrem rechte Gruppierungen geduldet werden. Sie haben Vorbehalte, sich an die Polizei zu wenden. Unabhängige Meldestellen können in diesen Fällen auf mehr Vertrauen bauen und durch die Zusammenarbeit mit der Polizei Sicherheit erzeugen.

Über die allgemeinen Melde- und Beratungsstellen hinaus bedarf es auch für den Politikbereich spezialisierter Gesprächsangebote bzw. psychosozialer Beratung bei Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalterfahrungen für die betroffenen Politikerinnen und ihre Angehörigen.

Neben dem gesetzlichen Rahmen, neben Staatsanwaltschaft, Polizei, Bürgermeister*innen und Beratungsstellen sind Medien ebenso wie Bürger*innen und Bürger*innen gefragt. Eine Kampagne zur Sensibilisierung für Bedrohungen, denen Kommunalpolitiker*innen ausgesetzt sind, könnte Menschen erreichen und dafür gewinnen, „ihre“ Kommunalpolitiker*innen zu stärken und zu schützen.

Intersektionale Perspektiven einbeziehen

Zumeist stehen bei der Betrachtung von Hemmnissen für Frauen in der Kommunalpolitik stereotype Rollenzuschreibungen oder die Arbeitsteilung der Geschlechter im Vordergrund. Allerdings sind Frauen keine homogene Gruppe: Kommen in einer intersektionalen Perspektive weitere Aspekte möglicher Diskriminierung wie soziale Schicht, Bildung, Queer-Sein oder eine Migrationsgeschichte bzw. Rassismus-Betroffenheit hinzu, fehlt es häufig an spezifischen Konzepten und Maßnahmen.

Es sind daher nur sehr wenige Frauen mit Migrationsgeschichte oder Rassismus-Erfahrung, mit Behinderung, queere Frauen, Alleinerziehende oder Frauen in prekären Lebensumständen in der kommunalen Politik vertreten. Spezifische Hemmnisse sollten stärker adressiert und abgebaut werden. Dies betrifft u. a. Erfahrungen mit Rassismus und Queer-Feindlichkeit, Angst vor Anfeindungen und Gewalt, Sprachbarrieren für Nicht-Muttersprachler*innen oder Barrieren für Frauen mit Behinderungen sowie fehlende Netzwerke zwischen Frauen mit vergleichbarem Erfahrungshintergrund.

Ansätze miteinander verknüpfen

Die Handlungsempfehlungen verstehen sich als Ansätze, die nicht losgelöst nebeneinanderstehen sollten, sondern im Gegenteil Aspekte einer Gesamtstrategie darstellen. Gerade über ihre Verknüpfung können sie nachhaltige Wirkung erzielen. Erfahrungen aus Modellprojekten zeigen, wo wichtige Erfolgsfaktoren liegen:

Es gilt, die Spitzen der Kommunen einzubinden und die Förderung vielfältiger Repräsentation in der Kommunalpolitik zur Chefsache zu machen. Die Bürgermeister*innen und Bürgermeister sind ebenso wie die Landräte gefordert, sich für das Ziel der Gleichstellung und der Repräsentation vielfältiger Perspektiven einzusetzen. Ein Erfolgsfaktor bildet die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten als wichtigste Repräsentantinnen und Multiplikatorinnen vor Ort sind daher zu stärken und zu fördern. Dann können sie niedrigschwellige Informations- und Bildungsangebote sowie Mentoring-Programme und Beteiligungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren und Netzwerken in ihren Regionen entwickeln und/oder verbreiten und zugleich über

einzelne (Programm-)Angebote hinausgehende Strukturen für überparteiliche Netzwerke für Frauen bieten. Zugleich bieten diese Netzwerke auch aktiven Kommunalpolitikerinnen eine Plattform und stärken sie als Role Models.

10. Fazit und Ausblick

Nach wie vor sind die Hürden hoch, die Frauen daran hindern, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden und ihre – jeweils auch unterschiedlichen – Sichtweisen und Erfahrungen einbringen zu können. Zusätzlich zu Barrieren wie fehlenden zeitlichen Ressourcen und stereotypen Geschlechterrollen, die in der Studie erneut belegt werden, sind weitere Faktoren in den Blick zu nehmen, wie das zunehmend raue Klima in den kommunalen Vertretungen, das Ausmaß an persönlicher, sexistischer und rassistischer Beleidigungen und Bedrohungen sowie das Anwachsen antidemokratischer Strömungen. Demokratische Werte und Verfahren geraten, gerade auch vor Ort in den Kommunen, unter Druck. Somit erhöhen sich die Zugangsbarrieren für Frauen noch, wie auch für andere, in der Politik bisher unterrepräsentierte Gruppen der Bevölkerung.

Doch zugleich ist vor Ort auch ein großes Potenzial an engagierten Frauen (und Männern) vorhanden, die sich sowohl für ihre Region als auch für die Demokratie einsetzen – auch dies zeigt unsere Studie eindrücklich. Allerdings engagieren sich diese nicht in erster Linie in den Parteien, womit die Notwendigkeit neuer, flexibler Beteiligungsformate noch anwächst.

Angesichts dieser Herausforderungen reichen vereinzelte Maßnahmen nicht aus, sondern es bedarf einer umfassenden Strategie, die Gleichstellungspolitik und Demokratieförderung verbindet. Dazu gehört eine Vielzahl möglichst auf die Situation vor Ort abgestimmter Maßnahmen, welche in der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen, (partei-)politischen und staatlichen Akteuren umgesetzt werden müssen. Zu diesen zählen (Aus-)Bildungsinstitutionen, Organisationen der politischen Bildung, Verbände und Stiftungen, Frauenorganisationen und -initiativen, Parteien und Wählergemeinschaften und nicht zuletzt die Kommunen selbst. Auch bleiben Bund und Land gefragt, entsprechende Programme (weiterhin) aufzulegen. Gesellschaftliche Barrieren sind dabei ebenso in den Blick zu nehmen wie institutionelle Rahmenbedingungen der kommunalpolitischen Arbeit. Vor allem sind Gleichstellungsstrukturen mit dem Ziel zu stärken, einladende Räume für die Vernetzung und Stärkung von Frauen zu schaffen. Dabei ist zugleich auf eine intersektionale Perspektive zu achten, um für unterschiedliche Gruppen von Frauen ansprechend zu sein. Eine zentrale Rolle spielen hierfür die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Im Vergleich zu 2019 hat der Anteil von Frauen unter den Kandidierenden bei der Kommunalwahl 2024 durchweg zugenommen. Die zahlreichen Initiativen zur Motivation von Frauen für kommunalpolitisches Engagement und die gezielte Ansprache und Unterstützung haben Wirkung gezeigt, wie auch zahlreiche Gesprächspartnerinnen berichtet haben. Jetzt gilt es, diesen Weg fortzusetzen und

insbesondere die neu gewählten Mandatsträgerinnen in den Blick zu nehmen, damit sie mit ihrem kommunalpolitischen Engagement Wirksamkeit erzielen können und die Kommunalpolitik langfristig bereichern.

Voraussetzung für die langfristige Erhöhung des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik ist, Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement in unterschiedlichsten Formen zu eröffnen. Häufig stellen diese Erfahrungen einen ersten Bezug zur Kommunalpolitik her und fungieren als Sprungbrett für die spätere Entscheidung zu einer Kandidatur. Zivilgesellschaftliches Engagement findet in formalen Vereinsstrukturen ebenso wie in Elternvertretungen von Bildungseinrichtungen und in eher informell strukturierten Initiativen statt. Dabei sind Frauen seltener in formalen Engagement-Strukturen vertreten als Männer, sie engagieren sich häufiger in eher informellen Kontexten, da sich viele der Einrichtungen der organisierten Zivilgesellschaft stärker an Männern ausrichten, wie u. a. der Katastrophenschutz, die Feuerwehr oder die Schützen- und Sportvereine. Besonders in ländlichen Räumen fehlt es daher an Angeboten für den Austausch, die Vernetzung, die gemeinschaftliche Betätigung und das Zusammenwirken von Mädchen und Frauen, in denen sie sowohl (erste) Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit als auch der Übernahme von Leitungsfunktionen sammeln können.

Die ländlichen Regionen und ihre spezifische Situation erfordern deshalb besondere Beachtung. Hier trifft man auf viele Menschen mit einer großen Heimatverbundenheit, die ihr Lebensumfeld aktiv gestalten wollen. Oftmals gibt es keine oder nur wenig Räume, die das Zusammenkommen und den Austausch von Menschen in der Breite der Bevölkerung möglich machen. Hinzu kommt die spezifische ostdeutsche Situation: Es gibt nur selten eine etablierte (bildungs-)bürgerliche Schicht mit starken finanziellen Ressourcen. Auch ist die Wirtschaftsstruktur kaum von Großunternehmen, sondern stärker von Klein- und Kleinstunternehmen geprägt. Es stehen deshalb weniger private bzw. privatwirtschaftliche Mittel für die Förderung der Zivilgesellschaft zur Verfügung; staatlichen Fördergebern und Stiftungen kommt eine umso höhere Bedeutung zu. Notwendig sind unbürokratisch zugängliche Fördermittel, um die vorhandenen Ideen für niedrigschwellige Angebote, die sich in die Breite der Bevölkerung richten, realisieren zu können.

Der Blick auf ländliche Räume rückt einen weiteren Aspekt in den Fokus: Die fehlende Anonymität kann Gemeinschaft stiften, sie kann aber auch zur Gefahr werden. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es bei der Entscheidung für ein kommunalpolitisches Engagement nicht nur um die Frage institutioneller Rahmenbedingungen und Vereinbarkeit geht, sondern auch um die Sorge vor Beleidigungen und Bedrohungen der eigenen Person, vor allem aber auch weiterer Familienmitglieder und insbesondere der Kinder.

Diese Sorge steht bei Frauen in der Abwägung von Pro und Contra, die für bzw. gegen ein kommunalpolitisches Engagement sprechen, weit oben. Ihnen muss die Sicherheit eines wirksamen Schutzes durch staatliche Institutionen gegeben werden. Mindestens ebenso wichtig ist das Vertrauen, dass die Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger keine Ausgrenzung und Gewalt toleriert. Hier sind vor Ort alle Menschen gefragt; vor allem aber tragen Personen in Führungspositionen in der Kommune, in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft Verantwortung für ein sicheres Umfeld und einen respektvollen Umgang.

Es braucht insgesamt unter politischen und gesellschaftlichen Akteuren mehr Verständnis dafür, dass Mitglieder marginalisierter Gruppen, und dazu gehören Frauen in der Politik, mehr Kraft aufbringen müssen, um sich die für andere selbstverständliche Zugehörigkeit und Akzeptanz zu erkämpfen. Sie sind stärker von Ausgrenzung und der Gefahr von Beleidigungen und Bedrohungen betroffen, deshalb hat der Schutz dieser Personengruppen eine besonders hohe Bedeutung.

Auch Parteien bleiben wichtige Akteurinnen in diesem Feld, auch wenn ihr Bedeutung und Bindekraft nachlässt. Der Bedeutungsverlust von Parteien zeigt sich bundesweit, jedoch in Ostdeutschland in besonderem Maße. Die Vorbehalte gegenüber der Mitgliedschaft in einer Partei sind teilweise auch aufgrund historischer Prägungen höher als in westdeutschen Bundesländern.

Keine der in den sächsischen Kommunen vertretenen Parteien kann auf eine ausgewogene Geschlechterbalance unter ihren Mitgliedern verweisen. Formale, in den Satzungen festgelegte Regelungen zu Geschlechterrepräsentanz bleiben ein wichtiges Instrument, um diese in Richtung Parität zu verändern. So verzeichnen die Parteien, die verbindliche Quotenregelungen verankert haben, nicht nur einen größeren Anteil von Frauen auf den Wahllisten, sondern auch unter ihren Mitgliedern. Quoten allein reichen jedoch nicht aus, wie unsere Studie erneut belegt: Um nachhaltige Wirkung zu erzielen, müssen sie von einem tiefgreifenden Kultur- und Organisationswandel begleitet werden, der darauf abzielt, das parteipolitische Engagement für Frauen attraktiver und damit insgesamt inklusiver zu gestalten. Wenn unterschiedliche Berufs- und Lebenserfahrungen, wenn unterschiedliche Geschlechter und Generationen in den Parteien vertreten sind und sich dort mit ihren Interessen, Sichtweisen und Erfahrungen einbringen können, kann dies auch dazu beitragen, das Vertrauen in die Parteien zu stärken.

Aktuell vertraut lediglich jede zehnte Person in Sachsen den Parteien. Diese Zahl ist alarmierend und müsste bei den Parteien zu grundlegenden Veränderungen führen, zu höherer Flexibilität und Durchlässigkeit und besseren Chancen von Personen, die bisher in Parteigremien und in politischen Ämtern und Mandaten unterrepräsentiert sind.

Bestehende Vorbehalte können vor allem durch positive Erfahrungen abgebaut werden. Es sollten daher (weiterhin) aktiv politisch interessierte, nicht parteigebundene Frauen adressiert werden, auf Parteilisten für die Kommunalpolitik zu kandidieren oder als sachkundige Bürgerinnen die Ratsarbeit zu unterstützen.

Die Parteien bilden nach wie vor wichtige und zentrale Organisationsformen nicht nur für die politische Willensbildung, sondern vor allem auch für die Rekrutierung und das Training des Personals zur Besetzung von politischen Ämtern. Die Parteien bekommen jedoch, vor allem in den ostdeutschen Ländern, zunehmend Konkurrenz von Initiativen, ad hoc-Listenverbindungen und Politikunternehmern. Dies geschieht verstärkt im kommunalpolitischen Raum. Diese Konstellationen beinhalten für die politische Partizipation von Frauen neue Herausforderungen, eröffnen aber auch neue Chancen.

Es ist eine große politische Aufgabe, Menschen aus unterschiedlichen, bisher weniger repräsentierten Gruppen zu erreichen und an politischen Fragestellungen und Entscheidungen zu beteiligen. Dafür müssen Formate der politischen Bildung und Beteiligung gestärkt und ausgebaut werden. Die Studie verweist hier auf eine Vielzahl von Erfahrungen mit niedrighschwelligem Dialogformaten, Bildungsprogrammen in Schulen, Runden Tischen und Beiräten sowie Beteiligungsprojekten in Städten und Gemeinden. In der Zukunft gilt es, diese Erfahrungen zu nutzen und Bildungs- und Beteiligungsformate in sinnvoller Verzahnung mit den kommunalen Vertretungen weiterzuentwickeln.

Das Potenzial dafür ist da. Überall in Sachsen engagieren sich Frauen (und Männer) für die Gestaltung ihres Lebensumfelds, für demokratische Werte und eine offene Kultur. Die Kraft dieses Engagements sollte in der öffentlichen Wahrnehmung viel präsenter werden. Die Debatte um das Erstarken extrem rechter Bewegungen und Parteien darf nicht den Blick auf das Engagement der Menschen verstellen oder Ostdeutschland gar abschreiben, wie es bisweilen anklingt. Im Gegenteil geht es darum, einen differenzierten Blick auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und in Ostdeutschland zu richten und gemeinsam weiter zu stärken.

Literatur- und Abbildungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2024): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2023. Dokumentation und Analysen der Meldestelle Antifeminismus.
Becker, Julia C. (2014): Erscheinungsformen von Sexismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg.64, Nr.7.

Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar/Merve (2023): Vielfalt sucht Repräsentation. Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik. Vielfaltsstudie Teil 3. Heinrich-Böll-Stiftung.

Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar, Merve (2022): Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung.

BMFSFJ (2023): 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland.

Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“. Online unter www.gemeinsam-gegen-sexismus.de. Abgerufen am 02.07.2024.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. EFBI Policy Paper 2023-2.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar. (2022): Leipziger Autoritarismus-Studie: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Psychosozial Verlag.

Dietrich, Kai; Schuhmacher, Nils (2022): „Eigensinn“ zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. IN: Mullis, Daniel; Miggelbrink, Judith (Hg.) Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. transcript.

Eckert, Anna/Knabe, André/Kollmorgen, Raj/Leche, Susanne/Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica (2024): ENKOR: Engagement in ländlichen Räumen – Formen und Konstellationen. Georg-August-Universität Göttingen.

Haag, Hanna/Kollmorgen, Raj (2020): Demokratie braucht Demokratinnen! Barrieren der politischen Kultur für Frauenkarrieren in Politik und Gewerkschaften – und Ansätze für ihre Veränderung.

Hanneforth, Grit/Nattke, Michael (2020): Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum Sachsens. In: Backes, U./Kailitz, S. (Hrsg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Vandenhoeck & Ruprecht, S. 339–360.

Hartmann, Ans/Rahner, Judith (2023): Antifeminismus, geschlechtsspezifische Gewalt und Hasskriminalität. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität, Band 13, Online-Ausgabe. Jena, 20–33. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/07/WEB-WsD13_Antifeminismus.pdf. Abgerufen am 14.06.2024.

Hobler, Dietmar/Pfahl, Svenja/Zucco, Aline (2020): 30 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland. WSI Report Nr. 60.

Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (2024): Das Zusammenspiel von Wahlrecht, Frauenquoten und Wahlverhalten in Deutschland. In MIP 2024, S. 11–26.

Holtkamp, Lars/Meyer, Alice/Müller, Frederik/Wiechmann, Elke (2023a): Vielfalt auf dem Lande? Die politische Repräsentation und Wähler*innenakzeptanz von Frauen und Migrant*innen in west- und ostdeutschen Kleinstädten. Abschlussbericht. Forschungsförderung der Fernuniversität Hagen

Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (2023b): Der politische Gender-Gap. Analysen nationaler und kommunaler Repräsentation. Hagener Beiträge zu Politik und Verwaltung Band 1.

Holtkamp, Lars/Müller, Frederik/Wiechmann, Elke (2020): Die substantielle Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik. Eine empirische Analyse der Bürgermeisterkandidaturen in NRW. Zeitschrift für Parteienwissenschaften.

Holtkamp, Lars/Schnittke, Sonja (2010): Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentanz von Frauen, Bielefeld.
Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke/Schnittke, Sonja (2009): Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, Berlin.

Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias (2022): Einstellungen zu Politik, Demokratie und Gesellschaft im Ost-West-Vergleich. Umfragedaten als Zeitreihen seit 1990, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/511538/einstellungen-zu-politik-demokratie-und-gesellschaft-im-ost-west-vergleich/>.

Joeres, Annika/Keller, Gabriela (2024): Im Glashaus – Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung im EU-Parlament. <https://correctiv.org/aktuelles/europa-aktuelles/2024/05/29/im-glashaus-machtmissbrauch-und-sexuelle-belaestigung-im-eu-parlament/> (Abgerufen am 14.06.2024)

Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver/Kies, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. S. 245–270. Psychosozial-Verlag.

Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga (2010): Engagiert vor Ort. Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, EAF Berlin.

Kletzing, Uta (2017): Die Ausgeschlossenen Eingeschlossenen. Wahlsituation und Regierungssituation von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Geschlechtervergleich, Fernuniversität Hagen.

Klewes, Joachim/Rauh, Christina et al. (2022): Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK).

Körper Stiftung (2021): Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/ innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland.

Lohaus, Stefanie (2023): GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS. Maßnahmen gegen Sexismus am Arbeitsplatz, in Kultur und Medien und im öffentlichen Raum, EAF Berlin. Abrufbar unter: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/materialien/>

Lukoschat, Helga/Belschner, Jana (2019): Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, EAF Berlin.

Lukoschat, Helga/Belschner, Jana (2015): Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, EAF Berlin.

Lukoschat, Helga/Köcher, Renate (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Studie mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. EAF Berlin / IfD Allensbach.

Lukoschat, Helga/Lohaus, Stefanie/Hempe, Lisa (2023): Frauen in die Politik! Umfrage zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen, EAF Berlin. Abrufbar unter: <https://www.eaf-berlin.de/was-wir-tun/studien-publikationen>

Mahler Walther, Kathrin/Lukoschat, Helga (2020): Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EAF Berlin.

Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Suhrkamp.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp.

Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13. Auflage, Beltz. MDR (7.5.2024): Bespuckt, beleidigt, bedroht – So häufig werden Politiker angegriffen. Online unter <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/angriffe-politiker-parteien-wahlen-zahlen-100.html#sprung1>, abgerufen am 12.7.2024.

NdM (2024): NdM-Glossar. Wörterverzeichnis der neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft. <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/weisse-deutsche/>. Abgerufen am 15.08.2024

Obinger, Sophie/Bonk, Christiane (2022): Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Friedrich Ebert Stiftung, Landesbüro Brandenburg.

Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Backhaus-Maul, Holger/Hehl, Lina/Speth, Rudolph/Sydlik, Tim/Wolfradt, Louis (2021): Engagement in Sachsen. Wofür sich Menschen einsetzen und welche Rahmenbedingungen es braucht, Sächsische Landesszentrale für politische Bildung.

RAA (2024): Opferberatung Support veröffentlicht Jahresstatistik zu rechtmotivierter Gewalt in Sachsen 2023. Online unter: <https://www.raa-sachsen.de/support/hatespeech/opferberatung-support-veroeffentlicht-jahresstatistik-zu-rechtmotivierter-gewalt-in-sachsen-2023-8285> (abgerufen am 17.06.2024)

Rahner, Judith/Schindler, Franziska/Spicker, Rachel (2020): Auswirkungen von Anti-feminismus auf Frauenverbände. Herausgegeben vom Deutschen Frauenrat.

Schäper, Clara/Schrenker, Annekatri/Wrohlich, Katharina (2023): Gender Pay Gap und Gender Care Gap steigen bis zur Mitte des Lebens stark an. DIW Wochenbericht 9/2023.

Schlinkert, Simon/Krüger, Stefan/Klaus, Susanne/Mühle, Robert/Voss, Max/Mertes, Michael/Schlinkert, Reinhard (2024): Sachsen Monitor 2023. Ergebnisbericht für die Sächsische Staatskanzlei.

Schubert, Peter/Kuhn, David/Tahmaz, Birte (2023): Zivilgesellschaftliche Organisationen in Sachsen: Ergebnisse aus dem ZiviZ-Survey. Berlin: ZiviZ im Stifterverband.

Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Karnick, Nora/Arriagada, Céline/Hagen, Christine/Hameister, Nicole/Huxhold, Oliver/Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

SMJusDEG (Sächsisches Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung) (2023): Handreichung zur familienfreundlichen und geschlechtergerechten Gremienarbeit.

Statista (2024): Anteil der Frauen an den Mitgliedern der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2021. Online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/>. Abgerufen am 12.07.2024

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Zeitverwendungserhebung 2022. Online unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/_inhalt.html. Abgerufen am 24.06.2024.

Weidhofer, Cécile/Walchshäusl, Dorothea/Friedrich, Sarah (2023): Mit Kind in die Politik. Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1

Frauenanteile in der Kommunalpolitik in Sachsen nach der Kommunalwahl 2019

Abb. 2

Frauenanteile in der Kommunalpolitik in Sachsen nach der Kommunalwahl 2024

Abb. 3

Frauenanteile in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte 2019

Abb. 4

Frauenanteile in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte 2024

Abb. 5

Frauenanteile unter den Kandidierenden und Abgeordneten nach Landkreisen/
kreisfreien Städten 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

Abb. 6

Frauenanteile unter den Kandidierenden und Abgeordneten nach ausgewählten
Parteien 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

Abb. 7

Aufteilung der befragten Kommunalpolitikerinnen auf Stadt/Land

Abb. 8

Amts- und Mandatsform der befragten Kommunalpolitikerinnen

Abb. 9

Parteizugehörigkeit der befragten Kommunalpolitikerinnen

Abb. 10

Parteizugehörigkeit der befragten Parteimitglieder ohne Mandat

Abb. 11

Aufteilung der befragten Parteimitglieder auf Stadt/Land

Abb. 12

Aufteilung der befragten zivilgesellschaftlich Engagierten auf die Themenfelder

Abb. 13

Aufteilung der befragten zivilgesellschaftlich Engagierten auf Stadt/Land

Autorinnen der EAF Berlin

Kathrin Mahler Walther, geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin, berät Organisationen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und hat für die EAF Berlin verschiedene Studien zu Führungskräften in Politik und Wirtschaft durchgeführt. Für die vorliegende Studie hatte sie die Strategische Leitung inne. Die gebürtige Leipzigerin engagierte sich in den 1980er Jahren für die Friedliche Revolution und war später Vertreterin am Runden Tisch der Stadt. Bis 1992 war sie als Referentin einer Abgeordneten im ersten Sächsischen Landtag tätig. Sie studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Jena, Berlin und New York.

Anna Sive, Senior Expert in der EAF Berlin, führt regelmäßig Studien und Befragungen zu Themen rund um Chancengleichheit, Vielfalt und Diskriminierung durch und war Projektleiterin für die vorliegende Studie. Anna Sive berät Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen zu Strategien für mehr Vielfalt und engagiert sich darüber hinaus zivilgesellschaftlich für die Rechte queerer Menschen. Als gebürtige Bautzenerin ist ihr die Sichtbarkeit ostdeutscher Perspektiven ein besonderes Anliegen. Sie studierte Soziologie und Ethnologie in Bayreuth und Kulturwissenschaften und Kulturmanagement in Ludwigsburg.

Lisa Hempe, Senior Expert in der EAF Berlin, leitet aktuell das bundesweite Aktionsprogramm Kommune – Mehr Frauen in die Politik mit dem Fokus auf ländlichen Regionen. Für die EAF Berlin wirkte sie an verschiedenen Studien zu Frauen in der Kommunalpolitik mit, u. a. zur Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin und zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen. Sie studierte Betriebswissenschaften und Cultural Relations and Migration in Berlin.

Dr. Helga Lukoschat, Mitgründerin und Senior Advisor der EAF Berlin, verfügt über umfangreiche Erfahrung in Forschung und Beratung zu Chancengleichheit und Diversity Management in Politik und Wirtschaft. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt auf der Förderung der politischen Partizipation von Frauen. Sie hat zahlreiche Forschungs- und Beratungsprojekte und Publikationen der EAF Berlin geleitet und wissenschaftlich supervidiert. Helga Lukoschat ist vielfach zivilgesellschaftlich engagiert; für die EAF ist sie ehrenamtlich im Vorstand tätig. Sie studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte in Erlangen und Berlin.

Die Autorinnen sind tätig bei der EAF Berlin, einer unabhängigen und gemeinnützigen Forschungs- und Beratungsorganisation. Seit 1996 arbeitet die EAF Berlin an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit, Vielfalt und Frauen in Führungspositionen. Sie verfügt über wissenschaftliche Expertise und langjährige Erfahrung in Forschung, Beratung und Weiterbildung. Die EAF Berlin ist parteiübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene tätig. Webseite: www.eaf-berlin.de

**Herausgeber**

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung
Hansastraße 4
01097 Dresden

Redaktion

Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Lisa Hemepe,
Dr. Helga Lukoschat
EAF Berlin. Diversity in Leadership
www.eaf-berlin.de

Gestaltung und Satz

lilazwei GmbH

Bildnachweis

Annika Keymer x Midjourney

Druck

Oktoberdruck Berlin

Redaktionsschluss

23. September 2024

Bestellservice

www.publikationen.sachsen.de

Hinweis

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom
Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung kostenlos herausgegeben. Sie ist
nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung
politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.